AMERIKAS ZWEITER KREUZZUG

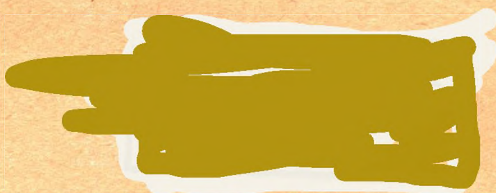
CHAMBERLIN / AMERIKAS ZWEITER KREUZZUG

WILLIAM HENRY CHAMBERLIN

AMERIKAS ZWEITER KREUZZUG

KRIEGSPOLITIK UND FEHLSCHLAG ROOSEVELTS

Übersetzt von Egon Heymann



1952

ATHENÄUM-VERLAG · BONN

Titel des amerikanischen Originals: America's Second Crusade
Verlag Henry Regnery Company, Chicago



Einband und Schutzumschlag: Hans Hermann Hagedorn, Hamburg
Satz und Druck:
Gesellschaft für Buchdruckerei und Verlag Düsseldorf mbH., Düsseldorf
Bindearbeiten:
Heinrich van den Wyenbergh K.-G., Kevelaer





INHALT

VORWORT

Mit Freude schreibe ich diese Zeilen als Vorwort zur deutschen Ausgabe von America's Second Crusade.

Es ist eine der unglückseligen, wenn auch vielleicht unvermeidlichen Folgen eines großen Krieges, daß eine Zeitlang Denken und Diskussion sich in dogmatisch-starren nationalistischen Bahnen bewegen. Das verhindert einen freimütigen Ideenaustausch unter den Völkern freier Kulturstaaten, der eine wichtige Voraussetzung des Friedens und internationaler Verständigung ist.

Bei meinen Besuchen im Nachkriegsdeutschland habe ich oft beobachtet, daß zu viele Ausländer nur an das dachten, was das nationalsozialistische Deutschland den überfallenen und besetzten Ländern zugefügt hatte, zu viele Deutsche aber nur an das, was sie erlitten, seit fremde Truppen in ihr Land eindrangen und es besetzten. Weder die eine noch die andere Haltung konnte bei der Verwirklichung einer engen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft freier Nationen mithelfen, die Deutschlands als eines gleichberechtigten Partners bedarf, so wie Deutschland ihrer bedarf.

Ich habe mich in diesem Buch entschlossen von dem üblichen Schema nationalistischer Selbstrechtfertigung losgesagt. Es ist, scheint mir, nicht mehr als ein Bericht über das, was das Weltgeschehen während der sieben Jahre seit Kriegsende bestätigt hat: daß es ein grundlegender Trugschluß Präsident Roosevelts war zu glauben, ein „Kreuzzug" im Bunde mit der Sowjetunion würde oder könnte zu einer Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und internationalen Stabilität führen.

Die sichtbaren Tatsachen der heutigen internationalen Lage — der Kalte Krieg mit der Sowjetunion und den Satelliten, der Heiße Krieg, der in Korea tobt — bezeugen beredter den Bankrott der Roosevelt-Politik als viele theoretische Argumente. Mein Buch ist ein Versuch, die Ursprünge dieser Politik und die Illusionen, die ihren Fehlschlag bestimmten, zu analysieren.

Ich sage dem deutschen Leser gewiß nichts Neues mit der Feststellung, daß der in diesem Buch vertretene Standpunkt nicht der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten herrschenden Meinung entspricht. Er bedeutet vielmehr eine Herausforderung mancher festgefügter Interessen und Vorurteile. Aber die politische Untersuchung des vergangenen Krieges und der Nachkriegszeit in den westlichen Ländern wird doch beständig realistischer, wofür Chester Wilmots gründliches Werk The Struggle For Europe ein gutes Beispiel ist.

Für die Hilfe bei der Abfassung dieses Buches bin ich den Herren Charles E. Bohlen und George F. Kennan vom State Department, A. A. Berle, dem früheren Gehilfen des Außenministers, General William Donovan, dem früheren Chef des Nachrichtendienstes (OSS), Allen W. Dulles, dem Leiter des OSS-Dienststelle in der Schweiz, sowie den früheren Botschaftern Joseph C. Grew, William C. Bullitt und Arthur Bliss Lane zu Dank verpflichtet, die so liebenswürdig waren, Kriegsereignisse und Kriegsprobleme mit mir zu diskutieren. Ich beeile mich hinzuzufügen, daß keiner dieser Herrn auch nur im geringsten für die in diesem Buche dargelegten Auffassungen mitverantwortlich ist. Einige von ihnen werden, wie ich weiß, verschiedene meiner Schlußfolgerungen scharf ablehnen. Aber sie alle haben mit dazu beigetragen, meine eigene Auffassung von Amerikas zweitem Kreuzzug zu klären.

Die deutsche Übersetzung dieses Buches, wird, so hoffe ich, zu einer vollständigen Überprüfung der Ursachen und Umstände des vergangenen Krieges beitragen. Die Fehler der Vergangenheit zu erkennen, ist unerläßlich für die Schaffung einer gesünderen und dauerhafteren Politik in der Zukunft.

William Henry Chamberlin

Cambridge, Massachusetts, USA, 10. April 1952

DER ERSTE KREUZZUG

Die Amerikaner neigen mehr als andere Völker dazu, ihre Beteiligung an den beiden großen Kriegen des 20. Jahrhunderts als einen Kreuzzug für die gerechte und gute Sache anzusehen. Im ersten Weltkrieg war es zunächst nur eine Minderheit, die so dachte: jene Amerikaner, die durch Gefühl, Verwandtschaft oder Interesse eng an Großbritannien und Frankreich gebunden waren. Ihnen standen mit entgegengesetzten Sympathien die politisch und sozial weniger einflußreichen Deutsch-Amerikaner und Irisch-Amerikaner gegenüber. Die Mehrheit wünschte Wilsons Appell zu folgen, „nicht nur dem Namen, sondern der Tat nach neutral, im Handeln und Denken unparteiisch zu sein". Obwohl Woodrow Wilson geistig mit dem politischen System Englands und Frankreichs sympathisierte, so liegen doch Beweise für die Aufrichtigkeit seines Wunsches vor, Amerika aus dem Weltkonflikt herauszuhalten, bis er in der Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges seine Hände gebunden fühlte. Ihn beflügelte die Hoffnung, eine führende Schiedsrichterrolle auf der Friedenskonferenz zu spielen, und er sah es deshalb als einen Vorteil an, wenn eine der Großmächte außerhalb der Reihen der Kriegführenden blieb. Wilson war kein absoluter Pazifist, aber er war ein Gelehrter, dem die Anwendung von Gewalt in Auseinandersetzungen der Nationen widerstrebte. Als er am 22. Januar 1917 vor dem Senat für einen „Frieden ohne Sieg" eintrat, sprach er die wahrhaft prophetischen Worte, daß ein unter Demütigung und Zwang auferlegter Friede auf Treibsand gebaut sein werde. „Nur ein Friede unter Gleichberechtigten kann dauern, nur ein Friede, dessen Grundprinzip die gemeinsame Teilnahme am gemeinsamen Wohle ist." Wilson sah die psychologischen Folgen eines Kriegseintritts Amerikas klar voraus; die Menschen würden aufhören, Recht und Unrecht gegeneinander abzuwägen, und vergessen, daß es je so etwas wie Toleranz gegeben habe, sagte er

unmittelbar vor der Kriegserklärung zu einem vertrauten Freund. Die Entscheidung des 2. April 1917 hatte ihn schlaflose Nächte gekostet, und es ist sicher eine der höchsten Formen des Tragischen, daß ein Mann sich durch eine, wie er glaubte, unwiderstehliche Notwendigkeit getrieben fühlte, einen Kurs einzuschlagen, von dem er sich keine konstruktiven Ergebnisse versprach.

Amerika war 1914 keiner der beiden kriegführenden Seiten politisch oder gar militärisch verpflichtet. Aber seine Außenhandelsinteressen wurden sofort und drastisch vom Kriege berührt. Beide Gegner nahmen wenig Rücksicht auf die Rechte der Neutralen. Die Alliierten erweiterten ihren Anspruch auf Untersuchung und Beschlagnahme von Schiffen sowie die Definition der Konterbande weit über das geltende Recht und allgemeine Gepflogenheiten hinaus. Amerikanische Protestnoten hatten wenig Erfolg, übrigens auch deshalb, weil der amerikanische Botschafter in London, Walter Hines Page, sich gegen das State Department zum Anwalt der Engländer machte[1].

Nach vergeblichen Protesten gegen die — völkerrechtswidrige, weil nicht effektive — Blockade erklärte die deutsche Regierung am 4. Februar 1915 die Gewässer um England zur Kriegszone, in der U-Boote eingesetzt werden würden, und warnte neutrale Schiffe, sie zu befahren. Außenminister Bryan sagte damals, er könne kaum einen Unterschied zwischen einem Torpedo und einem Prisengericht sehen. Aber U-Boot-Angriffe kosten Menschenleben und werden zu Schlagzeilen, während aufgebrachte Handelsschiffe nur die Rechtsanwälte und Gerichte beschäftigen.

Trotz der großen Empörung über den Lusitania-Zwischenfall am 7. Mai 1915 wurden kaum Stimmen für einen Kriegseintritt laut. Kritischer wurde es im Frühjahr 1916 nach der Torpedierung eines englischen Kanaldampfers, bei der auch einige Amerikaner ums Leben kamen. Wilson drohte mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls Deutschland nicht die Methoden des U-Boot-Krieges ändere. Berlin gab nach. Aber die Gefahr bestand, daß Deutschland den U-Boot-Krieg wie zuvor wiederaufnehmen würde, falls es darin im Vergleich zum Nutzen der amerikanischen Neutralität eine größere Chance sah. Unter diesen Umständen bemühte sich Wilson, eine Grundlage für eine Vermittlungsaktion zu finden, und es kann nachträglich nicht zweifelhaft sein, daß ein

[1] So sagte er einmal zu Außenminister Sir Edward Grey, als er wegen des Anhaltens von Konterbande auf dem Wege nach neutralen Häfen protestieren sollte: „Ich habe das Telegramm (aus Washington) gelesen, aber ich stimme damit nicht überein. Wir wollen zusammen überlegen, wie man es beantworten soll.“ W. H. Ch.

Verhandlungsfriede 1915 oder 1916 unter vernünftigen Bedingungen die beste Lösung gewesen wäre und vielleicht die europäische Zivilisation vor den Erschütterungen durch Kommunismus und Nazismus bewahrt haben würde.

Obwohl Oberst House im Auftrag Wilsons den Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz im Februar 1916 mit der Zusicherung begleitete, die Vereinigten Staaten würden, falls Deutschland „unvernünftig" wäre, das heißt, wenn es nicht der Wiederherstellung Belgiens, der Abtretung Elsaß-Lothringens und einem Ausgang zur See für Rußland zustimme, die Konferenz wahrscheinlich als Verbündeter der Alliierten verlassen, wurde er in London und Paris abgelehnt: man hoffte, Deutschland und Österreich auszuhungern, und fürchtete einen moralischen Rückschlag. Außerdem hatte man sich bereits auf weitgehende annexionistische Ziele festgelegt, so im Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 über die Aufteilung Kleinasiens. Die Alliierten wünschten einen „knockout"-Sieg.

Inzwischen wirkte sich die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten immer stärker aus. England und Frankreich hatten, hauptsächlich durch das Haus Morgan, Anleihen in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar aufgenommen, und diese Summe bedeutete damals sehr viel mehr als heute. Auch der gefühlsmäßige Einsatz war verstärkt worden. Die Engländer hatten es dabei leicht, weil sie in ihren besten Typen zurückhaltend sind und eher untertreiben, während Deutschland, das allerdings durch die Abschneidung der Kabelverbindungen sehr benachteiligt war, meist ungeschickt und plump vorging.

Immer noch fehlte es aber an Kriegsstimmung. Sicher dankte Wilson seine hart umkämpfte Wiederwahl 1916 nicht zuletzt der Parole: „Er hat uns aus dem Kriege herausgehalten." Wilson erwog einen Friedensappell, als Reichskanzler von Bethmann Hollweg ihm mit der Note vom 12. Dezember 1916 zuvorkam, in der er, ohne von den Bedingungen zu sprechen, die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer Friedenskonferenz zum Ausdruck brachte. Wilson forderte daraufhin die kriegführenden Mächte auf, ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben.

Die Alliierten sahen in der Aufforderung, ihre Karten auf den Tisch zu legen, eine empörende Zumutung und lehnten in einer scharf gehaltenen Note Verhandlungen ab, wenn die Mittelmächte sich nicht vorher zur Rückgabe aller in der Vergangenheit den Alliierten weggenommenen Gebiete, zur Befreiung der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Ottomanischen Reiches bereit erklärten. Solche Bedingungen konnte man aber nur einem besiegten Feinde auferlegen. Die Ende Januar 1917 ver-

öffentlichte deutsche Note enthielt freilich auch einen stark annexionistischen Beigeschmack.

Alle Aussichten auf einen von Amerika vermittelten Frieden verschwanden, als Deutschland am 31. Januar 1917 die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges verkündete. Das mochte nach der Statistik der Versenkungen nicht unvernünftig sein, hat sich aber doch als ein verhängnisvoller Fehler herausgestellt, denn es ist sehr zweifelhaft, ob die Vereinigten Staaten ohne diese Maßnahme in den Krieg eingetreten wären[2].

Deutschland hätte nur einige Wochen zu warten brauchen, und die russische Revolution vom 12. März 1917 wäre zur großen Chance, wenn nicht eines Sieges, so einer Remispartie geworden. Aber man setzte in Berlin alles auf die U-Boot-Karte — und Wilson brach, wie angekündigt, die diplomatischen Beziehungen ab. Der englische Botschafter in Washington, Sir Cecil Spring Rice, betete „für die Vernichtung eines amerikanischen Schiffes mit amerikanischen Passagieren."[3] Noch immer aber scheute Wilson vor dem letzten Schritt zurück. Da wurde am 24. Februar der Vorschlag von Staatssekretär Zimmermann bekannt, der Mexiko für den Fall eines Krieges mit den Vereinigten Staaten ein Bündnis vorgeschlagen und dabei versprochen hatte, mexikanische Ansprüche auf das früher mexikanische Gebiet Texas, New Mexico und Arizona zu unterstützen. Moralisch war dieses „Angebot" nichts anderes, als was die Alliierten gegenüber Italien und Rumänien getan hatten. Aber im Hinblick auf Mexikos Schwäche war es eine außerordentliche Torheit.

Als Antwort auf den unbeschränkten U-Boot-Krieg wurden die amerikanischen Handelsschiffe bewaffnet. Ende März hatten sich dann genug „Zwischenfälle" ereignet, um Wilson zur Vorlage der Kriegserklärung zu veranlassen. Er tat es – im Tone und Geiste der Kreuzfahrer. Seine Rede vom 2. April glühte vor Eifer für Demokratie, für das Recht und die Freiheit kleiner Völker und endete mit dem Ruf: „Die Welt muß reif gemacht werden für Demokratie."

Sechs Senatoren und fünfzig Abgeordnete stimmten gegen die Kriegserklärung. Senator Robert M. La Follette bestritt, daß der Krieg für die „Demokratie" geführt werden könne, und Senator George Noris erklärte, Amerika setze das Dollarzeichen in seine Flagge.

[2] Noch am 4. 1. 1917 sagte Wilson zu House: „Es wird keinen Krieg geben. Amerika beabsichtigt nicht, sich in diesen Krieg verwickeln zu lassen. Wir sind die einzige große weiße Nation, die heute vom Kriege frei ist, und es wäre ein Verbrechen gegen die Kultur, wollten wir eintreten." W. H. Ch.

[3] Walter Millis, The Road to War (Boston, Houghton, 1935) p. 401

Wilsons Grundsätze — Regierung unter Zustimmung der Regierten, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abschaffung der Geheimdiplomatie, ein nicht auf Rache aufgebauter Friede und Schaffung einer internationalen Liga zur Wahrung des künftigen Friedens — gingen in der leidenschaftlichen Haßstimmung unter, die sich inzwischen in Amerika entwickelt hatte. Geistliche riefen von der Kanzel herab „Gott verdamme den Kaiser" und sagten, das sei kein Fluch; Pittsburgh verbot Beethovenmusik; das Fremdwort „Sauerkraut" wurde in „Freiheitskraut" übersetzt, und Filme und Zeitschriften überboten sich in ähnlichen Dummheiten.

Amerika erwies sich als ein mehr als ausgleichender Ersatz für Rußland. Die Zahl der amerikanischen Truppen an der Westfront stieg von 300 000 im März 1918 auf zwei Millionen im November. Das deutsche Volk war erschöpft und halb verhungert, als Reichskanzler Prinz Max von Baden sich am 5. November an Wilson mit der Bitte um Waffenstillstand auf der Grundlage der Vierzehn Punkte wandte, die der Präsident am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

Viele Stimmen in Amerika forderten eine bedingungslose Kapitulation. Aber Wilson fuhr fort zu verhandeln, und als der Waffenstillstand geschlossen wurde, geschah es auf der Grundlage der Vierzehn Punkte und späterer Erklärungen Wilsons: mit einem Vorbehalt und einer Erläuterung. Lloyd George hatte sich Punkt zwei — Freiheit zur See — zur weiteren Diskussion vorbehalten, und Oberst House hatte zugestimmt, daß unter „Wiederherstellung der besetzten Gebiete" auch eine Entschädigung für alle von Deutschland angerichteten Schäden zu verstehen sei. Grundsätzlich aber galten die Vierzehn Punkte, wie sich aus Wilsons Antwort vom Mai 1919 auf einen deutschen Protest gegen die Friedensbedingungen ergibt: „Die alliierten und assoziierten Mächte stimmen völlig mit der deutschen Delegation überein, wenn diese darauf besteht, daß die Grundlage der Verhandlungen über den Friedensvertrag in dem Notenwechsel zu finden ist, der der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 11. November 1918 unmittelbar voranging."

Die Hoffnung weitsichtiger Liberaler in Amerika und Europa, daß Wilsons Prinzipien zur Grundlage eines gerechten und dauernden Friedens werden würden, konnten sich nicht erfüllen. Aus verschiedenen Gründen nicht: die Kongreßwahlen hatten im November 1918 mit einem Sieg der Republikaner geendet, was Wilsons Einfluß minderte, vor allem in den Augen der europäischen Staatsmänner, die an eine vom Parlament abhängige Regierung gewöhnt waren. Der Präsident selbst beging den taktischen Fehler, keinen

prominenten Republikaner in die amerikanische Konferenzdelegation zu berufen. Besser wäre es auch gewesen, er wäre nicht selbst nach Paris gefahren, denn dort unterlag er der von Harold Nicolson in Peacemaking so anschaulich beschriebenen Haßstimmung, in der sich jedermann fürchtete, als „prodeutsch" verschrien zu werden.

Gegen die altmodische Geheimdiplomatie mag vieles eingewandt werden, aber im Gegensatz zum Wiener Kongreß standen in Paris Lloyd George, Clémenceau und Orlando unter dem Druck der Volksmeinung, die stürmisch nach Annexionen und Reparationen verlangte. Wilson hat versucht, seine Ideale und Grundsätze zu verteidigen, aber er war nicht konsequent und energisch. Er lehnte die italienischen Ansprüche auf Fiume und Dalmatien ab, das Engländer und Franzosen 1915 den Italienern versprochen hatten, stimmte jedoch der Eingliederung des fast rein deutschen Südtirol zu. Das Selbstbestimmungsrecht wurde zugunsten der Sieger nach Kräften ausgeweitet, den Besiegten aber beschnitten oder verweigert, wie im Falle Österreich, das sich der deutschen Republik anschließen wollte, und der Sudetendeutschen, die nicht unter die Herrschaft der Tschechen kommen wollten.

Besonders verhängnisvoll waren die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die wesentlich zur Verschärfung der zehn Jahre später einsetzenden Weltwirtschaftskrise und damit zum Aufstieg Adolf Hitlers beitrugen. Kolonien, Handelsflotte, Auslandsguthaben und Goldreserven wurden den Deutschen weggenommen und gleichzeitig wurde ihnen eine — nicht fixierte — riesige Reparationslast aufgebürdet. Unerfüllbare Forderungen zu stellen, deren Nichterfüllung dann einen „Rechtsanspruch" auf neue Forderungen bieten konnte, war seit den Tagen Ludwigs XIV. ein Grundsatz der französischen Politik. Überdies wurde die Reparationsverpflichtung im Artikel 231 „moralisch" begründet. Deutschland wurde gezwungen, sich des Angriffskrieges schuldig zu erklären. Es vergingen nur wenige Jahre, bis diese These auch von nichtdeutschen Historikern widerlegt war; hier mag es genügen, das Urteil von Professor Sidney B. Fay von der Harvard-Universität anzuführen: „Deutschland hat weder einen europäischen Krieg angezettelt, noch wünschte es ihn; es machte vielmehr aufrichtige, wenn auch verspätete Anstrengungen, ihn abzuwenden . . . In erster Linie war es Rußlands Generalmobilmachung, die angeordnet wurde, während Deutschland sich bemühte, Österreich zu einer Beilegung des Konfliktes (mit Serbien) zu veranlassen, die Deutschland ebenfalls zur Mobilmachung und Kriegserklärung zwang und damit schließlich die Katastrophe auslöste . . . Das Verdammungs-

urteil des Versailler Vertrages, Deutschland und seine Verbündeten seien für den Krieg verantwortlich, ist unter Berücksichtigung des bisher vorliegenden Materials historisch falsch."[4]

So enthielt der Versailler Vertrag, wie er schließlich Deutschland aufgezwungen wurde, kaum noch eine Spur Wilson'schen Geistes. Spötter schlugen vor, Wilson nicht den Friedens-, sondern den wissenschaftlichen Nobelpreis zu verleihen, weil er das mathematische Wunder 14=0 vollbracht habe. Die letzte und größte Enttäuschung erlebte Wilson, der in Paris einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, als der amerikanische Senat den Versailler Vertrag und damit die in ihn eingebaute Völkerbundssatzung ablehnte. Die Vereinigten Staaten traten der Genfer Liga der Nationen nicht bei.

An Stelle der Ungerechtigkeiten, die der Krieg hatte beseitigen wollen, setzte der Versailler Vertrag neue Ungerechtigkeiten und Gefahren, vor allem in „Zwischeneuropa", dem Gebiet zwischen Deutschland und dem jungen Sowjetstaat, sowie in Südosteuropa. Die Zerschlagung der europäischen Wirtschaft in kleine Stücke erleichterte den Kräften den Aufstieg, die das Erbe von Versailles antraten: dem Totalitarismus. Statt die Welt „reif für Demokratie" zu machen, wurde der Boden für Kommunismus und Faschismus bereitet. Im Jahre 1933 hätten wahrscheinlich die meisten Amerikaner sich zu dem bekannt, was William A. White damals schrieb: „Heute vor 15 Jahren wurde der Waffenstillstand geschlossen, und wir alle glaubten, eine neue Welt würde entstehen. Sie ist auch entstanden. Aber sie ist viel schlimmer, als es die frühere Welt war. Zehn Millionen Menschen wurden getötet und viel mehr wurden verstümmelt. Güter im Werte von 50 Milliarden Dollar wurden vernichtet, und die Welt ist mit Schulden überlastet. Und wofür das alles? Wäre es schlimmer gewesen, wenn Deutschland gesiegt hätte? Legt euch selbst aufrichtig diese Frage vor. Niemand weiß die Antwort. Ist diese alte Welt so reif zur Demokratie, als sie es vor dem Verluste so vieler Menschen war?"[5]

Nach welchem Maße man auch Amerikas ersten Kreuzzug mißt, er konnte in keinem Fall als Erfolg gewertet werden. Er war nicht einmal eine wirksame Warnung, denn alle Illusionen, Fehlurteile und Irrtümer des ersten Kreuzzuges sollten sich — und in noch gesteigerter Form — in einem zweiten Kreuzzug wiederholen, der trotz eines neuen militärischen Sieges noch eindeutiger, noch krasser mit einem politischen und moralischen Fehlschlag endete.

[4] Origins of the World War (New York Macmillan, 1930) pp. 552, 554 f.
[5] The Autobiography of W. A. White (New York, Macmillan, 1946) p.640

KOMMUNISMUS UND FASCHISMUS: FRUCHT DES KRIEGES

Als der erste Weltkrieg seinen Höhepunkt erreicht hatte, mußte man annehmen, daß entweder der Kaiser oder die Führer der Westmächte als Sieger daraus hervorgehen würden. Die wirklichen politischen Gewinner dieses furchtbaren Opferganges waren aber drei Männer, die bei Ausbruch des Krieges selbst in ihren eigenen Ländern wenig oder gar nicht bekannt waren: ein russischer Revolutionär, der ärmlich und versteckt in Zürich lebte, ein radikaler italienischer Sozialist, der während des Krieges zum Ultranationalisten geworden war, und ein völlig unbekannter deutscher Soldat österreichischer Herkunft, der Tränen des Zornes vergoß, als er mit einer hysterischen Erblindung im Lazarett lag und von Niederlage und Revolution hörte — Wladimir Iljitsch Lenin, Benito Mussolini und Adolf Hitler.

Wilson proklamierte die Demokratie als Kriegsziel, wie der angelsächsische Liberalismus sie verstand — mit Freiheit der Rede, der Presse, der Wahlen und Vereinigung sowie „dem Recht der Regierten, bei ihrer Regierung mitzureden". Die Dämonen, die von den Kreuzzüglern Wilson'schen Geistes ausgetrieben werden sollten, waren Autokratie und Militarismus, die man sich in der Gestalt uniformierter und ordensbehängter Monarchen, Aristokraten mit klingenden Titeln (soweit sie nicht Engländer waren) und im Pomp und Pracht der Kaiserreiche alten Stils vorstellte. Das zaristische Rußland war gewiß kein rechter Partner eines Kreuzzugs für Demokratie; aber das Zarentum wurde kurz vor Amerikas Kriegseintritt gestürzt. Im alliierten Lager stand auch ein japanischer Kaiser, den seine Untertanen als Gott verehrten, aber von ihm sprach man nicht viel.

Der Krieg versetzte den großen Kaiserreichen Europas östlich des Rheins den Todesstoß. Der Zar und seine Familie wurden in einem Keller der Uralstadt Jekatarinenburg ermordet. Die habsburgische Monarchie zerfiel, als ihre vielen Völker auseinanderstrebten. Kaiser Wilhelm II. begab sich nach Holland ins Exil. Die neuen Staaten auf der europäischen Landkarte — Polen, Tschechoslowakei, Finnland, Litauen, Lettland und Estland — waren Republiken. Aber wenn auch die Erbmonarchie als Ergebnis des Krieges verlor, so hat die liberale Demokratie ebenso sicher nicht gewonnen. Im Gegenteil; der Krieg erzeugte einen neuen Typ plebejischer Diktatur, den man sehr zutreffend Totalitarismus genannt hat. Zwischen den beiden Hauptformen eines totalitären Staates, dem kommunistischen und dem faschistischen, gab es dabei gewisse Unterschiede, obwohl beide ihre Existenz der Verzweiflung,

den Unmenschlichkeiten und der Auflösung der alten Wirtschaftsformen und moralischen Bindungen dankten, die mit dem Kriege verbunden waren. Außer durch diesen gemeinsamen Ursprung waren diese Zwillingsabkömmlinge des ersten Weltkrieges aber durch ein noch wichtigeres Band verbunden: durch die bemerkenswerte Ähnlichkeit ihrer Praxis, mochten sie beide auch von verschiedenen Weltanschauungen ausgehen. Zwischen Kommunismus und Faschismus gibt es unendlich viel mehr Gemeinsamkeiten als zwischen ihnen beiden und der liberalen Demokratie.

Der direkte Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution war in Rußland ganz offenkundig und W. I. Lenin, dieser Meister in Praxis und Taktik der Revolution, den Ludendorff im plombierten Waggon aus der Schweiz über Schweden nach Rußland reisen ließ, verstand es, die Kräfte der Auflösung und Zersetzung zu nutzen:[1] „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland auf den Kopf stellen!" Tatsächlich dauerte es weniger als acht Monate nach dem Sturz der Zarenherrschaft, daß Lenins „Organisation", die bolschewistische, später kommunistisch genannte Partei stark genug war, einen erfolgreichen Staatsstreich gegen die zerfallende provisorische Regierung anzuführen. Die Räterepublik — „sowjet" heißt Rat — wurde proklamiert, die auf dem Prinzip der Diktatur des Proletariats, das heißt der Handarbeiter, beruhte, und dem Ideal der kommunistischen Weltrevolution geweiht war.

Die „Räte", die von Arbeitern, Soldaten und, in geringerem Maße, von Bauern gewählt wurden, bildeten sich spontan und aufs Geratewohl nach der Revolution im ganzen Lande. Die Delegierten wurden in den Fabriken und militärischen Einheiten gewählt und konnten zunächst auch wieder abgesetzt werden. Nachdem die Kommunisten aber die Macht an sich gerissen hatten, wurde die Wahl zu einer leeren Formalität. Die höchste Autorität lag auf allen Gebieten in Händen der herrschenden Kommunistischen Partei.[2]

[1] Der Sturz des Zaren wurde in den alliierten Hauptstädten zuerst begrüßt, weil man darin eine Revolte gegen die deutschen Einflüsse am Hof und eine Sicherung sah, daß der Krieg kraftvoller fortgesetzt werden würde — eine Hoffnung, die bald enttäuscht wurde, als es der schwächlichen provisorischen Regierung nicht gelang, der wachsenden Anarchie Herr zu werden: Aufstand der Bauern, Meuterei der Armee, Lohnforderungen und blutige Unruhen in den Fabriken und Auseinanderstreben der nichtrussischen Nationalitäten. W. H. Ch.

[2] Lenin soll einmal, halb im Scherz und halb im Ernst gesagt haben, es könne in Rußland beliebig viele Parteien geben, aber unter einer Bedingung: Die Kommunistische Partei müsse an der Macht und alle anderen müßten im Gefängnis sein. Das entsprach genau der politischen Praxis der Sowjets. W. H. Ch.

So war die Welt Zeuge der Geburt eines neuartigen Staates geworden, der sich auf die unbegrenzte Macht einer einzigen politischen Partei stützte. Diese Partei betrachtete sich selbst als Elite; neue Mitglieder wurden nur nach einer Probezeit und nur in begrenzter Zahl aufgenommen.

In Italien spielten sich die Ereignisse anders ab; das politische Ergebnis war aber in vieler Hinsicht ähnlich. Nach dem Kriege gärte es im Lande; Streiks, Zusammenrottungen und die Einstellung der öffentlichen Dienste schufen Unruhe. Die italienischen Kommunisten und einige Sozialisten träumten von der Aufrichtung einer revolutionären Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Aber der Exsozialist Benito Mussolini kam ihnen zuvor und besiegte sie als Prophet einer neuen Lehre, des Faschismus: „Eine Revolution ist eine Idee, die Waffenträger gefunden hat." Der Kommunismus ging von den wirtschaftlichen Doktrinen und vom historischen Materialismus aus, wie Karl Marx sie gelehrt hatte, Lenin und sein Nachfolger Josef Stalin sie interpretierten. Der Faschismus war ein mehr persönlicher, eklektizistischer Typ von „Weltanschauung", den Mussolini nach seinem Bruch mit dem Sozialismus ausgearbeitet hatte. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung war Mussolini nämlich kein Konservativer oder Vertreter des status quo.

Der Staatstyp, der sich nach dem Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 entwickelte, bedeutete einen Bruch mit der politischen Vergangenheit Italiens. Der Faschismus proklamierte die Allmacht des Staates über das Individuum. Er versuchte, den Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit dadurch zu lösen, daß er die Regierung als obersten Schiedsrichter in Wirtschaftsstreitigkeiten einsetzte. Er organisierte, drillte und „schulte" die Jugend, pries die kriegerischen Tugenden, gab den Arbeitern bessere Löhne und, damit neben dem Brot die Spiele nicht fehlten, im Dopolavoro eine später in Deutschland als „Kraft durch Freude" imitierte Organisation. Er versuchte, alle Wirtschaftsprobleme in Begriffen eines Kampfes zu dramatisieren, in dem jeder Bürger ein Soldat sein müsse.

Hätte es keinen Krieg gegeben, so ist es unwahrscheinlich, wenn nicht undenkbar, daß der Faschismus Italien erobert haben würde, der dem eher zur Lässigkeit und jedenfalls zur Skepsis neigenden italienischen Temperament fremd war. Viele der engsten Gefährten Mussolinis waren ehemalige Kriegsteilnehmer, die Sozialismus und Kommunismus verabscheuten, aber irgendeinen sozialen Wandel wünschten und von Mussolinis energiegeladener Persönlichkeit und seinen nationalistischen Ideen angezogen wurden. Die italienische Linke spielte Mussolini in die Hand, indem sie das Land in einen Zustand chronischer Unordnung stürzte: nicht weit

genug, um daraus eine Revolution zu machen, aber doch so weit, daß die breite Schicht zwischen Industriearbeiterschaft und Reichtum sich mit Mussolinis Methoden der starken Hand bei der Wiederherstellung der Ordnung aussöhnte.

Der Zwischenraum zwischen Krieg und Revolution war am größten in Deutschland. Hunger und Inflation führten in den ersten Nachkriegsjahren zu inneren Kämpfen und Aufständen in Berlin, München, Hamburg, Mitteldeutschland und an der Ruhr. Rechtsradikale Bewegungen bekämpften das Regime von 1918. Nach der wirtschaftlichen und politischen Beruhigung — Einführung der Rentenmark, Eintritt in den Völkerbund, Locarno-Vertrag — schien eine Zeit der politischen Stabilität angebrochen; aber der Sturm der Weltwirtschaftskrise zerriß die dünnen Schleier, und der dritte große politische Umsturz Europas wurde sichtbar: der Aufstieg Adolf Hitlers und der NSDAP.

Unter den drei revolutionären „Erfolgsgeschichten" war die Hitlers die bemerkenswerteste. Lenin und Mussolini waren politisch ausgebildet und erfahren, Hitler nicht. Er schien sich in nichts aus der Masse der Feldgrauen herauszuheben, die wie er vier Jahre „draußen" gewesen waren. Der wäre ein Phantast gescholten worden, der vorausgesagt hätte, daß dieser völlig unbekannte Gefreite zum absoluten Herrscher Deutschlands aufsteigen, zu napoleonischen Eroberungen ausziehen und in einer wagnerianischen Götterdämmerung sich selbst den Tod geben würde, nachdem er sein Land auf die Höhe militärischer Macht und in die Tiefen des Zusammenbruchs und der vollständigen Niederlage geführt hatte. Aber im Falle Hitlers übertraf die Geschichte die wildeste Romanphantasie.

Deutschland war in den Jahren der schweren Wirtschaftskrise und gewaltigen Arbeitslosigkeit empfänglich für diesen Mann, der sich selbst als Wundertäter und Retter ausgab. Hitler war ein leidenschaftlicher, verzückter und geradezu hypnotisierender Redner in einem Lande, in dem die Kunst der öffentlichen Rede nie sehr gepflegt worden war. Das Dunkel über Herkunft und Kindheit Hitlers umgab ihn mit einem romantischen Geheimnis; daß er in seiner Jugend in Wien das Leben eines Asozialen geführt hatte, war unbekannt. Vielleicht lag das Geheimnis seiner Anziehungskraft in seinem scheinbaren Mitgefühl mit Mühsal und Plage der Erwerbslosen und in seiner leidenschaftlichen Hingabe. Dank diesen sentimentalen Faktoren, die mit einer weniger sichtbaren mißtrauischen Menschenverachtung gepaart waren, konnte Hitler — anders als der normale, nüchterne und schwerfällige deutsche Poli-

Y Er meisterte gefühlsmäßig die Psychologie der Masse.

tiker — eine machtvolle Anziehungskraft auf die deutschen Massen ausüben, die gewöhnlich an Politik wenig interessiert sind.

Hitler wußte, wie man die Deutschen bei ihren Instinkten und Vorurteilen packen kann. Das Ideal eines mächtigen Staates war stets volkstümlich gewesen. Hitler versprach mit einer von dem konservativen Schriftsteller (und Dostojewski-Übersetzer) Möller van den Bruck übernommenen Formel ein „Drittes Reich", das ruhmvoller sein würde als das erste und zweite Kaiserreich. Auch eine „rassistische" Auslegung der Geschichte kam deutschem Empfinden sehr nahe, wobei Hitler ironischerweise die Lehre zweier Ausländer vulgarisierte und popularisierte: des Franzosen Gobineau und des Engländers Houston Stewart Chamberlain.

Der Antisemitismus, der weder in Deutschland entstand noch auf Deutschland beschränkt war, hatte durch zwei Nachkriegsvorgänge einen starken Auftrieb erfahren. Zahlreiche Führer des Kommunismus und anderer Bewegungen der äußersten Linken waren jüdischer Herkunft: Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Landauer, um nur einige zu nennen. Ostjuden waren in großer Zahl auf der Flucht vor Pogromen und wirtschaftlicher Misere nach Deutschland eingewandert, und einige von ihnen beteiligten sich aktiv an den durch Inflation und Warenmangel begünstigten Spekulationen. Natürlich hatten die politische und die Schiebergruppe nichts miteinander zu tun, aber Hitler benützte beide Typen, um vor seinen Hörern das Bild des Juden als eines zu gleicher Zeit gewissenlosen Ausbeuters und Verderbers der nationalen Institutionen zu entwerfen.

Wie die anderen modernen Revolutionäre Lenin und Mussolini, profitierte Hitler von der Schwäche und Uneinigkeit seiner Gegner. Die deutsche Republik war in einer Zeit des Elends, der Niederlage und Erniedrigung entstanden; sie hat nie das Vorstellungsvermögen oder eine begeisterte Anhänglichkeit des deutschen Volkes zu erringen vermocht. Die deutsche Arbeiterbewegung hätte zu einem Bollwerk gegen den nazistischen Ansturm werden können, aber sie war in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten, und diese konzentrierten ihr Feuer auf die Sozialdemokraten, wie Moskau es befahl, und nicht auf die Nationalsozialisten. Sie gaben sich dem Irrtum hin, daß einem Siege Hitlers eine kommunistische Reaktion folgen werde.

Ob Hitler den Willen des deutschen Volkes verkörperte oder ob die Deutschen Opfer seiner Diktatur waren, ist oft erörtert worden; aber diese Frage läßt sich nicht exakt in einer vereinfachenden und verallgemeinernden Weise beantworten. Daß die nationalsozialistische Bewegung einer starken Minderheit des deutschen

Volkes zusagte, ist unbestreitbar. Hitler bekam bei den Reichstagswahlen von 1932, die frei und gesetzmäßig verliefen, 37 Prozent der Stimmen und am 4. März 1933 noch mehr, nämlich 44 Prozent. Damit gewann er eine wenn auch schmale parlamentarische Mehrheit, da die mit der NSDAP verbündeten Deutschnationalen dafür genug Stimmen aufbrachten. Diese Wahlen konnten jedoch nicht mehr als frei gelten. Schon war der Terror am Werk. Der Reichstag war angezündet worden, um die Kommunisten dafür verantwortlich machen und verbieten zu können. Braunhemden liefen mit dem Gummiknüppel umher und schüchterten ihre politischen Gegner ein. Nachdem Hitler aber einmal seine Diktatur fest in den Boden eingerammt hatte, kann man nicht mehr bestimmen, wie viele Deutsche ihn aus Begeisterung unterstützten, wie viele, weil es entschieden sicherer war, nicht als lau oder ablehnend zu gelten. Auf keinen Fall läßt sich bei einem objektiven Studium der Tatsachen die Behauptung vertreten, daß alle Deutschen oder auch nur eine große Mehrheit kriegslüstern waren. Dagegen spricht bereits, daß Hitler es als notwendig ansah, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges seine Friedensliebe zu beteuern. Seine Lieblingspose war die des alten Frontsoldaten, der die Schrecken des Krieges kannte und sie nicht noch einmal zu erleben wünschte, eine Haltung, mit der er sowohl sein eigenes Volk wie die übrige Welt täuschen wollte. Viele Deutsche haben bis zuletzt gehofft, es werde nicht zum Kriege kommen. Die Erleichterung, mit der das Münchner Abkommen in Deutschland — übrigens auch in Italien [3] — aufgenommen wurde, hat Hitler nach dem Zeugnis seiner Umgebung sehr erbittert. Ausländer, die sich in der kritischen Zeit vor Kriegsausbruch und während der größten deutschen militärischen Erfolge in Deutschland aufhielten, waren häufig von der Apathie und der Abwesenheit volkstümlicher Begeisterung beeindruckt, wie sie zweifellos 1914 vorhanden gewesen war. Heute wissen wir auch, daß die führenden deutschen Militärs, vor allem der Chef des Generalstabs, Generaloberst Ludwig Beck, alles getan haben und selbst das Odium des Hochverrats auf sich nahmen, um den Krieg zu verhindern.

Gelegentlich wird es als Beweis der tiefen und unverbesserlichen Verderbtheit des deutschen Charakters hingestellt, daß der Durch-

[3] Eine besonders lebendige Schilderung der Wirkung des Münchner Abkommens auf die Deutschen und auf die Italiener gibt — als Teilnehmer der Konferenz — der frühere stellvertretende italienische Außenminister Filippo Anfuso in seinem Buch Roma-Berlino-Salo; deutsche Ausgabe „Rom-Berlin in diplomatischem Spiegel“ (München, Pohl & Co., 1951) S. 79 ff. E. H.

schnittsdeutsche kein Gefühl der Kriegsschuld zu haben scheint. Aber es ist zweifelhaft, ob der Durchschnittsitaliener viel Zeit damit verbringt, aus Reue über Mussolinis Taten an seine Brust zu schlagen. Sollte das Sowjetregime einmal gestürzt werden, so würde auch der Durchschnittssowjetbürger sich nicht persönlich für die Schrecken sowjetischer Sklavenarbeitslager verantwortlich fühlen.

Eine der am stärksten demoralisierenden Wirkungen des Totalitarismus in jeder Form ist die Tendenz, das individuelle Gefühl moralischer Rechenschaftspflicht zu lähmen. Der Staat ist so mächtig, das Individuum so schwach, daß Hilflosigkeit die typische und schier unausweichliche Reaktion ist.

Kommunisten und Faschisten haben wenig Neigung, die Wesensverwandtschaft beider Systeme anzuerkennen. Aber es dürfte schwierig sein abzustreiten, daß die folgenden zehn Charakteristiken politisch, wirtschaftlich und moralisch für beide von großer Bedeutung sind:

1. Der allmächtige und als unfehlbar hingestellte „Führer". Diese drei plebejischen Diktatoren: Hitler, der unbekannte Gefreite, Stalin, der Sohn eines trunksüchtigen Flickschusters und gehetzte Rebell der Zarenzeit, Mussolini, dessen Vater ein politisch radikal gesinnter Dorfschmied war, schwelgten in Weihrauchwolken, deren Geruch von Kriecherei der Nase eines Zaren oder Kaisers widerlich gewesen wäre. „Führer, befiehl, wir folgen Dir!" — „Il Duce ha sempre ragione" — „Sonne der ganzen Welt", wie Stalin in orientalischer Anbetung verherrlicht wird, sind drei Formen des Anspruchs auf die gleiche Unfehlbarkeit. Die persönliche Macht dieser modernen Diktatoren war weit größer als die irgendeines gekrönten Hauptes moderner Zeiten. Weder das Gesetz noch die öffentliche Meinung setzten ihnen Schranken und Grenzen.

2. Das Einparteiensystem. Kommunismus, Faschismus und Nazismus haben sich alle drei sehr schnell — nur in Italien dauerte es etwa drei Jahre — der übrigen Parteien entledigt und sich als einzige legale und allbeherrschende Partei konstituiert. Die Parlamente in der Sowjetunion, in Deutschland und in Italien wurden bloße „Gummistempel" zur Ratifizierung der Parteibeschlüsse: „Die Partei befiehlt dem Staat." Wahlen unter einem totalitären Regime sind praktisch einstimmig und völlig bedeutungslos. Keine unabhängige Kritik ist vernehmbar.

3. Regierung in einer Kombination von Propaganda, Terror und Umschmeichelung der Massen. Alle drei Diktatoren haben sehr wirksame Methoden entwickelt, um die Meinung der ihrer Herrschaft unterworfenen Völker zu „kneten". Der Sowjet-, der natio-

nalsozialistische und faschistische Bürger — Untertan wäre ein treffenderes Wort — wurde in den Nebel staatlich gelenkter Propaganda eingehüllt. Von der Wiege bis zum Grabe tönt es bald laut, bald leise in sein Ohr, daß er in der besten aller denkbaren Welten lebt, daß sein höchster Ruhm und sein größtes Glück im treuen Dienst am Regime bestehen, daß der „Schaffende", der „Arbeiter", der „Bauer" gerade durch diesen Dienst zu einem adeligen und überlegenen Wesen werden. Obwohl Joseph Goebbels erstaunliche Leistungen vollbrachte, war Hitler mit ihm noch nicht zufrieden; neidisch sah er auf das sowjetische System, in dem die Rundfunkgeräte von einer zentralen Stelle aus bedient wurden, und befahl, dieses gleiche System nach dem Kriege auch in Deutschland einzuführen [4].

Eine offene Gegenpropaganda und freie Diskussion sind unmöglich. Wer sich aber nicht bekehren lassen will, für den gibt es stets die grimmige Drohung der geheimen Staatspolizei, welchen Namen sie auch immer führen mag: Tscheka, OGPU, NKWD, MWD, Gestapo, OVRA erfüllten alle die gleichen Funktionen.

Der Bürger eines totalitären Regimes ist der Willkür und Gewalt des Staates ausgeliefert. Er kann verhaftet, auf unbegrenzte Zeit eingesperrt, ins KZ gesteckt, gefoltert und getötet werden; und das alles ohne jene Publizität, die dem Widerstand wenigstens die Genugtuung des Märtyrertums geben könnte. Und nicht nur das, auch seine Familie wird in „Sippenhaftung" herangezogen, wenn er in Ungnade fällt [5]. Die totalitäre Geheimpolizei wendet gewohnheitsmäßig Drohungen gegen Verwandte als Mittel zur Erpressung von Geständnissen an.

4. Verherrlichung des Militarismus. „Jede Sowjetfamilie, Schule oder politische Organisation hat die Pflicht, der sowjetischen Jugend vom frühesten Alter an die dem Roten Soldaten nötigen Tugenden anzuerziehen: soldatischen Geist, Kriegsliebe, Ausdauer, Selbstvertrauen und grenzenlose Loyalität": so zu lesen in der

[4] Dr. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42 (Bonn, Athenäum-Verlag, 1951) S. 290 f.

[5] Ein im Frühjahr 1934 veröffentlichtes Sowjetgesetz bestimmt, daß die Angehörigen eines Bürgers, der das Land ohne Erlaubnis verläßt, „in abgelegene Teile Sibiriens" verbannt werden. Ein deutscher Bekannter erzählte mir, daß er 1944 mit dem Gedanken der Emigration umging und diese Frage mit seiner fast 70jährigen Mutter besprach, weil er sie nicht gefährden wollte. Sie antwortete: „Wenn sie mich nur nicht quälen, so will ich gern für Dich ins Gefängnis gehen" — eine Antwort, die nicht nur ein Symbol der Mutterliebe, sondern auch der abgrundtiefen Verworfenheit eines totalitären Regimes ist, das Menschen solche Gedanken nahelegt. W. H. Ch.

Komsomolskaja Prawda, dem offiziellen Organ der kommunistischen Jugend, vom 21. Mai 1941. Einer der Gründe für die Abschaffung der Gemeinschaftserziehung in den sowjetischen Volksschulen war, daß die militärische Ausbildung der Knaben früher einsetzen sollte. Auch die Namen von Hitler und Mussolini werden stets mit der Verherrlichung des Krieges verknüpft bleiben. Hitler schrieb in *Mein Kampf:* „Was das deutsche Volk der Armee dankt, kann in einem Wort zusammengefaßt werden: alles." Mussolini gab der Jugend die Losung „Libro è moschetto" (Gewehr und Buch). Drill, Aufmärsche und Paraden wurden zur zweiten Natur auch der deutschen und italienischen Jugend.

5. Volle Regierungskontrolle der Arbeitskraft und Volkswirtschaft. Auf diesem Gebiet variieren die ursprünglichen Methoden der totalitären Regime, aber im Ergebnis waren die Resultate überraschend gleichartig. Die Kommunisten begannen als eine gewaltsame soziale Revolution mit Enteignung des Privateigentums in allen seinen Formen. Es sollte kein „arbeitsloses Einkommen" mehr geben, jede Tätigkeit sollte gleich entlohnt werden. Nach drei Jahrzehnten hatte der Sowjetkommunismus sich zu einem System entwickelt, in dem die kommunistischen „Manager", in deren Händen die Leitung der vergesellschafteten Fabriken, Gruben, Eisenbahnen, Banken und anderen Unternehmen einschließlich der Kollektivgüter liegt, viel besser bezahlt werden als der Durchschnittsbürger, in dem sie wieder Hausbesitz und „arbeitsloses Einkommen" aus Vermietung erwerben, und in dem das Erbrecht in gewissem Umfang wiederhergestellt ist. Die steuerfreien Staatsanleihen werden mit vier Prozent verzinst, wobei es keinen Unterschied macht, daß diese Zinsen nicht anteilsmäßig ausgezahlt, sondern nach einem bestimmten Plan ausgelost werden. Unter dem Faschismus und Nationalsozialismus wurden die Privateigentümer gewöhnlich nicht direkt enteignet, es sei denn aus rassischen Gründen in Deutschland. Aber sie waren so zahlreichen Beschränkungen und Vorschriften unterworfen, um die Volkswirtschaft autark zu machen, daß der Unternehmer kaum mehr war als ein leitender Angestellter im Dienste des Staates oder der herrschenden Partei. Das Staatseigentum nahm unter Nazismus und Faschismus erheblich zu, und die staatliche Einmischung erstreckte sich auf Preise, Löhne, Arbeitsplatzwechsel, Rohstoffzuteilung, Typisierung der Produkte und vieles andere mehr. Die Arbeiterschaft wurde ebenfalls in allen drei Regimen in sehr ähnlicher Weise organisiert, straff gegliedert und propagandistisch „erfaßt". Alle drei taten sich sehr viel auf die laut verkündeten sozialen Wohltaten für die Arbeiterschaft, Versicherungspläne, den bezahlten Urlaub, den Arbei-

tersport und „Kraft durch Freude" zugute. Alle nahmen dem Arbeiter das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu bilden und zu streiken. Die Arbeiterorganisationen wurden von Kommunisten, Nationalsozialisten oder Faschisten geleitet. Das bedeutete, daß der einzelne Arbeiter an zweiter Stelle hinter den angeblichen Interessen des Staates und der Politik der herrschenden Partei rangierte.

6. Umfangreicher Einsatz von Zwangsarbeit. Das ist eine natürliche und logische Folgerung aus dem kommunistisch-nazistischen Glauben, daß dem einzelnen kein Recht zustehe, das der Staat zu respektieren gezwungen sei. Die von den Nazis organisierte Zwangsarbeit ging mit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands zu Ende; damals befanden sich 6—7 Millionen Fremdarbeiter in Deutschland, die größtenteils unter Zwang angeworben und getrennt von der Bevölkerung in Lagern untergebracht waren. Die Mehrheit dieser aus ihrer eigenen Umwelt herausgerissenen Menschen wurde in ihre Heimat zurückgeschickt, aber über eine Million zog das ungewisse und monotone Leben in einem DP-Camp der Aussicht eines Lebens in der Sowjetunion oder in den kommunistischen Nachkriegsstaaten Osteuropas vor. In Italien hat die Zwangsarbeit ökonomisch-volkswirtschaftlich keine Rolle gespielt; auch die Zahl der auf die Liparischen Inseln Verbannten war gering im Vergleich zur Zahl der KZ-Insassen in Deutschland, um von den Arbeitslagern der Sowjetunion nicht zu reden.

Sklavenarbeit in Rußland begann im großen Stil, als bei der Schaffung der Kolchosen 1929/30 etwa eine Million Kulaken, das heißt Groß- und Mittelbauern, enteignet wurden. Ein großer Teil von ihnen — Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied — wurde in Güterwagen abtransportiert, um fern der Heimat Holz zu fällen, Straßen und Bahnen oder neue Fabriken zu bauen. Andere Gruppen ließen die Zahl der vom Zwangsarbeitssystem Erfaßten weiter anschwellen. Dazu gehörten die unzufriedenen Nationalisten der Ukraine und anderer nichtrussischer Gebiete, Kommunisten, die einer der periodischen „Säuberungen" zum Opfer gefallen waren, Menschen, die der Verbindung zum Ausland oder einer zu aktiven religiösen Betätigung verdächtig waren. Später wurden Sklavenarbeiter auch noch aus anderen Schichten rekrutiert. In Ostpolen, den baltischen Staaten und anderen von der Roten Armee besetzten Gebieten fanden Menschenjagden und Massendeportationen statt. Deutsche und japanische Kriegsgefangene kamen in großer Zahl hinzu. Einige kleinere Sowjetrepubliken, wie die der Wolgadeutschen, der Krimtataren, der Kalmücken, sowie einige Verwaltungsbezirke des Kaukasus wurden während des

Krieges aufgelöst, weil die Bevölkerung als regimefeindlich galt. Viele ihrer Bewohner wurden in die Zwangsarbeitslager verschickt.

So hat sich unter Leitung der politischen Polizei ein riesiges Netz von Zwangsarbeitsreservaten gebildet, die kein unabhängiger Ausländer je besichtigen durfte, und zwar meist im Norden Rußlands, am Weißen Meer und in Sibirien. Ernsthafte Untersuchungen schätzen die Zahl der Sklavenarbeiter in den sowjetischen Arbeitslagern auf acht bis zehn Millionen [6]. Ernährung, Unterbringung, sanitäre Verhältnisse und Arbeitsbedingungen sind in diesen Lagern nach dem Zeugnis von Russen und Ausländern, die entlassen wurden oder entkommen konnten, erschütternd unmenschlich. Die Sterblichkeit ist sehr hoch, und die Strafmethoden lassen die Negersklaverei in den Vereinigten Staaten vor dem Bürgerkrieg als geradezu menschlich erscheinen. Ein nicht geringer Teil des sowjetischen „Wirtschaftswunders" erklärt sich aus dem Einsatz dieser Zwangsarbeiter, die den Staat als Arbeitgeber nicht mehr als den Aufwand für das äußerste Existenzminimum kostet, da die Opfer dieser Zwangsarbeit leicht zu ersetzen sind. Gleichzeitig bilden die Zwangsarbeiter die „industrielle Reservearmee" im Sinne von Marx, die das Lohnniveau drückt. Ein Staat, der sich der Zwangsarbeitslager als einer festen sozialökonomischen Institution bedient, kann freilich das Aufkommen von Arbeitslosigkeit im „kapitalistischen Sinne" verhindern.

7. Feindseligkeit gegenüber der Religion. Diktaturen, die sich selbst über alle Beschränkungen hinwegsetzen, die sich das Recht anmaßen, alle Menschenrechte niederzutrampeln, sind unausweichlich jeder Form des Glaubens an ein transzendentales Moralgesetz göttlichen Charakters oder Ursprungs feindlich. Die erste Forderung des modernen Diktators an seine Untertanen ist bedingungsloser Gehorsam. Der totalitäre Staat anerkennt keinen Unterschied zwischen dem, was Gott und was Cäsar geschuldet wird. Er verlangt alles für Cäsar.

Der Kommunismus stützt sich auf den dogmatischen, atheistischen Materialismus von Karl Marx. Die Sowjetregierung hat alle Religionen verfolgt und eine beträchtliche Anzahl von Popen, Priestern, Pastoren, Mullahs und Rabbinern in die Konzentrationslager gesperrt. Einige wurden auch in Schauprozessen verurteilt; einer größeren Zahl entledigte man sich durch die einfachere Methode der Verhaftung auf dem Verwaltungswege. Die etwas größere Toleranz, der sich die stark geschwächte orthodoxe Kirche seit

[6] Die ausführlichsten Angaben darüber finden sich in Forced Labor in Soviet Russia von David Dallin und Boris Nicolaevsky (New Haven, Yale University Press, 1947)

dem Kriege erfreut, wurde mit einer völligen Unterwerfung unter die politischen Forderungen des Staates bezahlt.

Zahlreiche Geistliche, Katholiken und Protestanten, wurden auch in die Nazi-KZs geworfen. Hätte Hitler den Krieg gewonnen, so würde die Kirche wahrscheinlich eine noch schwierigere Zukunft zu gewärtigen gehabt haben, wie sich aus zahlreichen Äußerungen Hitlers im vertrauten Kreise ergibt. Versuche, die katholische Kirche durch Schauprozesse gegen Geistliche wegen „Devisenvergehens" oder anomaler Veranlagung, und die Evangelische Kirche durch Einsetzung eines regimetreuen „Reichsbischofs" zu zersetzen, hatten freilich wenig Erfolg. Gefährlicher, weil subtiler, war das Bemühen, das Regime selbst mit Formen einer säkularisierten Religiosität zu umgeben, wie es typisch in einem Satz von Goebbels zum Ausdruck kam, der bei der Einweihung der Thingstätte in Bad Segeberg (Holstein) ausrief: „An dieser Stätte soll das Wort des Führers noch nach tausend Jahren verkündet werden."

Ein etwas leichterer modus vivendi zwischen Staat und Kirche wurde in Italien in den Lateran-Verträgen vom 11. Februar 1929 ausgearbeitet; aber auch hier gab es wiederholt Konflikte, vor allem über Erziehungsfragen, und aktive Mitglieder katholischer Gemeinschaften wurden häufig besonders eifrig verfolgt.

8. Eine primitive Form eines chauvinistischen Nationalismus. Hitler und Mussolini machten einen nationalen Überwertigkeitskomplex[7] zur eigentlichen Grundlage ihrer Weltanschauung. Die Nazi-Theorie der „Herrenrasse" bezeichnet, was gemeint ist.

Der Sowjetkommunismus predigte und predigt noch heute die Lehre der Weltrevolution, die von der Abschaffung aller Rassen- und Völkerunterschiede begleitet sein soll. Aber kommunistische Theorie und russische Praxis haben sich immer weiter auseinander entwickelt. Stalin hat, vielleicht unter dem Eindruck der Erfolge seiner Diktatur-Rivalen mit ihrer nationalistischen Propaganda, auch eine Form des russischen „Herrenrassen"-Gedankens kultiviert, etwa durch Behauptungen, daß wenig oder gar nicht bekannte Russen so gut wie alle wichtigen Entdeckungen und Erfindungen vorweggenommen hätten. Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft des Auslandes werden systematisch im Werte herabgesetzt, lediglich weil sie ausländischen und nicht kommunistischen Geistes sind.

9. Die Erweckung und Pflege von Furcht, Haß und Argwohn gegen die Welt jenseits der Grenzen. Das waren drei Leitmotive des nazistischen Propagandameisters Joseph Goebbels und seiner

[7] Oder war es nur die Umkehrung eines Minderwertigkeitskomplexes? E. H.

Kollegen in der Sowjetunion und in Italien. Entbehrungen, die sich natürlich und unvermeidlich ergaben, wenn die Wirtschaft auf den Grundsatz „Kanonen statt Butter" ausgerichtet wird oder bürokratische Planer falsch disponieren, werden den bösartigen Absichten einer Verschwörung ausländischer Mächte zugeschoben. Die Propagandamaschinen verstehen es, Geister erscheinen zu lassen, die dann für alles Böse verantwortlich gemacht werden: die Juden in Deutschland, Trotzkisten, „Saboteure", „Speichellecker des Westens" in Rußland. Mussolini wechselte Freund und Feind zu häufig, als daß es in Italien eine ähnlich konstante Linie hätte geben können.

Normale und freie Kontakte mit fremden Ländern werden verboten oder verdächtigt. Diese Technik ist in Rußland zur größten Vollkommenheit entwickelt worden. Nur wenige Ausländer werden überhaupt ins Land hereingelassen, und wenn sie kommen, so werden sie beständig von der Polizei überwacht. Ausländische nichtkommunistische Publikationen werden nicht verkauft, und es wird darauf gesehen, daß der Durchschnittsrusse sie nicht in die Hand bekommt. Ein vor kurzem erlassenes Dekret — übrigens hat auch der einst so verpönte zaristische Ausdruck „Ukas" wieder fröhliche Urständ gefeiert —, das weit über alles hinausgeht, was Nazis oder Faschisten auf diesem Gebiet getan haben, verbietet Ehen zwischen Russen und Ausländern. Die sowjetischen Frauen von Ausländern haben in den meisten Fällen das Land nicht mit ihren Männern verlassen dürfen. Es ist für Russen immer gefährlicher geworden, mit Ausländern zu verkehren.

Da Deutschland und Italien sich in einer weniger isolierten geographischen Lage befinden, haben Hitler und Mussolini niemals den Verkehr mit dem Ausland in gleichem Maße unterbinden können; bis zum Kriege haben sich beide sogar bemüht, Fremde zum Besuch aufzufordern, um ihnen die „Errungenschaften" ihrer Regime vorzuführen (und dabei Devisen einzunehmen). Aber auch die nazistischen und faschistischen Propagandisten haben stets einen gewissen Argwohn gegenüber Ausländern als möglichen „Spionen" gelehrt. In allen drei Diktaturen war es die Regel, unabhängige Auslandsjournalisten als bösartige Verleumder hinzustellen.

10. Vielleicht der unheilvollste gemeinsame Zug totalitärer Weltanschauungen ist die an Wahn grenzende Überzeugung einer Weltmission. Der Glaube, daß die russische Revolution nur der erste Schritt zu einer die ganze Welt erfassenden kommunistischen Revolution wäre, bildet den wahren und eigentlichen Kern der Lehre Lenins und Stalins. In Stalins Buch *Probleme des Leninismus,*

das in Rußland die gleiche Autorität genießt, wie Hitlers *Mein Kampf* in Deutschland besaß — auch wenn es trotz größter Auflage zu den am wenigsten gelesenen Büchern gehörte —, wird zustimmend der Satz Lenins zitiert: „Es ist unvorstellbar, daß die Sowjetunion auf eine lange Zeit Seite an Seite mit imperialistischen Staaten existieren könnte. Letztlich müssen die einen oder der andere siegen. Bis dahin ist eine Reihe von fürchterlichen Zusammenstößen zwischen der Sowjetrepublik und den bourgeoisen Staaten unvermeidlich."

Hitlers Idee von der Bestimmung der teutonischen Rasse ist das Äquivalent zu Stalins und Lenins Glaube an die missionarische Rolle des Proletariats und der internationalen revolutionären kommunistischen Bewegung. Sowohl der Kommunismus wie der Nazismus schufen „Fünfte Kolonnen" — wobei die kommunistische freilich viel zahlreicher und weit besser organisiert war — und brachten damit eine der großen subversiven und zersetzenden Kräfte in unser Zeitalter hinein. Mussolini aber verkündete stolz, das zwanzigste Jahrhundert werde das faschistische Jahrhundert sein. Der ursprüngliche Satz, der Faschismus sei kein Exportartikel, wurde später auch offiziell fallengelassen.

Ein weiterer gemeinsamer Zug der sowjetischen und nazistischen Form des Totalitarismus ist die Fähigkeit und Bereitwilligkeit zu Grausamkeiten — im vollen Sinne dieses viel mißbrauchten Wortes — in einem Umfang, daß daneben die rücksichtlosesten und bedrückendsten Regierungen des 19. Jahrhunderts als menschlich erscheinen. Die Nazimorde an Millionen Juden während des Krieges würden auf einem einsamen Gipfel eines Verbrechertums von Staats wegen stehen, gäbe es nicht die Greuel, die dem Sowjetregime zur Last gelegt werden müssen, und die nur in der Welt viel weniger bekannt geworden sind[8].

[8] Die erste Greueltat war die „Liquidierung" der Kulaken als Klasse, die offiziell im März 1930 angeordnet wurde. Unter diesem Verfahren wurden Hunderttausende von Bauernfamilien, deren einziges Verbrechen es war, daß sie es etwas weiter gebracht hatten als ihre Nachbarn, aller ihrer Habe beraubt und zur Zwangsarbeit gepreßt. Sie wurden nicht in Gaskammern beseitigt, aber Unzählige kamen infolge von Überanstrengung, Unterernährung und Mißhandlungen um. Die zweite war die absichtlich geschaffene Hungersnot in der Ukraine und im Nordkaukasus 1932/1933. Es war keine unvermeidliche Naturkatastrophe, sondern eine vorsätzliche Vergeltungsmaßnahme der Regierung gegen die Bauern, die sich nicht mit der nötigen Begeisterung in die Kolchosen eingliedern lassen wollten. In dieser Hungersnot sind mehrere Millionen Menschen elend verkommen, wie sich selbst aus den vorher und nachher durchgeführten Volkszählungen ergibt. Ich kann aus persönlicher Beobachtung

Ein einzelner Herr über Leibeigene oder Sklaven mag freundlich oder nach Laune unnachsichtig sein. Aber eine Geheimpolizei, der die vermeintlichen „Staatsfeinde" zur „Behandlung" übergeben werden, wird sicher und ohne Einschränkung oder Abweichung die Methoden eines Sklavenhalters anwenden, wie er in Onkel Toms Hütte nicht schlimmer gezeichnet sein kann[9].

Sehr viel Unsinn ist über das Sowjetregime als ein Rätsel, ein Geheimnis, ein Mysterium oder was nicht sonst geschrieben worden, auch wenn diese Formel von Winston Churchill geprägt worden ist. Aber die dem Kommunismus zugrunde liegenden Anschauungen und Dogmen sind kein Geheimnis. Die kommunistische Internationale war sicher die offenste Verschwörung, die je zur Anstiftung gewaltsamer Revolutionen organisiert wurde.

Es ist wahr, daß Sowjetpropaganda und Sowjetzensur einige Verwirrung über den Charakter und die Methoden der Sowjetherrschaft geschaffen haben — aber doch nur in den Köpfen solcher Menschen, die in ihrem Innersten wünschten, getäuscht zu werden. Das Beweismaterial für die Behauptung, daß der Sowjetkommunismus mit dem Nazismus die zehn hier aufgeführten Züge gemeinsam hat, war überwältigend groß und war jedem Staatsmann offen zugänglich; er brauchte sich nur die Mühe zu machen, das Problem ernsthaft zu studieren[10].

Man spricht nach dem Kriege in westlichen Ländern gelegentlich im Tone getäuschter Hoffnung und verletzter Gefühle über das

bezeugen, daß in dem weiten, vom Hunger erfaßten Gebiet eine Todesrate von zehn Prozent „normal" war. Der Tod durch Verhungern ist langsamer, aber vielleicht schmerzhafter als der Tod durch Gasvergiftung. Die dritte war die Errichtung eines weiten Systems von Sklavenarbeit als eines normalen Zuges der Sowjetwirtschaft. W. H. Ch.

[9] Aus der umfangreichen Literatur über die sowjetischen Greueltaten seien genannt: The Dark Side of the Moon (New York, Scribner, 1947), Jercy Gliksman, Tell the West (New York, Gresham Press, 1948), Vladimir Tschernavin, I Speak for the Silent (Boston, Hale & Flint, 1935). W. H. Ch.

[10] „Es ist bemerkenswert, in welchem Maße die gegenwärtigen Ereignisse in Osteuropa durch eine auch nur geringe Lektüre der Werke Lenins und Stalins und der Frühgeschichte der Komintern ihre Aufhellung erfahren. Das ganze Programm ist in Reden und Artikeln der prominenten Sowjet- und Kominternfiguren der zwanziger Jahre enthalten. Organisation, die Methoden der politischen Kriegführung, politische Bündnisse und Taktiken, gegenwärtige und künftige Ziele — alles wird nicht weniger freimütig und sehr viel klarer dargelegt als in Mein Kampf. Die Feinde und die Opfer werden mit Namen genannt. Aber niemand scheint darauf gehört oder diese Dinge gelesen zu haben außer den gläubigen Anhängern." Hugh Seton-Watson, The East European Revolution (London, Methuen & Co., 1950). p. IX. E. H.

sowjetische Verhalten. Aber dieses Verhalten war völlig „linientreu“ im Sinne der kommunistischen Lehre. Es hätte bis in die kleinsten Einzelheiten von jedem vorausgesagt werden können, der die Sowjets studiert und Erfahrung im Umgang mit ihnen hatte – und zweifellos ist es auch vorausgesagt worden.

Bevor Amerika zum zweiten Kreuzzug aufgerufen wurde, waren zwei Dinge kristallklar oder hätten es wenigstens sein können: erstens, es gab keinen moralischen oder humanitären Grund, die sowjetische Eroberungssucht der nazistischen oder japanischen vorzuziehen. Zweitens, vom kaltblütigen Standpunkt der amerikanischen politischen Interessen aus konnte ein Zentrum aggressiver Expansion in Moskau nicht wünschenswerter sein als zwei Zentren in Berlin und Tokio.

Die Organisatoren und Prediger des zweiten amerikanischen Kreuzzuges haben diese beiden Punkte völlig übersehen. Aber sie zogen es vor, in einer – schon im voraus sicheren – Enttäuschung nachträglich die unausweichlichen Konsequenzen der Unterstützung zu bejammern, mit deren Hilfe die Sowjetunion in pausenloser Folge eine gewaltige territoriale und politische Ausdehnung erreicht hat.

DER ZUSAMMENBRUCH VON VERSAILLES

Es war der ausgesprochene Zweck des Versailler Vertrages, den Kriegszustand durch einen „festen, gerechten und dauerhaften Frieden“ zu ersetzen. Aber die Friedensbestimmungen für Deutschland und seine Verbündeten waren weder fest, noch gerecht, noch dauerhaft. Zwischen den napoleonischen Kriegen und dem nächsten allgemeinen europäischen Konflikt verging ein Jahrhundert, aber zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg lagen nur zwei Jahrzehnte eines unbehaglichen Waffenstillstandes.

Man konnte den Versailler Vertrag zu milde für seine Strenge und zu streng für seine Milde nennen: die Friedensmacher von Versailles setzten sich zwischen die zwei Stühle eines Versöhnungs- und eines karthagischen Friedens.

Man konnte nicht erwarten, daß die deutsche öffentliche Meinung willig der Verstümmelung Deutschlands im Osten, der Unterwerfung von drei Millionen Sudetendeutscher unter die nichtgewünschte Tschechenherrschaft, den Korridor, die ursprünglich bis 1980 ausgedehnten Reparationen und das, was man in Deutschland die Kriegsschuldlüge nannte, hinnehmen würde. Gleichzeitig blieb

Deutschland aber stark genug, um auf eine Wiederherstellung seiner Lage hoffen zu können. Es blieb das — nach Rußland — volkreichste Land Europas. Die Bevölkerung war national einheitlich und besaß nicht nur eine große Begabung für Wissenschaft, Technik und Organisation, sondern auch für harte und disziplinierte Arbeit. Auch war die große Koalition, die Deutschlands Sturz im Kriege herbeigeführt hatte, auseinandergefallen. In Amerika nahm die Enttäuschung über die Früchte des ersten Kreuzzuges zu. Rußlands Bündnis mit Frankreich und Großbritannien war durch die bolschewistische Revolution zerrissen worden. Italien ging unter dem Faschismus seine eigenen Wege. Gewiß, Frankreich hatte neue Bündnisse geschlossen und zwar mit den neuen und erheblich vergrößerten Staaten in Ost- und Südosteuropa. Auch war Deutschland bis zu Anfang der dreißiger Jahre wirksam entwaffnet: Das neue Kräftegleichgewicht des Kontinents beruhte auf den französischen Rüstungen und Bündnissen und der deutschen Abrüstung. Eine großmütige, schöpferische Führung auf seiten Englands und Frankreichs hätte die gemäßigten Kräfte in Deutschland stärken und die Lage retten können. Aber ein engstirniger Nationalismus beherrschte die Szene. Zwischen Deutschland und Rußland zog sich als „Zwischeneuropa" ein Streifen von 13 kleinen und mittleren Staaten, deren Existenz selbst zum Teil nur möglich war, weil Deutschland und Rußland zur gleichen Zeit entmachtet worden waren. Politische Vernunft und wirtschaftliche Einsicht hätten sie zu irgendeinem regionalen Föderalismus bringen sollen; aber die gegen Ende des ersten Weltkrieges von dem Rumänen Take Jonescu entworfenen Pläne eines großen Bundes von Polen bis Griechenland scheiterten bald an nationalen Eifersüchteleien und kleinlichen Auseinandersetzungen. Die beiden Organisationen der Kleinen Entente und des 1934 gegründeten Balkanbundes litten darunter, daß sie nur im Negativen — in der Verhinderung einer habsburgischen Restauration und eines Wiederaufstiegs Ungarns und in der Unterdrückung Bulgariens — einig waren.

Die Hoffnung vieler Liberaler, vor allem in England und in den kleinen Ländern, die der geistreiche Spanier Salvador de Madariaga „Sicherheitskonsumenten" genannt hat, richtete sich auf die Genfer Liga. Aber sie hat nie die Unabhängigkeit und Autorität erlangt, die zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendig gewesen wäre. Im übrigen war auch der „Völkerbund" ursprünglich nichts als die Fortsetzung der gegen Deutschland gerichteten Koalition, wenn auch unter Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten und Rußlands. Als die Sowjetunion 1934 aufgenommen wurde, schickten

Deutschland und Japan sich gerade an, den Völkerbund zu verlassen.

Die Machtlosigkeit der Liga, die sich beim japanischen Einmarsch in die Mandschurei 1931 gezeigt hatte, wurde 1935 erneut offensichtlich, als Mussolini einen Kolonialkrieg alten Stils gegen Abessinien führte, zu dem ihm, wie er glaubte, Laval bei seinem Besuch in Rom freie Hand gegeben habe, während Großbritannien auf eine deutliche Anspielung während der Konferenz von Stresa wenigstens keinen Einspruch erhoben hatte. Die beiden einzigen Maßnahmen, die Mussolini hätten Einhalt tun können, die Sperrung des Suezkanals und die Unterbindung der Ölzufuhr, unterblieben. Italien eroberte Abessinien, behielt es — und trat aus dem Völkerbund aus. Als der zweite Weltkrieg heraufzog, unternahm der Völkerbund überhaupt nichts.

Wenn der Völkerbund wenigstens versucht hätte, das Forum für eine friedliche Änderung unhaltbar gewordener Grenzen und Verhältnisse zu werden! Der Artikel 19 seiner Satzungen bot dazu die beste Handhabe; aber er wurde nie angewandt. So wurde die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens wieder in die Hände einer nationalen Diplomatie alten Stils gelegt. Zwischen 1933 und 1939 fand eine höchst erstaunliche Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent statt. Als Hitler Reichskanzler wurde, war die deutsche militärische Macht des Hunderttausendmannheeres der Frankreichs und Englands weit unterlegen. Hitlers Vorgehen zeigte, was eine rücksichtslose und skrupellose Kühnheit vermag, wenn auf der anderen Seite Unentschlossenheit und Verwirrung herrschen.

Vom Standpunkt der Machtpolitik beging Hitler lediglich einen groben Fehler: das war der Staatsstreich in Wien, bei dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde. Aber er hat schnell daraus gelernt. Um so erfolgreicher war er in der Auflösung des französischen Bündnissystems im Osten. Als Hitler zur Macht kam, hat Marschall Pilsudski in Paris sondiert, ob Bereitschaft zu einem Präventivkrieg bestehe. Da die Franzosen nicht darauf eingingen, verlor er viel von seinem Glauben an das französische Bündnis, und 1934 schloß Warschau einen Zehnjahrespakt mit Deutschland, der im Sinne der von Hitler in *Mein Kampf* offen ausgesprochenen Eroberungsabsichten in der Ukraine sogar einen gewissen Kern von Interessengemeinschaft enthielt. Polen ist in den nächsten Jahren dreimal aufgefordert worden, sich dem antisowjetischen Bündnis anzuschließen. Bei Rückgabe Danzigs und Bau einer exterritorialen Straße durch den Korridor erklärte sich Deutschland bereit, den Nichtangriffspakt auf 25 Jahre auszudehnen und Polens Grenzen, also auch die Grenzen im Osten, zu garantieren. Als

Außenminister Oberst Beck Hitler am 5. Januar 1939 in Berchtesgaden besuchte, unterstrich Hitler die „vollständige Interessengemeinschaft" zwischen Polen und Deutschland gegenüber Rußland und fügte hinzu, daß „jede gegen Rußland eingesetzte polnische Division eine deutsche Division spare"[1].

Die Annahme ist also nicht von der Hand zu weisen, daß Hitlers Beschluß, Polen zusammen mit der Sowjetunion zu zerstören, eine Reaktion auf die Polen am 31. März 1939 erteilte englische Garantie war[2]. Bis dahin hatte er Polen die Rolle eines Satelliten-Verbündeten im Stile Ungarns und Rumäniens angeboten. Geschichte und Landkarte Europas könnten heute ein völlig anderes Bild zeigen, wenn Polen auf diese Anregungen eingegangen wäre. Aber Beck wählte eine mittlere Linie. Er wollte sich weder mit Deutschland zusammen gegen die Sowjetunion, noch mit der Sowjetunion zusammen gegen Deutschland festlegen.

Während Polen in gewissem Sinne neutralisiert und die Sowjetunion durch die große „Säuberung" der politischen und militärischen Ränge 1935/38 geschwächt war, Hitler sich also im Osten sicher fühlen konnte, ging er daran, systematisch die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Beschränkungen zu beseitigen. Den Gebiets- und Prestigegewinn durch die Saarabstimmung nutzte er, um die deutsche Wehrhoheit wiederherzustellen. Frankreich und England hätten damals ohne großes Risiko Gegenmaßnahmen ergreifen können. Aber es blieb bei den Protesten der Konferenz von Stresa gegen „eine einseitige Aufkündigung von Verträgen" – und nicht lange danach schloß England ein Flottenabkommen mit Hitler. Im nächsten Jahr – 1936 – benützte Hitler das französisch-russische Militärbündnis, um in das bis dahin entmilitarisierte Rheinland einzumarschieren, wobei er eine neue, aber zu beiden Seiten der Grenze vorzunehmende Entmilitarisierung und einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit sämtlichen Nachbarstaaten vorschlug. Hitler hat später erklärt, daß der Einmarsch ins Rheinland das größte Risiko seiner Politik gewesen sei. In der Tat hätte wahrscheinlich eine unverzügliche französische militärische Reaktion den Rückzug der deutschen Truppen und vielleicht den Zusammenbruch des Nazisystems erzwungen. Aber Frankreich wollte ohne englische Unterstützung nichts unternehmen, und England wollte seine Hand nicht zu etwas bieten, was nach Krieg aussah. Im übrigen war in

[1] Einzelheiten darüber in Polish Withe Book, pp. 47, 53, 61

[2] In der Tat sind die Verhandlungen mit der Sowjetunion 1939 erst „nach der entscheidenden Wendung in den deutsch-polnischen Beziehungen" aufgenommen worden: Dr. Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939–45 (Bonn, Athenäum-Verlag, 1950), p. 26. E. H.

England die Auffassung weit verbreitet, daß Deutschland mit dem Einmarsch ins Rheinland schließlich doch nur sein souveränes Recht innerhalb seiner Grenzen geltend mache. Hitler hatte ein hohes Spiel gewonnen, und die Folgen waren von größter Tragweite. Die Franzosen verloren ihr Vertrauen in England und die kleinen europäischen Staaten, die sahen, wie Hitler ungestraft den mit den beiden stärksten westlichen Nationen geschlossenen Locarno-Vertrag zerreißen konnte, verloren ihr Vertrauen in beide.

Hatte die Wehrhoheitserklärung den Anlaß gegeben, daß Frankreich und England auf der Konferenz von Stresa Mussolinis deutliche Anspielungen auf seine Absichten in Ostafrika „überhörten", statt Einspruch zu erheben, so konnte Hitler ins Rheinland einmarschieren, weil Mussolini unter dem Druck der Sanktionen die „Front von Stresa" verlassen und sich Deutschland genähert hatte. England konnte zwei mögliche Wege einschlagen. Koloniale Eroberungen waren ja schließlich in der englischen Geschichte nichts Neues; es hätte also, um sich Mussolini in einem von Hitler überschatteten Europa als Freund zu erhalten, die Dinge in Abessinien ihren Lauf nehmen lassen, oder es hätte die Autorität des Völkerbundes energisch verteidigen und fühlbare Sanktionen durchsetzen können. Aber, wie Churchill es später formuliert hat, „der Prime Minister erklärte, Sanktionen bedeuteten Krieg; zweitens, er sei entschlossen, daß es nicht zum Kriege kommen dürfte, und drittens entschied er sich für Sanktionen[3]", — die Mussolini irritierten, ohne Abessinien zu retten. Die Grundlage der Achse Berlin—Rom war gelegt.

Das schlechte Gewissen der Engländer über den Versailler Vertrag, Kriegsangst der Franzosen und ihr übermäßiges Vertrauen in die vermeintlich undurchdringliche Maginotlinie waren Hitlers Helfer. Viele deutsche Forderungen waren „an sich" durchaus vernünftig. Aber es war eine psychologische Tragödie, daß Hitler als Folge von Gewalt und einseitigem Vorgehen zufiel, was vernünftige deutsche Staatsmänner wie Stresemann und Brüning auf dem Wege friedlicher Verhandlungen nicht hatten erreichen können. Als sie großzügig und versöhnungsbereit hätten sein sollen, waren Franzosen und Engländer hart und unnachgiebig, aber als in den ersten Jahren des Hitler-Regimes Festigkeit am Platze gewesen wäre, wurde ihre Politik schwächlich, unentschlossen und ungeschickt. Nach 1936 war die Aussicht nicht mehr groß, Hitler ohne einen Krieg Einhalt zu tun, der voraussichtlich für Sieger und Besiegte gleich verhängnisvoll werden würde. Aber es gab immer

[3] The Gathering Storm (Boston, Houghton, 1948) p. 175

noch eine vorzügliche Chance, den freien, nicht totalitären Teil Europas aus diesem Kriege herauszuhalten. Historische Konjekturen in die Vergangenheit sind niemals Gewißheiten, aber auf der Grundlage des verfügbaren Beweismaterials, angefangen von *Mein Kampf*, darf es als einer der größten politischen Fehlschläge der Geschichte bezeichnet werden, daß England und Frankreich es versäumten, Hitlers Expansionsstreben nach Osten abzulenken. Daß Hitler wortbrüchig, unbeständig und unberechenbar war, ist wahr. Aber es gibt mehr als ein Zeichen dafür, daß sein Eroberungsprogramm ostwärts, nicht westwärts zielte. Seine Angebote an Polen wurden bereits erwähnt. Ohne eine überlegene Marine konnte er auch nicht an eine Eroberung Englands oder an eine Verteidigung etwaiger neuer Kolonien denken. Noch geringer war die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Invasion des amerikanischen Kontinents, für die übrigens selbst das Auge des Feindes in den erbeuteten deutschen Archiven keine Grundlage gefunden hat.

Hitlers Interesse am Aufbau einer mächtigen Schlachtschiff- und Kreuzerflotte war gering. Die Truppenausbildung wies — nach Beobachtungen eines amerikanischen Offiziers — deutlich auf Vorbereitung zum Kampf in den offenen Ebenen des Ostens, nicht auf die Erstürmung westlicher Festungswerke hin. In die gleiche Richtung zeigen zwei Angebote an England. Das erste wurde von Göring 1937 nach einer Hirschjagd in Rominten Botschafter Henderson gegenüber gemacht: ein Abkommen zwischen beiden Staaten, in dem Deutschland die überragende Stellung Englands in allen überseeischen Fragen anerkennen und im Bedarfsfall dem englischen Empire alle seine Kräfte zur Verfügung stellen werde, während England die vornehmlich kontinentale Rolle Deutschlands anerkennen und nichts unternehmen solle, um Deutschlands „gerechtfertigte Expansion" zu behindern.[4] Etwa zur gleichen Zeit entwickelte Botschafter von Ribbentrop in einem Gespräch mit Churchill dieselben Ideen. Churchill erwiderte, daß nach seiner Überzeugung keine englische Regierung diese Bedingungen annehmen werde. Darauf sagte Ribbentrop brüsk: „In diesem Falle ist der Krieg unvermeidlich." Churchill warnte den deutschen Botschafter; England werde dann „wie beim letzten Male" die ganze Welt gegen Deutschland zusammenbringen[5]. Es gab also eine Alternative zu der von der englischen und französischen Regierung nach dem März 1939 tatsächlich befolgten Politik: Osteuropa abzuschreiben, weil es aus geographischen Gründen nicht zu verteidigen war, und Hit-

[4] Nevile Henderson, Failure of a Mission (New York, Putnam, 1940) p. 88

[5] The Gathering Storm, p. 223

ler im Osten freie Hand zu geben. Alle Wahrscheinlichkeit sprach dafür, daß er dann mit Stalin zusammenstoßen werde. Im Lichte der aggressiven sowjetischen Expansion nach dem Kriege erscheint dieser Alternativkurs als der vernünftigere und aussichtsreichere.

Die Kritiker einer solchen realistischen Politik, die totalitären Führer sich nach Herzenslust bekriegen zu lassen, wenden ein, Hitler hätte im Osten einen schnellen Sieg erringen und sich dann nach Westen wenden können. Aber beide Annahmen sind sehr hypothetischer Natur. Ebensoviel sprach dafür, daß die nazistische Kriegsmaschine in Rußland für immer zerschlagen worden wäre, und es liegt jedenfalls kein überzeugender Beweis dafür vor, daß die Eroberung Westeuropas oder gar überseeischer Gebiete ein wesentlicher Teil der Pläne Hitlers war. Sicher hätte sich ein Beschluß, Hitler im Osten freie Hand zu geben, auch nicht verhängnisvoller auswirken können als die Politik, die tatsächlich befolgt wurde. Ob man es vom militärischen, politischen oder psychologischen Standpunkt aus betrachtet, es wäre sehr viel vorteilhafter gewesen, wenn Hitlers erster Schlag gegen Stalins totalitäres Regime und nicht gegen England, Frankreich und die kleinen demokratischen Länder des Westens geführt worden wäre.

Wenn wir den Faden der politischen Ereignisse wieder aufnehmen, so sind als nächste Ereignisse der spanische Bürgerkrieg und der Anschluß zu verzeichnen. Während England und Frankreich einen neutralen Kurs der Nichteinmischung steuerten, griffen Hitler und Mussolini ganz offen zugunsten General Francos ein; in Osteuropa wurden „antifaschistische" Freiwillige angeworben und — zum Teil durch Vermittlung des damals in Paris tätigen Tito — nach Spanien geschleust. Hitlers und Mussolinis Prestige stieg, als der Bürgerkrieg nach vielen Zerstörungen und blutigen Grausamkeiten beider Seiten 1939 mit dem Siege Francos endete. Inzwischen hatte Mussolini eine triumphal ausgestaltete Reise durch Deutschland unternommen, mit der Hitler den Zweck verfolgte, den „Freund im Süden" militärisch und wirtschaftlich so stark zu beeindrucken, daß er das Experiment von 1934 nicht wiederholen, sondern gute Miene zu dem für ihn bösen Spiel des Anschlusses machen werde.[6] Mussolinis Verhältnis zu Hitler, so hat ein scharf-

[6] Die wohl beste Darstellung der Vorgeschichte und des Dilemmas Mussolinis findet sich bei Filippo Anfuso, Rom-Berlin in diplomatischem Spiegel (München, Pohl & Co., 1951) S. 59 f. Bis knapp zum Vorabend des Anschlusses hatte Mussolini sich noch nicht entschlossen, Österreich preiszugeben: „Wenn bei der Anberaumung eines Plebiszits durch Schuschnigg Franzosen und Engländer Mussolini ernsthaft zu einer Konsultation aufgefordert hätten, so würde er sich zu einer Intervention bei Hitler veranlaßt gesehen haben." E. H.

züngiger Italiener einmal bemerkt, war das einer Katze, die einen Tiger zur Welt gebracht hat.

Mit der Schaffung des „Großdeutschen Reiches" war die Tschechoslowakei an drei Seiten von deutschem Gebiet umfaßt, und der magnetische Einfluß Deutschlands auf die Sudetendeutschen wurde immer stärker. Der erste Sturm brach im Mai 1938 los. Prag ordnete eine Teilmobilmachung an; Frankreich gab bekannt, es werde bei einem Vormarsch der deutschen Truppen seine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen, und Außenminister Lord Halifax warnte den deutschen Botschafter, daß auch England einem französisch-deutschen Konflikt nicht fernbleiben könne. Hitler wich zurück, aber nur, um zum nächsten, größeren Sprung auszuholen. Der 1. Oktober wurde als Stichtag des „Unternehmens Grün" angesetzt. In Paris und London bekam man Angst vor der eigenen Courage. Eine Möglichkeit unmittelbarer Hilfe für die Tschechoslowakei bestand nicht. Rußlands Haltung war unsicher. Polen und Ungarn hatten ebenfalls territoriale Forderungen an die Tschechoslowakei. London suchte einen Kompromiß und sandte Lord Runciman nach Prag. Die Forderungen der Sudetendeutschen wuchsen. In einem vielzitierten Leitartikel vom 7. September gab die Times der tschechoslowakischen Regierung den Rat, nicht rundweg den „von manchen Kreisen begünstigten" Plan abzuweisen, durch Abtretung der Randgebiete ihrem Staat einen mehr homogenen Charakter zu verleihen.

Das französische Kabinett war geteilter Meinung und wartete auf eine englische Vermittlungsaktion; Chamberlain flog nach Godesberg. Eine französisch-englische Konferenz am 18. und 19. September bildete das Vorspiel zu München. Als Chamberlain am 28. September im Unterhaus bekanntgab, er werde zusammen mit Daladier und Mussolini der Einladung Hitlers zu einer Viererkonferenz folgen, erhob sich ein ungeheurer, beinahe hysterischer Beifallssturm. Der Wunsch, für eine fragwürdige Grenze in Osteuropa zu sterben, war gering. Hitler bekam in München, was er verlangte.[7]

[7] Vor der Münchner Konferenz wurde England noch einmal eine Chance geboten, dem Laufe der Ereignisse eine andere Wendung zu geben. Die deutsche Opposition mit Generalstabschef Ludwig Beck und Staatssekretär von Weizsäcker als Hauptexponenten erbat durch ihren Londoner Vertrauensmann, Botschaftsrat Theodor Kordt und seinen nach London entsandten Bruder Erich die Unterstützung Englands, um das Hitlerregime zu stürzen, falls Hitler es über der Sudetenkrise zu einem Krieg kommen lassen wolle, für den Deutschland nicht vorbereitet war. Aber offenbar war man England hinsichtlich der eigenen öffentlichen Meinung und vor allem der Rüstung zu unsicher, um glaubhaft und mit

Bei der Rückkehr nach London verkündete Chamberlain auf dem Flugplatz der jubelnden Menge „den Frieden für unsere Zeit". Aber was für Chamberlain ein Ende war, bedeutete für Hitler nur einen Anfang. London und Paris interpretierten München — oder gaben wenigstens vor, es in diesem Sinne zu interpretieren — als endgültige Begleichung der deutschen Gebietsforderungen in Europa. Hitler legte es als endgültiges Desinteressement Englands und Frankreichs an Osteuropa aus und wurde darin durch die Münchner deutsch-englische Erklärung, „nie wieder gegeneinander Krieg führen zu wollen", bestärkt. Eine ähnliche Erklärung unterzeichneten Ribbentrop und Bonnet am 6. Dezember in Paris, wobei der französische Außenminister zu verstehen gab, daß Frankreich sich von Osteuropa distanziere. Ribbentrop will aus dem Gespräch auch herausgehört haben, daß Bonnet die Bündnisse Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei zusammen mit dem Versailler Vertrag preisgab. Bonnet hat das später bestritten, aber der damalige polnische Botschafter Jules Lukasiewicz gewann aus einer Unterredung mit ihm am 17. Dezember 1938 den Eindruck, daß Frankreich gegenüber Mittel- und Osteuropa eine defaitistische Haltung einnahm und die Bündnisse mit den dortigen Ländern, einschließlich der Sowjetunion als eine Bürde betrachtete.[8]

Es ist also verständlich, daß Hitler hoffte, er werde bei weiteren Vorstößen nach Osten im Westen nur geringen Widerstand finden. In der Tat war Chamberlains erste Reaktion auf den Einmarsch in Prag und auf die Errichtung eines selbständigen slowakischen Staates sehr gemäßigt. Er sprach im Parlament von einem „inneren Zerfall" der Tschechoslowakei, der England von seiner Garantie für die Grenzen entbinde. Am 17. März aber schlug er in einer Rede in Birmingham einen schärferen Ton an; jedem Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen, müßten die Demokratien Widerstand leisten. Lord Halifax und der steigende Protest der Öffentlichkeit gegen ein appeasement hatten ihn dazu bewogen. Bis dahin hatte sich die englische Regierung in äußerster Vorsicht von festen Verpflichtungen zur Verteidigung irgendeines Teiles Europas östlich des Rheins ferngehalten. Jetzt teilte sie mit großer Geste Ga-

allem Nachdruck Hitler für den Fall kriegerischer Maßnahmen mit Krieg zu drohen. Man entschied sich für eine Politik des „Zeitgewinns", die aber, wie sich ein Jahr später zeigte, viel stärker Hitler zugute kam. Einzelheiten bei Erich Kordt, Nicht aus den Akten (Stuttgart, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, 1950) S. 240 ff., 245 ff., 264 ff. E. H.

[8] Nach der englischen Ausgabe der deutschen Sammlung der im polnischen Außenministerium aufgefundenen Dokumente: The German White Paper (New York, Howell Soskin, 1940), p. 27

rantien aus, ohne sonderliche Rücksicht, ob sie auch im Falle der Präsentation zur Einlösung der Wechsel fähig sei. Der Garantie an Polen vom 31. März gingen zehn Tage fieberhafter Verhandlungen voraus. Polens letzte Chance, sich Deutschland gegen die Sowjetunion anzuschließen und vielleicht im Osten Kompensationen für Zugeständnisse in der Danzig- und Korridorfrage zu bekommen, verschwanden, als die Unterredungen zwischen Ribbentrop und Botschafter Lipski am 21. und 26. März ergebnislos in einer feindseligen Stimmung endeten. Am 23. lehnte Oberst Beck den englischen Vorschlag auf einen gegen einen deutschen Angriff gerichteten Konsultativpakt zwischen England, Frankreich, der Sowjetunion und Polen ab. Stattdessen regte er ein direktes englisch-polnisches Übereinkommen an. Chamberlain ging darauf ein und teilte am 31. März im Unterhaus mit, England werde sich in Übereinstimmung mit Frankreich auch schon vor dem formalen Abschluß eines solchen Abkommens gebunden fühlen, „der polnischen Regierung alle in seiner Macht stehende Unterstützung zu gewähren", wenn Polen gegenüber einer Bedrohung seiner Unabhängigkeit bewaffneten Widerstand leisten würde. Damit zogen England und Frankreich entlang der umstrittenen Grenze Polens eine Linie und forderten Hitler heraus, zwischen Überschreiten und Krieg oder Respektierung und Nichtkrieg zu wählen. Die Schwäche dieser Herausforderung war, daß die Westmächte zu einer direkten Hilfeleistung gegenüber Polen nicht mehr in der Lage sein würden, als sie es gegenüber der Tschechoslowakei sechs Monate früher gewesen waren. Lloyd George legte den Finger auf die Zerbrechlichkeit dieser Garantie, als er im Parlament erklärte: „Falls es morgen zum Kriege kommt, könnten Sie nicht ein einziges Bataillon nach Polen schicken." Er verstehe nicht, weshalb man sich nicht Rußlands vergewissert habe, bevor man sich auf ein so gewaltiges Unternehmen festlegte.

Das war freilich leichter gesagt als getan. Eine russische Zusage war nur unter Bedingungen zu haben, die mit Polens Souveränität und Unabhängigkeit unvereinbar waren. Der unaufrichtige Kurs der Sowjetdiplomatie, der dann zu dem wie eine Bombe einschlagenden sowjetisch-deutschen Pakt führte, rechtfertigte die Erwägungen, die Neville Chamberlain in einem Privatbrief vom 26. März zum Ausdruck brachte: „Ich muß gestehen, daß ich Rußland aufs tiefste mißtraue. Ich glaube in keiner Weise an seine Fähigkeit zu einer wirksamen Offensive, und ich mißtraue den russischen Motiven, die mir wenig mit unserer Idee der Freiheit gemein zu haben scheinen, sondern nur darauf abzielen, alle anderen sich in die Haare kriegen zu lassen. Außerdem hegen viele kleinere Staa-

ten, besonders Polen, Rumänien und Finnland, Haß und Argwohn gegen Rußland."

Hat amerikanischer Einfluß zu dem englischen Entschluß beigetragen, den Schritt zu tun, der — in Churchills Worten — „nach aller menschlichen Voraussicht einen großen Krieg unter englischer Beteiligung" bedeutete?[9] Die Vorkriegsverhandlungen der Regierung Roosevelt mit England und Frankreich sind erst zu einem Teil bekannt. Im Deutschen Weißbuch wird dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, ein Bericht zugeschrieben, der eine interessante Unterredung mit Botschafter William C. Bullitt am 24. März schilderte. Lukasiewicz brachte seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß die engliche Politik darauf abziele, Polen einem Kriegsrisiko auszusetzen, ohne entsprechende Verpflichtungen zu übernehmen oder die notwendigen Vorbereitungen zu treffen: „Es wäre ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen als den für Krieg oder Frieden Verantwortlichen anzusehen . . . Ein großer Teil der Schuld dafür fällt auf England und Frankreich, deren unsinnige oder lächerlich schwächliche Politik die jetzige Situation und die jetzigen Ereignisse hervorgerufen hat[10]." Bullit war nach dem gleichen Bericht von diesen Darlegungen so beeindruckt, daß er den amerikanischen Botschafter in London, Joseph Kennedy, veranlaßte, sie sofort Chamberlain vorzutragen. Bullitt genoß damals die besondere Gunst Roosevelts und das Vorrecht, sich direkt telefonisch mit ihm in Verbindung zu setzen. Wie er diesen Einfluß gebrauchte, ergibt sich unter anderem aus der Art, wie er den polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, in einer Unterredung vom 16. Januar 1939 in der amerikanischen Hauptstadt informierte: „Es ist die entschiedene Meinung des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Art von Kompromiß mit den totalitären Ländern ein Ende machen müssen. Sie dürfen sich nicht auf irgendeine Diskussion über irgendwelche territorialen Veränderungen einlassen. Sie haben die moralische Zusicherung, daß die Vereinigten Staaten die isolationistische Politik aufgeben und bereit sein werden, im Kriegsfalle aktiv an der Seite Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, ihnen seinen gesamten Reichtum an Geld und Rohstoffen zur Verfügung zu stellen." In einer späteren Unterredung fügte Bullitt hinzu: „Man kann voraussehen, daß die Vereinigten Staaten unmittelbar von Anfang an im Kriege an

[9] The Gathering Storm, p. 346 und p. 347: „Die Entscheidung war endlich gefallen, aber im denkbar ungünstigsten Moment und auf dem am wenigsten befriedigenden Boden, der sicher zur Abschlachtung von zehn Millionen Menschen führen mußte."
[10] The German White Paper, pp. 51–53

der Seite Frankreichs und Englands teilnehmen werden, natürlich, nachdem einige Zeit seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten vergangen ist[11]." Das Deutsche Weißbuch könnte als eine unzuverlässige Quelle gelten, aber Botschafter Potocki, der jetzt in Südamerika lebt, hat einem verläßlichen Mittelsmann gegenüber die Richtigkeit dieser Dokumente bestätigt.

Bullitt war mitteilsam von Natur und es ist deshalb wahrscheinlich, daß er die Potocki gegenüber wiedergegebenen Auffassungen des Präsidenten auch Franzosen und Engländern zukommen ließ. Wir wissen zwar nicht, ob oder inwieweit die einzelnen Schritte der englischen und französischen Politik durch Vorstellungen oder Andeutungen Washingtons beeinflußt wurden; von verläßlicher Seite ist mir aber mitgeteilt worden, daß zum Beispiel die der englischen Regierung auf diplomatischem Wege zur Kenntnis gebrachte positive Stellungnahme Roosevelts zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht in England einen beträchtlichen Einfluß in London ausübte; sie wurde im Frühjahr 1939 beschlossen. Insgesamt darf wohl mit Bestimmtheit soviel gesagt werden, daß die ganze Richtung der englisch-französischen Politik eine andere gewesen wäre, hätte im Weißen Haus ein Mann regiert, der als fester und aufrichtiger Gegner einer Beteiligung Amerikas an einem europäischen Krieg bekannt war.

Nach einem Londoner Besuch von Oberst Beck Anfang April erhielt das damals in einem Kommuniqué angekündigte englisch-polnische Bündnis am 23. August seine endgültige Form. Viel konnte die englische Regierung nicht tun, um das Garantieversprechen zu verwirklichen, aber auch das Wenige, das möglich war, wurde nicht getan. Nach gemächlichen Verhandlungen wurde im Juli ein Waffenkredit in der bescheidenen Höhe von 8 Millionen Pfund gewährt, doch hat nur ein kleiner Teil des daraufhin bestellten Kriegsmaterials Polen erreicht. Ähnlich erging es den Polen mit den Franzosen. Der polnische Kriegsminister General Kasprzycki empfing in Paris weitgehende Zusicherungen des Luftwaffenchefs General Vuillemin über einen sofortigen Einsatz der französischen Flugzeuge und die schriftliche Zusage des Oberbefehlshabers Gamelin, Frankreich werde am 16. Tage nach der fran-

[11] Berichte Potockis in the German Withe Book, pp. 32–33. In einem Gespräch mit Botschafter Kennedy hat Chamberlain einmal gesagt, England sei „von Amerika und den Weltjuden (America and the world Jews) in den Krieg gezwungen worden", wie Kennedy am 27. 12. 1945 dem amerikanischen Luftfahrtminister J. Forrestal berichtet hat. – The Forrestal Diaries. Edited by W. Millis (New York, Viking Press, 1951) p. 121 f. E. H.

zösischen Mobilmachung eine Offensive in großer Stärke gegen Deutschland beginnen.[12] Keines der beiden Versprechen wurde eingehalten.

Hitler hatte in einer herausfordernden Rede vom 28. April den deutsch-polnischen Pakt von 1934 und das englisch-deutsche Flottenabkommen aufgesagt. Auffällig war, daß die Rede keine feindselige Bemerkung über die Sowjetunion enthielt. Die Annäherung der beiden Leviathane in Braun und Rot hatte unter dem Ansporn der englischen Polengarantie begonnen. Darauf deutete auch die plötzliche Abberufung Maxim Litwinows und die Ernennung W. M. Molotows zum Außenkommissar am 3. Mai. Litwinow hatte als Sowjetsprecher in Genf den Kreuzzug gegen Faschismus und Aggression und den „unteilbaren Frieden" gepredigt[13]. Wieweit die Sowjetregierung Litwinows Beredsamkeit mit Taten gedeckt haben würde, ist eine andere Frage. Es war gute leninistische Strategie, Gegensätze im Lager der „Imperialisten und Kapitalisten" auszunützen. Wäre es wegen Abessiniens, Spaniens oder der Tschechoslowakei zum Kriege gekommen, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Sowjetunion sich ebenso verhalten haben würde wie im September 1939.[14]

Wie dem aber auch sei, Litwinow war auf jeden Fall ein „Symbol" des Antifaschismus und außerdem war er Jude und schon deshalb den Nazis verhaßt. Seine Entlassung konnte also nur bedeuten, daß sich in der sowjetischen Außenpolitik ein Wandel vollzog. In der Tat hatte Stalin in seiner Rede vor dem 18. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 10. März seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit Deutschland öffentlich zum Ausdruck gebracht: „Der von der englischen, französischen und nordamerikanischen Presse über die Sowjetukraine erhobene Lärm ist charakteristisch . . . Es sieht so aus, als ob es das Ziel dieses verdächtigen Lärmes sei, in der Sowjetunion Haß gegen Deutschland

[12] L. B. Namier, Diplomatic Prelude 1938–1939 (London, MacMillan, 1948) pp. 457–60

[13] Ein ironischer Zufall ließ die englische Übersetzung der Reden Litwinows unter dem Titel „Against Aggression" (Gegen den Angriffsgeist) gerade an dem Tage erscheinen, als die Sowjetunion wegen ihres nicht provozierten Angriffs auf Finnland aus dem Völkerbund ausgeschlossen wurde. W. H. Ch.

[14] Der Kreml hatte die Prager Regierung während der Sudetenkrise nachdrücklich zum Widerstand ermutigt und ihr sofortige Hilfe versprochen. Um Hilfe bringen zu können, hätten die Sowjettruppen über polnisches Gebiet marschieren müssen: es gibt aber nicht ein Aktenstück darüber, daß Moskau in Warschau deswegen auch nur angefragt hätte. E. H.

zu wecken, die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt ohne sichtbaren Grund für uns zu provozieren [15]." Diesen Hinweis konnte Hitler kaum mißverstehen: damit wurde ein sowjetisch-deutsches Geschäft über Osteuropa angeboten. Am 17. April, dem gleichen Tage also, an dem die Sowjetregierung offen ein Dreimächtebündnis mit England und Frankreich vorschlug, begab sich der Sowjetbotschafter Merekalow zu Staatssekretär von Weizsäcker und erklärte — nach einer Aufzeichnung Weizsäckers [16] — Rußland habe die Spannung zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht ausgenützt und habe das auch nicht vor. „Es bestehe für Rußland kein Grund, weshalb es nicht mit uns in normalen Beziehungen leben sollte. Und aus normalen könnten bessere und immer bessere Beziehungen werden", notierte der deutsche Staatssekretär.

Aus dem Studium der verwickelten, vielschichtigen und noch unvollständigen diplomatischen Vorgänge der letzten Vorkriegsmonate ergeben sich drei klare und positive Eindrücke: 1. die tragische Unzulänglichkeit der englischen und französischen Versuche einer Quadratur des Zirkels, das heißt der Gewinnung sowjetischer Mitarbeit gegen Deutschland ohne Aufopferung der Unabhängigkeit Polens und der baltischen Staaten; 2. die merkwürdige Mischung von Elastizität und Gewalt in der Person Hitlers, die in seiner Bereitwilligkeit zum Ausdruck kam, zeitweise sein stärkstes Motiv, den Antikommunismus, beiseite zu lassen, um die gegen ihn in Bildung begriffene Koalition zu sprengen; 3. die wahrhaft machiavellistische List Stalins, gleichzeitig auf zwei Ebenen zu verhandeln — offen mit Großbritannien und Frankreich, im geheimen mit Deutschland. Stalin ermutigte die Westmächte genau so weit, wie es nötig war, um Hitler zum Abschluß des begehrten Geschäftes der osteuropäischen Beuteverteilung unter Druck zu setzen, ohne daß die Sowjetunion in den bevorstehenden Krieg hineingezogen zu werden brauchte.

Stalin bezog jetzt sogar auch Polen in sein Täuschungsgewebe ein. Der stellvertretende sowjetische Außenkommissar Potemkin fuhr eigens am 10. Mai nach Warschau, um der polnischen Regierung zu versichern, daß sie im Falle eines deutschen Angriffes nichts von Rußland zu befürchten habe; im Gegenteil, sie könne

[15] Henry Wolfe, The Imperial Soviets (New York, Doubleday 1940), p. 148. — Eine ausführliche Darstellung der sowjetisch-deutschen Annäherung gibt als einer der Beteiligten Dr. Peter Kleist in dem bereits erwähnten Buch Zwischen Hitler und Stalin. Daraus geht hervor, daß Deutschland nur sehr zögernd auf die sowjetischen Fühler einging. E. H.

[16] Nazi-Soviet Relations 1939—41 (Washington, U. S. Department of State, 1948) p. 2

auf eine freundliche Haltung und Lieferung von Kriegsmaterial aller Art rechnen.[17]

Das Bild ist von heute aus gesehen völlig klar und ohne Rätsel: Stalins Politik sollte ein vom kommunistischen Standpunkt aus logisches Ziel erreichen und erreichte es auch: Krieg der kapitalistischen Welt, Frieden für die Sowjetunion mit günstigen Gelegenheiten zu territorialer Expansion und weiteren Rüstungen. Diese Zielsetzung ist der Schlüssel zur gewundenen Sowjetpolitik im Frühjahr und Sommer 1939.

Neville Chamberlain war ebenso eifrig, den Kapitalismus zu erhalten, wie Stalin ihn zerstören wollte. Aber der englische Premier hatte sich durch seine übereilte und schlecht überlegte Garantie an Polen, der im April ähnlich einseitige Garantien an Griechenland und Rumänien folgten, in eine verwundbare Position begeben. Er wurde beständig durch seine Kritiker wie Churchill und Lloyd George bedrängt, die auf die Bedeutung einer militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hinwiesen, anscheinend ohne den moralisch und politisch unmöglichen Preis richtig abzuschätzen, der dafür hätte bezahlt werden müssen.

Trotz Chamberlains starkem persönlichem Argwohn gegenüber den sowjetischen Absichten wurden die Verhandlungen mit Moskau verstärkt fortgesetzt; zur Unterstützung der Botschafter Sir William Seeds und M. Paul Naggiar wurde Sir William Strang, ein hoher Beamter des Foreign Office, nach Moskau entsandt. Die Sowjets verhielten sich ausweichend und hinhaltend. Der Kern der Schwierigkeiten lag in den beiden sowjetischen Forderungen, daß die Rote Armee nach Polen einrücken und daß die baltischen Staaten ohne Rücksicht auf ihre eigenen Wünsche eine Garantie gegen „direkte oder indirekte Aggression" erhalten sollten. Ob die Sowjetunion wirklich in den Krieg eingetreten wäre, hätte man diese beiden Forderungen erfüllt, ist zweifelhaft. Aber sie konnten auch nicht erfüllt werden, denn das hätte bedeutet, Stalin eben jenes Recht zum Angriff auf den schwächeren Nachbarn zuzugestehen, das den vorgegebenen Grund des Kampfes gegen Hitler bildete.

Nachdem die Verhandlungen auch auf militärische Fragen ausgedehnt worden waren — ein neues Druckmittel auf Hitler —, schnitt der sowjetische Unterhändler Marschall Woroschilow am 14. August die Frage des Durchmarsches durch Polen an. Würde das Recht dazu nicht zugestanden, wären weitere militärische Bespre-

[17] Count E. Racynski, The British-Polish Alliance (London, Melville Press) p. 19

chungen unmöglich. Die Franzosen setzten Beck unter Druck, aber ohne Erfolg; der polnische Außenminister sagte zum französischen Botschafter Léon Noël: „Sie fordern uns auf, eine neue Teilung Polens zu unterschreiben." Es handele sich um eine Prinzipienfrage; Polen gestehe niemandem das Recht zu, unter irgendeiner Form die Benutzung polnischen Gebietes durch fremde Truppen zu diskutieren.[18]

Am gleichen 14. August ließ Ribbentrop dem sowjetischen Aussenkommissar eine enge deutsch-sowjetische Zusammenarbeit vorschlagen, denn „nach Meinung der Reichsregierung gibt es zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage, die nicht zur vollständigen Befriedigung beider Länder gelöst werden kann. Dazu gehören die Ostsee, das Gebiet der baltischen Staaten, Polen und südöstliche Fragen . . ." Gleichzeitig erklärte Ribbentrop sich bereit, persönlich nach Moskau zu fahren, „um Herrn Stalin die Auffassungen des Führers darzulegen [19]." In der Weisung an Botschafter Graf Schulenburg erklingt auch bereits das Leitmotiv der deutschen Propaganda der nächsten zwei Jahre: „Die Reichsregierung und die Sowjetregierung müssen nach alten Erfahrungen damit rechnen, daß die kapitalistischen westlichen Demokratien unversöhnliche Feinde sowohl des nationalsozialistischen Deutschland wie auch Sowjetrußlands sind." Am 19. August wurde Graf Schulenburg der sowjetische Entwurf eines Nichtangriffspaktes übergeben. Ribbentrop flog nach Moskau, und nach einer Verhandlung von nur wenigen Stunden wurde der Pakt in der Nacht des 23. August unterzeichnet. Ribbentrop ließ seiner durch den Fehlschlag seiner Londoner Mission verletzten Eitelkeit freien Lauf und schilderte England als schwach und lediglich von dem Wunsche erfüllt, andere für seine Interessen kämpfen zu lassen. Stalin stimmte dem zu, machte aber einige Vorbehalte hinsichtlich Englands Kriegstüchtigkeit. Beim Bankett im Kreml brachte er folgenden Trinkspruch aus: „Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und ich möchte daher auf seine Gesundheit trinken!" Molotow erhob sein Glas mit einer Verbeugung vor Stalin, denn „er habe durch seine in Deutsch-

[18] Namier, l. c., pp. 206–09. – Wie unaufrichtig die Sowjets bei diesen militärischen Verhandlungen waren, geht auch daraus hervor, daß sie schon im Juni das Auswärtige Amt durch eine wohlberechnete Indiskretion des sowjetischen Geschäftsträgers Astachow gegenüber dem bulgarischen Gesandten hatten wissen lassen, sie würden einen Pakt mit Deutschland einem Vertrage mit England vorziehen. Siehe Nazi–Soviet Relations, p. 21 und Kleist, l. c., p. 43 W. H. Ch. – E. H.

[19] Soviet–Nazi Relations, pp. 50–52; Kleist, l. c., p. 51 f.

land gut verstandene Rede vom 10. März diesen Wandel der politischen Beziehungen hervorgebracht[20]."

Wichtiger als der veröffentlichte Vertragstext des Nichtangriffspaktes war das ihm beigefügte „Geheime Protokoll". Über den bevorstehenden Krieg gegen Polen war in Moskau ganz offen gesprochen worden. Ribbentrop hatte seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, er werde als „chirurgischer Eingriff" ohne Komplikationen mit England und Frankreich vonstatten gehen; Stalin hatte sich skeptisch gezeigt. Das Geheimprotokoll grenzte den deutschen Anteil an der Beute in Polen mit einer Linie ab, die am San, an der Narew und der Weichsel verlief und Litauen mit einschloß. Die Sowjetunion erhielt freie Hand in Finnland, Estland und Lettland. Deutschland erklärte sich an Bessarabien uninteressiert. Der Ostteil Polens sollte an die Sowjetunion fallen. Diese Bestimmung wurde später insofern geändert, als die Sowjetunion auch Litauen, Deutschland dafür ein weiteres Stück Polens erhielt.

Die plebejischen Diktatoren Hitler und Stalin hatten in einer brutaleren Form die Teilungs- und Annexionspolitik ihrer gekrönten Vorfahren, Friedrich des Großen und Katharina II. aufleben lassen. Die Hinrichtungen und Massendeportationen von Zwangsarbeitern, durch die sowohl die nazistische wie die sowjetische Besetzung Polens charakterisiert waren, übertrafen aber an Grausamkeit und Zahl der Betroffenen bei weitem alles, was in den Geschichtsbüchern über die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert verzeichnet steht.

Die Verkündung des Sowjet-Nazi-Paktes klang in London und Paris wie die Posaune des Jüngsten Gerichtes. Nachdenklichen Beobachtern war es klar, daß Polens ohnehin geringe Chancen für ein Überleben jetzt so gut wie völlig dahingeschwunden waren, nachdem seine beiden mächtigen Nachbarn sich zu einem Bund zusammengetan hatten, der sich bald als Vertrag zu beiderseitigem Angriff auf das unglückselige Land erweisen sollte. Die englische Regierung war aber bereits zu weit gegangen, um noch umkehren zu können; der englisch-polnische Vertrag wurde in aller Eile am 25. August ratifiziert.

[20] Damit wird also von autoritativer Seite bewiesen, daß der Pakt keine hastige Improvisation war, sondern einem lange gehegten Plane Stalins entsprach. Gelegentlich wird in den westlichen Ländern versucht, Stalins Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß England und Frankreich ja Hitler zu einem Angriff auf die Sowjetunion hätten veranlassen wollen. Aber es liegt nicht der Schatten eines Beweises dafür vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner in London und Paris je einen derartigen Versuch unternommen haben. W. H. Ch.

Hitler und Ribbentrop zweifelten bis zum Schluß, daß England und Frankreich festbleiben würden. Das hat Hitler nicht nur dem italienischen Außenminister in der Unterredung von Salzburg am 12. August gesagt,[21] — diese Äußerung konnte noch mit einer taktischen Nebenabsicht auf Mussolini gemacht worden sein —, es geht mit drastischer Deutlichkeit vor allem aus Worten und Verhalten Hitlers hervor, als der Gesandte Schmidt ihm die Kriegserklärung Englands überbrachte: „Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. Er war nicht fassungslos, wie es später behauptet wurde, er tobte auch nicht. Er saß völlig still und regungslos an seinem Platz. Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehengeblieben war. ‚Was nun?' fragte Hitler seinen Aussenminister mit einem wütenden Blick in den Augen, als wolle er zum Ausdruck bringen, daß ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert habe [22]."

Die letzten Augusttage 1939 ähnelten den letzten Septembertagen des Vorjahres. Es herrschte die gleiche Stimmung eines unmittelbar bevorstehenden Krieges. Die Diplomaten waren Tag und Nacht tätig. Von Washington gingen Friedensappelle aus; Hitler und Chamberlain, Hitler und Daladier wechselten Briefe; aber diesmal war Krieg das Ende, nicht eine Beilegung des Streites.

Am 23. und 25. August hatte Hitler Chamberlain mitgeteilt, er sei bereit, sich für den Bestand des britischen Empire einzusetzen; Deutschland habe nicht die Absicht, sich nach Westen auszudehnen. Hitler bestand aber auf einer Lösung der Danzig-Korridorfrage. Als der englische Botschafter Sir Neville Henderson um Mitternacht des 30. August Ribbentrop aufsucht, zieht der Reichsaußenminister ein längeres Schriftstück hervor, das ein Sechzehnpunkteprogramm für die Regelung dieser beiden Fragen enthielt. Unter anderem wurde darin eine Volksabstimmung aller derjenigen vorgeschlagen, die vor 1914 in diesem Gebiet gelebt hatten; das deutsche und polnische Recht auf Verkehrsverbindungen sollte unabhängig vom Ausgang dieses Plebiszits gewährleistet werden. Die Vorschläge waren an sich nicht unvernünftig, aber sie wurden in einer Weise vorgetragen, die weder die Erwartung noch einen Wunsch auf eine Diskussion von gleich zu gleich anzeigte. Die Vorschläge seien bereits überholt, sagte Ribbentrop, weil Polen nicht entsprechend der letzten Mitteilung Hitlers an Henderson vom 29. August unverzüglich einen bevollmächtigten Unterhändler entsandt habe.

[21] Galeazzo Ciano, Diario, Vol. Primo, (Milano, Rizzoli, 1946), p. 140
[22] Dr. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, 1923–1945 (Bonn, Athenäum-Verlag, 1949) p. 464

Göring unternahm in letzter Minute einen Versuch, Hitler vom Krieg zurückzuhalten. Helmuth Wohltat, einer der Mitarbeiter des Vierjahresplanes, hatte aus London Anregungen von Sir Horace Wilson und Robert Hudson, zwei Herren aus der Umgebung Chamberlains, für ein gutes englisch-deutsches Einvernehmen mitgebracht. Göring hielt diesen Plan für aussichtsreich genug, daß er einen Versuch lohne. Aber Ribbentrop hatte den größeren Einfluß auf Hitler, und Ribbentrop war auf Krieg eingestellt. Wie mir die Herren Wohltat und Erich Gritzbach, der einstige persönliche Referent Görings, im persönlichen Gespräch während meines Aufenthalts in Deutschland 1949 erzählt haben, wurde Göring fast hinausgeworfen, als er an einem der letzten Tage vor Kriegsausbruch dem Führer gegenüber Vorsicht und Aufschub befürwortete.

Die deutsche Offensive gegen Polen begann in den Morgenstunden des 1.September. Die englische und französische Kriegserklärung an Deutschland erfolgte am 3. September. Als Neville Chamberlain im Unterhaus den Kriegszustand verkündete, sagte er: „Für uns alle ist dies ein Trauertag und für niemand mehr als für mich. Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen."

Dieser melancholische Ton war in der Tat dem Tage angemessen: englische und französische Staatskunst war von den Sowjets mattgesetzt worden. Was leicht ein deutscher Vorstoß gegen die Sowjetunion hätte sein können, war auf den Westen abgelenkt worden. Der Krieg sollte zum Gericht über das England wirtschaftlicher Freiheit und privaten Eigentums werden, an das Neville Chamberlain glaubte, und die Aufrechterhaltung der Freiheit und territorialen Unversehrtheit Polens, die als Grund des Kampfes ausgegeben wurde, sollte nicht gewonnen werden, auch wenn Hitler in den lodernden Ruinen seiner zerstörten Hauptstadt untergehen sollte.

AUFLÖSUNG IM WESTEN

Das englische und das französische Bündnis mit Polen brachte allen Beteiligten nur Leid und Unheil. Die tapfere, aber in moderner Kriegführung schlecht ausgebildete und mit Panzern und Flugzeugen spärlich ausgerüstete polnische Armee wurde von den eindringenden Deutschen in den ersten Septemberwochen überwältigt. Nachdem die polnische Luftwaffe in den ersten vierundzwanzig

Stunden der Offensive zerschlagen worden war, führten die Deutschen mit ihren Panzerdivisionen eine Reihe von Zangenbewegungen durch. Für einen Bandenkrieg in den Wäldern und Sümpfen Ostpolens bestand keine Aussicht mehr, als die Sowjetregierung auf Grund der vorherigen Vereinbarungen mit Deutschland ihren Schlag im Rücken Polens ausführte.

Molotow übermittelte am 9. September der deutschen Regierung anläßlich des Einzuges der deutschen Truppen in Warschau — in Wirklichkeit hielt die polnische Hauptstadt noch einige Zeit länger aus — telegraphisch seine Glückwünsche. Der polnische Botschafter Grzybowski wurde um 3 Uhr nachts mit der Mitteilung geweckt, der polnische Staat und die polnische Regierung hätten zu bestehen aufgehört. Da die Sowjetregierung dem Schicksal der Weißrussen und der ukrainischen Bevölkerung Ostpolens nicht gleichgültig gegenüberstehen könne, habe das Oberkommando der Roten Armee den Truppen Befehl erteilt, die Grenze zu überschreiten und „Leben und Eigentum der Bevölkerung der Westukraine und Westweißrußlands unter ihren Schutz zu nehmen".

Am 25. September schlug Stalin eine Revision der im Vormonat vereinbarten Teilung der Beute vor. Deutschland solle einen größeren Teil Polens — bis zum Bug — übernehmen, wofür die Sowjetunion Litauen bekommen sollte. Berlin hielt dies für annehmbar. Ribbentrop stattete Moskau einen zweiten Besuch ab und wurde festlich mit allen Ehren unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes empfangen. Die neue Gebietsverteilung in Polen wurde in einem Vertrag niedergelegt, der die Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ausschloß.

Der Kreml war rasch dabei, den Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands Verträge über die Errichtung sowjetischer Marine- und Luftstützpunkte in diesen Ländern aufzuzwingen. In die innere Verwaltung wurde damals noch nicht eingegriffen.

Am 31. Oktober erstattete Molotow dem Obersten Sowjet, das heißt dem Sowjetparlament, einen ausführlichen außenpolitischen Bericht, der aus zwei Gründen der Beachtung wert ist: er zeigt, wieweit die Sowjetregierung, die später so gern die Pose einer kompromißlos „antifaschistischen" Haltung einnahm, zur Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland bereit war. Zum anderen gibt er ein drastisches Bild von der Schnelligkeit, mit der eine totalitäre Regierung ihren außenpolitischen Kurs um 180 Grad drehen kann. In der Vergangenheit hatte die Sowjetregierung beständig die freundlichen Gefühle für Polen und die Achtung der polnischen Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit zur Schau getragen. Molotow schlug einen ganz anderen Ton an: „Ein gutgezielter

Schlag gegen Polen, erst seitens der deutschen Armee, dann von seiten der Roten Armee", sagte er, „und schon war von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages nichts mehr übrig."

Litwinow hatte in Genf keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um einen Kreuzfahrergeist gegen „faschistische Aggression" zu predigen. Molotow machte diesen Ausflügen auf das Feld eines internationalen Idealismus brüsk ein Ende: „Wir wissen zum Beispiel", erzählte er den gefügigen Mitgliedern des Obersten Sowjets, „daß in den letzten Monaten Begriffe wie ‚Angriff' und ‚Angreifer' eine neue konkrete Bedeutung, einen neuen Sinn erhalten haben . . . Jeder Mensch begreift, daß eine Ideologie nicht durch Gewalt zerstört und nicht durch Krieg aus der Welt geschafft werden kann. Es ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern ein Verbrechen, einen derartigen Krieg zur ‚Zerstörung des Hitlerismus' zu führen, der als Kampf für ‚Demokratie' getarnt wird."

Nach Molotows Darstellung war der Krieg gegen Deutschland jetzt ein „imperialistischer Krieg", den England und Frankreich aus Angst vor dem Verlust ihrer Weltherrschaft führten. Hitler hatte, unterstützt von Molotow, am 6. Oktober ein Friedensangebot gemacht. Daß es abgelehnt wurde, war zweifellos für die Männer im Kreml eine große Erleichterung. Ein Kompromiß mit den Westmächten, der Hitler instandgesetzt hätte, sich mit voller Kraft ostwärts zu wenden, wäre für Stalin und Molotow eine höchst unwillkommene Nachricht gewesen.

Die Ostsee wurde in weniger als zwölf Monaten sowjetisiert. Molotow aber versicherte seinen Zuhörern: „Wir treten für eine peinlich genaue Innehaltung von Verträgen auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit ein und wir erklären, daß der ganze Unsinn über eine Sowjetisierung der baltischen Länder lediglich den Interessen unserer gemeinsamen Feinde und aller antisowjetischen Provokateure zu dienen bestimmt ist."

Der nächste Zug der Sowjets beim Einheimsen der Gewinne aus dem Stalin-Hitler-Pakt war ein Schlag gegen Finnland. Dieser Angriff war eine plumpe Nachahmung der deutschen Invasion Polens — bis zu der nachgerade konventionellen Lüge, Finnland — mit einer geringeren Bevölkerung als Moskau — sei auf russisches Gebiet „eingefallen".

Der finnische Widerstand aber war zäh, verbissen und eine Zeitlang auch erfolgreich. Bevor das zahlenmäßige Übergewicht der Sowjets im März 1940, vier Monate nach Kriegsbeginn, den Ausschlag gab, waren nach Molotows eigener Schätzung 50 000 Rotarmisten umgekommen. Bei der Besetzung Ostpolens waren nur

737 Russen gefallen; die deutschen Verluste an Toten während des Polenfeldzuges betrugen etwas über 10 000 Mann.

Der heldenhafte finnische Widerstand gegen ein Reich mit der fünfzigfachen Bevölkerung Finnlands rief in der westlichen Welt allgemeine Bewunderung hervor. Robert Sherwood ließ sein Drama „Und es soll nicht dunkel werden", das den Kampf freier Männer gegen die Tyrannei verherrlicht, in Finnland spielen. Winston Churchill widmete dieser „strahlenden nordischen Rasse", wie er die Finnen nannte, eine rednerische Purpurbinde: „Nur das großartige, nein, das erhabene Finnland in den Klauen des Verhängnisses — dieses Finnland zeigt, was freie Menschen zu tun vermögen. Finnland hat der Menschheit einen prachtvollen Dienst erwiesen . . . Sollte das Licht der Freiheit, das im eisstarrenden Norden noch so hell brennt, schließlich doch ausgelöscht werden, so könnte dies zum Vorboten einer Rückkehr in ein finsteres Zeitalter werden, in dem jede Spur menschlichen Forschritts während zweier Jahrtausende verschlungen sein würde[1]."

Aber eine vom Kriege gezeugte Begeisterung ist unbeständig und vergänglich. Es sollte nicht lange Zeit vergehen, bis Sherwood schamhaft den Schauplatz seines Stückes nach Griechenland verlegte und Churchill der Sowjetunion half, „das Licht der Freiheit auszulöschen", indem er eine Kriegserklärung gegen Finnland schleuderte.

Der einzige französische Beitrag zum Entsatz Polens waren ein paar Scharmützel im Saargebiet. Während des Winters war an der Westfront alles ruhig. Aber im Frühjahr und Frühsommer brach rasch und Entsetzen verbreitend die Katastrophe herein.

Dem Minenlegen in den norwegischen Hoheitsgewässern durch England am 6. April, das einen Bruch der Neutralität darstellte, folgte unverzüglich ein deutscher Blitzvorstoß gegen Dänemark und Norwegen. Dänemark leistete der Besetzung nur geringen Widerstand. Eine „Fünfte Kolonne" von norwegischen Anhängern des Nationalsozialismus unter Führung von Major Vidkun Quisling unterstützte die deutsche See- und Luftinvasion Norwegens. Die alliierten Gegenmaßnahmen waren ungeschickt und unwirksam. Die für den U-Boot-Krieg so wichtige lange norwegische Küste kam unter deutsche Herrschaft.

Der entscheidende Westfeldzug begann am 10. Mai, als Hitlers Armeen Holland, Belgien und Luxemburg überschwemmten. In sechs Wochen hatten sie erreicht, was das Feldheer des Kaisers nicht in vier Jahren durchführen konnte. Frankreich lag gebrochen

[1] Abgedruckt in Blood, Sweat and Tears (New York, Putnam, 1940) p. 215

zu Boden und unterzeichnete am 23. Juni einen Waffenstillstand, der einer Kapitulation gleichkam.

Die Hauptursache des schnellen Zusammenbruchs war das Versagen des französischen Oberkommandos, das den revolutionären Wandel der modernen Kriegführung nicht gebührend in Rechnung gestellt hatte. Man hatte Panzer und Flugzeuge unterschätzt und sich zu sehr auf die mächtigen Forts der Maginotlinie verlassen. Aber die Deutschen versuchten gar nicht, die Maginotlinie zu stürmen. Sie umgingen sie und richteten ihren Hauptstoß unter Bezwingung des schwierigen Geländes der Ardennen gegen Sedan, wo die französische Linie an einer verhängnisvoll schwachen Stelle durchbrochen wurde. Die deutschen Panzerdivisionen rollten, fast ohne Gegenwehr zu finden, weiter auf den englischen Kanal zu.

Die Katastrophe von Dünkirchen, wo zwar der größte Teil der englischen und französischen Truppen in einem denkwürdigen Unternehmen entkam, wenn auch nur um den Preis des Verlustes aller schweren Waffen, wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, hätte nicht ein direkter Befehl Hitlers die deutschen Panzerdivisionen angehalten, so daß der Angriff auf die Stadt während der Tage der Evakuierung nicht weitergeführt wurde. Es mag sein, daß Hitler die Widerstandskraft der die Seine- und Aisne-Linie haltenden französischen Armeen überschätzte und im Hinblick auf künftige harte Kämpfe schwere Panzerverluste zu vermeiden wünschte. Aber es gibt auch Hinweise auf politische Motive für die Verlangsamung des Vorstoßes gegen Dünkirchen. Als diese Offensive angehalten worden war — am 24. Mai — sprach Hitler mit Generalfeldmarschall von Rundstedt und zwei führenden Herren seines Stabes, Sodenstein und Blumentritt. Letzterer hat nach dem Bericht von Liddel Hart den Vorgang wie folgt dargestellt: „Hitler versetzte uns in Erstaunen durch die Bewunderung, mit der er vom britischen Empire, von der Notwendigkeit seines Bestehens und von der Kultur sprach, die England in die Welt gebracht habe. Alles, was er von England wünsche, sagte er, sei die Anerkennung der Stellung Deutschlands auf dem Kontinent. Die Rückgabe der deutschen Kolonien sei wünschenswert, aber nicht wesentlich, und er würde England sogar anbieten, es mit Truppen zu unterstützen, falls es irgendwo in der Welt in Schwierigkeiten gerate[2]."

Hitlers Wunsch, das britische Empire zu erhalten, kam auch bei einer anderen Gelegenheit und unter Umständen zum Ausdruck, die jede Möglichkeit einer Propagandaabsicht ausschließen. Als die

[2] B. H. Liddel Hart, The German Generals Talk, (New York, Morrow) p. 135

Westmächte militärisch ihren tiefsten Punkt erreicht hatten und Frankreich um Waffenstillstand bat, gab Ribbentrop in einem streng vertraulichen Gespräch mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano folgende Darstellung der Haltung Hitlers gegenüber England: „Er sagte, daß die Existenz des britischen Empire als eines Elementes der Stabilität und sozialen Ordnung in der Welt nach der Meinung des Führers sehr nützlich sei. In der gegenwärtigen Weltlage sei es unmöglich, es durch eine andere, ähnliche Organisation zu ersetzen. Der Führer wünsche deshalb, wie er es auch kürzlich vor der Öffentlichkeit dargelegt habe, keine Zerstörung des britischen Empire. Er verlangt nur, daß England auf einige seiner Besitzungen verzichtet und die vollzogenen Tatsachen anerkennt. Unter diesen Bedingungen sei Hitler zu einem Übereinkommen bereit[3].“

Hitler, der Napoleon des 20. Jahrhunderts, fand jedoch in Churchill einen Gegner, der noch unversöhnlicher war als Pitt. Die Kriegführung durch das Kabinett Chamberlain hatte eine wachsende Unzufriedenheit hervorgerufen. Churchill, der Erster Lord der Admiralität gewesen war, übernahm das Amt des Erstministers am 10. Mai, am gleichen Tage also, an dem die deutsche Offensive entfesselt wurde.

Während der folgenden Wochen häuften sich Niederlagen und Katastrophen. Aber Churchill schwankte niemals in seiner Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf die Folgen eines bis zum bitteren Ende ausgekämpften Krieges. Zu diesen Folgen sollten die entsetzliche Verarmung seines eigenen Landes, die Zerstörung eines großen Teiles des europäischen Kontinentes durch brutale Bombenangriffe, die Heranführung Asiens bis an die Elbe — nach Churchills eigenen brillanten Worten — und — welche Ironie des Schicksals gegenüber dem großen Imperialisten Churchill! — die weitgehende Auflösung des britischen Empire gehören.

Churchills erste Sorge war, Frankreich bei der Stange zu halten. Selbst als die französischen Armeen völlig zusammengeschlagen waren, hoffte er, eine französische Regierung werde vom sicheren Exil in einer der französischen überseeischen Besitzungen aus den Kampf als Verbündeter Großbritanniens fortsetzen. Aber der Zusammenbruch des französischen Widerstands vollzog sich so schnell, daß alle Anstrengungen Churchills vergeblich blieben — trotz der aktiven Unterstützung von seiten Roosevelts, der nur dem Namen nach neutral war.

[3] Ciano's Diplomatic Papers (London, Odhams Press, 1948) p. 373

Die französische Regierung verließ Paris und übersiedelte in einer Atmosphäre chaotischer Unordnung am 10. Juli nach Tours. Am 14., als die Deutschen in Paris einzogen, erfolgte ein zweiter Auszug der Regierung, diesmal nach Bordeaux. Nur wer wie der Verfasser diese tragischen Wochen Frankreichs miterlebt hat, kann den Grad der damals herrschenden Stimmung hilfloser Verwirrung und des Schwindens jeder Verbundenheit zwischen Regierung und Volk ermessen.

Bordeaux, das für gewöhnlich eine ruhige und behagliche Provinzstadt ist, war ein Tollhaus, in dem sich Scharen von nicht nur französischen, sondern auch belgischen und holländischen Vertriebenen und von mitteleuropäischen antinazistischen Flüchtlingen zusammendrängten. Das Schauspiel einer vollständigen Auflösung und Desorganisation muß an den Nerven der geplagten Minister gezerrt und die Waagschale zugunsten einer Hinnahme der Niederlage beschwert haben.

Churchill flog zwischen London und Paris und Tours hin und her und versuchte, dem französischen Kabinett seinen eigenen kriegerischen Geist einzuhauchen. Aber die militärischen Führer Frankreichs, der ehrwürdige Marschall Pétain und General Maxime Weygand, der nach dem schicksalhaften deutschen Durchbruch den unfähigen Gamelin abgelöst hatte, wußten, daß sie geschlagen waren. Als Heerführer unterschätzten sie die defensiven Möglichkeiten zur See und in der Luft. Da ihnen bekannt war, daß die englische Armee weniger ausgebildet war als die französische, erwarteten sie die rasche Niederlage eines weiterkämpfenden England. Sie sahen keinen Sinn in der Fortsetzung einer nutzlosen Metzelei oder richtiger, der Gefangennahme riesiger Massen französischer Soldaten durch die Deutschen. Immer eindringlicher erhoben sie ihre Stimme für einen Waffenstillstand.

Ministerpräsident Paul Reynaud war verstandesmäßig für eine Fortsetzung des Kampfes von Übersee her. Aber ihm fehlte der eifernde Fanatismus eines Clemenceau. Dieser Krieg war in Frankreich niemals populär gewesen. Inmitten der Ruinen und der Verwüstungen der Niederlage erhoben sich immer lauter die Stimmen derer, die es stets als zwecklos betrachtet hatten, „für Danzig zu sterben“[4].

[4] Dieses Wort war zuerst von Marcel Déat gebraucht worden, einem französischen Gegner des Krieges, der später dem Vichy-Regime beitrat und nach dem Ende der Feindseligkeiten verschwand. W. H. Ch.

Unmittelbar vor der Flucht aus Paris sandte Reynaud eine Botschaft an Roosevelt, in der er den Präsidenten drängte, öffentlich zu erklären, daß die Vereinigten Staaten die Westmächte mit allen Mitteln — außer der Entsendung eines Expeditionskorps — unterstützen würden. In einer blassen Wiederholung der heroischen Redeweise Clemenceaus, erklärte Reynaud: „Wir werden vor Paris kämpfen, wir werden hinter Paris kämpfen; wir werden uns in einer unserer Provinzen" — Reynaud dachte an die Bretagne — „zum Kampf verschanzen, und falls wir von dort vertrieben werden, in Nordafrika oder, wenn nötig, in einer unserer amerikanischen Besitzungen niederlassen, um den Kampf fortzusetzen".

Churchill glaubte eine günstige Gelegenheit zu haben, gleichzeitig Frankreich im Kriege halten und die Vereinigten Staaten in den Krieg hereinziehen zu können. Roosevelt hatte in einer Rede in Charlottesville, Virginia, Mussolinis Kriegserklärung an Frankreich als einen „Dolchstoß in den Rücken" bezeichnet[5]. Churchill ließ dem Präsidenten durch Lord Lothian, den englischen Botschafter in Washington, mitteilen, daß er sich durch diese Rede ermutigt fühle und daß unbedingt alles getan werden müsse, um Frankreich im Kriege zu halten.

Roosevelts Antwort an Reynaud vom 13. Juni muß eine helle Freude für Churchill gewesen sein. Sie war in viel stärkeren Worten gehalten, als der amerikanische Botschafter in London, Joseph P. Kennedy, ein aufrichtiger Gegner einer amerikanischen Kriegsbeteiligung, und einige Beamte des Außenministeriums es für ratsam hielten. Sie lautete: „Ihre Botschaft vom 10. Juni hat mich tief bewegt. Wie ich bereits Ihnen und Mr. Churchill gegenüber erklärt habe, tut unsere Regierung alles, was in ihrer Macht steht, um den alliierten Regierungen das so dringlich verlangte Material verfügbar zu machen, und unsere Anstrengungen, damit verstärkt fortzufahren, werden verdoppelt. Dies geschieht auf Grund unseres Glaubens an die Ideale, für die die Alliierten kämpfen, und zu Ihrer Unterstützung. Kampf und Widerstand der französischen und englischen Armeen haben auf das amerikanische Volk einen tiefen Eindruck gemacht. Ich persönlich bin besonders beeindruckt durch Ihre Erklärung, daß Frankreich den Kampf für die Demokratie weiterführen wird, auch wenn dies einen langsamen Rückzug selbst

[5] Für die Voreingenommenheit der Regierung Roosevelt zugunsten des Kommunismus im Gegensatz zum Faschismus ist es bezeichnend, daß nichts dergleichen gesagt wurde, als die Sowjetunion Polen einen „Dolchstoß in den Rücken" versetzte. W. H. Ch.

nach Nordafrika und nach dem Atlantik bedeutet. Es ist außerordentlich wichtig, eingedenk zu sein, daß die Flotten Frankreichs und Englands auch weiter den Atlantik und die anderen Ozeane beherrschen, ebenso, daran zu denken, daß lebenswichtiges Material aus der überseeischen Welt zum Unterhalt aller Armeen notwendig ist. Ich fühle mich auch sehr durch die Erklärung ermutigt, die Prime-Minister Churchill vor ein paar Tagen über die Fortsetzung des Widerstandes des britischen Empire abgab. Diese Entschlossenheit scheint in gleicher Weise für das große französische Empire in der ganzen Welt zu gelten. Seemacht ist in der Weltpolitik noch immer Träger der Lehren der Geschichte, und Admiral Darlan weiß dies."

Churchill sah in dieser Botschaft zwei Punkte, die mit „Kriegführung" gleichbedeutend waren: ein Versprechen materieller Hilfe, das aktiven Beistand einschloß, und einen Appell zur Fortsetzung des Kampfes, selbst wenn die Regierung aus Frankreich vertrieben würde. Der Prime-Minister drahtete eilends an Reynaud, daß die Vereinigten Staaten, falls Frankreich bei der Stange bleibe, „nach unserer Meinung ohne Möglichkeit eines Widerrufs darauf festgelegt sind, den einzig noch verbleibenden Schritt zu tun, nämlich auch formal zur kriegführenden Nation zu werden, wie sie es der Sache nach bereits geworden sind[6]".

Der nächste Tag aber brachte eine Enttäuschung. Roosevelt hatte anscheinend das Empfinden, zu weit gegangen zu sein, und verweigerte die Veröffentlichung seiner Botschaft an Reynaud. Er betonte, sie sei weder als Festlegung der Vereinigten Staaten auf eine militärische Teilnahme am Kriege gedacht gewesen, noch enthalte sie eine solche Festlegung.

Daraufhin versuchte Churchill, Roosevelts Bereitwilligkeit zu kriegsmäßigen Maßnahmen anzustacheln, indem er ein düsteres Bild dessen entwarf, was geschehen könnte, falls die Kontrolle Englands den Händen der gegenwärtigen Regierung entgleiten sollte. In einem solchen Falle, so erklärte er warnend, könnte England vielleicht milde Bedingungen erhalten, falls es einwillige, ein Vasallenstaat in Hitlers Reich zu werden. Dann aber würden sich die Vereinigten Staaten einer ungeheuren Seemacht gegenübersehen, die aus den Flotten Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gebildet würde.

Im Lichte späterer Ereignisse betrachtet, erscheint dieses Bild wirklichkeitsfremd. Obwohl Frankreich erobert war, machte Hitler keinen Gebrauch von der französischen Flotte. Die englische Flotte

[6] Their Finest Hour, p. 185

blieb unabhängig; die italienische erwarb wenig Lorbeeren, und Deutschland kam niemals auch nur in die Nähe einer Beherrschung der Ozeane durch Schlachtschiffe und Kreuzer. Churchills Botschaft vermochte keine Sofortmaßnahmen auszulösen, aber sie lieferte den Fürsprechern einer Intervention Amerikas brauchbares Material zur Panikmache.

Der Versuch, Frankreich im Kriege zu halten, schlug fehl. Ein von Churchills Kriegskabinett unter Beiziehung von Mitgliedern der französischen Wirtschaftskommission in England, Jean Monnet und René Pleven, sowie des Generals de Gaulle hastig ausgearbeitetes Angebot einer unlösbaren britisch-französischen Union traf in Bordeaux auf taube Ohren. Der geplagte Reynaud demissionierte zugunsten von Marschall Pétain, der am 17. Juni das entscheidende Wort sprach: „Il faut cesser le combat."

Danach handelte es sich nur noch darum, die Waffenstillstandsbedingungen kennenzulernen. Diese sahen die Besetzung des größeren Teiles Frankreichs einschließlich der Kanal- und Atlantikküste sowie Demobilmachung und Abrüstung vor, obwohl Frankreich die Beibehaltung eines Hunderttausendmannheeres erlaubt wurde. Die Flotte sollte in die Häfen beordert und dort unter deutscher Aufsicht stillgelegt und entwaffnet werden. Deutschland versprach, keine französischen Kriegsschiffe für militärische Zwecke zu benützen.

Nachdem der erste lähmende Schock der Niederlage, der schnellsten und vollständigsten in der langen Reihe französisch-deutscher Kriege, überwunden war, bildeten sich unter den Franzosen drei Lager. Der damals wenig bekannte General Charles de Gaulle, der den Waffenstillstand von London aus aufkündigte, hatte nur wenige Anhänger. Auf der äußersten Gegenseite standen Männer wie Pierre Laval, der die Auffassung verfocht, Frankreichs größte Hoffnung auf ein Überleben liege in einer prodeutschen und antibritischen Orientierung und in dem Versuch, Hitlers Gunst zu erringen. Pétain, der neue französische Staatschef, stand zwischen diesen beiden Extremen. Der betagte französische Marschall versuchte, das französische Reich zu retten, das durch die Besetzung und die Lebensmittelkürzungen hervorgerufene Ungemach zu lindern und an Stelle der gefallenen Dritten Republik ein konservatives, patriarchalisches Regime zu setzen. Es ist unfair, Pétain und die große Mehrheit des französischen Volkes, die ihn zu jener Zeit als Führer akzeptierte, heute als „Verräter" zu brandmarken. „Mindestens bis November 1942", sagt William L. Langer mit Recht, „war die große Mehrheit der patriotischen Franzosen

der Meinung, sie könnten durch Verbleiben in Frankreich ihrem Vaterland am besten dienen[7]."

Frankreich fiel, aber England stand aufrecht. Was immer man vom Urteilsvermögen der englischen Regierung und ihrer Politik denken mag, die zu einer politischen Katastrophe wie dem Stalin-Hitler-Pakt und zu einem militärischen Zusammenbruch wie in Polen und Frankreich führte, der Heroismus des englischen Volkes verdiente die weltweite Bewunderung, die er hervorrief. Allein und schwach bewaffnet, stand es der größten Militärmacht gegenüber, die der Kontinent seit den Tagen Napoleons gesehen hatte.

Churchill war eifrig bemüht, neue Alliierte als Ersatz für die „Versager" zu suchen. Unermüdlich richtete er Bitten an die Vereinigten Staaten, mehr Hilfe zu leisten. Er wandte sich auch an eine wenig mitfühlende Seite, indem er am 25. Juni einen Brief an Stalin richtete, der die Ziele der britischen Politik in zwei Punkten zusammenfaßte: Rettung Englands und Befreiung Europas von deutscher Herrschaft. Churchill gab seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit der Sowjetregierung voll und ganz die umfassenden Probleme zu diskutieren, die durch Deutschlands gegenwärtigen Versuch geschaffen würden, in Europa einen methodischen Prozeß der Eroberung und schrittweisen Aufsaugung zu verfolgen.

Dieses Angebot traf auf taube Ohren. Stalin antwortete überhaupt nicht, und seine mündlichen Äußerungen gegenüber dem neuen englischen Botschafter Sir Stafford Cripps waren rundweg negativ. Er sähe keine Gefahr der Vorherrschaft eines Landes in Europa, geschweige denn eine Gefahr, daß Europa von Deutschland verschlungen werden könne. Er habe keinen Wunsch Deutschlands entdeckt, europäische Länder zu vertilgen. Stalin gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die militärischen Erfolge Deutschlands die Sowjetunion und ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nicht bedrohten. Diese Beziehungen seien nicht auf vorübergehende Umstände, sondern auf die grundlegenden nationalen Interessen beider Länder gegründet. Molotow beeilte sich, den deutschen Botschafter über diese Zurückweisung Englands zu unterrichten[8].

Der Sowjetdiktator hatte nicht die Absicht, dem in äußerster Gefahr schwebenden England zu Hilfe zu kommen. Nach dem Eintreffen der Meldung des französischen Zusammenbruchs bat Molotow den deutschen Botschafter zu sich und „übermittelte ihm die wärmsten Glückwünsche der Sowjetregierung zu den glänzenden

[7] Our Vichy Gamble (New York, Knopf, 1946) p. 787
[8] Nazi-Soviet-Relations, p. 166–67

Erfolgen der deutschen Wehrmacht[9]." Die Sowjetregierung hatte bereits an der Zerlegung Polens teilgenommen; jetzt fing sie an, die übrige Gebietsbeute ihrer Vereinbarungen mit Hitler einzusammeln.

Am 14. Juni wurde der Regierung in Kaunas ein Ultimatum zugestellt, das Litauen und die anderen baltischen Staaten einer militärischen Verschwörung gegen die Sowjetunion beschuldigte. Ein oder zwei Grenzzwischenfälle wurden arrangiert, und die Rote Armee begann den Einmarsch. Ähnliche Ultimaten wurden am 16. nach Riga und Reval geschickt. Drei sowjetische „Entstörer" — der amerikanische Ausdruck „troubleshooter": Störungsjäger gilt in diesem Fall wörtlich und im übertragenen Sinne — wurden Hals über Kopf in die Hauptstädte der drei besetzten Länder entsandt: Dekanossow nach Kaunas, Wyschinskij nach Riga, Shdanow nach Reval.

Im Juli fanden Wahlen nach bekanntem totalitärem Schema statt, die dem Sowjetwillen hörige Parlamente ergaben. Die Wahlpropaganda war nur auf die Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, nicht etwa auf Eingliederung abgestellt gewesen. Die Sowjets können sich dafür also nicht auf ein Plebiszit berufen, nicht einmal auf eine Volksabstimmung unter fremder Besetzung. Kaum waren diese zahmen Parlamente aber zusammengetreten, so stimmten sie für eine Verknüpfung mit der Sowjetunion, und diesem „Wunsch" ward alsbald entsprochen.

Zu jener Zeit wurden die sowjetischen Maßnahmen in den Hauptstädten des Westens noch nach ihrem wirklichen Charakter beurteilt. In Vertretung des Außenministers faßte Sumner Welles die offizielle Reaktion der Vereinigten Staaten am 23. Juli in folgender Erklärung zusammen: „Während der letzten Tage ist das verlogene Verfahren zur vorsätzlichen Vernichtung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der drei kleinen baltischen Republiken Litauen, Lettland, Estland durch einen ihrer mächtigen Nachbarn rasch zum Abschluß gebracht worden. Seit die Bewohner dieser Republiken zum ersten Male ihre Unabhängigkeit und eine demokratische Regierungsform erlangten, hat die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ihre bewundernswerten Fortschritte in der Verwirklichung der Selbstregierung mit Interesse und tiefer Anteilnahme verfolgt. Die Politik unserer Regierung ist in der ganzen Welt bekannt. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten lehnt Räubereien ab, gleichgültig, ob sie mit Gewalt oder durch Gewaltandrohung durchgeführt werden. Desgleichen lehnt sie jede Ein-

[9] l. c., p. 154

mischung von seiten eines Staates, sei er auch noch so mächtig, in die inneren Belange eines anderen souveränen Staates ab, mag dieser auch noch so schwach sein."

Nach einem kurzen diplomatischen Hin und Her zwischen Moskau und Berlin verlangte die Sowjetregierung in einem auf vierundzwanzig Stunden befristeten Ultimatum von Rumänien die Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina. Bessarabien, ein ethnographisch sehr bunt zusammengesetztes Gebiet zwischen Donaumündung und Dnjepr, das die Türkei 1812 an Rußland abgetreten hatte, war in den Wirren des Weltkrieges von Rumänien besetzt worden. Die Bukowina, wo ein Teil der Bewohner ukrainischer Abstammung war, hatte früher zu Österreich-Ungarn, aber niemals zu Rußland gehört. Deutschland hatte als Teil des im Stalin-Hitler-Pakt vereinbarten Preises auf die Geltendmachung eines deutschen Interesses in Bessarabien verzichtet, wo sich große und blühende volksdeutsche Siedlungen befanden. Die Forderung auf die Bukowina, die Molotow zunächst ganz verlangt hatte, war dagegen für Ribbentrop neu und peinlich. Nachdem Berlin jedoch den Kreml zu einer Beschränkung seiner Forderungen auf den nördlichen Teil des Buchenlandes bewogen hatte, legte er der rumänischen Regierung nahe, nachzugeben. Stalin gewann damit wie an der Ostsee auch an der Donaumündung die alten russischen Grenzen zurück.

August und September waren kritische Monate für England. Hitler erklärte in seiner Siegesrede vom 19. Juli, es sei niemals seine Absicht gewesen, das britische Empire zu zerstören oder auch nur zu schädigen, und machte ein allgemeines Friedensangebot: „In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet vor meinem Gewissen, noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortsetzung dieses Kampfes zwingen könnte [10]."

Dieser Rede folgten diplomatische Sondierungen durch Schweden, die Vereinigten Staaten und den Vatikan. Aber Churchill führte den Krieg nicht mit dem Ziel, England vor der Zerstörung und seine Flotte vor Versenkung zu retten, sondern Nazi-Deutschland zu vernichten und Europa zurückzuerobern. Der damalige Außenminister Lord Halifax wies die Aufforderung Hitlers zurück, „vor seinem Willen zu kapitulieren", wie er es nannte.

Die englische Regierung hatte bereits zweimal ihre Absicht demonstriert, vor nichts zurückzuschrecken, um einen Ausdruck aus Chur-

[10] Archiv der Gegenwart, Jahrgang 1940, S. 4630

chills Erinnerungen zu gebrauchen. Als der französische Marinebefehlshaber in Mers el Kebir in Nordafrika sich weigerte, einer englischen Aufforderung nachzukommen und seine Schiffe zu versenken, oder unter britischem Geleit nach einem englischen oder amerikanischen Hafen auslaufen zu lassen, unternahmen die englischen Kriegsschiffe einen kriegsmäßigen Angriff und versenkten und beschädigten den größten Teil der französischen Schiffe, wobei mehr als tausend Menschen ihr Leben verloren. An dem gleichen 3. Juli beschlagnahmten die Engländer die in englischen Häfen liegenden französischen Schiffe oder internierten sie wie in Alexandria.

Die Engländer ergriffen auch die Initiative bei einer der grausamsten Vernichtungsmethoden moderner Kriegführung, der unterschiedslosen Bombardierung offener Städte. Dieser Punkt wurde gewöhnlich durch Kriegsleidenschaft und Kriegspropaganda verdunkelt, aber englische Quellen selbst liefern gewichtiges Beweismaterial. So schreibt J. M. Spaight, der erste Gehilfe des Luftministers in seinem Buch „Bombing Vindicated" (Rechtfertigung der Bombenangriffe): „Wir haben mit der Bombardierung von Zielen im eigentlichen Deutschland begonnen, bevor die Deutschen Ziele auf den englischen Inseln bombardierten. Das ist eine historische Tatsache, die öffentlich zugegeben worden ist . . . Weil wir jedoch unsere Zweifel in bezug auf die psychologische Wirkung einer propagandistischen Verdrehung der Wahrheit hatten, daß wir die strategische Offensive begannen, mußten wir davor zurückscheuen, unserer großen Entscheidung vom Mai 1940 die ihr gebührende Verbreitung zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein großartiger Entschluß — ebenso heroisch und selbstaufopfernd wie Rußlands Entschluß, die Politik der ‚verbrannten Erde' anzuwenden [11]."

Der bekannte englische Militärschriftsteller Captain B. H. Liddel Hart stellt fest, daß die Nachtangriffe auf London im September 1940 auf sechs englische Angriffe in den vorangegangenen zwei Wochen folgten und bemerkt dazu: „Die Deutschen waren also voll und ganz gerechtfertigt, wenn sie von Repressalien sprachen, zumal sie — vor unserem sechsten Angriff auf Berlin — derartige Maßnahmen angekündigt hatten, falls wir nicht unsere Nachtangriffe auf Berlin einstellten [12]."

[11] S. 68, 74 nach dem Zitat in The Second World War von Generalmajor J. F. T. Fuller (London, Eyre, 1948) S. 222. General Fuller fügt mit beißender Schärfe hinzu: „So war es also nach Spaights Zeugnis Winston Churchill, der die Zündschnur in Brand setzte, die einen Krieg der Zerstörung und des Terrors hochgehen ließ, für den es seit dem Einfall der Seldschuken kein Beispiel gibt." W. H. Ch.

[12] The Revolution in Warfare (1946) p. 72, zitiert bei Fuller, l. c. S. 404.

Als es klar wurde, daß die englische Regierung seinen Friedensvorschlag nicht in Betracht ziehen würde, befahl Hitler die Ausarbeitung eines Invasionsplanes, bekannt als „Unternehmen Seelöwe". Der Stichtag war ursprünglich auf den 15. September festgesetzt. Die Marine schlug die Schaffung eines schmalen Seekorridors über den Kanal vor, der mit Minenfeldern und U-Booten abgeschirmt und durch den die Panzerdivisionen in mehreren Wellen hinübergebracht werden sollten. Die Heeresleitung erklärte aber, sie benötige für den Angriff einen breiten Küstenstreifen, breiter als die Marine ihn garantieren zu können glaubte. Weder das Heer noch die Marine waren in bezug auf die Aussichten des Unternehmens Seelöwe sehr optimistisch. Anerkanntermaßen galt die Luftherrschaft über Südostengland als Voraussetzung eines Erfolges. Es gelang der Luftwaffe jedoch nicht, sie in zahlreichen erbitterten Luftkämpfen während der letzten Augusttage und in den ersten Septemberwochen zu erringen. So wurde Unternehmen Seelöwe mehrfach verschoben und schließlich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Hätte Hitler England als seinen Hauptfeind betrachtet, so würde er andere Mittel des Zupackens gefunden haben, auch wenn der Plan einer direkten Invasion scheiterte. Gibraltar und Suez waren an den beiden Enden des Mittelmeeres Verkehrsschlüsselpunkte des britischen Empires. Hätte Hitler seine Abrechnung mit Rußland aufgegeben oder auch nur verschoben, und alle seine Kriegsanstrengungen auf das Mittelmeergebiet konzentriert, der Krieg hätte anders verlaufen und einen anderen Ausgang nehmen können. Aber Hitler sparte alle seine innere Leidenschaft für Landoperationen auf. „Zu Lande bin ich ein Held, aber zur See ein Feigling", hat er einmal zu Großadmiral Raeder gesagt.

An zu großen Forderungen Francos scheiterte das etwas vage ins Auge gefaßte Unternehmen gegen Gibraltar, und Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der das Ansehen mehrerer englischer Generäle ruinierte, erhielt niemals genügend Truppen und Material, um einen erfolgreichen Vorstoß nach Alexandria und Suez durchführen zu können. Nach dem Dezember 1940 war Hitler auf die Verwirklichung eines Planes festgelegt, von dem er allezeit geträumt hatte: die Zerschmetterung Sowjetrußlands.

Die Auflösung des nazi-sowjetischen Scheinbündnisses liegt außerhalb einer Schilderung des Zusammenbruchs im Westen. Aber sie soll hier kurz beschrieben werden, weil sie eine tiefe Wirkung auf den militärischen und politischen Verlauf des Krieges ausübte, in den Amerika bald verwickelt sein sollte.

Die Lage Europas nach dem Fall Frankreichs, als Hitler und Stalin die Herren des Kontinents waren, erinnert an die Jahre 1807—1812. Damals teilten sich Napoleon und Zar Nikolaus I. in eine ähnliche Herrschaft unter einem gleich unbehaglichen und mißlichen Bündnis. Stalin folgte dem Beispiel Alexanders, indem er die Periode des Einverständnisses benützte, um Finnland anzugreifen und die russische Stellung an der Donau zu verstärken. Einige der überschwenglichen Glückwünsche, die zwischen Moskau und Berlin ausgetauscht wurden, lassen an die ausschweifende Bemerkung des Zaren gegenüber dem französischen Botschafter Savary denken: „Was ist Europa und wo ist Europa, wenn nicht Sie und wir es sind?"

Eine neuartige Mischung ideologischen Zements wurde für diese seltsame Freundschaft zweier Systeme zubereitet, die sich zuvor auf das bitterste geschmäht und befehdet hatten. Die deutsche Propaganda unterstrich den Gedanken des natürlichen Bundes der beiden „jungen revolutionären proletarischen Länder" gegen die „überalterten, erschöpften und dekadenten Plutokratien des Westens". Ribbentrop scheint bis zu einem gewissen Grade an seine eigene Propaganda geglaubt zu haben. Er äußerte sich über Stalin und seine Regime sehr günstig, und zwar nicht nur in öffentlichen Erklärungen, sondern auch in vertraulichen Gesprächen mit Mussolini und Ciano. Er glaubte, Stalin sei zum „Nationalisten" geworden — was in einer späteren Kriegsphase auch zur illusorischen Trostquelle westlicher Staatsmänner wurde —, und die Juden würden von den hohen Posten der Sowjetregierung und Verwaltung ausgeschaltet. Aber unter dem Gewicht der zum Bruch treibenden Kräfte zerbrach Ribbentrops Traum einer dauernden Zusammenarbeit zwischen Nazismus und Kommunismus. Dazu gehörten Hitlers gefühlsmäßiger Haß gegen den Bolschewismus, die Tendenz der Sowjets zu Verschleppung und zähem Feilschen in diplomatischen Verhandlungen und der Zusammenstoß deutscher und russischer Interessen an den Dardanellen, die so oft in der Geschichte ein Brennpunkt internationaler Rivalität waren[13].

[13] Hier sind die Wiener Schiedssprüche, Molotows Besuch in Berlin im November 1940 und der deutsch-italienisch-japanische Pakt zu erwähnen. Einschlägiges Material findet sich u. a. bei G. Gafencu, Vorspiel zum Kriege im Osten; vom Moskauer Abkommen (21. VIII. 1939) bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten in Rußland (22. VI. 1941), (Zürich, Amstutz, Herdeg & Co., 1944), in Ciano's Diplomatic Papers, p. 406, in Dr. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, 1923—45, (Athenäum-Verlag, Bonn, 1949), S. 514 ff und besonders in Nazi-Soviet-Relations, pp. 257—260. W. H. Ch. — E. H.

Die wirkliche Antwort auf Molotows Forderungen — bulgarische Land- und Seestützpunkte für die Sowjetunion in der Nähe der Meerengen, Anerkennung der sowjetischen Ansprüche in den Gebieten südlich Batum und Baku und Zurücknahme der deutschen Truppen aus Finnland — erfolgte am 18. Dezember 1940, als Hitler als Geheime Kommandosache die Weisung Nr. 21 für „Fall Barbarossa" erteilte, in deren erstem Satz es hieß: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen[14]. Das letzte Ziel war die Errichtung einer Verteidigungslinie gegen das asiatische Rußland, die etwa von der Wolga nach Archangelsk verlaufen sollte. Dann sollte notfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet im Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.

Es galt als entscheidend wichtig, daß die Angriffsabsichten nicht entdeckt würden. Aber die für eine Offensive gegen Rußland notwendigen umfangreichen Vorbereitungen konnten nicht völlig verborgen bleiben. Im Januar 1941 übermittelte der amerikanische Handelsattaché in Berlin, Sam E. Woods, seiner Regierung einen vertraulichen Bericht, der den Invasionsplan skizzierte und auf Informationen beruhte, die Woods sich auf unerlaubte Weise von einem regimefeindlichen höheren deutschen Beamten verschafft hatte. Staatssekretär Welles gab auf Verlangen von Außenminister Hull diese Information an den Sowjetbotschafter Konstantin Umansky weiter[15]. Durch seinen weitgespannten Geheimdienst erhielt Stalin wahrscheinlich ähnliche Informationen auch aus anderen Quellen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen blieben äußerlich auch während der ersten Monate 1941 korrekt. Die Kommunisten in Amerika und anderen Ländern folgten der vom Stalin-Hitler-Pakt diktierten Parteilinie, bis der deutsche Angriff tatsächlich stattfand. Als Deutschland die Balkanländer überrannte, erlaubte sich die Sowjetregierung aber einige Äußerungen und Gesten der Unzufriedenheit, darunter den Abschluß des Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages mit der neuen antideutschen jugoslawischen Regierung. Dieser Pakt

[14] Auch abgedruckt in „Was wirklich geschah; die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik", herausgegeben von H. Holldack (München, Nymphenburger-Verlagsanstalt, 1949) S. 465 f. In diesem Werk sind auch die Dokumente zusammengestellt, aus denen hervorgeht, daß Hitler sich offenbar schon seit dem Ende des Westfeldzuges mit dem Gedanken an einen Krieg im Osten befaßte und daß Weisung Nr. 21 nur den Abschluß von Vorbereitungen darstellt, die bereits im November feste Formen angenommen hatten. E. H.

[15] The Memoirs of Cordell Hull (New York, Macmillan, 1948) II, p. 948.

hatte jedoch nicht den geringsten Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse; er enthüllte vielmehr in peinlicher Weise die diplomatische Schwäche der Sowjets.

Stalin erhielt jedoch von anderer Seite eine gewisse Entschädigung für den Fehlschlag beim Versuch, den deutschen Vormarsch auf dem Balkan aufzuhalten. Er veranlaßte den etwas sprunghaften japanischen Außenminister Yosuke Matsuoka, am 13. April in Moskau einen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Das war eine erstrangige Katastrophe für die Vereinigten Staaten, genau wie der Sowjet-Nazi-Pakt einen schweren Schlag für England und Frankreich bedeutet hatte. Pearl Harbor warf seine Schatten voraus, als Japan sich auf diese Weise demonstrativ gegen den sowjetischen Druck von Norden her sicherte und damit freie Hand für eine Ausdehnung nach Süden bekam.

Stalin ging es hauptsächlich darum, sich die japanische Neutralität für den Fall eines Krieges mit Deutschland zu sichern. Mit gutem Grund darf man auch annehmen, daß Stalin in seinem Glauben an den Krieg als Hebamme der Revolution mit Genugtuung die Aussicht ins Auge faßte, daß Japan seine Kräfte gegen die Vereinigten Staaten und die europäischen Mächte mit fernöstlichem Kolonialbesitz aufbrauchen würde. Der damalige rumänische Botschafter in Moskau, Gafencu, faßt die weitreichenden Folgerungen aus dem auf fünf Jahre abgeschlossenen sowjetisch-japanischen Pakt in den Worten zusammen: „Moskau nahm keinen Anstoß daran, auf diese Weise den offensiven Geist Japans und seine weitreichenden Bestrebungen im Süden zu ermutigen. Hatte nicht die Sowjetregierung stets in Tokio wissen lassen, daß die Sowjetunion nichts einzuwenden haben würde, wenn Japan seine Expansionskraft nach dem Indischen Ozean und den Meeren Australiens richtete? Eine solche Politik hatte von seiten der Sowjets nichts Erstaunliches: ein Vordringen Japans nach dem Süden würde Ostsibirien von der japanischen Drohung befreien, China, das unter der japanischen Umklammerung nur mit Mühe atmete, entlasten, und Japan in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickeln. Ein solcher Krieg mußte für Japan auf die Dauer verhängnisvoll sein, er mußte aber auch die Schwächen des Britischen Imperiums enthüllen, die breiten Massen Zentralasiens in ihrem nationalen Bewußtsein stärken und den Befreiungskampf Asiens fördern[16]."

[16] Gafencu, l. c., S. 209. Gafencu gibt übrigens (S. 53) eine sehr einleuchtende Erklärung für Stalins Absicht beim Abschluß des Paktes mit Hitler: „Stalin kämpfte nicht mehr um die Verhütung des Krieges, sondern ausschließlich dafür, ihn von den Grenzen seines Landes abzu-

Als die Stunde der Gefahr mit dem Fortschreiten der Jahreszeit näherrückte, unternahm Stalin verzweifelte Anstrengungen, Hitler zu beschwichtigen. Mit peinlicher Sorgsamkeit erfüllte er die sowjetischen Versprechungen auf Getreide- und Rohstofflieferungen, obwohl Deutschland mit seinen Lieferungen im Rückstand war. Er entzog den Vertretungen Belgiens, Norwegens und Jugoslawiens in Moskau die diplomatischen Vorrechte und anerkannte die kurzlebige prodeutsche Regierung Gailani im Irak. Als die Spannung des Schwebezustandes ihren Höhepunkt erreicht hatte, veröffentlichte die offiziöse Nachrichtenagentur Tass am 13. Juni eine sehr bezeichnende Stellungnahme zu den „von der ausländischen, vor allem von der englischen Presse" in Umlauf gesetzten „Gerüchten", Deutschland habe territoriale und wirtschaftliche Forderungen an Rußland gerichtet, diese Forderungen seien abgelehnt worden, und beide Seiten mobilisierten gegeneinander. Das Tass-Kommuniqué bezeichnete derartige Meldungen als „absurd", dementierte, daß derartige Verhandlungen stattgefunden hätten, äußerte volles Vertrauen in die friedfertigen Absichten Deutschlands und erklärte weiter: „Die kürzlich durchgeführte Bewegung der am Balkanfeldzug beteiligt gewesenen deutschen Truppen nach Ost- und Nordostdeutschland erfolgte aus anderen Gründen und berührt die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reiche nicht." Was Rußlands „Sommermanöver" angehe, so stellten sie nach Tass nichts Außergewöhnliches dar. Die Vermutung, sie seien gegen Deutschland gerichtet, sei „natürlich absurd".

Die Formulierung dieser Verlautbarung ist ein hervorragendes Beispiel der Diplomatie asiatischen Stils: verschlagen, unaufrichtig und doppelzüngig. Das Kommuniqué sollte Berlin zu verstehen geben, daß die Sowjetregierung über die großen deutschen Truppentransporte zur Sowjetgrenze unterrichtet war und ihrerseits militärische Vorkehrungen traf. Gleichzeitig kam aber die Bereitwilligkeit zum Ausdruck, alles als ein auf englische Intrigen zurückzuführendes Mißverständnis abzutun, wenn nur von deutscher Seite kein Angriff erfolgte. Es war eine klare Aufforderung an Berlin, eine beruhigende Erklärung abzugeben. Aber eine derartige Erklärung erging nicht. Statt dessen übergab Botschafter Graf Schulenburg am frühen Morgen des 22. Juni Molotow eine Dreizeilenmitteilung: „Im Hinblick auf den unerträglichen Druck, den russische Truppen entlang der Demarkationslinie, die sie von den deutschen Truppen trennt,

wenden . . . Ein Krieg im Westen, der alle Aussicht hatte, lang und für alle Völker des Westens erschöpfend zu sein, bot im übrigen für Rußland die Garantie des Friedens in der Gegenwart und des Übergewichts in der Zukunft." W. H. Ch.

ausüben, haben diese Befehl erhalten, auf sowjetisches Gebiet vorzurücken."

Der Krieg der totalitären Giganten hatte begonnen.

Der deutsche Einfall in die Sowjetunion war die letzte, aber eine der großen politischen Entwicklungen in der Frontenbildung des Zweiten Weltkrieges. Einige Monate später sollten der Angriff auf Pearl Harbor und die auch formelle Beteiligung der Vereinigten Staaten am Kriege gegen Japan, Deutschland und Italien folgen.

Man muß die Ursprünge dieses Krieges und seinen Charakter begreifen, um Amerikas Einbeziehung gerecht beurteilen zu können. Einige Punkte, die damals übersehen wurden, treten heute, da mehr Material verfügbar ist, mit wachsender Klarheit hervor:

1. Auch nach genauer Prüfung der erbeuteten deutschen Archive gibt es keinen Tatsachenbeweis, daß Hitler irgendeinen Plan für eine Offensive gegen die westliche Halbkugel vorbereitet hatte.

2. Der deutsche Drang richtete sich nach Osten, nicht nach Westen. Die in den Vereinigten Staaten von den Fürsprechern der Intervention hysterisch betonte Gefahr, daß Hitler die englische Flotte an sich bringen und zum Einsatz gegen die Vereinigten Staaten zwingen könnte, war aus der Luft gegriffen. Es liegt kein Beweis dafür vor, daß England und Frankreich überhaupt angegriffen worden wären, wenn sie nicht Polens wegen in den Krieg gezogen wären. Selbst nach dem Zusammenbruch der Westfront hätte England zu jeder Zeit einen Frieden auf der Grundlage der Erhaltung seiner Flotte und seines Empire haben können. Der Angriff auf England wurde nur zögernd und mit unzureichenden Mitteln unternommen. Er wurde schnell zugunsten des Hitler mehr entsprechenden Unternehmens kontinentaler Ausdehnung gen Osten aufgegeben.

3. Der Kampf um Osteuropa zwischen Hitler und Stalin, diesen beiden Tyrannen mit gleich blutiger und anrüchiger Vorgeschichte, hatte nichts mit Freiheit, Demokratie oder Moral zu tun. Als 1939 eine befriedigende Teilung der zu erwartenden Beute vereinbart wurde, war Stalin durchaus bereit, Hitler ewige Freundschaft zu geloben. Heute wissen wir, daß Rußland sich auch formell der Achse angeschlossen haben würde, hätten Molotows Forderungen auf einen zusätzlichen Beuteanteil nicht das von Hitler gesetzte Maß überschritten.

4. Das nach außen von den Westmächten verkündete Ziel der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens war so gut wie sicher unerreichbar. Die Westmächte konnten auf Osteuropa keinen direkten militärischen Druck ausüben. Die Sowjetunion war ebenso klar auf die Auslöschung der polnischen

Unabhängigkeit und die Verstümmelung der polnischen Grenzen festgelegt wie Deutschland. Es wird noch zu zeigen sein, wie schwächlich, halbherzig und erfolglos Amerika und Großbritannien die Sache Polens verteidigt haben.

5. Es wäre ein besonderer Scharfblick vonnöten gewesen, um zu erkennen, daß die Sowjetunion wegen ihrer früheren Angriffsakte und ihrer Bösgläubigkeit, auf Grund ihrer Weltrevolutionslehre und ihres ungeheuren Besitzstandes an Gebiet, Menschen und Rohstoffen ein sehr schwieriger und gefährlicher Verbündeter sein würde. Wenn der Krieg gegen Hitler vielleicht nicht ohne Rußland gewonnen werden konnte, so war es sicherlich zweifelhaft, ob der Friede mit Rußland gewonnen werden könnte.

Erwägungen dieser Art waren so bedeutsam, daß sie sorgfältig auf die Waagschale hätten gelegt werden sollen, bevor die Vereinigten Staaten sich zu einem zweiten Kreuzzug verpflichteten. Daß sie aber in Wirklichkeit auf das Denken der für die Gestaltung der amerikanischen Politik verantwortlichen Persönlichkeiten einen nur geringen Einfluß ausübten, wird sich aus den Dokumenten und Tatsachen ergeben, die in den nächsten drei Kapiteln vorgetragen werden.

„WIEDER UND WIEDER UND WIEDER“

Kein Volk ist jemals mit so vielen beschwichtigenden Friedensversprechungen in den Krieg geführt worden, wie die Amerikaner sie 1939 und 1940 von ihrem Präsidenten zu hören bekamen. Nach dem ersten Weltkrieg war die nationale Stimmung in tiefen Ekel und Ernüchterung umgeschlagen. Man sah immer deutlicher, daß Amerikas erster Kreuzzug die Welt nicht für Demokratie reif gemacht hatte. Im Gegenteil. Ein bis zum bitteren Ende ausgekämpfter Krieg und ein auf Rachsucht, nicht auf Versöhnung oder Kompromiß gegründeter Frieden hatten sichtbar das Wachsen und die Verbreitung des modernen Zwillingsglaubensbekenntnisses der Gewalt und Diktatur gefördert: Kommunismus und Faschismus.

In steigendem Maße breitete sich in Amerika das Gefühl aus, man sei mit falschen Vorspiegelungen in den ersten Weltkrieg hineingelockt worden oder jedenfalls für Gründe, die, nachträglich betrachtet, den Aufwand an Blut und Gut nicht zu rechtfertigen schienen. Bei einer Meinungsumfrage 1937 gaben von hundert Menschen, die sich daran beteiligten, einundsiebzig der Auffassung

Ausdruck, daß unsere Teilnahme am ersten Weltkrieg ein Fehler gewesen sei[1].

Ein bitterer Ton hatte sich in viele amerikanische Kommentare zu europäischen Vorgängen und in europäische Kommentare über amerikanische Fragen eingeschlichen. Auf der anderen Seite des Atlantik machte man den Vereinigten Staaten zum Vorwurf, daß sie dem Völkerbund nicht beigetreten waren, und daß sie das Geld wieder einzutreiben suchten, das sie während des Krieges ihren Verbündeten geliehen hatten. Nach europäischer Auffassung hätten diese Schulden als Beitrag zur gemeinsamen Sache gestrichen werden müssen.

Aber in gleichem Maße wie sich die amerikanische Begeisterung über die Kriegsergebnisse verflüchtigte, versteifte sich die Haltung in der Schuldenfrage. Was aber auch immer vom ethischen Standpunkt aus dazu gesagt werden konnte und mochte, die deutschen Reparationen und die amerikanischen Kriegsschulden waren aus rein wirtschaftlichen Gründen uneintreibbar. Da diese Gründe mit den sehr verwickelten Problemen von Währung und Transfer zusammenhängen, für die man beim amerikanischen Durchschnittsbürger kaum Verständnis erwarten konnte, neigte die amerikanische öffentliche Meinung dazu, die Nichtbezahlung der Schulden als Betrug und Prellerei auszulegen.

Enthüllungen über die Profite der Rüstungsfabrikanten, die im Volk „Todeshändler" genannt wurden, verstärkten die Abneigung gegen eine Beteiligung an überseeischen Kriegen. Der unmittelbare Anlaß der Verwicklung Amerikas in den ersten Weltkrieg war Wilsons Geltendmachung der amerikanischen Rechte auf hoher See gegen die deutsche U-Boot-Blockade gewesen. So wurde beschlossen, auf diese Rechte, die die Kosten eines Krieges nicht wert seien, im vorhinein zu verzichten. Die Neutralitätsgesetzgebung, die von beiden Häusern des Kongresses mit überwältigender Mehrheit gebilligt und schließlich in revidierter Form am 1. Mai 1937 angenommen wurde, verwarf rundweg den Standpunkt Wilsons. In seiner endgültigen Form sah das Gesetz vor, daß gewisse Maßnahmen automatisch in Kraft treten sollten, „wann immer der Präsident feststellt, daß zwischen zwei oder mehr ausländischen Staaten ein Kriegszustand besteht". Der Verkauf von Waffen, Munition und Kriegsgerät in irgendein kriegführendes Land sollte gesperrt sein. Amerikanischen Bürgern wurde es verboten, auf Schiffen einer kriegführenden Nation zu reisen und Anleihen kriegführender Mächte zu kaufen oder zu verkaufen. Nach der soge-

[1] Walter Johnson, The Battle Against Isolation (Chicago, University of Chicago Press, 1944) p. 19

nannten cash-and-carry-Bestimmung — zahle bar und hole es dir selbst — durften an kriegführende Mächte verkaufte Rohstoffe wie Baumwolle, Schrott und Öl nicht auf amerikanischen Schiffen transportiert werden.

Präsident Roosevelt hat während der ersten Jahre seiner langen Regierung nicht versucht, die vorherrschende Stimmung zugunsten einer Isolierung der Vereinigten Staaten gegenüber ausländischen Kriegen zu bekämpfen. In einer Rede vom 2. Februar 1932 in der New Yorker Staatsmeierei vor seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat verwarf er den Gedanken einer amerikanischen Mitgliedschaft im Völkerbund mit folgender Begründung: „Eine amerikanische Teilnahme an der Genfer Liga würde dem höchsten Ziel einer Kriegsverhinderung und einer Regelung internationaler Streitigkeiten in Übereinstimmung mit amerikanischen Grundidealen nicht dienlich sein. Da dies so ist, bin ich deshalb nicht für eine Mitgliedschaft[2].“ An dieser Einstellung hielt Roosevelt auch nach seiner Wahl fest. Er zeigte eine Tendenz zugunsten eines nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Isolationismus, wenn er sich in einer Botschaft an die Londoner Wirtschaftskonferenz 1933 brüsk weigerte, bei den Plänen für eine internationale Währungsstabilisierung mitzuarbeiten: „Das gesunde inländische Wirtschaftssystem eines Landes ist ein größerer Faktor seines Wohlstandes als der Preis seiner Währung in wechselnden Kursen der Währungen anderer Länder.“ Nur lauwarm unterstützte er ein so mildes Experiment auf dem Gebiete des Internationalismus, wie es die Beteiligung Amerikas am Internationalen Schiedsgerichtshof war. Neutralität und Fernbleiben von ausländischen Kriegen wurden von Roosevelt in seiner Chautauqua-Rede vom 14. August 1936 als wünschenswerte Ziele unterstrichen: „Wir meiden politische Verpflichtungen, die uns in ausländische Kriege verwickeln könnten; wir vermeiden eine Verknüpfung mit der politischen Betätigung des Völkerbundes . . . Wir sind keine Isolationisten, ausgenommen insoweit, wie wir uns vollständig vom Kriege zu isolieren trachten . . . Mit dem Nachdenken darüber und im Planen dafür, wie der Krieg von unserem Land ferngehalten werden kann, habe ich ungezählte Stunden verbracht und werde ich ungezählte Stunden verbringen.“ In dieser Rede ließ der Präsident auch eine Warnung gegenüber jenen Amerikanern anklingen, die auf der Jagd nach Profit versuchen würden, im Falle eines überseeischen Krieges „unsere Neutralität zu umgehen oder niederzureißen“.

[2] Public Papers of F. D. Roosevelt, Forty-eight Governor of the State of New York, Second Term, 1932 (Published by State of New York, 1939), pp. 551 ff.

Von seinem Eintreten für Neutralität und Fernbleiben vom Kriege — ausgenommen die Abwehr eines Angriffes auf die westliche Halbkugel — ging Roosevelt zum erstenmal spürbar in seiner „Quarantäne-Rede“ in Chikago am 5. Oktober 1937 ab. Die Rede war im State Department ausgearbeitet worden; der auffallende Absatz über eine „Quarantäne“ für Angreifer war aber von Roosevelt aus eigener Initiative eingefügt worden, wie man in den Erinnerungen von Cordell Hull nachlesen kann, und lautete: „Der Friede, die Freiheit und die Sicherheit von 90 Prozent der Welt werden durch die restlichen 10 Prozent in Gefahr gebracht, die mit dem Niederbrechen der internationalen Ordnung und Gesetze drohen. Sicherlich können und müssen die 90 Prozent, die in einem auf Gesetz gegründeten Frieden und in Übereinstimmung mit den im Verlauf der Jahrhunderte so gut wie allgemein akzeptierten moralischen Maßstäben leben wollen, einen Weg finden, ihrem Willen das Übergewicht zu verschaffen . . . Es scheint unglückseligerweise wahr zu sein, daß die Epidemie einer Weltgesetzlosigkeit sich ausbreitet. Wenn eine Seuche sich ausbreitet, so billigt die Gemeinschaft einträchtig eine Quarantäne der Erkrankten, um die Gesundheit der Gemeinschaft gegen die Ausbreitung der Seuche zu schützen.“

Die unausgesprochenen Folgerungen aus diesen Andeutungen mit der klaren Bedeutung und den Absichten des Neutralitätsgesetzes zu vereinen, wäre äußerst schwierig gewesen. Roosevelt selbst gab bei den darauf folgenden Pressekonferenzen keine Aufschlüsse über das, was er sich gedacht hatte. Die Rede ist aber als Anzeichen der Wandlung seiner Betrachtung der Weltpolitik interessant.

Die Mehrheit des amerikanischen Volkes war 1937 weit davon entfernt, eine Preisgabe der amtlich erklärten Neutralitäts- und Nichteinmischungspolitik zu billigen. Symptomatisch dafür waren das Fehlen wirklicher Kriegsforderungen, als das amerikanische Kanonenboot Panay auf dem Jangtse versenkt wurde, und die starke Unterstützung der vom Abgeordneten für Indiana, L. Ludlow, eingebrachten Entschließung. Darin stand, daß außer im Falle direkten Angriffes keine Kriegserklärung ohne ein nationales Referendum erfolgen dürfe. Die Entschließung wurde zwar vom Repräsentantenhaus abgelehnt, aber nur mit einer sehr knappen Mehrheit.

Als sich die Kriegsgefahr in Europa verdichtete, ging die Regierung immer mehr zu einer Politik über, die das Vorhaben der Achsenmächte zu durchkreuzen suchte. Da gleichzeitig nach außen das Festhalten am Neutralitätsgesetz beteuert wurde, das rechtens Gesetz des Landes war und weithin von der Bevölkerung gebilligt wurde, gab es viel Doppelzüngigkeit und Zweideutigkeiten.

Während der Münchener Krise wandte sich Roosevelt mit einem Friedensappell an alle beteiligten Regierungen, und, gesondert, an Hitler allein. Zunächst bestand in Regierungskreisen die Neigung, das Münchener Abkommen zu preisen und das Verdienst daran für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Staatssekretär Sumner Welles sprach im Rundfunk über „die vom Präsidenten unternommenen Schritte, Europa vom Kopfsprung in das Tal des Todesschattens zurückzuhalten“, wobei er die übertriebene Behauptung aufstellte, Europa sei „um ein paar Stunden dem Kriege entronnen, nachdem der Friedensappell des Präsidenten in die Waagschale gefallen war“. Schon bald danach aber wurde der Kurs geändert und man wandte sich gegen alles, was nach „appeasement“, nach Beschwichtigung aussah. Hugh Wilson, der amerikanische Botschafter in Berlin, wurde angewiesen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Herren des Auswärtigen Amtes klarzumachen, daß weitere deutsche Angriffsakte die ernstesten Rückwirkungen in den Vereinigten Staaten haben würden. Andere amerikanische Botschafter auf wichtigen Posten, wie William C. Bullitt in Paris und Joseph P. Kennedy in London, erhielten die gleichen Instruktionen, die Bullitt wahrscheinlich mit Begeisterung, Kennedy widerstrebend und unlustig ausführte[3].

Wilson wurde nach der „Reichskristallwoche“ im November 1938 abberufen, die nach der Ermordung des Legationssekretärs vom Rath in Paris durch einen jüdischen Emigranten von der NSDAP organisiert wurde. Seitdem hat es keinen amerikanischen Botschafter in Berlin mehr gegeben. Roosevelt erklärte damals: „Die in den letzten Tagen aus Deutschland eingegangenen Nachrichten haben die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten tief empört. Nachrichten dieser Art aus irgendeinem Teile der Welt würden unvermeidlich eine ähnlich tiefe Reaktion unter den Amerikanern aller Schichten hervorrufen. Ich selbst vermochte es kaum zu glauben, daß sich derartige Dinge im Zeichen der Kultur des 20. Jahrhunderts ereignen könnten[4].“

In seiner Ansprache an den Kongreß vom 3. Januar 1939 griff Roosevelt indirekt das Neutralitätsgesetz an: „Worte mögen nichtig

[3] American White Paper, by Joseph Alsop and Robert Kindtner (New York, Simon & Schuster, 1940), p. 23 f.

[4] Dieser Hinweis auf die Kultur des 20. Jahrhunderts war, historisch gesehen, nicht sehr glücklich. Das 20. Jahrhundert wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Sowjetunion zum Zeugen so massierter Grausamkeiten, wie sie im 19. Jahrhundert nicht nur nicht begangen wurden, sondern einfach unvorstellbar gewesen wären. W. H. Ch.

sein, aber der Krieg ist nicht das einzige Mittel, Achtung vor der Meinung der Menschheit zu erzwingen. Es gibt dafür viele Methoden ‚short of war', also ohne zum Krieg selbst zu greifen, die stärker und wirksamer sind als bloße Worte, um angreiferisch gesinnten Regierungen die Empfindungen unseres Volkes klarzumachen." An anderer Stelle warnte der Präsident davor, „vorsätzlich die Neutralität gesetzlich zu verankern, denn unsere Neutralitätsgesetze könnten ungleich und ungerecht wirken und in Wirklichkeit dem Aggressor helfen und dem Opfer Hilfe versagen."

Kurz nach der Münchener Konferenz fanden in der Pariser amerikanischen Botschaft einige streng geheime Zusammenkünfte statt. Eine Konferenz Botschafter Bullitts mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem französischen Luftfahrtminister Guy La Chambre erinnerte sehr stark an die Zeit, da der anglophile Botschafter Walter Hines Page den englischen Außenminister Sir Edward Grey beraten hatte, wie er am besten eine amerikanische Protestnote beantworten solle: das Hauptgesprächsthema war die Lieferung amerikanischer Flugzeuge an Frankreich. Bullitt, der häufig mit Roosevelt Überseegespräche führte, schlug einen Weg vor, auf dem im Kriegsfalle das Verbot der Waffenlieferungen an kriegführende Mächte im Neutralitätsgesetz umgangen werden könnte: man sollte in Kanada Montagewerke errichten. Offenbar nahm er an, daß Kanada formell nicht zu den kriegführenden Mächten gehören würde[5]. Botschafter Bullitt traf die notwendigen Vorkehrungen für die Amerikareise einer französischen Kommission für den Einkauf von Flugzeugen. Der Besuch wurde getarnt, und Bullitt überredete Roosevelt dazu, den Kriegsminister Harry Woodring zu übergehen und Finanzminister Henry Morgenthau jr. zum Verbindungsmann zwischen Kommission und Regierung zu machen. Die Sache kam aber doch heraus, als ein französischer Flieger an der Westküste abstürzte. Woodring beschuldigte Morgenthau, den Franzosen militärische Geheimnisse Amerikas auszuliefern, obwohl die Bomber, über die man verhandelte, bereits veraltet waren.

Roosevelt lud dann einige Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des Senats zu einer Konferenz ein, auf der er warnend

[5] Diese Mitteilung danke ich einem der Teilnehmer an diesen Konferenzen. Ein anderes interessantes Streiflicht auf die Lage im Winter 1938/39 ist, daß die Deutschen zur Lieferung von Flugzeugmotoren an Frankreich bereit waren. Das Geschäft kam aber auf Grund eines Einspruches des französischen Außenministeriums nicht zustande. Es bildet jedoch ein weiteres Indiz dafür, daß die deutschen militärischen Absichten gegen den Osten und nicht gegen den Westen gerichtet waren. W. H. Ch.

erklärte, der Krieg stehe unmittelbar bevor, und den Rhein die Grenze Amerikas nannte. Diese Rede alarmierte und beunruhigte aber die meisten Senatoren, statt sie zu gewinnen. Sie war eher ein Hindernis als eine Hilfe für die Verwirklichung des Planes Roosevelts: das Waffenembargo aus dem Neutralitätsgesetz herauszunehmen. So sehr Roosevelt und Hull sich auch dauernd dafür einsetzten, noch vor Kriegsausbruch dieses Waffenausfuhrverbot aufzuheben, weder das Repräsentantenhaus noch der Senat stimmten dem Projekt zu, dem der Außenpolitische Senatsausschuß im Juli 1939 mit einer Abstimmung 11:12 den letzten Schlag versetzte.

Wie weit Washington unmittelbar für die schicksalhafte englische Entscheidung, Hitler in der Polenfrage zu stellen, verantwortlich war, läßt sich aus dem vorhandenen Material nicht mit Sicherheit erweisen. Die Aussage Cordell Hulls über die amerikanische Vorkriegspolitik ist zweideutig, wenn nicht widerspruchsvoll: „Obwohl wir wiederholt die Demokratien Europas zu ermutigen gesucht hatten, fand uns der Kriegsbeginn ohne Abmachungen, die uns in den Krieg hätten verwickeln können[6].“ Offenbar gab es also keine formellen Verträge oder Verpflichtungen, die auch nach der amerikanischen Verfassung und beim damaligen Stand der öffentlichen Meinung unmöglich gewesen wären. Aber es wäre doch wohl sehr schwierig gewesen, die Demokratien zu „ermutigen“, ohne ihnen Hoffnungen auf amerikanische Hilfe und vielleicht einen späteren Kriegseintritt zu machen. Die leidenschaftliche Parteinahme hoher Regierungsbeamter sollte vielmehr derartige Hoffnungen wecken. Welles nannte die Besetzung Prags „den ersten klaren Fall offener Räuberei“, und Hull „fühlte sich bewogen, seine ganz außerordentliche Begabung zum drastischen Fluchen zu gebrauchen[7]“.

Wenn Oberst Charles A. Lindbergh oder einer der als Antiinterventionisten bekannten Senatoren Präsident gewesen wäre, so würde die Auffassung, man solle Hitler nach Osten vorrücken lassen, in London und Paris viel stärker zur Geltung gebracht worden sein. Ein sehr bekannter, mit dem Roosevelt-Regime nicht verbundener amerikanischer Staatsmann besuchte Neville Chamberlain im März 1938 und sprach sich ihm gegenüber dahin aus, daß es viel besser wäre, wenn Deutschland sich gen Osten statt gen Westen wendete. Es würde eine Katastrophe für die Kultur sein, meinte der Amerikaner, wenn sich die westlichen Demokratien in einem Kriege erschöpften, der mit der Rettung der blutigen russischen Despotie enden würde. Chamberlain äußerte sich zustimmend

[6] Memoirs I, p. 676.

[7] American White Paper, p. 34.

und sagte, daß diese Auffassungen auch seine Politik bestimmten. Er sei nur über das französisch-russische Bündnis besorgt, denn es könnte Hitler veranlassen, zuerst das schwächere Glied dieses Bundes zu vernichten. Hätte die Auffassung des amerikanischen Besuchers auch im Weißen Hause vorgeherrscht, so würde Chamberlain vielleicht niemals seine Politik durch die Garantie für Polen geändert haben, die sich so verhängnisvoll für Polen und für Großbritannien auswirken sollte[8].

Der Kriegsausbruch in Europa ermöglichte es der Regierung, das unerwünschte Waffenembargo abzuschütteln. Als erstes erließ der Präsident allerdings Neutralitätsproklamationen, eine auf Grund des allgemeinen Völkerrechts, die andere auf Grund des Neutralitätsgesetzes, das ein Waffenausfuhrverbot vorschrieb. Nachdem er aber seinen privaten Briefwechsel mit Winston Churchill begonnen hatte, aus dem der Öffentlichkeit noch viele Einzelheiten nicht zugänglich gemacht sind, berief er den Kongreß zu einer Sondersitzung und verlangte die Löschung des Embargos. Er begründete diese Forderung mit der Behauptung, die Aufhebung des Embargos sei ein Mittel, den Vereinigten Staaten den Frieden zu erhalten. Wörtlich sagte Roosevelt: „Keine Gruppe möge sich allein das Etikett ‚Friedensblock' beilegen. Wir alle gehören ihm an . . . Wenn ich Ihnen sage, daß die Wahrscheinlichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens für die Vereinigten Staaten bei Aufhebung des Embargos größer ist, als wenn das Gesetz in seiner heutigen Form bestehen bleibt, so spreche ich meine tiefe und unabänderliche Überzeugung aus, die sich auf jahrelange Erfahrungen auf dem Gebiete des internationalen Friedens gründet . . . Unser Handeln muß durch einen einzigen, nüchternen Gedanken geleitet werden: Amerika aus dem Kriege herauszuhalten."

Nicht alle stimmten mit Roosevelts Standpunkt überein. Senator William E. Borah, der alte Löwe der Isolationisten, zitierte einen früheren Ausspruch Außenminister Hulls, der Zweck des Neutralitätsgesetzes sei, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten, und meinte dazu: „Wenn dies damals der Zweck des Neutralitätsgesetzes war, was ist dann der Zweck seiner Aufhebung: uns in den Krieg hineinzumanövrieren?" Senator Robert La Follette jr. machte den Einwand, daß „die Aufhebung im In- und Ausland nur als ein amtlicher Schritt mit dem Ziel einer Teilbeteiligung am europäischen Kriege aufgefaßt werden kann". Nachdem die Debatte mehrere Wochen lang gedauert hatte, legte Roosevelt am 26. Oktober in

[8] Das Gespräch wurde mir von dem amerikanischen Besucher geschildert. W. H. Ch.

einer Rundfunkansprache erneut eines seiner unzähligen Bekenntnisse zum „Frieden für Amerika" ab. Aufrufe gegen die Entsendung amerikanischer Soldaten auf die Schlachtfelder Europas bezeichnete er als „schamlose und unanständige Täuschungsmanöver". Der außenpolitische Tatbestand sei, „daß die Vereinigten Staaten neutral sind und nicht die Absicht haben, sich in den Krieg verwickeln zu lassen".

Während der drôle de guerre, als an der Maginot-Linie alles ruhig war, erfolgte kein nennenswerter Wandel in der amerikanischen Politik. Als die Sowjetunion gegen Finnland vorrückte, versicherte Roosevelt die Finnen der Sympathie von 98 Prozent aller Amerikaner bei ihren Anstrengungen, die Invasion ihres Landes aufzuhalten.

Die deutschen Offensiven im Frühjahr und Sommer 1940 erfolgten so blitzartig, daß ein amerikanisches militärisches Eingreifen, selbst wenn es von der öffentlichen Meinung gutgeheißen worden wäre, gar nicht hätte zum Zuge kommen können. Als der Präsident nach dem deutschen Durchbruch in Frankreich am 16. Mai zusätzliche Bewilligungen für Verteidigungszwecke verlangte, versuchte er, der Nation einen panischen Schrecken einzujagen, indem er die Luftangriffe ausmalte, die angeblich von verschiedenen Punkten der westlichen Hemisphäre aus gegen Amerika unternommen werden könnten. Wie alle Argumente, die von der Gefahr einer wirklichen Invasion des amerikanischen Kontinents ausgingen, übersah auch dieses die damaligen Grenzen der Reichweite und der Geschwindigkeit der Flugzeuge. Das russische Industriegebiet im Ural war den vorgeschobenen deutschen Flugplätzen viel näher als Amerika dem westlichsten von Hitler 1940 besetzten Punkt, aber nicht einmal dieses Gebiet wurde ernsthaft bombardiert.

In der schon erwähnten so gefühlsbetonten Rede von Charlottesville während des Zusammenbruchs Frankreichs, klagte Roosevelt Mussolini, der am gleichen Tag in den Krieg gegen Frankreich eingetreten war, in den schärfsten Worten an, die er bisher in der Öffentlichkeit gebraucht hatte. „An diesem 10. Juni 1940 hat die Hand mit dem Dolch dem Nachbarn einen Stoß in den Rücken versetzt." Er warnte vor der Annahme, die Amerikaner könnten es ungefährdet zulassen, daß „die Vereinigten Staaten zur einsamen Insel in einer von der Lehre der Gewalt beherrschten Welt werden". Gleichzeitig taucht in dieser Rede das Pacht-Leih-Motiv auf: „Wir werden denen, die der Gewalt Widerstand leisten, die Hilfsmittel unseres Landes zukommen lassen, und gleichzeitig werden wir den Einsatz dieser Hilfsmittel vorbereiten und beschleunigen, um selbst in beiden Amerikas über Ausrüstung und Ausbildung zu ver-

fügen, wie Verteidigung und die Aufgaben jedweden Notstandes sie erheischen.“

Ins Weiße Haus zurückgekehrt, sprach Roosevelt mit dem Gehilfen des Außenministers, Adolf Berle, und seinem vertrautesten Ratgeber, Harry Hopkins. Berle bemerkte, es könnte vielleicht zu einer klaren Scheidung der Welt kommen, wobei Roosevelt der Führer der freien Menschen gegen Hitler sein werde. Der Präsident scheint diese Äußerung ernst genommen zu haben; er sagte: „Das würde eine schreckliche Verantwortung bedeuten.“ Möglicherweise wurde der Entschluß zur dritten Präsidentschaftskandidatur an jenem Abend gefaßt[9].

Die Verantwortung, vor die Roosevelt sich gestellt sah, war in der Tat fürchterlich. Der spätere Bruch zwischen Berlin und Moskau konnte damals nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden. Bei vernünftiger Einschätzung der geographischen, bevölkerungspolitischen und industriellen Faktoren war nur soviel sicher, daß England, wieviel Hilfe es auch von Amerika erhalten mochte, niemals allein die militärische Macht Deutschlands zu brechen imstande sein würde. Roosevelt hatte also zwischen einer Politik der Verteidigung der westlichen Halbkugel und einer Politik steigender Festlegung auf einen Krieg zu wählen, der voraussichtlich Millionen Amerikanern das Leben kosten würde.

Vielleicht verbarg der Präsident die Notwendigkeit und die Folgen dieser Wahl sogar vor sich selbst. Er beteuerte auch weiterhin seine Absicht, außerhalb des Konfliktes zu bleiben — laut und wortreich bis zu seiner dritten Wahl, danach in gedämpfterem Ton. Zur gleichen Zeit aber leitete er unter anderem durch bestimmte Personalveränderungen eine Politik ein, die klar andeutete, daß Amerika schließlich doch in den Krieg einbezogen werden würde. Eine der bezeichnendsten Ernennungen war die Berufung Henry L. Stimsons zum Kriegsminister. Stimson, der den gleichen Posten im Kabinett Theodor Roosevelts innegehabt und Herbert Hoovers Außenminister gewesen war, hatte sich für schärfere Maßnahmen gegen Japan und die Mandschurei eingesetzt, war aber durch Hoovers Abneigung gegen Krieg und die kriegsgegnerische Stimmung der amerikanischen öffentlichen Meinung gebremst worden. Als Privatmann hatte er sich energisch für eine interventionistische Politik Amerikas sowohl in Europa wie in Asien eingesetzt. In einer Rundfunkansprache vom 18. Juni forderte er die Aufhebung

[9] Forrest Davis and Ernest Lindley, How War Came (New York, Simon & Schuster, 1942), p. 65.

des Neutralitätsgesetzes, die Öffnung der amerikanischen Häfen für englische und französische Schiffe, beschleunigte Munitionslieferungen an England und Frankreich — „wenn nötig auch auf unseren eigenen Schiffen und unter amerikanischem Geleitschutz" — und die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung. Unmittelbar nach dieser Rede, die man, ohne ihm unrecht zu tun, als einen Aufruf zum unerklärten Krieg bezeichnen konnte, wurde er aufgefordert, das Amt des Kriegsministers zu übernehmen. In einem Telefongespräch fragte er Roosevelt, ob er auch den Text dieser Rundfunkansprache gesehen habe, und ob sie ihm nicht Verlegenheiten bereiten könnte. Der Präsident erwiderte, er habe die Rede gelesen und stimme völlig mit ihr überein[10]. Roosevelt konnte die Unaufrichtigkeit seiner späteren Friedensversicherungen während des Wahlfeldzuges nicht deutlicher selbst bescheinigen.

Zur gleichen Zeit ernannte Roosevelt einen anderen interventionistischen Republikaner, Frank Knox, zum Marineminister, der bald zum ausgesprochensten und lautesten Kriegshetzer im Kabinett wurde. Stimsons Vorgänger Woodring hatte sich für ein Freiwilligen-System als ausreichend für amerikanische Verteidigungsbedürfnisse eingesetzt, aber Roosevelt dachte nicht an bloße Verteidigung, und Woodring wurde „gefeuert".

Ende Juni ging der amerikanischen Regierung vom italienischen Botschafter in Berlin, Dino Alfieri, die Mitteilung zu, daß die Achsenmächte England annehmbare Friedensverhandlungen anbieten würden, wenn London sie anfordere. Hull ließ dieses Angebot durch Welles dem englischen Botschafter Lord Lothian übermitteln, fügte aber ausdrücklich hinzu, daß keinerlei Empfehlung damit verbunden sei. Am 5. September schlug der chilenische Staatspräsident Aguirre Cerdo Roosevelt eine Friedensinitiative aller amerikanischen Republiken vor. Die Vereinigten Staaten ließen sieben Wochen verstreichen, um dann am 26. Oktober abzulehnen[11].

Winston Churchill, der sich auf einen hundertprozentigen Sieg festgelegt hatte, den England nach menschlicher Voraussicht nicht allein erringen konnte, sparte keine Mühe, um Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Im zweiten Band seiner Erinnerungen schreibt er selbst: „Meine Beziehungen zum Präsidenten wurden nach und nach so eng, daß die wichtigsten Geschäfte zwischen

[10] On Active Service in Peace and War, by Henry L. Stimson and McGeorge Bundy (New York, Harper, 1947), p. 324.

[11] Hull, l. c. I, p. 844–45.

unseren beiden Ländern praktisch durch diesen persönlichen Austausch zwischen ihm und mir geführt wurden. Auf diese Weise gewannen wir ein vollständiges gegenseitiges Verstehen[12].“ Schon die erste Botschaft an Roosevelt, fünf Tage nach seinem Amtsantritt als Prime-Minister, enthielt ein typisches Bündel Churchill'scher Forderungen: eine Leihgabe von vierzig oder fünfzig alten amerikanischen Zerstörern, mehrere hundert modernster Flugzeuge, Flakbatterien mit Munition, Stahl und anderes Material. Das Pacht-Leih-Prinzip wird in dem Satz vorweggenommen, England werde in Dollar bezahlen, „so lange wir können; aber ich würde es begrüßen, wenn ich mich einigermaßen sicher fühlen könnte, daß Sie uns das Zeug auch dann liefern, wenn wir es nicht mehr bezahlen können[13].“ Weiter schlug Churchill vor, daß ein amerikanisches Geschwader den irischen Häfen einen längeren Besuch abstatten sollte. Zum Schluß heißt es: „Ich erwarte von Ihnen, daß Sie die Japse im Pazifik ruhig halten werden, wobei Sie Singapur ganz nach Ihren Wünschen benützen können.“ Wenn Amerika in den Krieg hineingezogen werden sollte, so bot der Pazifik, wie die späteren Ereignisse erweisen sollten, günstigere Gelegenheiten als der Atlantik. Roosevelt fühlte sich manchmal verpflichtet, Churchills Forderungen abzulehnen, oder ihre Erfüllung aufzuschieben. Gewöhnlich willfahrte er ihnen aber nach ein paar Wochen oder Monaten, wenn nicht postwendend.

Der Prime-Minister sah sich in seinen Verhandlungen mit Washington vor ein heikles psychologisches Problem gestellt. Auf der einen Seite wünschte er, die amerikanische Regierung so in Schrecken zu jagen, daß die Hilfe beschleunigt, und, wenn möglich, ein direktes Eingreifen veranlaßt würde. Auf der anderen Seite konnte aber ein allzu düsteres Bild in amerikanischen militärischen Kreisen die Furcht wecken, daß eine Unterstützung Englands aus den damals sehr knappen militärischen Materialreserven eine Vergeudung bedeute. Daraus ergaben sich dann gelegentlich Widersprüche. So deutete Churchill in einer Botschaft vom 14./15. Juni an, der Kampf könnte dahin führen, daß seine Regierung nicht mehr Herr der Lage wäre und von einer prodeutschen Regierung abgelöst werden würde. Wo würde Amerika dann bleiben, wenn die englische Flotte Hitler ausgeliefert worden sei? Als aber das Geschäft „Zerstörer gegen Stützpunkte in der Karibischen See“ vereinbart wurde, wollte Churchill den Brief von Botschafter Lothian an Hull nicht veröffentlichen lassen, der die Versicherung

[12] Their Finest Hour, p. 23.
[13] l. c., p. 24–25.

erhielt, daß die englische Flotte weder versenkt noch ausgeliefert werden würde. „Ich denke“, erklärte Churchill, „es ist sehr viel wahrscheinlicher, daß es Sache der deutschen Regierung sein wird, ihre Flotte zu versenken, oder auszuliefern, was davon übriggeblieben sein wird.“

Der Briefwechsel Lothian — Hull war ein weiterer Meilenstein am amerikanischen Wege zum Kriege. Dem Geschäft standen nämlich mehrere juristische Hindernisse im Wege. In erster Linie war es eine Verletzung der Haager Konvention von 1907, die es Neutralen untersagt, an kriegführende Mächte Kriegsschiffe zu verkaufen. Zum anderen verbot Abschnitt 23, § 18 des amerikanischen Gesetzbuches „die Ausrüstung, Bewaffnung oder Lieferung eines Fahrzeuges in der Absicht, daß es im Dienste einer fremden Macht zu Fahrten oder zur Ausführung von Feindseligkeiten gegen irgendeinen mit den Vereinigten Staaten im Friedenszustand befindlichen Staat verwandt werden soll.“ Abschnitt 3, § 5 des Spionagegesetzes von 1917 sieht vor, daß es ungesetzlich ist, in einem Kriege, in dem die Vereinigten Staaten neutral sind, irgendein Kriegsschiff aus der amerikanischen Rechtshoheit zu entlassen, wenn dies „mit der Absicht oder auf Grund eines schriftlichen oder mündlichen Abkommens geschieht, daß dieses Schiff einer kriegführenden Nation geliefert werden soll.“

Es hätte wohl auch eine moralische Verpflichtung bestanden, eine für die amerikanische Neutralität und die nationale Verteidigung so folgenschwere Entscheidung dem Urteil des Kongresses zu unterbreiten. Aber alle diese juristischen Formalitäten wurden einfach beiseitegeschoben. Generalstaatsanwalt Robert K. Jackson entfaltete schon damals die Wendigkeit, die ihm später als Generalankläger in Nürnberg so zunutze kommen sollte, und lieferte ein Gutachten, das Roosevelt vom Zwang befreite, sich an lästige Gesetze zu halten. In London und Washington war man verschiedener Meinung gewesen, wie der Austausch vor sich gehen sollte. Churchill spürte, daß hier ein wertvoller Präzedenzfall für künftige Pacht-Leih-Lieferungen geschaffen werden könne, und wünschte deshalb die Zerstörer in Form einer freien Gabe, wofür er die Stützpunkte in gleicher Weise zu überlassen bereit war. Hull dagegen war der Meinung, Roosevelt würde sich auf festerem Boden bewegen, wenn er für die Zerstörer eine greifbare Gegenleistung vorweisen könne. Der Rechtsberater des State Department, Green H. Hackworth, fand schließlich die Formel, die beide Seiten zufriedenstellte: England überließ Stützpunkte in Neufundland und auf den Bermudas als „Geschenk“, während andere im Austausch für die Zerstörer an Amerika übertragen wurden.

Churchills Forderung datierte vom Mai; sie wurde im September erfüllt. Beim Rückblick auf das Jahr 1940 konnte er anerkennend in seinen Erinnerungen schreiben: „Die große Republik jenseits des Atlantik rückte ihren Pflichten und unserer Unterstützung immer näher.“

Unterdes entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Debatte über die Frage einer Teilnahme am europäischen Kriege. Die Stimmung für eine Kriegserklärung und für die Entsendung von Truppen nach Übersee war außerordentlich schwach. Bis zum Angriff auf Pearl Harbor hätte ein derartiger Vorschlag keine Aussicht auf Billigung durch den Kongreß gehabt. Meinungsumfragen in der Zeit vom Zusammenbruch Frankreichs bis zum japanischen Angriff zeigten eine beständige Vierfünftelmehrheit der Kriegsgegner. Die Sympathie mit den Achsenmächten war freilich auch äußerst gering. Ungeduldige Fürsprecher eines unverzüglichen Kriegseintrittes versuchten, alle Gegner einer amerikanischen Intervention als „Faschisten“ zu diffamieren. Das war unfair und, wie sich zeigen läßt, auch unrichtig. Unter den einflußreichen Führern im Kampf gegen kriegerische Verwicklungen war auch nicht einer, der Hitler nachahmen oder ein faschistisches Regime in Amerika errichten wollte. An der Spitze der Bewegung stand das America First Committee: es nahm weder Nazis noch Faschisten noch Kommunisten als Mitglieder auf. Ja, die Sprecher des Komitees argumentierten gerade damit, daß der Krieg in den Vereinigten Staaten die Reglementierungen, Militarisierung und unbeschränkten Regierungsvollmachten bringen werde, die an den europäischen Diktaturen so kritisiert wurden.

„Hitlers Fünfte Kolonne“ war ein Lieblingsthema der Sensationspresse. Aus ihren Artikeln mußte man den Eindruck gewinnen, daß die Vereinigten Staaten von Achsenagenten geradezu überschwemmt seien, die vermittels Presse, Rundfunk und mit anderen Mitteln eine rührige Propaganda zur Beeinflussung der amerikanischen öffentlichen Meinung entfalteten. Bei nüchterner Prüfung verflüchtigt sich jedoch diese „Fünfte Kolonne“ zu Nebelschemen einer überhitzten Phantasie. Sicher gab es auch bei uns deutsche, japanische und italienische Agenten, aber sie fanden kein Rednerpult für Vorträge und keine angesehene Zeitschrift für Artikel. Ich habe die „Große Debatte“ sehr aufmerksam verfolgt und erinnere mich nur einer einzigen nichtamerikanischen Persönlichkeit, die sich aktiv auf seiten der Isolationisten betätigte: das war Freda Utley, eine englische, inzwischen naturalisierte Schriftstellerin. Nach ihrer Auffassung wurde England durch die Regierung Roosevelt unter Druck gesetzt, einen die englischen Kräfte übersteigenden

unnötigen Krieg zu führen, der bei längerer Dauer wahrscheinlich zum Chaos in Europa und zum Triumph des Kommunismus führen werde. Freda Utley [14], die durch die praktischen Erfahrungen mit dem Totalitarismus während eines mehrjährigen Aufenthaltes in Moskau vom Kommunismus geheilt worden war, konnte aber wirklich niemand faschistische Sympathien nachsagen. Auf der anderen Seite aber wäre es sehr leicht, die Namen von Dutzenden ausländischer Flüchtlinge zu nennen, die nun hier in Amerika eine Art interventionistischer Fremdenlegion bildeten und sich mit mehr oder weniger Takt und Feinfühligkeit bemühten, den Amerikanern die Flinte in die Hand zu drücken.

Die Frontenbildung in der Auseinandersetzung über eine Intervention vollzog sich ähnlich, aber doch nicht völlig gleich wie bei Amerikas erstem Kreuzzug. Es gab wieder die geographische Scheidung in den am stärksten militaristischen Osten und Süden, während im Mittelwesten und im Gebiet der Rocky Mountains die isolationistische Stimmung überwog. Die Senatoren, die sich am aktivsten den einzelnen Schritten der Regierung in Richtung Krieg widersetzten — Taft, Wheeler, La Follette, Clark, Nye —, kamen alle aus den Staaten zwischen den Alleghanies und den Rockies. Oberst Lindbergh war der Sohn eines Abgeordneten aus Minnesota, der schon gegen eine Teilnahme am ersten Weltkrieg gestimmt hatte. Die Mehrheit der Kongreßmitglieder aus dem Mittelwesten stimmte gegen das Pacht- und Leihgesetz, das Amerika dem Kriege um einen großen Schritt näherbrachte.

Es gab auch wieder die Scheidung nach Berufen und Gruppen, obwohl sie im Vergleich zur Lage während des ersten Weltkrieges nicht so deutlich hervortrat. Wie beim ersten taten sich auch beim zweiten Kreuzzug die Universitäts- und College-Professoren besonders im Osten sehr hervor, desgleichen die Schriftsteller und andere Intellektuelle. Der Interventionismus und was damit verbunden war, zum Beispiel die Paketaktion für England, waren beim wohlhabenden Mittelstand sehr populär. Roosevelt gewann Anhänger bei früheren Republikanern in den Oststaaten wegen seiner außenpolitischen Haltung.

Jene Amerikaner, die sich aus ethnischen oder religiösen Gründen besonders zu den Völkern und Gruppen in Europa hingezogen fühlten, die unter der Nazibedrückung zu leiden hatten, neigten häufig dem Interventionismus zu, während Gemeinden mit einem

[14] Verfasserin u. a. von The High Cost of Vengeance und The China Story, die unter dem Titel „Kostspielige Rache“ (Hamburg, Nölke-Verlag, 1950) und „Drama China“ (München, Pohl & Co., 1951) auch in deutscher Sprache erschienen sind. E. H.

starken irischen, deutschen oder italienischen Einschlag stärker isolationistisch gesinnt waren. Eine klare Scheidung nach der parteipolitischen Einstellung, der wirtschaftlichen Lage oder dem religiösen Bekenntnis gab es in dieser Frage aber nicht. Man konnte auf beiden Seiten Konservative und Radikale, Katholiken und Protestanten, Industrielle, Geschäftsleute, Arbeiter und Landwirte finden.

Es gab geistige Nachfahren jener Pastoren des ersten Weltkrieges, die mit einem Faustschlag auf die Kanzel geschrieen hatten: „Gott, verdamme den Kaiser!" Es gab nüchterne Fürsprecher eines Kriegseintrittes. Aber es gab doch auch ein genügend starkes friedfertiges und kriegsgegnerisches Empfinden in den protestantischen Kirchen, um die Bildung einer geschlossenen Kreuzzugsfront zu verhindern. Einige katholische Geistliche, wie Kardinal William O'Connel von der Erzdiözese Boston, widersetzten sich kraftvoll und offen einer Kriegsbeteiligung; andere traten für die Regierung ein oder gingen um die Frage herum. Es gab also auch hier keinen einheitlichen Standpunkt. Die Zweifel der Katholiken an der Ratsamkeit eines zweiten Kreuzzuges verstärkten sich nach Rußlands Kriegseintritt. Dr. John O'Brien von der Notre-Dame-Universität sprach für einen beträchtlichen Teil der Katholiken, als er am 24. Juni 1941 erklärte: „Das amerikanische Volk kann nicht durch Propaganda, Täuschung und Betrug dazu getrieben werden, für die Aufrechterhaltung der Tyrannei des Christushassers Stalin über 180 Millionen versklavter Menschen zu kämpfen."

Für eine Beteiligung Amerikas am ersten Weltkrieg waren vornehmlich die Wohlhabenden begeistert gewesen, während die Linke, die Sozialisten und die radikalen Elemente unter den Farmern und Landarbeitern opponierten. Diesmal gab es kein derartiges Schema. Weniger die Wirtschaftler als vielmehr die Wirtschaftsplaner der Regierung in Washington sahen in einer Kriegskonjunktur den Ausweg aus der langen Krise, die alle einander widersprechenden Heilmittel des New Deal nicht zu beheben vermocht hatten. Finanzgewaltige der Oststaaten vertraten die proenglische Haltung, die für diese Gruppe bereits im ersten Weltkrieg charakteristisch war; unter den Industriellen aber gab es, besonders im Mittelwesten, zahlreiche aktive Anhänger des America First Committees. Die gleiche Spaltung fand sich auf der Linken. Die Sozialistische Partei, die bereits durch Abwanderung von Mitgliedern zu den Kommunisten viel von ihrer Stärke verloren hatte, zerfiel über der Kriegsfrage in zwei kleine Gruppen, von denen der Sozialdemokratische Bund für, die von Norman

Thomas geleitete Gruppe mit dem alten Namen gegen eine Intervention war.

Bei den Kommunisten war natürlich eine Spaltung unmöglich. Sie benahmen sich stets wie eine disziplinierte Einheit, für die das Sowjetinteresse den Ausschlag gibt. Ihre Einstellung variierte zeitlich: solange der Hitler-Stalin-Pakt in Kraft war, verfemten sie den Gedanken an Intervention, zettelten Streiks in Rüstungsbetrieben an, setzten Antikriegsschlagworte in Umlauf und organisierten verschiedene Kampfgruppen gegen den Krieg. Am 22. Juni 1941 aber machten sie ruckartig kehrt und verfochten nun Amerikas Kriegseintritt ebenso lärmend wie sie vor Hitlers Bruch mit Stalin dagegen gewesen waren.

Die wichtigste Organisation der Interventionisten war das „Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Unterstützung der Alliierten“. Es wurde bei einem Essen in New York am 29. April 1940 mit William Allen White als Vorsitzendem gegründet. Es war die Nachfolgeorganisation einer im Herbst 1939 gebildeten Gruppe, die sich für eine Revision des Neutralitätsgesetzes durch Bewilligung von Munitionslieferungen an England und Frankreich auf der „Zahle-bar- und hol'-dir-selbst“-Grundlage einsetzte. White hatte an der Spitze dieser Gruppe gestanden und sich zunächst auch dagegen ausgesprochen, „jetzt oder jemals amerikanisches Blut für die europäischen Demokratien zu vergießen“. Ihm zu Ehren hatte F. R. Coudert ein Essen veranstaltet, bei dem Clark Eichelberger, der Leiter der Völkerbundliga, Nicholas Murray Butler, der Präsident der Columbia-Universität, Thomas Watson, von der International Business Machines Corporation, Henry Stimson, der spätere Kriegsminister, und Wendell Willkie, der spätere republikanische Präsidentschaftskandidat, zugegen waren. Willkie sagte bei dieser Gelegenheit: „Wenn Mr. White weiter nichts braucht als Geld, so wollen wir es für ihn aufbringen[15].“

White war ein bekannter, beliebter und im ganzen Lande angesehener Zeitungsherausgeber in einer Kleinstadt des Mittelwestens. Es dünkte die kriegswütigen Oststaatler wohl als besonders gute Strategie, gerade so einen Mann für die Leitung einer interventionistischen Organisation zu gewinnen. Auch White war wie die Mehrheit seiner Landsleute über die Ergebnisse des ersten amerikanischen Kreuzzuges enttäuscht gewesen, und seine Einstellung zum zweiten Weltkrieg war zwiespältig wie dies für die Stimmung vieler Amerikaner charakteristisch war: ganz aufrichtig verabscheute er den Gedanken einer amerikanischen Kriegsbeteiligung, aber zu-

[15] Walter Johnson, The Battle against Isolation, p. 51

gleich war er der Meinung, Hitler müsse besiegt werden. Aus diesem Widerspruch rettete er sich in das Wunschdenken, Amerika könne den Strom zum Kentern bringen, indem es England wirtschaftlich unterstütze. Anders als White mit seinem Konzept einer Intervention mit beschränkter Haftung setzten sich aber verschiedene Komiteemitglieder bereits im Juni 1940 für eine Kriegserklärung ein. Zwischen Regierung und Komitee bestand eine enge Verbindung: „Ich habe niemals etwas getan“, sagte White, „was der Präsident nicht verlangt hätte, und ich habe stets unser Programm mit ihm besprochen[16].“

Der Bühnenautor Robert Sherwood veröffentlichte in den Zeitungen verschiedener Städte große Anzeigen mit der Schlagzeile: „Stop Hitler Now“. Die Zeitungsverleger George und Dorothy Backer, Henry Luce von Time und Life und andere beteiligten sich mit 25 000 Dollar an den Kosten dieser Anzeigen, in deren Text es unter anderem hieß: „Werden die Nazis so rücksichtsvoll sein und warten, bis wir bereit sind, gegen sie loszuschlagen? Wer so etwas behauptet, ist entweder ein Narr oder ein Verräter.“ Roosevelt unterbrach auf einen Moment seine Versicherungen, er wolle Amerika aus dem Kriege heraushalten, um diese Anzeige „großartig“ zu nennen. Bis zum 1. Juli 1940 waren im Weißen Haus Petitionen mit rund zwei Millionen Unterschriften eingegangen, und die Kongreßmitglieder waren mit Tausenden von Telegrammen, Briefen und Postkarten überschüttet worden. Es wurden Versammlungen und Rundfunksendungen von Küste zu Küste veranstaltet. Bis zum Oktober hatte das Komitee 750 Ortsgruppen gegründet und von 10 000 Spendern Beiträge in Höhe von fast einer Viertelmillion Dollar erhalten. Die Frauenabteilung des Komitees in New York verpflichtete 500 weibliche Freiwillige als „Minute Americans“: jede erhielt eine Seite des Fernsprechteilnehmerverzeichnisses mit der Weisung, der Reihe nach anzurufen und „in einer Minute“ darzulegen, weshalb eine Unterstützung Englands für die nationale Verteidigung wichtig sei, und den Angerufenen als neuen „Minute American“ anzuwerben. In der ersten Oktoberwoche 1940 waren auf diese Weise eine halbe Million New Yorker Hausfrauen bearbeitet worden.

Gegen Ende 1940 war die allgemeine Richtung zugunsten von Kriegsmaßnahmen so stark geworden, daß White sich veranlaßt fühlte, mit einer Kaltwasserdusche einzugreifen. In den Blättern eines großen Zeitungskonzerns veröffentlichte er einen Brief, der sich gegen eine aktive Kriegsbeteiligung, gegen Aufhebung des Neutralitätsgesetzes und gegen eine Gewährung von Anleihen an

[16] Johnson, l. c., p. 91

rückständige Schuldner alter Kriegsanleihen aussprach. Die Folge war ein Proteststurm, der White zum Rücktritt zwang. Sein Nachfolger war erst Senator Ernest Gibson von Vermont und später Clark Eichelberger. Außerdem wurde ein neues Komitee „Kampf für Freiheit“ gegründet, dem Bischof Henry Hobson von der Episcopalkirche und Mrs. Calvin Coolidge angehörten. Dieses Komitee spezialisierte sich auf Plakate, die den Amerikanern das Gruseln beibringen sollten. Eines zeigte einen Nazi in Uniform, der einen Amerikaner verprügelt und schreit: „Halts Maul, Yank, lern die Nazisprache“. Ein anderes stellte Hitler dar, der zu einem Amerikaner sagt: „Wiederhole, Yank: Adolf Hitler, geheiliget sei dein Name“.

Das Komitee für die Verteidigung Amerikas holte die Konkurrenz Ende Juni 1941 wieder ein, als es sich offen für den Krieg einsetzte. Am 18. Oktober erklärte der Vorsitzende Eichelberger: „Die Vereinigten Staaten befinden sich bereits seit einiger Zeit im Kriege, aber diese Tatsache ist der Welt noch nicht klargemacht worden.“ Man war am Ende des Weges, der mit glühenden Bekenntnissen des Wunsches und der Absicht, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten, begonnen hatte.

Die größte und typischste unter den antiinterventionistischen Organisationen war das America First Committee, das der Initiative einer Gruppe von Studenten der juristischen Fakultät an der Yale-Universität sein Entstehen verdankte. Es trat im September 1940 an die Öffentlichkeit, als General Robert E. Wood, Generalquartiermeister der amerikanischen Armee im ersten Weltkrieg und später Vorstandsmitglied des großen Warenversandhauses Sears, Roebuck & Co., den Vorsitz übernahm. Seine Leitsätze, wie sie regelmäßig in der Wochenschrift America First Bulletin abgedruckt wurden, lauteten:

1. Unsere erste Pflicht ist es, Amerika aus fremden Kriegen herauszuhalten. Unser Eintritt in den Krieg würde lediglich die Demokratie zerstören, statt sie zu retten.

2. Wir müssen an unseren eigenen Küsten eine Verteidigung aufbauen, die so stark ist, daß keine ausländische Macht oder Mächtegruppe in unser Land von See her, durch die Luft oder zu Lande einfallen kann.

3. Nicht durch Kriegshandlungen, sondern durch Wahrung und Ausdehnung der Demokratie in unserem Lande können wir Demokratie und Freiheit in anderen Ländern unterstützen.

4. 1917 schickten wir unsere Schiffe in die Kriegszone, und das führte uns in den Krieg hinein. 1941 müssen wir unsere Geleitzüge und Handelsschiffe auf dieser Seite des Atlantik halten.

5. Humanitäre Hilfe ist die Pflicht eines nicht am Kriege beteiligten starken und freien Landes. Unter angemessenen Sicherungen bei der Verteilung der Lieferungen sollten wir die leidenden und bedürftigen Völker der besetzten Länder kleiden und ernähren.

6. Wir treten für ein amtliches Referendum des amerikanischen Volkes über die Frage Krieg und Frieden ein, damit der Kongreß die Meinung des Volkes in dieser ernstesten aller Fragen kennt, wenn er gemäß den Vorschriften der Verfassung darüber entscheidet.

Trotz der wachsenden Vollmachten der Regierung und des gesellschaftlichen Druckes zugunsten eines Kriegseintrittes, gewann das America First Committee die Unterstützung weiter Kreise aller Schichten. Sein Eintreten für eine ausreichende Verteidigung verschaffte ihm eine weit zahlreichere Mitgliedschaft als eine pazifistische Organisation sie zu gewinnen hätte hoffen können. Das Aufnahmeverbot für Nazis, Faschisten und Kommunisten befreite es von dem Anstrich mit unpopulären ausländischen „Weltanschauungen“. Es diente allen denen als Sammelpunkt, die eine tiefsitzende Abneigung gegen „fremde Kriege“ hatten und argwöhnten, daß ein zweiter Kreuzzug noch kostspieliger an Gut und Blut sein würde als der erste, ohne positive Ergebnisse hervorzubringen. Außerdem besaß America First in Charles Lindbergh einen mit ungewöhnlicher, magnetischer Kraft begabten Redner. Umstrahlt vom Glanz und Ruhm seines Pionier-Alleinfluges über den Atlantik, bekannt für weitere Leistungen auf den Gebieten des Flugwesens und der Wissenschaft, wurde der hochgewachsene, kraftvolle und jugendlich wirkende Mann zur überragenden Persönlichkeit der Antikriegspartei. Lindbergh hat bereits 1940 mit bemerkenswerter Vorahnung die Notwendigkeit einer Solidarität der westlichen Nationen vorausgesehen, die — vielleicht zu spät — zehn Jahre später das Ziel der amerikanischen Diplomatie geworden ist. Er schrieb im Märzheft der Zeitschrift The Atlantic: „Die Antwort besteht nicht in einem Kriege zwischen den westlichen Nationen, sondern darin, daß eine ausreichende Zahl ihrer Menschen an Einfluß und Führung beteiligt sind, um ihre Kontrolle einer überwältigenden militärischen Stärke zu gewährleisten. Dann und nur dann kann unsere Kultur in Sicherheit und Frieden fortbestehen: nur durch die Zusammenarbeit einer Gruppe von westlichen Nationen, die stark genug ist, um als eine Art Weltpolizei handeln zu können. Deutschland ist für diese Gruppe ebenso wesentlich wie England oder Frankreich, denn nur Deutschland kann entweder einen Damm gegen die asiatischen Horden bilden, oder zur Vorhut ihres Vordringens nach Europa werden . . . Jetzt schiebt Rußland

erneut Europas Grenzen langsam gen Westen, während Deutschland, Frankreich und England selbstmörderisch im Streit miteinander liegen.“

Das Weiße Haus ließ durch einen Mittelsmann bei Lindbergh anfragen, ob er den neu zu schaffenden Posten eines Luftfahrtministers annehmen und dafür seine Opposition gegen Amerikas Kriegseintritt einstellen würde. Oberst Lindbergh wies das Angebot zurück und stürzte sich statt dessen in den Kampf gegen die Kriegspolitik. In seinen Reden unterstrich er den Gedanken, daß Amerika außerhalb des europäischen Krieges stehen sollte, daß die Vereinigten Staaten zur Verteidigung der westlichen Halbkugel stark genug, aber doch nicht so stark seien, um der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen, und daß Europa durch Verlängerung des Krieges kein Dienst geleistet werde. Als Zeuge vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses setzte Lindbergh sich mit folgenden Argumenten für Neutralität und gegen das Pacht- und Leihgesetz ein: „Ich glaube, daß dies nicht unser Krieg ist. Wir hatten keine Gelegenheit, bei der Kriegserklärung mitzuwirken . . . Ich würde es für gut halten, wenn keine der beiden Seiten gewinnt und ein Friede auf dem Verhandlungswege zustandekommt. Ich glaube, daß ein vollständiger Sieg einer der beiden Seiten nur zu einer solchen Entkräftung Europas führen würde, wie wir sie noch nie erlebt haben.“

Als einer der Abgeordneten den Fliegeroberst fragte, auf welcher der beiden Seiten er denn stünde, antwortete er: „Auf keiner, sondern allein auf unserer.“

Lindbergh fand viele Kritiker, als er in Des Moines am 11. September 1941 die Kräfte analysierte, die in Amerika zum Kriege trieben: „Die drei wichtigsten sind die englische Gruppe, die jüdische Gruppe und die Roosevelt-Regierung. Dahinter stehen, wenn auch von geringerer Bedeutung, einige Kapitalisten, Englandfreunde und Intellektuelle, die glauben, daß ihre und der Welt Zukunft von der Herrschaft des britischen Empire abhängt. Nehmen Sie noch die Kommunisten hinzu, die bis vor wenigen Wochen Gegner der Intervention waren, und wir haben, glaube ich, die Hauptkriegshetzer aufgezählt . . . Wie bisher wird England auch weiterhin alle Anstrengungen machen, uns in den Krieg hineinzuziehen, und wenn wir Engländer wären, würden wir das gleiche tun. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum die Juden die Überwindung Nazideutschlands wünschen. Die Verfolgungen, die sie in Deutschland erlitten, würden auch jede andere Rasse zu erbitterten Feinden machen. Kein Mensch, der noch ein Gefühl für die Würde

der Menschheit hat, kann die Judenverfolgungen in Deutschland entschuldigen; aber es kann auch niemand, der anständig ist und sich einen freien Blick bewahrte, bei der Betrachtung ihrer Vorkriegspolitik hier und heute die damit für uns und sie selbst gegebene Gefahr übersehen . . . Ihre größte Gefahr für unser Land beruht auf ihrem Besitzanteil und Einfluß in Film, Presse, Radio und Regierung . . . Die Macht der Roosevelt-Regierung endlich hängt von der Aufrechterhaltung eines Kriegsausnahmezustandes ab, ihr Ansehen von einem Erfolg Großbritanniens, an den der Präsident seine politische Zukunft gebunden hat, und zwar in einer Zeit, da die meisten Menschen dachten, England und Frankreich würden den Krieg leicht gewinnen. Die Gefahr, die von der Regierung Roosevelt ausgeht, beruht auf dem Unterschied zwischen ihren Reden und ihrem Handeln. Während die Regierungsmitglieder uns Frieden versprechen, haben sie uns zum Kriege geführt und damit das Programm preisgegeben, auf Grund dessen sie gewählt wurden.“

Senator Robert A. Taft war ebenfalls ein energischer Widersacher der Intervention, und zwar aus konservativen Gründen. „Die Amerikaner“, so erklärte er im Juni 1941, „wollen nicht in den Krieg ziehen, um ein totalitäres System in Europa zu schlagen, wenn sie dafür am Ende hier mit Sozialismus beglückt werden sollen.“ Nach Deutschlands Angriff auf die Sowjetunion versicherte Taft in einer von vielen Sendern übernommenen Rundfunkrede, daß ein Sieg des Kommunismus in der Welt für die Vereinigten Staaten viel gefährlicher sein würde als ein Sieg des Faschismus. Ähnlich äußerte sich damals Altpräsident Herbert Hoover, der sich, obwohl ein konsequenter Gegner der Kriegsbeteiligung, weder dem America First Committee noch einer anderen Organisation anschloß: „Eine Zusammenarbeit mit Rußland wird England militärischen Gewinn bringen, aber sie verwandelt das ganze Argument, wir sollten in den Krieg eintreten, um der Menschheit die Vier Freiheiten zu bringen, in einen grausamen Scherz.“ Viele Menschen hinter dem Eisernen Vorhang werden heute diesen Satz wohl von Herzen gutheißen.

Die Stellung der beiden Seiten in der Great Debate, die durch öffentliche Versammlungen, Rundfunkreden, Presseartikel und andere Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung geführt wurde, kann kurz wie folgt beschrieben werden: Die Interventionisten sahen in einem möglichen Siege Hitlers eine ernste Bedrohung der Vereinigten Staaten, wobei die einen die militärische, andere die wirtschaftliche oder moralische Natur dieser Bedrohung unterstrichen. Sie behaupteten, es sei ein zwingendes amerikanisches Nationalinteresse, Hitler Einhalt zu gebieten. Immer mehr rückte

dabei aber die ursprünglich übliche Einschränkung, „mit allen Mitteln außer Krieg", in den Hintergrund. Die Isolationisten gingen von den enttäuschenden Nachwirkungen des ersten amerikanischen Kreuzzuges aus. Sie vertraten den Standpunkt, daß es keine ernsthafte Gefahr eines Angriffes auf Amerika gäbe, während eine amerikanische Invasion Europas mit größter Wahrscheinlichkeit ein außerordentlich kostspieliges Unternehmen sein werde. Sie sagten fragwürdige politische Ergebnisse einer amerikanischen Intervention voraus, insbesondere bei einem Krieg auf seiten Sowjetrußlands. Diese gegensätzlichen Gesichtspunkte wurden bald mit mehr, bald mit weniger Tatsachenkenntnis und Mäßigung vertreten. Ein paar engstirnige Radaubrüder mit radikalen Rassen- oder religiösen Auffassungen hängten sich an die isolationistische Sache an, trotz der Bemühungen des America First Committee, sie als unerwünschte Mitläufer abzuschütteln.

Das so bedeutsame Problem einer gewollten Beteiligung am europäischen Kriege hätte sehr wohl bei den Präsidentschaftswahlen 1940 einem Referendum des amerikanischen Volkes unterworfen werden können. Die Mehrheit der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus hat vor und nach diesen Wahlen systematisch gegen alle Maßnahmen gestimmt, die darauf abzielten, Amerika in den Krieg hineinzuführen. Hätte Roosevelt den Wählern offen das Programm dargelegt, das er dann 1941 ausführte — Pacht- und Leihgesetz, unerklärter Schießkrieg im Atlantik, Handelsblockade Japans —, und wäre Roosevelts Gegner ein aufrichtig antiinterventionistischer Republikaner gewesen, so würde sich gewiß eine sehr interessante Diskussion ergeben haben. Der Urteilsspruch des Volkes würde dann ein klares Mandat erteilt haben, sei es offen und mit aller Kraft in den Krieg hineinzugehen oder uns — abgesehen vom Falle eines direkten Angriffes — fernzuhalten. Aber keiner der führenden Kandidaten gab im Wahlkampf 1940 eine offene und ehrliche Erklärung über seinen Standpunkt zu der wichtigsten Frage ab, vor die sich das amerikanische Volk gestellt sah. Ein Vergleich zwischen Roosevelts Worten vor der Wahl und seinen Taten danach rechtfertigt voll und ganz den beißenden Kommentar von Clare Boothe Luce: „Er log das amerikanische Volk in den Krieg hinein, weil er es nicht hineinführen konnte[17]."

Durch einen unglücklichen Zufall der amerikanischen Innenpolitik wurde von den Republikanern nicht ein Mann nominiert,

[17] Im Englischen wirkt diese Formulierung noch schlagkräftiger: „He lied the American people into war because he could not lead them into it." E. H.

der den Standpunkt der Mehrheit der republikanischen Kongreßmitglieder teilte. Wendell Willkie war ein Neuling in der Politik und hatte sich — wie erwähnt — im Herbst 1939 freiwillig erboten, Geld für interventionistische Zwecke aufbringen zu helfen. Das Ergebnis war, daß der sehr großen Zahl amerikanischer Wähler, die vom Kriege fernzubleiben wünschten, praktisch eine Wahlentscheidung entzogen war. Der Wahlfeldzug war eine höchst erstaunliche Darbietung von Doppelzüngigkeit. Roosevelt und Willkie wetteiferten miteinander in klingenden Versprechungen, dem Lande den Frieden zu erhalten, und diese feierlichen Versprechungen nahmen an Häufigkeit und Tonstärke zu, je näher der Wahltag rückte. Das war ein aufschlußreicher Hinweis, zeigte er doch, wie die Mehrheit der Wähler in beiden Parteien in dieser Frage dachte. Offenkundig waren durch einen freimütigen „Ruf zu den Waffen" wenige Stimmen zu gewinnen und viele zu verlieren. Die Wahlpropaganda beider Parteien war auf Kriegsgegnerschaft festgelegt. Bei den Demokraten hieß es: „Wir werden an fremden Kriegen nicht teilnehmen und keine Truppen, Kriegsschiffe oder Luftstreitkräfte zum Kampf in fremde Länder außerhalb der beiden Amerikas entsenden, wenn wir nicht angegriffen werden." Die entsprechende Erklärung der Republikaner war noch prägnanter: „Die Republikanische Partei widersetzt sich fest einer Einbeziehung unserer Nation in den Krieg."

Willkie, der am 13. September in Chikago gesagt hatte, er werde — als Präsident — „niemals einen amerikanischen Jungen zum Kampf in einen europäischen Krieg schicken", steigerte seine Versprechungen bis zu folgender Darlegung des Unterschiedes zwischen seiner und der damaligen Außenpolitik: „Ein Unterschied ist, daß ich entschlossen bin, außerhalb des Krieges zu bleiben. Ich habe eine reale Befürchtung, daß die gegenwärtige Regierung sich auf dem Wege zum Kriege befindet. Ich aber bin dagegen, daß wir zum Kriege schreiten, und ich werde alles tun, was ich kann, um es zu vermeiden." So versuchte Willkie, dessen ganzes Verhalten nach den Wahlen die Kriegstreiberei förderte, die er vor Auszählung der Stimmen verdammte, als Vorkämpfer des Friedens und als Kriegsgegner zu siegen. Aber in derartigen Versprechungen konnte er Roosevelt nicht schlagen. Zwischen dem 28. Oktober und 3. November wiederholte dieser immer wieder seine Versicherung, daß er das Land nicht in irgendeinen fremden Krieg führen werde. Das ging soweit, daß selbst sein Bewunderer Robert Sherwood zu dem Ergebnis kommt, Roosevelts Rede in Madison Square Garden am 28. Oktober sei „lahm und zweideutig" gewesen und habe „einen

Flecken auf seinem Ruf" hinterlassen[18]. Zwei Tage später ging Roosevelt in Boston noch weiter. Die „Angst-vor-Krieg-Hysterie", wie Sherwood es nennt, schien zu wachsen. Führende Demokraten überschütteten den Präsidenten mit Telegrammen, er solle seine Antikriegszusicherungen verstärken und noch klarer formulieren, denn der Wahlausgang hänge in der Schwebe. Heinrich IV. hielt Paris einer Messe wert; Roosevelt glaubte offenkundig, daß die Macht einer dritten Amtszeit Versprechungen wert sei, die bald mißachtet werden sollten und die gebrochen werden konnten, ohne damit eine gesetzlich-verbindliche Haftbarkeit einzugehen. Auf Drängen Sherwoods beschloß er, seine Bürgschaft mit den Worten „wieder und wieder und wieder" zu bekräftigen, und so ließ er vor seiner Zuhörerschaft in Boston mit seiner vollen, wohltönenden Stimme die Versicherung erklingen: „Und da ich zu euch, Väter und Mütter, spreche, will ich euch noch eines versichern. Ich habe es schon früher gesagt, aber ich werde es wieder und wieder und wieder sagen: Eure Jungens werden nicht in auswärtige Kriege geschickt werden."

Am 2. November versprach Roosevelt: „Euer Präsident sagt: unsere Nation wird nicht zum Kriege schreiten", und am 3. November fügte er hinzu: „Das erste Ziel unserer Außenpolitik ist, unser Land aus dem Kriege herauszuhalten[19]. Kein Isolationist hätte umfassendere und kategorischere Bürgschaften übernehmen können. Auch Professor Thomas A. Bailey, der mit Roosevelts Außenpolitik übereinstimmte, gibt zu, daß die Taktik des Präsidenten „unredlich" war, aber er hat dafür eine Entschuldigung bereit: Roosevelt habe das amerikanische Volk täuschen müssen, wie ein guter Arzt manchmal einen Patienten zu dessen eigenem Wohl belügt. Da das Land bis zum Tage von Pearl Harbor selbst überwiegend antiinterventionistisch eingestellt gewesen sei, hätte Offenheit eine Wiederwahl Roosevelts 1940 verhindert. Professor Bailey geht sogar noch weiter: „Da die Massen notorisch kurzsichtig sind und im allgemeinen die Gefahr erst erkennen, wenn sie ihnen an die Gurgel greift, sind unsere Staatsmänner gezwungen, sie durch Täuschung zum Bewußtsein ihrer eigenen auf lange Sicht vorausbedachten Interessen zu bringen[20]. Machiavelli hätte an diesem

[18] Robert Sherwood, Roosevelt und Hopkins (Hamburg, W.-Krüger-Verlag, 1950), S. 150

[19] Eine vollständige Wiedergabe der Antikriegserklärungen Roosevelts und Willkies findet sich bei Charles A. Beard, American Foreign Policy, 1932–1940 (Yale University Press, 1946), S. 265–323

[20] Thomas A. Bailey, The Man in the Street (New York, Macmillan, 1948), pp. 11–13

Konzept gewiß seine Freude gehabt; aber wer hat den Stadtschreiber von Florenz je als einen Demokraten bezeichnet?

Daß Roosevelt sich gewohnheitsmäßig einer Täuschung des amerikanischen Volkes vor und nach den Wahlen von 1940 bediente, kann ernsthaft gar nicht in Frage gestellt werden. Ebenso liegt es auf der Hand, daß eine derartige Täuschung in einer Sache, die buchstäblich Leben und Tod vieler amerikanischer Bürger betraf, mehr einen Beigeschmack von persönlicher Diktatur und nicht von einer dem Volkswillen verantwortlichen Demokratie hat. Ob diese Täuschung gerechtfertigt war, ist strittig. Wer diese Frage beantworten will, muß von dem ausgehen, was Amerikas zweiter Kreuzzug gekostet hat, was damit erreicht wurde, was für eine Welt daraus hervorging und wie real oder irreal die Gefahr war, gegen die er unternommen wurde.

DER WEG ZUM KRIEG: DER ATLANTIK

Roosevelt dankte seine dritte Amtszeit nicht nur den Stimmen der Interventionisten, die seinen Worten nicht glaubten, sondern auch den Stimmen der Isolationisten, die seinen ein dutzendmal oder öfter ausdrücklich gegebenen Versprechen der Nichtbeteiligung am Kriege vertrauten. Die Interventionisten hatten viel mehr Grund zur Genugtuung. Sobald er weiterer vier Jahre im Weißen Haus sicher war, setzte Roosevelt das Staatsschiff auf einen viel militanteren Kurs. Aber die Doppelzüngigkeit, die alle logisch auf volle Kriegsführung ausgerichteten Maßnahmen mit beschwichtigenden „Kein-Krieg"-Versicherungen begleitete, dauerte fast bis zum Tage von Pearl Harbor an.

Joseph Kennedy, der Botschafter am Hofe von St. James, gehörte zu denen, die durch diese Doppelzüngigkeit nicht irregeführt wurden. Er hatte Roosevelts Kandidatur unterstützt, aber bereits am 18. November deutete er in einem Presseinterview mit zwei bezeichnenden und zutreffenden Voraussagen einen Wechsel seiner Haltung an: Roosevelts Politik, sagte er, wird Amerika in den Krieg hineinziehen, und England wird nach dem Kriege sozialistisch werden.

Unmittelbar nach der Wahl herrschte eine politische Flaute. Roosevelt begab sich am 2. Dezember mit Harry Hopkins als seinem einzigen Gast auf eine karibische Kreuzfahrt. Anscheinend suchte der Präsident nur Ruhe und Erholung. Aber während der Reise erhielt er einen sehr wichtigen Brief Churchills, der vom 8. Dezember datiert war und die letzte Anregung zur Pacht-Leih-

Idee enthielt. Churchill betonte den Ernst der U-Boot-Gefahr und die bevorstehende Erschöpfung der englischen Auslandsguthaben. Er schlug deshalb vor, Amerika sollte die Verschiffungen nach England durch seine Kriegsmarine schützen. Aber da er wohl selbst das Empfinden hatte, damit zu viel zu erwarten, machte er den Alternativvorschlag der Lieferung einer großen Zahl amerikanischer Kriegsschiffe als Geschenk oder Leihgabe. Auch sollte nach seiner Meinung die amerikanische Marine „ihre Seekontrolle auf der amerikanischen Seite des Atlantik ausdehnen." Churchill erklärte, der Zeitpunkt rücke heran, „an dem wir nicht länger in der Lage sein werden, Frachten und Lieferungen bar zu bezahlen."

Wie Hopkins berichtet, legte Roosevelt eines Abends nach Eingang dieses Briefes das ganze Pacht-Leih-Schema vor, in dessen Rahmen Munition und anderes Material ohne Berechnung an England und die übrigen gegen die Achsenmächte kriegführenden Nationen geliefert werden sollte. „Er schien keine klare Vorstellung davon zu haben, wie die Durchführung legalisiert werden könne", bemerkt Hopkins; „aber er hatte nicht den mindesten Zweifel daran, daß er schon einen Weg dafür finden werde."

Auf seiner ersten Pressekonferenz in Washington nach seiner Rückkehr skizzierte Roosevelt die Grundsätze des Pacht-Leih-Systems und bediente sich zur Erläuterung des Vergleiches mit einem Mann, der beim Brand des Nachbarhauses dem Nachbarn seinen Gartenschlauch leiht. In seiner „Plauderei am Kamin", die am 29. Dezember vom Rundfunk verbreitet wurde, malte der Präsident dem amerikanischen Volk ein düsteres Bild der Gefahr, die angeblich über der westlichen Halbkugel hing: „Seit Jamestown und Plymouth Rock[1] ist die amerikanische Zivilisation nicht in so großer Gefahr gewesen wie heute. Wenn Großbritannien untergeht, so werden die Achsenmächte die Kontinente Europa, Asien, Afrika und Australien beherrschen und sie werden in der Lage sein, ungeheure Hilfsmittel zu Lande und zur See gegen unsere Halbkugel einzusetzen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß wir alle in beiden Amerikas dann unter vorgehaltener Pistole leben würden, und diese Pistole ist mit wirtschaftlich und militärisch gefährlichem Sprengstoff geladen."

Diese melodramatische Panikmache, die 1941 „wieder und wieder und wieder" anklingen sollte, verband der Präsident mit beschwichtigenden Versicherungen, daß die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg eintreten würden, wenn sie nur alles täten, die

[1] Von der Gründung Jamestowns 1607 datiert die Geschichte der englischen Kolonien in Amerika; in Plymouth Rock landete 1620 die „Mayflower". E. H.

Nationen in ihrem Verteidigungskampf gegen die Achsenmächte zu unterstützen. Dem Kongreß unterbreitete Roosevelt den Plan der Pacht-Leih-Hilfe für die Antiachsenmächte in seinem State-of-the-Union-Rechenschaftsbericht vom 6. Januar 1941. Das war der größte unter den einzelnen Schritten auf dem Wege zum Kriege, denn nach einem längst anerkannten Grundsatz des Völkerrechtes ist es ein Kriegsakt, wenn eine neutrale Regierung — also nicht Privatfirmen oder Vermittler — einer kriegführenden Macht Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial liefert. Im Bürgerkrieg hatten die Vereinigten Staaten von England vor einem Schiedsgericht hohen Schadensersatz verlangt und auch zugesprochen bekommen, weil die englische Regierung es nicht verhinderte, daß der für die Südstaaten gebaute Kreuzer Alabama aus einem englischen Hafen entwischte und anschließend Kaperfahrten gegen Schiffe der Nordstaaten unternahm. Roosevelt aber kehrte sich nicht an völkerrechtliche Einwände; denn, so sagte er in einer Stegreiferklärung, „eine solche Hilfe ist kein Kriegsakt, auch wenn ein Diktator ihn einseitig als solchen hinstellen sollte." Der Gesetzentwurf sah enorme und nicht näher bezeichnete Ausgaben vor und übertrug dem Präsidenten weitreichende Ermessensvollmachten, für die es keine Präzedenzfälle gab. Die Bestimmungen sollten „ungeachtet der Vorkehrungen irgend eines anderen Gesetzes" wirksam werden. Aber Roosevelt versicherte ausdrücklich, daß weder das Johnson-Gesetz, das Anleihen an säumige Schuldner der Vereinigten Staaten untersagte, noch das Neutralitätsgesetz, das Anleihen an Kriegführende verbot, widerrufen werden würde.

Das war sicherlich ein schwerer Fall von Rechtsverdrehung. Es lag klar auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten mit einer Sanktionierung der Pacht-Leih-Vorlage sehr viel weiter von der Neutralität abgewichen sein würden, als Wilson es vor Amerikas formellem Kriegseintritt getan hatte. Und doch sollten die Gesetze, die auf der Grundlage der amerikanischen Erfahrungen von 1917 erlassen und bestimmt waren, das Land durch Verzicht auf die von Wilson verfochtenen Rechte eines Neutralen vom Kriege fernzuhalten, in der Gesetzessammlung stehen bleiben. Es war alles sehr verworren, und Verwirrung der öffentlichen Meinung war es auch, was Roosevelt brauchte, um Amerika schrittweise in erklärte Feindseligkeiten hineinzusteuern, während er Friedensbekenntnisse abgab.

In jener Botschaft vom 6. Januar 1941 verkündete Roosevelt auch die Vier Freiheiten, auf die künftig die Welt gegründet sein sollte: Freiheit der Rede und Äußerung, Freiheit der Religion, Freiheit von Furcht und Freiheit von Not. Sie sollten überall in der Welt gelten. Die Vier Freiheiten waren zusammen mit den sieben Punkten

der noch im gleichen Jahre verkündeten Atlantik-Charter die Kriegsziele Amerikas, die Wilsons Vierzehn Punkten entsprachen, und sie sind noch immer der Maßstab, an dem der Erfolg des zweiten Kreuzzuges gemessen werden kann.

In der oben erwähnten Kaminplauderei schlug Roosevelt die Tür für alle Vorschläge eines Kompromisses oder Verhandlungsfriedens zu, verbarrikadierte und verriegelte sie — er, der im Namen eines technisch noch immer nichtkriegführenden Landes sprach: „Wir sind darauf festgelegt, daß die Grundsätze der Moral und Erwägungen unserer eigenen Sicherheit es uns nicht gestatten, in einen Frieden einzuwilligen, der von den Angreifern diktiert und von Appeasement-Aposteln befürwortet wird."

In der Rückschau erscheint das Pacht-Leih-Gesetz als der eigentlich entscheidende unter den vielen Zügen, die Amerika in einen unerklärten Krieg im Atlantik versetzten, Monate bevor Japan den Schlag von Pearl Harbor ausführte. Danach wurde die bisherige Scheinneutralität vollends zur Farce. Das Gesetz deckte mit den amerikanischen Rohstoffen und der Industrie den auf einen bedingungslosen Sieg Englands gezogenen Wechsel. Sehr bald mußte darauf der Appell folgen, die amerikanische Marine einzusetzen, damit die Pacht-Leih-Lieferungen von Munition und anderem Kriegsmaterial England trotz der U-Boot-Blockade erreichten. Während dem Kongreß und dem amerikanischen Volk noch versichert wurde, daß Pacht- und Leihlieferungen keinen Schritt zum Kriege bedeuteten, übernahm Harry Hopkins, Roosevelts persönlicher Abgesandter, im Januar 1941 gegenüber Churchill in kategorischer Form die Bürgschaft für eine hundertprozentige amerikanische Hilfe: „Der Präsident ist entschlossen, daß wir den Krieg zusammen gewinnen sollen. Täuschen Sie sich darüber nicht[2]."

Diese schicksalsvolle Maßnahme wurde jedoch nicht offen als das vorgelegt und befürwortet, was sie war — ein Aequivalent zum Status begrenzter Kriegführung. Liest man die Sitzungsprotokolle des Repräsentantenhauses und Senats, so findet man die Vorlage als eine „Friedensmaßnahme für unser Volk" und als „sichere Methode zur Vermeidung des Krieges" gepriesen. Führende Kabinettsmitglieder und hohe Militärs, die wie üblich vor den Ausschüssen ihre Meinung über die Vorlage abgaben, ergingen sich in düsteren Prophezeiungen. Marineminister Knox sagte am 17. Januar eine Krise für die nächsten 60 Tage mit „Luftblitz" gegen England und Anwendung von Giftgas voraus. Stimson schilderte die große Gefahr einer Luftlandeinvasion und General Marshall

[2] W. Churchill, The Grand Alliance (Boston, Houghton, 1950), p. 23

prophezeite einen Angriff auf England im Frühjahr. Es ist deshalb interessant anzumerken, daß eine Autorität wie Churchill in seinen Erinnerungen die alarmierenden Argumente keineswegs bestätigt, die angeführt wurden, um die Pacht-Leih-Vorlage durchzubringen. Er charakterisiert die Lage zu Beginn des Jahres 1941 mit den Worten: „Solange wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen oder unsere Verteidigung nicht ernstlich verringern würden, bestand nach Meinung des Kriegskabinettes und des Generalstabs kein Grund zur Besorgnis[3]."

Willkie vergaß seine Antikriegsversprechungen ebenso rasch wie Roosevelt. Begeistert trat er vor den parlamentarischen Ausschüssen für die Pacht-Leih-Vorlage ein, und als man ihn an seine früheren Erklärungen erinnerte, die Roosevelt-Regierung werde Amerika im Frühjahr in den Krieg führen, schob er sie mit leichter Hand als „Wahlkampfredensarten" beiseite.

Eine machtvolle Stimme von jenseits des Atlantik schloß sich dem Chor derer an, die vom Pacht-Leih-System behaupteten, es werde Amerika vom Kriege fernhalten. Winston Churchill versicherte dem amerikanischen Volk am 9. Februar 1941 über den Rundfunk, England benötige die tapferen Armeen nicht, die in der amerikanischen Union aufgestellt würden. England brauche nur einen umfangreichen und beständigen Zustrom von Kriegsmaterial: „Gebt uns die Werkzeuge und wir werden die Sache schon schmeissen." Hinterher hat der gleiche Churchill freimütig bemerkt, diese Ansprache habe natürlich nur eine „vorläufige Erklärung" sein können. „Wir benötigten weit mehr. Aber wir haben unser Bestes getan[4]."

Bei einer nüchternen, realistischen Abwägung des Stärkeverhältnisses England — Achsenmächte zu jener Zeit hatte Churchill vor dem Mikrophon eine Zusicherung abgegeben, die nicht erfüllt werden konnte. Aber er sprach aus, was viele Amerikaner gern hören wollten. Die Pacht- und Leihvorlage wurde zum Gesetz erhoben, weil die Minderheit der hundertprozentigen Interventionisten durch eine große Zahl derjenigen verstärkt wurde, die hofften — und in dieser Hoffnung durch die Regierungssprecher in jeder Hinsicht bestärkt wurden —, daß eine unbegrenzte Hilfe mit Munition und anderem Kriegsmaterial Amerika von aktiver Kriegsteilnahme freikaufen könne.

Es gab freilich auch oppositionelle Stimmen. Senator Taft sah das Wesentliche der Vorlage darin, daß „ihre Bestimmungen prak-

[3] l. c., p. 4—5; ähnlich 238
[4] l. c., p. 128

tisch dem Präsidenten die Vollmacht geben, einen unerklärten Krieg in der ganzen Welt zu führen, in dem Amerika alles unternimmt, mit der einzigen Ausnahme, seine Soldaten in die Schützengräben der Kampflinie zu entsenden." Taft sagte, er könne nicht sehen — und die Ereignisse sollten ihm bald recht geben —, wie lange wir einen derartigen Krieg führen könnten, „ohne von den Lieferungen in die Kriegszone zu geraten." Ähnlich äußerten sich Senator C. Wayland Brooks und Oberst Lindbergh, und der alte Sozialistenführer Norman Thomas sah als Konsequenzen der Pacht-Leih-Gesetzgebung „einen totalen Krieg auf zwei Ozeanen und fünf Kontinenten" voraus, einen Krieg, der „wahrscheinlich mit einem Unentschieden, vielleicht aber auch in einer solchen Zerrüttung der westlichen Zivilisation endet, daß Stalin mit seinen ungeheuren Armeen und gehorsamen kommunistischen Anhängern der Sieger sein wird."

Am 11. März 1941 wurde die Vorlage mit 265 Stimmen gegen 165 im Repräsentantenhaus, mit 60 gegen 31 Stimmen im Senat zum Gesetz erhoben. Das waren starke, aber keine überwältigenden Mehrheiten. Wäre die Vorlage offen als das hingestellt worden, was sie in Wirklichkeit war, nämlich eine Maßnahme beschränkter Kriegführung, so würde sie mit größter Wahrscheinlichkeit nie Gesetzeskraft erlangt haben.

Während der Kongreß noch die Pacht- und Leihfrage diskutierte, fanden in Washington von Ende Januar bis Ende März wichtige amerikanisch-englische Generalstabsbesprechungen statt, die nach Kräften getarnt und geheimgehalten wurden. Das sei unbedingt notwendig, erklärten der Generalstabschef der Armee, General George C. Marshall, und der Chef der Marineoperationen, Admiral Harold R. Stark, in ihren Ansprachen auf der Eröffnungssitzung, damit den Gegnern der Pacht-Leih-Vorlage nicht Material geliefert werde. Die Mitglieder der englischen Delegation trugen Zivil und wurden als technische Berater der englischen Einkaufskommission ausgegeben. Genau zur gleichen Zeit, in der den besorgten Senatoren und Abgeordneten versichert wurde, die Pacht-Leih-Vorlage sei dazu bestimmt, den Krieg zu vermeiden, nahmen die Generäle und Admiräle einen Bericht an, der die Kriegsbeteiligung Amerikas als gesichert voraussetzte: „Die Stabskonferenz geht davon aus, daß die Vereinigten Staaten dann, wenn sie in Krieg mit Deutschland verwickelt sein werden, auch zur gleichen Zeit mit Italien Krieg führen werden. Unter diesen Umständen muß die Möglichkeit eines Kriegszustandes zwischen Japan und einer Koalition der Vereinigten Staaten, des British Commonwealth of Nations und seiner Verbündeten, darunter Niederländisch-Ostindien, in Betracht

gezogen werden. Da Deutschland das beherrschende Mitglied der Achsenmächte ist, werden der Atlantik und das europäische Gebiet als der entscheidende Kriegsschauplatz betrachtet. Die Hauptanstrengungen der Vereinigten Staaten werden hier unternommen werden, und Operationen auf anderen Kriegsschauplätzen werden in der Form geführt werden, daß sie diese Anstrengungen erleichtern[5]."

Der Bericht gebrauchte ausdrücklich und sicherlich nicht zufällig das Wort „when" = dann wenn, und nicht „if" = falls, und das ist aufschlußreich genug für die Haltung der Regierung. Wenn es noch eines Beweises dafür bedarf, daß und wie Roosevelt die Vereinigten Staaten verstohlen und hinter dem Rücken und ohne Wissen der gewählten Vertreter des amerikanischen Volkes in den Krieg hineinmanövrierte, so sei auf das Zeugnis des ihm wohlgesinnten Robert Sherwood verwiesen, der offen zugibt, daß die amerikanisch-englischen Pläne nicht wegen der Deutschen und Japaner, sondern aus innerpolitischen Gründen strikt geheimgehalten werden mußten: „Wären sie dem Kongreß und der Presse in die Hand gefallen, so hätten die amerikanischen Kriegsvorbereitungen sehr wohl Schiffbruch erleiden können." Ein Studium der Kongreßprotokolle und private Gespräche mit Kongreßmitgliedern bestätigen diese Auffassung. Selbst Senatoren und Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses wurden über Maßnahmen und Absichten des Präsidenten im Dunkeln gehalten.

Wie der römische Gott Janus hatte Roosevelt in der Vorkriegsperiode zwei Gesichter. Dem amerikanischen Volk und der öffentlichen Chronik zeigte er sich als der besorgte Vater, dessen Hauptbestreben es ist, das Land aus dem Kriege herauszuhalten. In intimerer Umgebung aber ging der oberste Vollzugsbeamte der Vereinigten Staaten häufig davon aus, daß Amerika bereits am Kriege beteiligt sei. Sehr bezeichnend dafür ist das Zeugnis des damaligen jugoslawischen Botschafters in Washington, Dr. Konstantin Fotitsch, der über seine Unterredung mit dem Präsidenten am 3. April 1941 schreibt: „Die Vereinigten Staaten waren noch neutral, aber der Präsident sprach zu mir über die Organisation des Friedens nach dem Siege, über ‚gemeinsame Ziele, gemeinsame Anstrengungen und den gemeinsamen Feind', kurz, er sprach, als ob sich die Vereinigten Staaten bereits im Kriege gegen die Achsen-

[5] Diese Dinge kamen vor dem Vereinigten-Kongreß-Untersuchungsausschuß über den Angriff auf Pearl Harbor zur Sprache; siehe den Bericht Teil 15, Abschnitte 49, 50, 51

mächte befänden[6]." Die amerikanische Regierung tat sicherlich auch alles, was in ihren Kräften stand, um Jugoslawien in den Krieg hineinzustoßen. Sumner Welles forderte Fotitsch am 24. März auf, seiner Regierung — damals war Zvetkovitsch Ministerpräsident, mit dem über den Beitritt zum Antikominternpakt verhandelt wurde — folgende Mitteilung Präsident Roosevelts zukommen zu lassen: „Falls die jugoslawische Regierung mit Deutschland ein Abkommen schließt, das den Interessen Englands und Griechenlands, die für die Freiheit aller kämpfen, abträglich ist, wird sich der Präsident genötigt sehen, die jugoslawischen Guthaben zu sperren und die amerikanische Politik gegenüber Jugoslawien völlig zu revidieren." Es besteht eine tragische Parallele zwischen der englischen Politik gegenüber Polen 1939 und dieser amerikanischen Politik, Jugoslawien in den Kampf zu treiben. In beiden Fällen wurde ein hochgemutes, aber industriell rückständiges Volk ermutigt, sich auf einen hoffnungslos ungleichen Kampf einzulassen, denn Amerika konnte Jugoslawien ebenso wenig helfen wie England Polen. Nicht ein Stück amerikanischer Pacht-Leih-Waffen traf auch nur in Jugoslawien ein, bevor das Land unter dem deutschen Blitzfeldzug im April 1941 zusammenbrach. Als dann aber endlich der Tag des Sieges heraufkam, da wurden die am stärksten westlich gesinnten Polen und Jugoslawen, die England und den Vereinigten Staaten gläubig vertraut hatten, von Churchill und Roosevelt ihrem Schicksal überlassen und den neuen kommunistischen Herren dieser unglücklichen Länder preisgegeben.

Der nächste Meilenstein am Wege zum Kriege im Atlantik war der Beschluß, amerikanische Marinestreitkräfte zur Sicherung der Transporte nach England einzusetzen. Während der Debatte über das Pacht-Leih-Gesetz war bereits viel von Geleitschutz die Rede gewesen, und Roosevelt hatte den Kritikern den Wind aus den Segeln genommen, indem er am 21. Januar erklärte, er habe nicht die Absicht, die ihm in diesem Gesetz zugebilligten Vollmachten auszunützen, um Einheiten der Kriegsmarine zum Schutze der Handelsschiffe einzusetzen. „Geleitzüge", sagte er wörtlich, „bedeuten schießen, und schießen bedeutet Krieg."

In seiner endgültigen Fassung enthielt das Pacht-Leih-Gesetz mehrere Zusätze, die eindeutig darauf abzielten, den Präsidenten zu hindern, es als Ermächtigung zu einem unerklärten Krieg auszunützen. So wurde ausdrücklich festgelegt, daß keine Bestimmung des Gesetzes den Einsatz amerikanischer Kriegsschiffe zum Geleitschutz, zu Fahrten irgendeines amerikanisches Kriegsschiffes ins

[6] The War We Lost (New York, Viking Press, 1948), p. 86

Kriegsgebiet oder zur Abänderung bestehender Gesetze in bezug auf den Gebrauch von Land- und Seestreitkräften der Vereinigten Staaten ermächtigte, „ausgenommen insoweit, als ein derartiger Gebrauch sich auf Herstellung, Beschaffung und Reparatur von Verteidigungsgegenständen, auf die Mitteilung von Informationen und andere Nichtkriegszwecke bezieht, wie sie in diesem Gesetz aufgezählt sind". Kaum trat aber das Pacht-Leih-Gesetz in Kraft, so suchte Roosevelt charakteristischerweise nach Mitteln, um unter einem unschuldigen Namen tatsächlich einen Geleitschutz einzurichten. Das Wort „Patrouille" schien den Bedürfnissen der Lage zu entsprechen.

Die kriegswütigen Wehrmachtsminister Stimson und Knox waren Ende März übereingekommen, „daß die Krise nahe bevorsteht, daß ein Geleitschutz die einzige Lösung ist und daß er praktisch sofort eingerichtet werden muß[7]." Allerdings war der Plan, den Roosevelt schließlich am 24. April billigte, weniger kühn als die offene Entsendung von Geleitzügen, obwohl er praktisch den gleichen Zweck erfüllte. Danach wurde die amerikanische Marine für einen Patrouillendienst westlich des 25. Längengrades verantwortlich gemacht. Innerhalb dieses Gebietes sollten amerikanische Kriegsschiffe und Marineflugzeuge nach deutschen Kaperschiffen und U-Booten suchen und ihre Position der englischen Marine funken. Roosevelt und Hopkins entwarfen ein Telegramm an Churchill, in dem dieser Plan skizziert und vorgeschlagen wurde, daß die Engländer ihre Geleitzüge westlich der neuen Linie bis zu den nordwestlichen Zufahrtsstrecken halten sollten.

Mit typischer Unehrlichkeit versuchte Roosevelt sogar in vertraulichen Kabinettssitzungen dies als eine Defensivmaßnahme hinzustellen, die zum Schutze der westlichen Halbkugel vor Angriffen bestimmt sei. Stimson war offenherziger und schreibt unter dem 24. April in seinem Tagebuch: „Roosevelt kam immer wieder auf die Tatsache zurück, daß die Streitkräfte im Atlantik lediglich Wachtpatrouillen seien und einen etwaigen Angriff nach Amerika melden sollten. Da warf ich lächelnden Gesichtes ein: ‚Aber Sie wollen doch gar nicht die Anwesenheit der deutschen Flotte den amerikanischen Republiken melden, sondern der englischen Flotte.' Ich wollte ihn dazu bringen, sich selbst gegenüber ehrlich zu sein. Mir erschien es als ein klarer feindseliger Akt gegen die Deutschen, und ich bin bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Er scheint zu versuchen, es hinter der Behauptung einer reinen Er-

[7] Stimson, On Activ Service, p. 367

kundungsaktion verstecken zu wollen, um die es sich aber sicherlich nicht handelt[8]."

Selbst bevor das Patrouillensystem eingeführt wurde, hatte die amerikanische Marine weit die Grenzen einer Verteidigung der westlichen Halbkugel überschritten. Die Kongreßuntersuchung über Pearl Harbor hat zwei interessante Briefe des Chefs der Marineoperationen, Admiral Harold Stark, an den Oberbefehlshaber der Pazifikflotte, Admiral Husband E. Kimmel, zutage gefördert. Im ersten, der vom 4. April 1941 datiert ist, heißt es: „Die Frage unseres Kriegseintrittes scheint eine Frage des ‚Wann' und nicht des ‚Ob' zu sein." Der zweite beschäftigt sich mehr mit den Einzelheiten unserer militärischen Vorbereitungen auf der anderen Seite des Atlantik: „In der Anlage füge ich ein Memorandum bei, das ich ursprünglich entwarf, um dem Präsidenten ein Bild des gegenwärtigen Standes unserer Vorschläge für den Fall des Einsatzes von Geleitschutz und unseren Fähigkeiten dazu zu geben ... Unsere Offiziere, die das Problem amerikanischer Stützpunkte auf den britischen Inseln untersucht haben, sind zurückgekehrt, und wir haben den sofortigen Bau eines Zerstörerhafens und eines Marineflughafens in Nordirland beschlossen. Wir studieren auch die Frage von Stützpunkten in Schottland und auf Island zur weiteren Unterstützung des Schutzes der Schiffahrt auf den nördlichen Zufahrten nach England."

Wie war dies mit den vor den Wahlen abgegebenen Versprechen Roosevelts zu vereinbaren, „unser Land befindet sich nicht auf dem Weg zum Kriege"? Aber jetzt, da keine Wahlen in Sicht waren, gab es auch keine Bremse mehr für das schrittweise Abgleiten zu offener Kriegführung. Auf einer Pressekonferenz am 16. Mai nahm Roosevelt auf etwas Bezug, was offensichtlich seinen Vorstellungen entsprach, denn er erwähnte es auch bei anderer Gelegenheit: das Recht des Präsidenten, einen unerklärten Krieg zu führen, wie es durch die Präzedenzfälle des Zusammenstoßes mit Frankreich unter der Präsidentschaft John Adams und mit den nordafrikanischen Piraten unter Jefferson illustriert wird. Die Deutschen, erklärte Roosevelt, seien wirkliche Piraten, und am gleichen Tage verkündete Knox: „Es ist unmöglich, die tödliche Gefahr unseres Landes in diesem Augenblick zu übertreiben."

Nachdem Stimson in einer Rundfunkansprache vom 6. Mai aufgerufen hatte, „notfalls für die Überzeugung zu sterben, daß die Freiheit Amerikas gerettet werden muß", hielt Roosevelt selbst am 27. Mai 1941 eine Rede, die dazu bestimmt schien, das amerika-

[8] Stimson, l. c., p. 368–69

nische Volk so in Angst zu jagen, daß es auch kriegsmäßigen Kriegsmaßnahmen zustimmen würde. „Der Krieg", sagte der Präsident, „nähert sich dem Rande der westlichen Halbkugel selbst. Er rückt der Heimat sehr nahe." Er sprach von der „Nazibibel der Welteroberung" und erklärte, die Nazis hätten den Plan, die südamerikanischen Staaten so wie die Balkanstaaten zu behandeln. Erfolge dies, so würden die Vereinigten Staaten und Kanada einem Würgegriff ausgeliefert sein. Der amerikanische Arbeiter werde mit „Sklavenarbeitern" zu konkurrieren haben, und der amerikanische Farmer werde für seine Erzeugnisse genau so viel oder wenig bekommen, wie Hitler zu geben bereit sei. Roosevelt entwarf ein sehr elastisches und expansives Konzept der Verteidigungsbedürfnisse: „Der Angriff auf die Vereinigten Staaten kann mit der Beherrschung irgendeines Stützpunktes beginnen, der unsere Sicherheit sei es im Norden, sei es im Süden bedroht." Deshalb „erheischt der gute alte, gesunde Menschenverstand eine Strategie, die einen derartigen Feind daran hindert, seinen Fuß auf einen dieser Stützpunkte zu setzen. Demgemäß haben wir unseren Patrouillendienst im Nord- und Südatlantik ausgedehnt. Wir verstärken diese Patrouillen stetig durch mehr Schiffe und mehr Flugzeuge. Es ist wohlbekannt, daß die Stärke der Atlantikflotte im vergangenen Jahr beträchtlich vergrößert worden ist und beständig weiter ausgebaut wird[9]. Auf diese Weise sind wir im voraus gewarnt. Wir werden gegenüber allen Bemühungen auf der Hut sein, Nazistützpunkte näher an unserer Halbkugel zu errichten." Die Rede steigerte sich am Schluß zu einem kriegerischen Höhepunkt: „Wir Menschen der beiden Amerikas werden selbst entscheiden, ob und wann und wo unsere amerikanischen Interessen angegriffen sind oder unsere Sicherheit bedroht ist. Wir bringen unsere Wehrmacht in eine strategische Position. Wir werden nicht zögern, unsere Wehrmacht einzusetzen, um einen Angriff zurückzuschlagen."

Die Rede enthielt auch die Erklärung eines „unbegrenzten nationalen Notstandes". Am nächsten Tage erfolgte aber ein gewisser Rückschlag, als Roosevelt auf seiner Pressekonferenz jede Absicht bestritt, einen Geleitschutz zu organisieren oder auf Widerruf des Neutralitätsgesetzes drängen zu wollen.

Fragt man mit dem Abstand einiger Jahre, wie weit das Empfinden einer „tödlichen nationalen Gefahr" begründet war, das der Präsident, die kriegslustigen Mitglieder seines Kabinettes und ein

[9] Diese Tatsache war zweifellos auch dem japanischen Geheimdienst „wohlbekannt" und war eine der Erwägungen, die den Angriff auf Pearl Harbor veranlaßte. W. H. Ch.

ganzer Schwarm von Einzelpersönlichkeiten und Organisationen dem amerikanischen Volk einzupflanzen suchten, so kann man im Lichte der heute bekannten, gesicherten Tatsachen dieses Bild nur als gröblich übertrieben ansehen. Wie war das militärische Gesamtbild im Mai 1941? Eine ernsthafte Gefahr einer Invasion Englands bestand nicht mehr, was Churchill mehrfach in *The Grand Alliance* anerkennt. Die amerikanische und die englische Flotte waren, abgesehen von den U-Booten, wesentlich stärker als die Flotten der Achsenmächte. Es war also gar nicht daran zu denken, daß deutsche Armeen den Atlantik bezwingen könnten. Damals liefen Gerüchte einer deutschen Durchdringung Französisch-Nordafrikas um, und eine der Lieblingspanikgeschichten lautete, daß Hitlers Legionen nach Dakar — das immerhin noch ein großes Stück von Nordafrika entfernt ist — ziehen und von dort über den Atlantik nach Brasilien übersetzen würden. Niemand nahm sich die Mühe, bei der Verbreitung dieser story zu erklären, wie es denn möglich sein könne, angesichts einer weit überlegenen amerikanischen und englischen Seemacht nennenswerte Truppenverbände über den Ozean zu bringen. Heute wissen wir überdies, daß diese Gerüchte niemals eine sachliche Grundlage hatten. Die Berichte der beiden Amerikaner an Ort und Stelle, Robert D. Murphys in Nordafrika und des Konsuls Thomas C. Wasson in Dakar, stimmen in diesem Punkte völlig überein. Murphy stellte lediglich die Anwesenheit von etwa 200 Deutschen in Nordafrika fest, die zum größten Teil zur Waffenstillstandskommission gehörten, und Konsul Wasson meldete dem State Department, die einzigen Deutschen in Dakar seien ein paar jüdische Emigranten. Die nach der Kapitulation Deutschlands erbeuteten deutschen Archive enthalten keine Unterlage für irgendeinen Plan der Invasion Nord- oder Südamerikas. Gewiß, man kann vernünftigerweise annehmen, daß ein siegreiches Nazideutschland ein unbequemer Nachbar geworden wäre — so wie ein siegreiches Sowjetrußland es heute ist. Aber es gibt keinen Beweis, daß Hitler sich jemals den amerikanischen Kontinent als Teil seines Reiches vorgestellt hätte[10].

[10] In der Tischrunde Hitlers machte Göring einmal die Bemerkung, eigentlich müßte man in Südamerika landen und den deutschfeindlichen südamerikanischen Staaten „die Faust unter die Nase halten". Hitler erwiderte: „Um Gottes willen nicht landen!" Er sei froh über jeden deutschen Soldaten, den er „zurücklanden" könne. — Gespräch vom 4. 7. 1942 mittags, aufgezeichnet in Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42 von Dr. Henry Picker, geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Professor Gerhard Ritter (Bonn, Athenäum-Verlag 1951), S. 175. E. H.

Ein Absinken der amerikanischen Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als Folge konkurrierender „Sklavenarbeit" oder die Verdammung des amerikanischen Farmers zu „Hitlerpreisen" konnte sich auch nur eine überhitzte Phantasie ausmalen. Wie hätten die Nazis Sklavenarbeit mehr zur Geltung bringen können als Stalin es in seinem riesigen Nachkriegsreich tut? Die Lohn- und Lebensverhältnisse der amerikanischen Arbeiter sind aber deswegen nicht zurückgegangen, und die amerikanischen Agrarpreise hängen weit mehr vom Angebot und der Bereitwilligkeit des amerikanischen Steuerzahlers ab, für Subsidien aufzukommen, als vom Charakter des politischen Regimes fremder Staaten.

Fraglos verlief der Krieg im Frühjahr 1941 nicht günstig für die Engländer. Die Deutschen hatten den Balkan überrannt und Kreta in einer Luftlandeoperation erobert. Die Wiedereroberung Europas und die Zerschmetterung des Naziregimes auf seinem eigenen Gebiet, was beides offenkundig das Kriegsziel Churchills und Roosevelts war, würde nach aller Voraussicht ein schwieriges, langwieriges und kostspieliges Unternehmen sein. Aber die Behauptung, daß die westliche Halbkugel sich in unmittelbarer Gefahr befände, kann gerechterweise als eine betrügerische Übertreibung abgetan werden. Betrug und Übertreibung treten noch klarer hervor, wenn man in Betracht zieht, daß die amerikanische und die englische Regierung über verläßliche Informationen verfügten, daß Hitler schon bald das Gros seiner Truppen nach Rußland werfen werde. Auch in Fieberträumen konnte man sich wohl kaum vorstellen, daß Hitler gleichzeitig nach Rußland einfallen und eine Offensive gegen den amerikanischen Kontinent unternehmen würde.

So waren auch nicht alle Amerikaner von den düsteren Vorahnungen in Roosevelts Rede über den „unbegrenzten nationalen Notstand" überzeugt. Senator Taft ironisierte sie in einer über ganz Amerika verbreiteten Rundfunkansprache und nannte es „einfach lächerlich", anzunehmen, daß der amerikanische Handel mit Südamerika, Asien oder selbst Europa jemals ausgeschaltet werden könnte.

Hitlers Angriff auf Rußland gab dem Krieg einen völlig neuen Charakter. Jetzt war ein gigantisches Duell zwischen zwei Diktatoren um die Herrschaft eines Kontinentes im Gange, auf dem es keine dritte starke Militärmacht mehr gab. Vom Standpunkt der Besiegung Hitlers war Rußland eine militärisch wertvolle Stütze. Aber dieser militärische Vorteil wurde durch ernste politische Risiken aufgewogen. In der politischen Geschichte der Sowjets gab es nichts, was eine Achtung der Vier Freiheiten oder der in der

Atlantikcharter formulierten Ideale wahrscheinlich machte. Im Gegenteil, es bestand alle Aussicht, daß eine siegreiche Sowjetunion ebenso rücksichtslos im Siege, ebenso ausgreifend sein würde wie ein siegreiches Deutschland. Stalin an die Stelle Hitlers zu setzen, bot weder moralisch noch politisch Vorteile.

Es ist seltsam genug, daß ausgerechnet ein außenpolitisch unerfahrener Mann die Notwendigkeit einer vorsichtigen Behandlung der Sowjetunion als Bundesgenossen am deutlichsten verspürte: der damalige Senator Harry S. Truman sagte nach dem Bericht der New York Times vom 23. Juni 1941: „Wenn wir Deutschland siegen sehen, sollten wir Rußland helfen, und wenn wir Rußland siegen sehen, sollten wir Deutschland helfen, damit sie sich soviel wie möglich gegenseitig umbringen. Ich möchte allerdings unter keinen Umständen Hitler als Sieger sehen. Aber keiner von beiden schert sich einen Pfifferling um sein gegebenes Wort."

Die Regierungen in Washington und London aber beschlossen, Stalin unbegrenzte Hilfe zu gewähren. Offensichtlich wurde nicht einmal erwogen, von Stalin als Preis für diese Unterstützung zu verlangen, daß er auf die Beute aus seinem Pakt mit Hitler verzichte und bindende Garantien gäbe, daß die Sowjetunion kein fremdes Gebiet annektieren werde. In einer Note von Sumner Welles an den Sowjetbotschafter Konstantin Umansky vom 2. August verbürgte sich der Staatssekretär zu „jeglicher wirtschaftlicher Unterstützung, die zum Zwecke der Stärkung der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen den bewaffneten Angriff praktisch durchführbar ist."

In der Zwischenzeit war Hopkins nach Moskau geeilt, um Stalin die amerikanische Hilfe aufzudrängen. Er befand sich im Juli auf einer seiner vertraulichen Missionen in England und schlug in einem Telegramm an Roosevelt vom 25. Juli eine Reise nach Moskau vor: „Wenn Stalin auf irgendeine Weise in einem kritischen Moment beeinflußt werden kann, so lohnt es sich nach meiner Meinung, wenn dies in direkter Verbindung mit Ihnen durch einen persönlichen Abgesandten geschieht. Ich glaube, es steht soviel auf dem Spiel, daß es getan werden sollte. Stalin würde dann unmißverständlich wissen, daß wir es mit langfristigen Lieferungen ernst meinen[11]." Roosevelt stimmte der Reise zu, und Hopkins flog Ende Juli mit Churchills Segen nach Moskau. Bei der Begegnung mit Stalin sagte er dem Sowjetdiktator, daß Roosevelt Hitler als den Feind der Menschheit betrachte und deshalb der Sowjetunion

[11] Roosevelt und Hopkins, S. 247 f. – Nach dem englischen Text müßte die Übersetzung lauten „durch eine direkte Mitteilung von Ihnen vermittels eines persönlichen Abgesandten". E. H.

in ihrem Kampf gegen Deutschland helfen wolle. Hopkins teilte Stalin Amerikas Entschlossenheit mit, alle nur mögliche Hilfe auf die Sowjetunion auszudehnen.

Stalin schlug in seiner Antwort einen moralisierenden Ton an. Die Deutschen, sagte er, sind ein Volk, das heute einen Vertrag unterzeichnet und morgen bricht. Die Nationen müßten aber ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen, oder es könne keine internationale Gemeinschaft geben. Das hätte ein geeigneter Moment für Hopkins sein können anzudeuten, auch die Sowjetregierung sei ähnlich wie die Naziregierung für die Nichteinhaltung von Verträgen bekannt, und daß eine feierliche öffentliche Verpflichtung zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens, Finnlands und der baltischen Staaten eine billige Gegenleistung für die amerikanische Hilfe sei. Aber weder damals noch irgendwann zeigte Hopkins die geringste Einsicht in die Möglichkeiten, für die Pacht-Leih-Hilfe eine Gegenleistung einzuhandeln. Er benahm sich, als sei er gekommen, um eine Gefälligkeit zu erbitten, nicht, um ein Entgegenkommen zu erweisen. Und das war keine sehr glückliche psychologische Methode gegenüber einem hartköpfigen Diktator. Stalin schilderte in großen Zügen seinen militärischen Bedarf und gab Hopkins einen Überblick über die sowjetischen militärischen Hilfsmittel. Er deutete an, das Richtige, um Hitlers Niederlage herbeizuführen, sei eine Ankündigung, die Vereinigten Staaten würden in den Krieg gegen Hitler eintreten. Er sagte sogar, daß er die Entsendung amerikanischer Truppen an irgendeinen Teil der russischen Front, und zwar unter ausschließlich amerikanischem Kommando begrüßen würde[12].

Das war ein Anzeichen dafür, wie ernst Stalin damals die Lage beurteilte, als seine Armeen unter dem ersten Ansturm des deutschen Angriffes zurückrollten und hunderttausende Soldaten aus Haß gegen das bolschewistische Regime überliefen. Später zeigten sich die Sowjetbehörden äußerst widerstrebend, als sie auch nur kleinen Einheiten der amerikanischen und englischen Luftwaffe Operationen vom Sowjetgebiet aus gestatten sollten, und sie ließen es nicht zu, daß alliierte Offiziere die Front inspizierten, um den Bedarf der Roten Armee festzustellen.

Von seinen Konferenzen mit Stalin flog Hopkins nach London zurück, um anschließend an der ersten Begegnung Roosevelts und

[12] Sherwood, l. c., p. 268. Wenn Stalin sich so in die Enge getrieben fühlte, daß er bereit war, ausländische Truppen unter ausländischem Kommando auf seinem Gebiet zuzulassen, dann ist es höchst unwahrscheinlich, daß er damals eine Forderung zurückgewiesen haben würde, seine Gewinne aus dem Pakt mit Hitler aufzugeben. W. H. Ch.

Churchills in Kriegszeiten teilzunehmen. Diese Zusammenkunft, die in größter Heimlichkeit vorbereitet worden war, fand an Bord von Kriegsschiffen im Hafen Argentia (Neufundland) statt, der zu den Stützpunkten gehörte, die Washington im Austausch gegen die Zerstörer bekommen hatte. Sumner Welles war Roosevelts erster politischer Berater auf dieser Konferenz, die vom 9. bis 12. August dauerte. General Marshall und Admiral Stark, die führenden Persönlichkeiten des amerikanischen Heeres und der Marine, trafen mit englischen Offizieren von entsprechendem Rang zusammen.

Das Hauptergebnis der Konferenz war die Ausarbeitung der berühmten Atlantikcharter: sie war eine gemeinsame Erklärung der Kriegsziele, obwohl der Kongreß seine Stimme nicht für eine amerikanische Kriegsbeteiligung abgegeben hatte. Welles und der englische Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, arbeiteten den Textentwurf aus; die endgültige Form wurde natürlich von Roosevelt und Churchill gebilligt: „Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Mr. Churchill als Vertreter Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich halten es, nachdem sie sich getroffen haben, für richtig, gewisse gemeinsame Grundsätze der nationalen Politik ihrer beiderseitigen Länder bekanntzugeben, auf die sie ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft der Welt gründen:

1. Ihre Länder erstreben keine Vergrößerung, weder territorialer noch anderer Art.

2. Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker in Einklang stehen.

3. Sie achten das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie wünschen, die Souveränitätsrechte und Selbstregierung der Länder wiederhergestellt zu sehen, die ihrer gewaltsam beraubt worden sind.

4. Sie werden sich unter gebührender Berücksichtigung ihrer bestehenden Verpflichtungen fördernd bemühen, daß alle Staaten, große und kleine, Sieger und Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt genießen, deren sie für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt bedürfen.

5. Sie wünschen vollste Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herbeizuführen, um für alle einen verbesserten Arbeitsstandard, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

6. Nach der endgültigen Zerstörung der Hitlertyrannei hoffen sie, einen Frieden errichtet zu sehen, der allen Nationen die Mög-

lichkeit gewährt, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Mangel leben können.

7. Ein solcher Friede sollte alle Menschen instandsetzen, die hohe See und die Ozeane ungehindert zu befahren.

8. Sie glauben, daß alle Nationen der Welt aus realistischen und geistigen Gründen dazu kommen müssen, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Da kein künftiger Friede aufrechterhalten werden kann, wenn Land-, See- und Luftrüstungen von Nationen, die mit Angriffen außerhalb ihres Gebietes drohen oder drohen können, weiter verwendet werden, glauben sie, daß bis zur Errichtung eines umfassenderen und ständigen Systems allgemeiner Sicherheit die Entwaffnung solcher Nationen wesentlich ist. Sie wollen ebenso alle anderen durchführbaren Maßnahmen unterstützen und fördern, die den friedliebenden Völkern die erdrückende Last der Rüstung erleichtern[13]."

Da die Grundsätze der Atlantikcharter wiederholt nicht nur durch Amerika und Großbritannien, sondern auch von der Sowjetunion und anderen Mitgliedern der Koalition der Vereinten Nationen bekräftigt wurden, dürfen sie als eine moralisch bindende Erklärung der Ideale betrachtet werden, die den Frieden hätten bestimmen sollen. Die ersten drei Punkte wiederholen eine bekannte Idee Wilsons: das Recht aller Völker, selbst zu wählen, wie sie regiert werden wollen und wem sie ihre nationale Treuepflicht schulden. Punkt vier ist ein Versprechen, daß alle Nationen handelspolitisch gleichberechtigt sein sollen. Weitere Ziele der Charter sind die Forderung verbesserter sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse, die Sicherung eines stabilen Friedens und die Entwaffnung der „Angreifer"-Nationen.

Churchill hat später behauptet, daß die Bestimmungen der Charter sich nicht auf Deutschland bezögen. Aber das widerspricht dem klaren Wortlaut des Dokumentes: Punkt vier spricht ausdrücklich von „allen Staaten, großen und kleinen, Siegern und Besiegten", und Punkt sechs erwähnt „alle Menschen in allen Ländern".

Es gab zwei Meinungsverschiedenheiten bei der Formulierung der Charter. Der einschränkende Satz: „mit gehörigem Respekt gegenüber ihren bestehenden Verpflichtungen" wurde von Churchill auf Drängen Lord Beaverbrooks eingesetzt, der ein hartnäckiger Vorkämpfer der Empire-Vorzugszölle war. Punkt sechs enthielt ursprünglich die Worte: „durch wirksame internationale

[13] Deutscher Text zitiert nach Satzung der Vereinigten Nationen. Herausgegeben von Erich Kaufmann und Erich Kordt (Universitäts-Verlag, Bonn 1948), S. 134 ff. E. H.

Organisation", die aber von Roosevelt gestrichen wurden, der die Opposition fürchtete, die dadurch in den Vereinigten Staaten hervorgerufen werden mochte.

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der Konferenz war die Frage des amerikanischen und englischen diplomatischen Vorgehens gegenüber Japan. Churchill drängte auf eine gemeinsame Kriegsandrohung. Von seinem Standpunkt aus war es ebenso gut, wenn Amerika im Pazifik, als wenn es im Atlantik in den Krieg käme. Cadogan arbeitete den Entwurf einer Erklärung aus, die Roosevelt an die japanische Regierung richten sollte, die auch eine klare ultimative Drohung enthielt:

„1. Jedes weitere Vordringen Japans im südwestlichen Pazifik würde eine Lage schaffen, in der die Regierung der Vereinigten Staaten sich gezwungen sehen würde, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, auch wenn diese zum Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Japan führen könnten.

2. Falls irgendeine dritte Macht als Folge dieser Gegenmaßnahmen, oder weil sie diese unterstützt, von Japan angegriffen wird, so wird der Präsident beim Kongreß um die Ermächtigung ansuchen, dieser Macht Hilfe zu gewähren."

Nach einigem Nachdenken schwächte Roosevelt allerdings diese Erklärung beträchtlich ab. Als er am 17. August den japanischen Botschafter Nomura empfing, war die Warnung wesentlich unbestimmter und in indirekter Form gehalten: „Die Regierung der Vereinigten Staaten hält es jetzt für notwendig, der japanischen Regierung zu sagen, daß die Vereinigten Staaten — falls die japanische Regierung weitere Schritte in Verfolg einer Politik oder eines Programms militärischer Beherrschung durch Gewalt oder Androhung von Gewalt gegenüber Nachbarländern ergreift — gezwungen sein werden, unverzüglich jedweden Schritt zu unternehmen, den sie zur Sicherstellung der gerechtfertigten Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten und amerikanischer Staatsbürger und zur Sicherung der Unverletzlichkeit und Sicherheit der Vereinigten Staaten für notwendig erachten."

Roosevelt und Churchill verständigten sich während ihrer Zusammenkunft auch darüber, daß die Vereinigten Staaten die — portugiesischen — Azoreninseln besetzen sollten, während England sich vornahm, die — spanischen — Kanarischen und die — portugiesischen — Kapverdischen Inseln zu übernehmen. Letztere sollten später amerikanischer Besetzung übertragen werden. Dieser Plan wurde aber niemals verwirklicht, weil Deutschlands Absicht, nach der iberischen Halbinsel vorzurücken, die eine Besetzung der ostatlantischen Inseln inspiriert hatte, nicht ausgeführt wurde.

Im Hinblick auf das Übereinkommen hinsichtlich einer gemeinsamen Warnung Japans und militärischer Aktionen auf fremdem Gebiet, nämlich den atlantischen Inseln, kann Roosevelts Erklärung nach der Konferenz nicht als ehrlich gelten, daß er keine neuen Verpflichtungen eingegangen sei und daß die Vereinigten Staaten dem Kriege nicht nähergerückt seien. Man muß dazu freilich wissen, daß sich am letzten Tage der Konferenz etwas ereignet hatte, was einen zu stürmischen interventionistischen Kurs bremste: die Erneuerung des Selective Service Act, der 1940 auf ein Jahr erlassen worden war, konnte im Repräsentantenhaus gerade eben mit einer Stimme Mehrheit durchgebracht werden.

Churchill hatte die Genugtuung, bis Island durch amerikanische Zerstörer geleitet zu werden, und er verstand es, daraus in einer Rundfunkansprache Propagandagewinn zu ziehen; denn jedermann verstand, was er mit den Worten meinte, diese „Postschiffe" für die amerikanische Marine auf Island hätten „zufällig" den gleichen Weg gehabt wie er.

Roosevelts nächster Schritt zum Kriege im Atlantik war die Ankündigung, daß auf Achsen-U-Boote „auf Sicht geschossen" werden würde, worüber der Kongreß nicht befragt und wozu er seine Billigung nicht erteilt hatte. Den Vorwand mußte ein Schußwechsel zwischen dem nach Island bestimmten amerikanischen Zerstörer Greer und einem deutschen U-Boot am 5. September liefern. Roosevelt stellte diesen Zwischenfall fälschlich als einen mutwilligen, unprovozierten Angriff auf ein amerikanisches Schiff hin: „Der Angriff auf die Greer", erklärte er, „war keine lokalisierte militärische Operation im Nordatlantik ... Es war ein entschlossener Schritt zur Schaffung eines auf Gewalt, Terror und Mord basierenden dauernden Weltsystems. Wenn man eine Klapperschlange mit zum Biß erhobenem Kopf sieht, so wartet man auch nicht mit dem zerschmetternden Schlag, bis sie zugebissen hat."

Die Greer, erklärte Roosevelt weiter, brachte Post nach Island und führte die amerikanische Flagge. Ihre Identität als amerikanisches Schiff sei nicht zu verkennen gewesen. „Ich erzähle Ihnen die einfache Tatsache, daß das deutsche U-Boot den ersten Schuß auf diesen amerikanischen Zerstörer abgab, ohne Warnung und mit der überlegten Absicht, ihn zu versenken." Die Warnung, daß nun „auf Sicht geschossen" werden würde, wurde in folgende Worte gekleidet: „In den Gewässern, die wir für unsere Verteidigung als notwendig erachten, werden amerikanische Marinefahrzeuge und amerikanische Flugzeuge nicht länger warten, bis Achsen-U-Boote, die unter Wasser im Hinterhalt liegen, oder Achsen-Kaperschiffe ihren ersten tödlichen Streich führen. Der Angriff geht nicht von

uns aus. Wir sind lediglich in der Verteidigung. Aber diese Warnung soll ganz klar sein: wenn deutsche oder italienische Kriegsfahrzeuge von jetzt an in die Gewässer eindringen, deren Schutz für die amerikanischen Interessen notwendig ist, so tun sie es auf ihre eigene Gefahr.“

Wie Bismarck die Emser Depesche redigierte, war ein Meisterwerk der Ehrlichkeit, verglichen mit Roosevelts Darstellung der Greer als eines friedlichen Postschiffes, das mutwillig von einem feindlichen U-Boot angegriffen wird. Der Marineausschuß des Senats hat den Fall untersucht und bekam von Admiral Stark darüber folgenden Bericht: „Um 8.45 Uhr teilte ein englisches Flugzeug der Greer mit, daß ein U-Boot 10 Meilen weiter westlich auf dem Kurs des Zerstörers unter Wasser geortet sei. Die Greer beschleunigte ihre Fahrt und steuerte im Zickzackkurs den angegebenen Punkt an. Sobald das Horchgerät das Schraubengeräusch des U-Bootes aufgefangen hatte, verfolgte der Zerstörer das U-Boot und funkte die Ortung zum Nutzen jedes britischen Flugzeuges oder Zerstörers, die in der Nähe sein mochten.“ „Das“, sagte Admiral Stark, „geschah in Übereinstimmung mit den erteilten Befehlen, Informationen weiterzugeben, aber nicht anzugreifen.“ Um 10.32 Uhr warf ein englisches Flugzeug vier Tiefenbomben, die aber ihr Ziel verfehlten; 20 Minuten später gab es die Jagd auf. Die Greer blieb aber dem U-Boot auf der Spur. Um 12.40 Uhr änderte das deutsche U-Boot seinen Kurs, näherte sich der Greer und feuerte einen Torpedo ab, der vorbeiging. Die Greer führte einen Gegenangriff aus, anscheinend ohne Erfolg.

Der Ankündigung des Schießkrieges im Atlantik folgten ernstere Zusammenstöße. Der Zerstörer Kearny wurde am 17. Oktober durch einen Torpedo getroffen und verlor dabei elf Besatzungsangehörige. Am 30. Oktober wurde die Reuben James, ein anderer Zerstörer, mit einem Verlust von 115 Mann versenkt.

Roosevelt schlug erneut eine höchst kriegerische Note in seiner Rede zum Marinetag am 27. Oktober an: „Das Schießen hat begonnen, und die Geschichte hat verzeichnet, wer den ersten Schuß abgegeben hat. Auf lange Sicht freilich wird Bedeutung haben, wer den letzten Schuß abgibt... Ich sage, daß wir nicht vorhaben, dies hinzunehmen und stillzuhalten. Heute haben wir Amerikaner angesichts dieser neuesten und größten unter allen Herausforderungen unsere Decks klargemacht zum Gefecht und unsere Kampfstationen bezogen. Wir stehen bereit zur Verteidigung unserer Nation und des Glaubens unserer Väter, zu tun, was Gott uns als unsere volle Pflicht zu erkennen die Kraft gegeben hat.“

Aber die Mehrheit des amerikanischen Volkes blieb diesen kriegerischen Appellen gegenüber betont gleichgültig. Der Gegensatz zwischen den kategorischen Verpflichtungen des Präsidenten, 1940 nicht zum Kriege zu schreiten (als die Gefahr für England zweifellos weit größer war als nach Hitlers Angriff auf Rußland), und seinen gegenwärtigen Anstrengungen, um jeden Preis die Feindseligkeiten aufzunehmen, war zu groß.

Einige Meinungsumfragen, die während dieser Periode vorgenommen wurden, waren nicht sehr aufschlußreich; viel hing davon ab, wer sie durchführte, wie die Fragen formuliert waren und welche soziale Gruppen angesprochen wurden. Aber der Kongreß war ein sehr verläßliches Barometer der nationalen Stimmung. Die Einstimmenmehrheit, mit der das Auswahldienstgesetz erneuert wurde, war ein Signal der Abneigung gegen einen zweiten Kreuzzug. Ein zweites unmißverständliches Signal wurde nur drei Wochen vor Pearl Harbor gegeben. Der Präsident hatte um die Ermächtigung ersucht, amerikanische Handelsschiffe zu bewaffnen und diese Schiffe in Kriegszonen zu entsenden. Das war gleichbedeutend mit einem Widerruf des Neutralitätsgesetzes. Sein Vorschlag war immer noch weit von einer Kriegserklärung entfernt, aber es erwies sich als außerordentlich schwierig, ein entsprechendes Gesetz im Kongreß durchzubringen. Die Vorlage wurde vom Senat am 7. November mit 50:37 angenommen und entging im Repräsentantenhaus nur knapp der Ablehnung, wo sie eine Woche später mit 212:194 gutgeheißen wurde. Wenn nur zehn Abgeordnete anders gestimmt hätten, so hätte die Regierung einen ernsten Rückschlag erlitten. Das Weiße Haus übte einen sehr starken Druck auf die Abgeordneten aus, indem Richterämter und andere Posten im Bundesdienst denen versprochen wurden, bei denen es sich am meisten lohnte.

Die Interventionisten gaben zu jener Zeit freimütig zu, daß die Amerikaner keine Lust hatten, sich in das Gemetzel zu stürzen, und sie bedauerten es. Das Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Unterstützung der Alliierten veröffentlichte ganzseitige Anzeigen, um die „erschreckend kleine Mehrheit" zu beklagen, mit der das Gesetz über die Bewaffnung von Handelsschiffen angenommen worden war. Walter Lippmann schrieb im September 1941 über den „Tiefstand unserer Kriegsmoral". Im gleichen Moment leitete der Senat eine Untersuchung der Filmindustrie ein, der Förderung der Kriegspsychose vorgeworfen wurde. John T. Flynn, einer der führenden Persönlichkeiten des America First Committee, beschuldigte die Filmproduzenten, „mit Hilfe von Propaganda Kriegshysterie zu wecken und die Bevölkerung der Vereinigten

Staaten in einen Geisteszustand hineinzuhetzen, der sie zum Krieg gegen Deutschland willig macht". Er nannte „Untergrund" als einen der rund fünfzig Filme, die Haß- und Rachegefühle erzeugen sollten, und stellte fest, daß er in drei Tagen 127 interventionistische Rundfunksendungen gegenüber nur 6 antiinterventionistischen gezählt hatte. Auch die Presse war wie Rundfunk und Film im Herbst 1941 ganz überwiegend auf seiten der Interventionisten.

Und doch wollte das Volk trotz aller künstlichen Funken nicht Feuer fangen. Hunderte von America First-Gruppen verpflichteten sich, alles zu tun, damit die Abgeordneten nicht wiedergewählt würden, die für die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes gestimmt hatten. Francis P. Miller, ein radikaler Interventionist, wurde in einer außerturnusmäßigen Wahl im November 1941 in Fairfax County (Virginia) von einem Republikaner geschlagen und zwar in einem Wahlbezirk, der zu den Hochburgen der Demokraten zählte.

Der Herbst 1941 war eine schwierige Periode für Roosevelt. Er stand unter dem Druck der Stimson, Knox und Morgenthau, die im Kabinett für energischere Maßnahmen eintraten. Von der anderen Seite des Atlantik überschüttete Churchill ihn mit einem Trommelfeuer von Bitten und Anträgen. Er hatte seine Vollmachten als Präsident bis zur äußersten Grenze ausgedehnt. Er hatte Schießzwischenfälle im Atlantik provoziert und diese Zwischenfälle der Öffentlichkeit verfälscht dargestellt. Aber mit alledem hatte er nicht viel Kriegswillen im Lande hervorgerufen.

General Wood, der Vorsitzende des America First Committee, forderte Roosevelt öffentlich auf, die Frage der Kriegserklärung der Probe einer Abstimmung im Kongreß zu unterwerfen — eine Herausforderung, die der Präsident im Hinblick auf die schmale Mehrheit in der weniger provozierenden Frage des Widerrufs des Neutralitätsgesetzes nicht annehmen konnte. Robert Sherwood schildert sehr anschaulich, wie düster die Lage damals denen erschien, die Amerika in den Krieg hineinzuführen wünschten: „Die Wahrheit war die, daß, je kritischer die Weltsituation wurde und je näher die unabsehbare Gefahr den Vereinigten Staaten rückte, die isolationistische Stimmung immer heftiger im Ausdruck und aggressiver im Handeln wurde, und Roosevelt war vergleichsweise machtlos gegen sie. Bis auf eine Kriegserklärung hatte er alles gesagt, was gesagt werden konnte. Er war am Ende seiner Kunstgriffe. Der Hut, aus dem er schon so viele Kaninchen gezaubert hatte, war nun leer[14].

[14] Sherwood, l. c., p. 301

Aber gerade als die Lage im Atlantik vom Standpunkt einer beschleunigten vollen Kriegsteilnahme so wenig versprechend aussah, kam der Regierung Hilfe vom Pazifik her. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor, dem Hitlers Kriegserklärung folgte, befreite Roosevelt aus einem der schwierigsten Dilemmas, in dem ein Staatsmann sich befinden kann: dem Dilemma, sein Volk den halben Weg in den Krieg hineingeführt zu haben.

Überblicken wir noch einmal die wichtigsten Schritte, mit denen Roosevelt Amerika in einen unerklärten Krieg im Atlantik hineinführte:

1. Widerruf des Waffenembargos im November 1939,
2. das Tauschgeschäft Zerstörer – Stützpunkte im September 1940,
3. Pacht-Leih-Gesetzgebung im März 1941,
4. die geheimen englisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen Januar-März 1941,
5. die Einsetzung von „Patrouillen" im Nordatlantik am 4. April,
6. die Entsendung von amerikanischen Arbeitern zum Bau eines Marinestützpunktes in Nordirland,
7. die Blockierung der deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten und die Schließung der deutschen Konsulate im Frühsommer 1941,
8. die Besetzung Islands durch amerikanische Truppen am 7. Juli,
9. die Atlantikkonferenz vom 9. bis 12. August,
10. der Befehl an amerikanische Kriegsschiffe vom 11. September, „auf Sicht" zu schießen, und
11. die Ermächtigung zur Bewaffnung von Handelsschiffen und die Entsendung von bewaffneten Handelsschiffen in die Kriegszonen im November 1941.

Die ersten drei Schritte waren von lauten Erklärungen begleitet, sie seien dazu bestimmt, Amerika den Frieden zu erhalten, nicht das Land in den Krieg hineinzuführen. Mehrere der anderen Maßnahmen wurden ohne Befragen des Kongresses in einer Atmosphäre übertriebener Alarmstimmung, Geheimhaltung, künstlicher Verwirrung und amtlicher Fälschung der Tatsachen ergriffen. Mit Nutzen kann man die ganze Chronik Roosevelts wiederholten kategorischen Versicherungen gegenüberstellen, sein Hauptziel sei, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten. Selten, wenn überhaupt jemals in der amerikanischen Geschichte, hat es eine solche Kluft zwischen Schein und Sein, zwischen Worten und Taten eines Präsidenten gegeben.

DER WEG ZUM KRIEG: DER PAZIFIK

Im Jahre 1941 waren die Vereinigten Staaten auch im Pazifik genau so wie auf dem atlantischen Kriegsschauplatz tief in den Krieg verwickelt. Die Regierung Roosevelt bemühte sich, Japans Expansion durch eine Vielzahl von Maßnahmen „short of war" (außer direkten Kriegsverhandlungen) aufzuhalten und zu entmutigen: wirtschaftliche Diskriminierung, Chinahilfe, diplomatische Warnungen und Marinedemonstrationen. Aber von einem unerklärten Seekrieg konnte im Pazifik keine Rede sein. Bis zum 7. Dez. 1941 flogen zwischen Amerika und Japan keine tödlicheren Geschosse als Noten hin und her. Aber als der Schlag in Pearl Harbor fiel, hatte er etwas von einem Abschlußakt an sich. Das war der volle Krieg, und als Hitler drei Tage später den Krieg erklärte,[1] war das Dilemma der Regierung auf das glücklichste gelöst. Nun gab es keine Hemmungen mehr für einen Einsatz amerikanischer Menschen und materieller Hilfsmittel an allen Punkten des Weltkampfes.

Die ersten Schwaden der Kriegswolke, die sich in Pearl Harbor entlud, hatten sich schon zehn Jahre zuvor zusammengezogen. Die japanischen Militärbefehlshaber besetzten im September 1931 Mukden, die Hauptstadt der halb unabhängigen chinesischen Mandschurei. Dieser Aktion folgten zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen den japanischen und mandschurischen Behörden über die Erfüllung der etwas vage definierten wirtschaftlichen Vorrechte Japans in der Südmandschurei. Japan war nach dem russisch-japanischen Krieg 1904—05 als vorherrschende Macht in diesem Gebiet an die Stelle Rußlands getreten, und die japanischen Privilegien in der Südmandschurei schlossen das Recht auf Garnisonen und eine bewaffnete Bahnpolizei ein. Der Prozeß, der mit der Besetzung Mukdens begann, endete erst, als die ganze Mandschurei, ein Gebiet vom dreifachen Umfang des eigentlichen Japan, unter japanische Herrschaft gebracht worden war. Es wurde ein neuer Staat, Mandschukuo, gebildet, dessen nomineller Herrscher ein Schattenkaiser aus der Familie der bis 1911 in China regierenden Dynastie

[1] Wobei Ribbentrop sich den selbst für seine Verhältnisse ungewöhnlich törichten Satz leistete, „eine Großmacht warte nicht darauf, daß ihr der Krieg erklärt werde, sondern erkläre ihn selbst". Siehe Erich Kordt, Nicht aus den Akten (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1950), S. 438 f. E. H.

war. Die wirkliche Macht lag in Händen der japanischen Offiziere und Beamten, von denen viele als „Berater" den Ministerien in Mandschukuo zugeteilt waren. Schon bald war das Gebiet von einem Netz neuer Eisenbahnen und Straßen überzogen; Industrien wurden entwickelt und ausgebaut. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde beträchtlich durch einströmendes japanisches Kapital und durch das technische Wissen der Japaner angeregt, wobei angemerkt sei, daß während der Zeit der japanischen Herrschaft hunderttausende Chinesen nach Mandschukuo auswanderten.

Der damalige amerikanische Außenminister Henry L. Stimson widersetzte sich mit allen Kräften der japanischen Besetzung der Mandschurei. Krieg konnte er allerdings deswegen nicht führen, weil Präsident Hoover dagegen war und weil auch die amerikanische öffentliche Meinung deutlich einen Krieg ablehnte. Aber Stimson legte in einer Note vom 7. Januar 1932 die amerikanische Regierung auf eine Politik passiven Widerstandes fest, indem er die Anerkennung „jeder Situation, jedes Vertrages oder Übereinkommens" verweigerte, die Methoden ihr Entstehen verdankten, die mit dem Kellogg-Pakt zur Kriegsächtung unvereinbar seien.

Auf Antrag Chinas entsandte der Völkerbund die Lytton-Kommission zur Untersuchung der Lage nach der Mandschurei. Der einzige Effekt war, daß Japan aus der Genfer Liga austrat. Die amerikanische Weigerung, Mandschukuo anzuerkennen, der sich auch andere Völkerbundsmitglieder anschlossen, hatte ebenfalls keine praktischen Folgen, vielleicht abgesehen davon, daß ausländisches Kapital von Anlagen abgeschreckt wurde.

Es folgten mehrere Jahre einer spannungsreichen Unruhe. Japan kündigte das Washingtoner Flottenabkommen von 1922, in dem sich die Vereinigten Staaten, England und Japan auf ein Stärkeverhältnis von 5:5:3 geeinigt hatten. Nun wurden die drei Staaten wieder frei, ihre Flotten nach eigenem Willen auszubauen. Die Vereinigten Staaten hielten sich an die sogenannte Stimson-Doktrin der Nichtanerkennung Mandschukuos, aber abgesehen davon war die Fernostpolitik der ersten Regierungsjahre Roosevelts eher passiv.

Eine neue Krise entstand, als im Sommer 1937 ein großer Krieg zwischen Japan und China begann. Bis zum Herbst 1938 hatten die Japaner die größten chinesischen Städte und einen Hauptteil des nicht sehr ausgedehnten chinesischen Eisenbahnnetzes besetzt. Aber die chinesische Nationalregierung hielt in ihrer weit von der Küste entfernten neuen Hauptstadt Tschungking aus. Die japanische Herrschaft war auch nur in den großen Städten und ihrer nächsten Umgebung sowie entlang der Bahn wirklich konsolidiert. Ein Krieg in einem ausgedehnten Teil Chinas mußte unausweichlich die

Sicherheit amerikanischer Bürger und ihres Eigentums in Mitleidenschaft ziehen. Amerikanische Firmen hatten ihren Sitz in den größeren Städten und hier, aber auch in kleineren Orten im ganzen Lande, lebten mehrere tausend amerikanische Missionare. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt hatte Amerika keinen Grund, das Risiko eines Krieges mit Japan durch aktive Unterstützung Chinas gegen Japan einzugehen[2]. Aber die amerikanische Fernostpolitik war durch eine Reihe nichtwirtschaftlicher Motive beeinflußt. Eine gefühlsmäßige Sympathie für den „Unterlegenen" wandte sich auch China in seinem Kampf mit Japan zu, und die Missionare und andere China-Amerikaner bestärkten sie. Die „Offene-Tür"-Politik für China, wie sie von Außenminister John Hay um die Jahrhundertwende verkündet worden war, galt als unantastbare Tradition der amerikanischen Diplomatie und wurde nur selten einer kritischen und realistischen Prüfung unterworfen. Prestigeerwägungen machten es schwierig, festgelegte Rechte unter Druck aufzugeben. Jene Gruppen, die an einen Dauerkreuzzug gegen alle „Angreifer", an eine Politik ewigen Krieges um der Sache des ewigen Friedens willen glaubten, waren schnell bei der Hand, die amerikanische öffentliche Meinung gegen Japan aufzuputschen. Einige der Erwägungen bei der Formung der amerikanischen Politik wurden von Außenminister Hull in einer Mitteilung an Vizepräsident Garner beschrieben, die am 10. Mai 1938 veröffentlicht wurde: „Interessen und sorgende Anteilnahme der Vereinigten Staaten an der Lage im Fernen Osten, in Europa und auf diesem Kontinent lassen sich nicht nach der Zahl der zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Land residierenden amerikanischen Bürger bemessen, noch nach dem Umfang unserer Kapitalanlagen oder unseres Außenhandels. Es gibt ein weiteres und mehr an die Grundlagen rührendes Interesse, daß nämlich ein ordnungsmäßiges Vorgehen in internationalen Beziehungen aufrechterhalten wird."

Die Lage wurde weiter dadurch kompliziert, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes ebensowenig Lust zu einem Kampf im Fernen Osten wie zur Entsendung seiner Söhne auf die europäischen Schlachtfelder hatte. Die Stimmung der Öffentlichkeit war

[2] Die Kapitalanlagen in China beliefen sich nur auf rund 200 Millionen Dollar gegenüber 1 200 Millionen Dollar der Engländer. Die Erwartung eines ausgedehnten Chinahandels, ein wesentlicher Grund für die amerikanische Besetzung der Philippinen, hatte sich niemals erfüllt; trotz seiner riesigen Bevölkerung hatte China niemals einen größeren Anteil am Welthandel gehabt. China bezog 1936, dem letzten Vorkriegsjahr, aus den Vereinigten Staaten Waren im Werte von 55 Millionen Dollar. Das war weniger als ein Viertel des Exportes nach Japan. W. H. Ch.

prochinesisch und antijapanisch; aber es bestand kein Wunsch, für das abstrakte Schlagwort der „Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Vorgehens in internationalen Beziehungen" zu sterben. Der ernsteste amerikanisch-japanische Zwischenfall vor Pearl Harbor war die Versenkung des Kanonenbootes Panay durch japanische Bomber am 12. Dezember 1937, kurz nach der Einnahme von Nanking. Die japanischen Militärs waren in einer überschäumend-schießlustigen Stimmung. Vier Menschenleben waren zu beklagen, darunter ein italienischer Journalist. Aber nicht einmal die Versenkung der Panay vermochte Kriegsflammen in den Vereinigten Staaten zu entfachen, und die japanische Regierung beeilte sich, offiziell in Washington Entschuldigungen vorzubringen und Schadensersatz in Höhe von über zwei Millionen Dollar zu bezahlen.

Nach dem Herbst 1938 kam der Krieg in China mehr oder weniger zum Stillstand. Die Japaner sahen ihre Pläne für weitere Operationen großen Stils durchkreuzt, nicht so sehr durch den Widerstand der Chinesen als durch die Weite des verkehrsarmen Landes. Den Chinesen fehlten militärische Organisationen, Flugzeuge und schwere Artillerie, um die Japaner im offenen Felde schlagen und die großen Städte wieder einnehmen zu können. Der Krieg wurde zu einer Geduldsprobe.

Die Ereignisse in Europa beeinflußten auch den Verlauf des fernöstlichen Krieges. Als die Staaten mit großen fernöstlichen Interessen — England, Frankreich und Holland — ihre Aufmerksamkeit der deutschen Expansion zuwandten, sah Japan seine Eroberungschancen erhöht. Zur gleichen Zeit warfen die Vereinigten Staaten ihr Gewicht immer mehr in die Waagschale; der Ton der Noten wurde schärfer und sie bewegten sich vorsichtig in Richtung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Japan. Einem kräftigen Vorstoß der Vereinigten Staaten folgte freilich oft eine Geste der Schwäche oder Versöhnlichkeit von seiten Englands.

Kurz nach dem Münchener Abkommen, das die mangelnde Stärke Englands und Frankreichs enthüllt hatte, brachte die amerikanische Regierung ihre Anschuldigungen gegen die japanische Expansion in China in einer scharf formulierten Note zum Ausdruck. Die japanische Regierung und die japanisch kontrollierte chinesische Verwaltung wurden vielfacher Verletzung amerikanischer Handelsrechte beschuldigt. Die Note verlangte die Aufhebung der unter Benachteiligung Amerikas ausgeübten Währungskontrolle, der Monopole und Vorzugszölle, die dazu bestimmt seien, den amerikanischen Handel und die amerikanische Industrie zu beeinträchtigen, sowie eine Beendigung der japanischen Eingriffe in amerikanisches Eigentum und andere Rechte. Die Note bekräftigte energisch die Rechte

Amerikas aus dem Neunmächtevertrag und aus der Handelspolitik der Offenen Tür in China. Die japanische Antwort vom 18. November bestritt einen Teil der Anschuldigungen und behauptete andererseits, daß der frühere Zustand in China durch die Ereignisse überholt sei. Der japanische Ministerpräsident Fürst Fumimaro Konoye hatte bereits vorher die Herstellung einer „neuen Ordnung" als Japans Ziel beschrieben, die „auf die Dreimächtebeziehungen gegenseitiger Unterstützung und Koordinierung zwischen Japan, Mandschukuo und China auf politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Gebieten" gegründet sein solle.

Eine neue amerikanische Note vom 31. Dezember verneinte in scharfem Ton, daß „für irgendeine Macht ein Bedürfnis oder eine Rechtfertigung bestehe, Begriffe und Bedingungen einer ‚neuen Ordnung' in Gebieten vorzuschreiben, die nicht ihrer Souveränität unterstünden und sich selbst als Bevollmächtigten und Schicksalswalter in dieser Hinsicht einzusetzen."

Als der Krieg in Europa unmittelbar bevorstand, schloß der englische Botschafter in Tokio, Sir Robert Craigie, am 24. Juli 1939 ein Übereinkommen mit dem japanischen Außenministerium, das nahe an eine Anerkennung des Rechtes Japans als einer kriegführenden Macht in China heranreichte. Weder Japan noch China hatten bisher förmlich anerkannt, daß ein Krieg im Gange sei. Sir Robert Craigies Schritt folgte eine längere Periode der Belästigung englischer Staatsangehöriger durch die japanischen Militärbehörden in Tientsin.

Amerika antwortete umgehend auf diesen englischen Rückzieher. Senator Vandenberg hatte am 18. Juli im Senat eine Entschließung zugunsten einer Aufhebung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages eingebracht. Ohne das parlamentarische Verfahren abzuwarten, kündigte Hull am 26. Juli den Vertrag auf den 26. Dezember. Damit war das Tor für diskriminierende Wirtschaftsmaßnahmen aufgestoßen, die nach den Vertragsbestimmungen verboten gewesen waren.

Im Verlauf des nächsten Jahres ereigneten sich in den amerikanisch-japanischen Beziehungen keine sensationellen Vorgänge. Das Bestreben, ein Embargo und andere wirtschaftliche Beschränkungen gegenüber Japan einzuführen, wurde durch den Ausbruch des Krieges in Europa gebremst. Das Jahr vom Juli 1940 bis zum Juli 1941 war jedoch durch eine Anzahl amerikanischer Maßnahmen charakterisiert, in denen sich die wachsende Spannung im Pazifik widerspiegelte.

Präsident Roosevelt hatte im Juli 1940 Exporte von Werkzeugmaschinen, Chemikalien, Buntmetallen und Schrott aller Art sowie

von Ölerzeugnissen, darunter Flugbenzin, nach Ländern außerhalb der westlichen Halbkugel lizenzpflichtig gemacht. Am 25. September 1940 erhielt China eine Anleihe von 25 Millionen Dollar zur Währungsstabilisierung. Am 26. September wurde die Ausfuhr von Eisen- und Stahlschrott überhaupt gesperrt, ausgenommen nach England und Ländern der westlichen Halbkugel. Am 8. Oktober wurde den Amerikanern geraten, den Fernen Osten zu verlassen. China erhielt am 30. November eine weitere Anleihe von 100 Millionen Dollar und wurde am 11. März 1941 in die Liste der Empfänger von Pacht-Leih-Hilfe aufgenommen. Am 26. April wurde ein Währungsstabilisierungsabkommen mit China geschlossen.

Einen Höhepunkt erreichte die Entwicklung, als der Präsident am 25. Juli 1941 sämtliche japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten — insgesamt 130 Millionen Dollar — sperren ließ: es war ein Vorspiel zu Pearl Harbor. England und Niederländisch-Indien schlossen sich diesem Verfahren an. Das bedeutete die Wirtschaftsblockade Japans und das Aufhören aller Handelsbeziehungen.

Roosevelt selbst hat unmittelbar vor der „Einfrier"-Verordnung öffentlich die Auffassung vertreten, daß eine vollständige Blockade Japans den Krieg herbeiführen würde. Er sprach über die Gründe, Japan nicht die gesamte Ölzufuhr abzuschneiden: „Von unserem eigenen egoistischen Verteidigungsstandpunkt aus war es wesentlich, den Ausbruch eines Krieges im Südpazifik zu verhindern. Gleichzeitig wünschten wir, die Versorgungslinie von Australien und Neuseeland nach dem Nahen Osten zu halten, und deshalb war es auch für England wesentlich, den Frieden dort unten im Südpazifik zu wahren. Nun gut. Und jetzt ist da eine Nation, die sich Japan nennt. Ob die Japaner zu jener Zeit aggressive Absichten einer Ausweitung ihres Reiches gen Süden hatten oder nicht, jedenfalls hatten sie kein eigenes Öl oben im Norden. Ihnen das Öl abzuschneiden, würde bedeutet haben, daß sie wahrscheinlich vor einem Jahr nach Niederländisch-Indien vorgestoßen wären — und dann hätten wir einen Krieg gehabt[3]."

Es ist überraschend, daß der kriegsgleiche Beschluß vom 25. Juli damals selbst in isolationistischen Kreisen eine nur geringe Reaktion hervorrief; aber es gibt für diese Apathie der öffentlichen Meinung mehrere Gründe. Die allgemeine Aufmerksamkeit war auf die Entwicklung im Atlantik gerichtet. Daß der Krieg möglicherweise auch im Pazifik ausbrechen könnte, wurde übersehen. Ein Blick in die

[3] Borneo war das einzige bedeutende Erdölgebiet innerhalb der Reichweite der japanischen Wehrmacht. — Davies and Lindley, How War Came, p. 258

Publikationen jener Periode zeigt weiter, daß Japans Schlagkraft gewöhnlich unterschätzt wurde. Man beruhigte sich bei dem Gedanken, Japan sei so schwach, daß es gar nicht wagen würde, zum Kampfe anzutreten; sollte es dies aber doch tun, so würde es leicht durch die See- und Luftmacht der Vereinigten Staaten und ihrer voraussichtlichen Bundesgenossen zerschmettert werden.

Der Kriegsplanungsstab der Marine sprach sich in einem Memorandum vom 19. Juli gegen das bevorstehende Embargo aus. Er schätzte die japanischen Ölvorräte als ausreichend für 18 Monate Kriegführung. Das Embargo würde daher keine unmittelbar lähmende Wirkung ausüben, sondern eher die japanische Entschlossenheit steigern und den Krieg beschleunigen. General Marshall und Admiral Stark übermittelten den Armee- und Marinebefehlshabern im Pazifik kurz vor Inkrafttreten des Embargos eine Warnung, die mit den Worten schloß: „Wir nehmen nicht an, daß die Japaner unverzüglich durch Einsatz militärischer Mittel reagieren und zu Feindseligkeiten übergehen werden. Aber diese Information geht Ihnen zu, damit Sie die geeigneten Vorsichtsmaßnahmen für alle Eventualitäten treffen."

Innerhalb der japanischen Führung war man während dieser kritischen Periode vor Pearl Harbor geteilter Meinung. Es gab eine radikale Gruppe von Generälen, Admirälen und einigen Zivilisten, die Europas Schwierigkeiten als die günstige Gelegenheit Japans betrachteten, ein riesiges asiatisches Reich zu errichten. Es liegt aber kein Beweis dafür vor, daß selbst diese Militaristen Pläne für eine Invasion des amerikanischen Kontinents ausarbeiteten. Es gab aber auch einflußreiche Staatsmänner, die Zutritt zum Kaiser hatten, und die einen Bruch mit dem Westen ablehnten, weil sie der Meinung waren, Japan könne seine rasch wachsende Bevölkerung durch eine industrielle Führerrolle und Ausweitung des Handels erhalten, ohne zu Gewaltmaßnahmen zu greifen. Der japanische Botschafter in Washington, Admiral Kitschisaburo Nomura, gehörte zu dieser gemäßigten Gruppe. Hull bescheinigt ihm, daß er sich „ehrlich und aufrichtig bemühte, einen Krieg zwischen seinem und meinem Lande abzuwenden[4]."

Besprechungen zwischen Hull und Nomura über einen eventuellen Ausgleich begannen im Februar 1941 und dauerten bis zum Vorabend von Pearl Harbor an. Es fanden mehr als vierzig Begegnungen statt. Hull war von Anfang an pessimistisch; er gab den Unterredungen eine Erfolgschance von höchstens einem Prozent. Er zeigte auch wenig Geschmeidigkeit oder schöpferisches Vorstel-

[4] Hull, l. c. II, p. 987

lungsvermögen; stattdessen hielt er Nomura lange Vorträge über die Vorzüge des Friedens, des Freihandels und der internationalen Moral. An einem Kompromiß oder Ausgleich, der es den Japanern erlaubt hätte, „das Gesicht zu wahren", wenn sie einen effektiven Rückzug aus China und einer schrittweisen Lösung der an sich nicht sehr engen Bindungen an die Achsenmächte zustimmten, zeigte er wenig Interesse.

Anfang 1941 kehrten zwei auf dem Gebiet der fernöstlichen Missionen erfahrene katholische Geistliche aus Japan nach den Vereinigten Staaten zurück, Bischof James Edward Walsh, der Generalobere der Katholischen Auslandsmissionsgesellschaft, und Pater Drought. Sie hatten mit einer Reihe hochgestellter Japaner gesprochen, darunter Außenminister Matsuoka, der in der Öffentlichkeit häufig eine kriegerische Sprache führte. Die beiden Geistlichen brachten den Eindruck mit zurück, daß in Japan ernsthaft ein Übereinkommen mit Amerika in der chinesischen Frage und eine Modifizierung der japanischen Verpflichtungen gegenüber den Achsenmächten gewünscht würden. Mit Zustimmung und Billigung Roosevelts und Hulls haben Bischof Walsh und Pater Drought Kontakt mit einigen Mitgliedern der japanischen Botschaft in Washington aufgenommen; an den informellen Besprechungen nahm auch das Kabinettsmitglied Generalpostmeister Frank Walker teil. Das Ergebnis war ein Entwurf japanischer Vorschläge, der Hull am 9. April unterbreitet wurde.

Nach diesem Vorschlag würde Japan sich an seine militärischen Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien nur gebunden fühlen, falls einer der Partner durch eine nicht am europäischen Krieg beteiligte Macht „unprovoziert angegriffen" (aggressivily attacked) würde. Hull erhob dagegen Einwendungen; denn, so sagte er, die etwas elastische Formulierung „aggressive Aktionen" überlasse die Auslegung dieses Begriffes den Japanern. Wie Roosevelt ging Hull bereits davon aus, daß ein Schießkrieg im Atlantik durch eine amerikanische Initiative ausgelöst werden würde.

Für einen Frieden in China schlug der japanische Entwurf folgende Bedingungen vor:

Tschiang Kai-schek sollte mit Japan auf der Grundlage der Unabhängigkeit Chinas und einer Zurücknahme der japanischen Truppen in Übereinstimmung mit einem zwischen Japan und China zu erzielenden Übereinkommen verhandeln. Japan erhob keine Ansprüche auf chinesisches Gebiet. China sollte keine Kriegsentschädigungen verlangen. Die Regierungen Tschiang Kai-schek und Wang

Tsching-wei sollten miteinander verschmolzen werden[5]. Den Japanern sollte eine Einwanderung großen Stils nach China gestattet werden, und Tschiang Kai-schek sollte Mandschukuo anerkennen.

Weiter wurde vorgeschlagen, daß Amerika sich ganz zugunsten dieser Bedingungen verwenden sollte. Nach ihrer Annahme durch Tschiang Kai-schek würde sich Japan durch diese Bedingungen gebunden erachten und mit ihm eine gemeinsame Abwehr des Kommunismus sowie eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit erörtern.

Ein Unterhändler, dem ernsthaft und aufrichtig daran gelegen gewesen wäre, eine Regelung im Fernen Osten ohne Krieg zu erreichen, würde diese Bedingungen wohl einer gründlichen Prüfung wert erachtet haben. Sicher waren sie besser als irgend etwas, was China vernünftigerweise durch seine eigenen militärischen Kräfte zu erreichen hoffen konnte. Statt aber die praktischen Einzelheiten eines solchen Übereinkommens zu prüfen, stellte Hull als Antwort vier ganz abstrakte Grundsätze auf: 1. Achtung der territorialen Integrität und Souveränität jeder einzelnen und aller Nationen; 2. Unterstützung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder; 3. Unterstützung des Prinzips der Gleichberechtigung, einschließlich der Gleichberechtigung auf dem Gebiete des Handels; 4. Belassung des status quo im Pazifik, soweit er nicht durch friedliche Mittel geändert wird[6].

Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob die gemäßigten Japaner, zu denen der damalige Ministerpräsident Fürst Konoye gerechnet werden muß, den schnellen Lauf der Expansion nach Süden hätten aufhalten können, der sich die radikalen Elemente des Heeres und der Marine verschrieben hatten. Aber diese gemäßigten Gruppen konnten natürlich ohne etwas mehr Unterstützung von Washington, als Hulls moralische Lektionen sie darstellten, nicht auf Erfolg hoffen. Soviel ist sicher, daß die amerikanische Regierung in den kritischen Monaten vor Pearl Harbor auch nicht die bescheidenste Gegenleistung für eine Neuorientierung der japanischen Politik angeboten hat. Die Vereinigten Staaten waren nicht einmal bereit, sich auf eine kleine Geste festzulegen, wie es die Anerkennung der längst vollzogenen Tatsache der Existenz Mandschukuos gewesen wäre. Diese hartnäckig und beständig negative Haltung Washing-

[5] Wang Tsching-wei hatte innerhalb der Kuomingtang eine Rolle gespielt, sich aber zur Zusammenarbeit mit den Japanern bereit gefunden, indem er eine von Japan geförderte Regierung in Nanking bildete. W. H. Ch.

[6] Hull, l. c. II, p. 995

tons trug in bedeutendem Maße dazu bei, jede Möglichkeit eines friedlichen Übereinkommens im Pazifik auszuschalten.

Selbst damals hätte es strittig sein können, ob die Vereinigten Staaten durch moralische Erwägungen oder politische Interessen gehalten waren, Japan in der Annahme zu bekämpfen, daß aus den Ruinen eines fernöstlichen Krieges großen Stils ein vollständig unabhängiges und amerikafreundliches China erstehen werde. Jenes China, das nach dem Sturze Japans um seine Form ringt, ist jedenfalls stärker von der Sowjetunion abhängig und den Vereinigten Staaten bitterfeindlich gesinnt.

Der Historiker, der dem verschlungenen Lauf der Ereignisse in den letzten Monaten vor Pearl Harbor nachgeht, wird aber wohl am stärksten dadurch überrascht, daß die Regierung nicht nur zu einem konstruktiven Friedensschritt, sondern auch zu wirksamen Vorsichtsmaßnahmen anscheinend unfähig war. Der tüchtige und erfahrene amerikanische Botschafter in Tokio, Joseph C. Grew, kabelte dem State Department am 27. Januar 1941 eine Warnung vor einem möglichen Angriff auf Pearl Harbor. Diese Mitteilung gründete sich auf eine Information von seiten des peruanischen Gesandten, der Grew berichtet hatte, ihm sei aus verschiedenen Quellen, darunter einer japanischen, die Nachricht zugegangen, „daß die Japaner für den Fall von ‚Störungen' in den japanisch-amerikanischen Beziehungen einen überraschenden Massenangriff auf Pearl Harbor planten und bei diesem Angriff alle ihnen zur Verfügung stehenden militärischen Mittel einsetzen würden." Das State Department gab diese Information an das Kriegs- und Marineministerium weiter[7].

Wenn man davon ausging, daß die Japaner entschlossen waren, es auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten ankommen zu lassen, so war ein Überraschungsschlag gegen die amerikanische Pazifikflotte, die im großen hawaiischen Kriegshafen Pearl Harbor konzentriert war, sehr wahrscheinlich. Bei der Ausbildung von Heer und Marine hatten die Japaner stets die Bedeutung der militärischen Geheimhaltung und der Überraschung hervorgehoben. Die Erfahrungen im europäischen Krieg zeigten überdies, daß gewisse Operationen, die im ersten Weltkrieg technisch überhaupt nicht vorstellbar waren, jetzt infolge der vergrößerten Reichweite der Luftwaffe ausgeführt werden konnten. Die Befehle und Informationen jedoch, die von den höchsten militärischen Stellen in Washington an General Walter C. Short und Admiral Husband E. Kimmel, den Kommandanten der Truppen und Marineeinheiten in Pearl Harbor,

[7] Hull, l. c. II, p. 984

übermittelt wurden, ließen es in bemerkenswerter Weise an Präzision und Betonung der Dringlichkeit fehlen. Short und Kimmel wurden vielmehr, bis der Angriff stattfand, angewiesen, eine normale Haltung „ganz wie gewöhnlich" einzunehmen.

Das ist seltsam genug. Aber es wird noch seltsamer und noch weniger entschuldbar, wenn man weiß, daß der amerikanischen Abwehr mit Hilfe der „Operation MAGIC" die Entschlüsselung des Codes gelungen war, in dem Tokio mit seinen diplomatischen Vertretungen in der ganzen Welt verkehrte. Washington befand sich also in der Lage eines Pokerspielers, der im Spiegel die Karten seines Gegners einsehen kann.

Wieso es Japan unter diesen Umständen möglich war, den Krieg mit einem betäubenden Überraschungsschlag zu eröffnen, ist eines der großen Geheimnisse der Geschichte. Der Bericht des Pearl-Harbor-Ausschusses der Armee, der dem Kriegsministerium am 20. Oktober 1944 vorgelegt wurde, enthält folgende Kritik: „. . . Washington war im Besitz wesentlicher Tatsachen über Absichten und Vorhaben des Feindes. Diese Informationen zeigten eindeutig, daß der Krieg unvermeidlich war und Ende November unmittelbar bevorstand. Die von Heer und Marine tatsächlich nach Hawai übermittelten Botschaften enthielten nur einen kleinen Bruchteil dieser Informationen. Es wäre möglich gewesen, die Befehlshaber in Hawai ohne Gefahr ausreichend zu informieren oder ihnen Anweisungen für die höchste Alarmstufe zu geben . . . In den ersten Dezembertagen wurden die Informationen immer kritischer und zeigten noch deutlicher das Heranrücken des Krieges. Die mit der Aufnahme und Auswertung dieser Informationen beauftragten Offiziere standen so stark unter dem sich daraus ergebenden Eindruck einer wachsenden Spannung unserer Beziehungen zu Japan, die ausschließlich auf Krieg, und zwar auf einen unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch hindeuteten, daß sie sich an den Chef der Kriegsplanungsabteilung (General L. T. Gerow) und den Sekretär des Generalstabs (Oberst, später Generalleutnant W. Beddel Smith) wandten. Der Zweck dieses Schrittes war, anzuregen, daß den zuständigen Befehlshabern ein wahres Bild der Kriegsstimmung übermittelt werde, die damals im Kriegsministerium herrschte . . . Die Bemühungen dieser untergeordneten Offiziere blieben erfolglos[8]."

[8] U. S. Army. The Army Pearl Harbor Board. Report to the Secretary of War (20. 10. 1944) Vol. 39, Chap. III, pp. 103–04. Da der Krieg damals noch andauerte, durfte die Entschlüsselung des japanischen Codes nicht erwähnt werden. W. H. Ch.

War dies nur ein Mangel an Sorgfalt, erklärlich durch Überarbeitung, oder eine Unterschätzung der Möglichkeiten eines überraschenden japanischen Schlages gegen Amerikas wichtigste Festung im Pazifik? Oder bewegte die Leiter der amerikanischen Außenpolitik vom Präsidenten abwärts ein tieferes und subtileres Motiv, als sie darauf verzichteten, höchste Alarmstufe anzuordnen? Hatten sie ein, vielleicht unbewußtes und uneingestandenes Gefühl, daß der entscheidende Schlag, der den Übergang vom sogenannten Frieden zum richtigen Krieg bringen würde, im Pazifik geführt werden sollte, und daß dieser Schlag eher geführt werden würde, wenn keine energischen Abwehrvorbereitungen getroffen waren?

Dank MAGIC als Ergänzung anderer Geheimdienstmeldungen wurden das Außen-, Kriegs- und Marineministerium über die wichtigsten Beschlüsse der japanischen Regierung auf dem laufenden gehalten, Beschlüsse, wie sie das japanische Kabinett zum Beispiel anläßlich des deutschen Angriffes auf Rußland zu fassen hatte. Ribbentrop drängte die japanische Regierung zu einem Vorstoß nach Sibirien und zur Ausnützung des — von den Deutschen versprochenen — militärischen Zusammenbruchs der Sowjetunion. Aber das japanische Kabinett entschied anders. In Sibirien gab es kein Öl, und die Vereinigten Staaten gingen in ihrer — von heute aus gesehen so befremdlichen — prosowjetischen Beflissenheit fast soweit, für den Fall japanischer Feindseligkeiten gegen Rußland mit Krieg zu drohen. So verzichtete das japanische Kabinett auf das sibirische Abenteuer und sprach sich für einen Vorstoß nach Süden aus. Dieser Beschluß wurde am 2. Juli durch einen feierlichen Kronrat bekräftigt[9]. Die Armee wurde ermächtigt, den südlichen Teil Französisch-Indochinas zu besetzen. Von diesem günstigen Angriffspunkt aus konnten sowohl die Philippinen wie Malaia, Siam und Niederländisch-Ostindien bedroht werden. Ministerpräsident Fürst Konoye hoffte jedoch noch immer, daß ein Krieg mit den Westmächten vermieden werden könne, wie sich aus dem Memoir ergibt, das er nach Kriegsende vor seinem Harakiri niederschrieb: „Es bestand gute Aussicht, den Vormarsch der japanischen Truppen nach Indochina als Grundlage eines Kompromisses bei

[9] Am Kronrat nahmen in Gegenwart des Tenno die zivilen und militärischen Spitzen des Landes teil; seine Sitzungen trugen das Kennzeichen bedeutsamer Staatsentscheidungen. W. H. Ch. — Moskau wurde durch seinen Agenten Dr. Richard Sorge, der es verstanden hatte, sich als Korrespondent der Frankfurter Zeitung zu tarnen und zum Presseattaché der Deutschen Botschaft ernennen zu lassen, prompt über diesen Beschluß des Kronrats unterrichtet; mit welchem Nutzen für die sowjetische Politik und Strategie ist leicht abzuschätzen. E. H.

den damals geführten japanisch-amerikanischen Gesprächen benützen zu können. Ich war zuversichtlich, daß ich in der Lage sein würde, einen Krieg zu verhindern[10].

Konoye machte im August und September 1941 einen verzweifelten und — nach dem Urteil von Botschafter Grew aufrichtigen — Versuch, mit den Vereinigten Staaten zu einem Übereinkommen zu gelangen. Sein Wunsch war, persönlich mit Roosevelt zusammenzutreffen, und er war zu dem bedeutsamen Entgegenkommen bereit, dazu die Initiative zu ergreifen und sich auf amerikanisches Gebiet zu begeben, sei es nach Alaska oder Honolulu. Bereits im April war in informeller Weise ein Treffen Konoye—Roosevelt vorgeschlagen worden. Admiral Toyoda, der als Nachfolger des eher zum Kriege geneigten redseligen Matsuoka nach dem deutschen Angriff auf Rußland Außenminister geworden war, entwickelte dann diesen Plan in einem Gespräch mit Grew am 18. August. Toyoda gab zu verstehen, daß Japan zu einem Rückzug aus Indochina bereit sein würde, sobald das Chinaproblem geregelt sein werde, und schlug vor, daß Konoye nach Honolulu fahren solle, um Roosevelt dort zu treffen. Admiral Nomura wiederholte diese Einladung Roosevelt gegenüber am 23. August, und der Präsident war auch zunächst von der Aussicht auf eine solche Begegnung günstig beeindruckt. Er meinte, Juneau (Alaska) würde ihm lieber sein als Honolulu. Dann ging er aber auf Hulls Vorschlag ein, es solle kein Gespräch stattfinden, bevor nicht ein vorläufiges Übereinkommen über die strittigen Punkte erreicht sei. An diesem Hindernis scheiterte das vorgeschlagene Treffen, das den Krieg im Pazifik hätte abwenden können. Hull zeigte keinerlei Bereitschaft, Raum für ein Nehmen und Geben zu lassen, mithin den Verhandlungen bei einem solchen Treffen ein Ziel zu setzen. Die japanischen Vorschläge sind niemals ausdrücklich zurückgewiesen worden, aber als Folge dieser Haltung Hulls ließ man sie durch Nichtbeachtung absterben. Daß Konoye viel an dem Treffen gelegen und daß er bereit war, dafür ein erhebliches politisches und persönliches Risiko einzugehen — eine Reihe japanischer Staatsmänner waren wegen ihrer Opposition gegen die radikalen Militaristen ermordet worden —, geht deutlich aus Grews Berichten über die vorbereitenden Besprechungen in Tokio hervor, und Grew war ein erfahrener Berufsdiplomat mit abgewogenem Urteil, und sein Botschaftsrat E. Dooman beherrschte das Japanische in ungewöhnlicher Weise.

Am 6. September lud Konoye Grew und Dooman zu einem ganz vertraulichen Essen in das Haus eines japanischen Freundes ein.

[10] Ein Auszug aus dem Memoir erschien nach der Veröffentlichung in der Tokioter Zeitung Asahi in der New York Times von 23. 12. 1945.

Der Ministerpräsident, der von seinem Sekretär Uschiba begleitet war, erklärte sich bereit, Hulls vier Grundsätze anzunehmen, und sagte, der Kriegs- und der Marineminister hätten seinem Plan ihre volle Zustimmung erteilt. Zwei bevollmächtigte hohe Offiziere, ein General und ein Admiral, würden ihn begleiten, ebenso würden die stellvertretenden Chefs des General- und Admiralstabes teilnehmen, so daß auch die Wehrmacht auf die Annahme der Konferenzergebnisse festgelegt sein werde. Konoye betonte, daß der Zeitfaktor von besonderer Bedeutung sei; ob in sechs oder zwölf Monaten ein Übereinkommen noch möglich sein werde, könne er nicht garantieren. Jetzt aber sei er zuversichtlich. Als Grew zur Sprache brachte, daß japanische Erklärungen und japanische Taten in der Vergangenheit nicht immer übereingestimmt hätten, versicherte ihm der Ministerpräsident, daß Verpflichtungen, die er, Fürst Konoye, eingehe, mit unverantwortlichen früheren Zusicherungen nicht zu vergleichen seien. Er fügte hinzu, er werde gern weitere vertrauliche Zusammenkünfte mit Grew arrangieren, falls Präsident Roosevelt ihm persönlich und vertraulich bestimmte Anregungen zukommen lassen wolle. Er hoffe ernstlich, daß „im Hinblick auf die gegenwärtige innenpolitische Lage in Japan die Zusammenkunft mit dem Präsidenten so rasch wie möglich zustandegebracht werden könne."

Zwischen Toyoda und Grew, Uschiba und Dooman fanden weitere Besprechungen statt. Die dabei vom Außenminister vorgelegten Vorschläge entsprachen im wesentlichen denen, die Nomura im Frühjahr Washington unterbreitet hatte.

In einem ausführlich das Für und Wider abwägenden Bericht an das State Department vom 29. September setzte sich Grew nachdrücklich für eine Zusammenkunft des Präsidenten mit Fürst Konoye ein, der möglicherweise dabei noch weitergehende Zusicherungen abgeben werde. Die Vereinigten Staaten, sagte Grew, hätten jetzt die Chance, Japans Pläne ohne Krieg, ja ohne ein unmittelbares Kriegsrisiko aufzuhalten. Sollten aber die Vorbesprechungen in der Hoffnung, schon dabei präzise japanische Festlegungen zu erreichen, hinausgezögert werden, so würde eine ernste japanische Reaktion die Folge sein. „Die logische Folgerung werden der Sturz des Kabinettes Konoye und die Bildung einer Militärdiktatur sein, der es entweder an der Bereitschaft oder an Mäßigung fehlen wird, einen Zusammenprall mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden[11]."

[11] Joseph C. Grew, My Ten Years in Japan (New York, Simon & Schuster, 1942), pp. 456–62

Am 1. Oktober erfuhr Grew durch einen hochgestellten japanischen Freund, daß die politischen Kreise über Konoyes Absicht informiert seien und daß sein Vorhaben allgemein, selbst von den Militärs, gebilligt werde, weil aus wirtschaftlichen Gründen ein Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten notwendig sei. Der Botschafter trug in sein Tagebuch ein: „Wenn ein Ministerpräsident in diesem Lande der Überlieferung und Tradition sich über beides hinwegsetzt und sozusagen mit dem Hute in der Hand den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf amerikanischem Boden entgegenzutreten wünscht, so läßt sich daran die Entschlossenheit der japanischen Regierung ermessen, den großen Schaden wiedergutzumachen, der durch die Entfremdung unseres mächtigen und immer stärker aufgebrachten Landes verursacht wurde . . . Ein Kriegsschiff liegt unter Dampf, um Fürst Konoye nach Honolulu oder Alaska, oder welchen Ort der Präsident sonst bestimmen mag, zu bringen, und sein Stab höchster Beamter und Offiziere ist ausgewählt und wartet auf die Abfahrt."

Aber Hull war ungerührt und unbeweglich. Gelegentlich sprach er die Auffassung aus, die beste Aussicht, den Frieden zu wahren, liege darin, daß die Regierung Konoye an der Macht bleibe. Er weigerte sich jedoch, seinem Kabinett irgendeine diplomatische Ermutigung zuteil werden zu lassen. Am 16. Oktober trat Konoye zurück und wurde durch General Hideki Tojo abgelöst.

Von da an vollzogen sich die Ereignisse in rascherem Tempo. Die Handelsblockade Japans durch Amerika, England und Niederländisch-Indien begann zu wirken. Öffentliche Erklärungen führender Japaner und vertrauliche Mitteilungen, die dank der Entschlüsselung des Codes mitgelesen werden konnten, machten es in steigendem Maße klar, daß die Tage des Friedens gezählt waren und die Vereinigten Staaten zwischen einem Kompromiß und der großen Wahrscheinlichkeit eines Krieges wählen mußten. In den japanischen Geheimmitteilungen tauchten Andeutungen eines Stichtages auf. So hieß es in einer Botschaft Außenminister Schigenori Togos an Botschafter Nomura: „Verschiedene Umstände machen es absolut notwendig, daß alle Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Abkommens bis zum 25. dieses Monats (November) abgeschlossen sind. Es ist mir klar, daß dies eine schwierige Weisung bedeutet, aber sie ist unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Bitte verstehen Sie dies voll und ganz und packen Sie das Problem an, die japanisch-amerikanischen Beziehungen vor einem Sturz ins Chaos zu bewahren[12]." Mitte November wurde noch ein

[12] Hull, 1. c. II, p. 1056–57

zweiter japanischer Botschafter, Saburo Kurusu, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, nach Washington entsandt, für den der Transpazifik-Clipper in Hongkong angehalten worden war. Er traf am 17. November ein und wurde von Roosevelt und Hull empfangen. Man hat später die Vermutung geäußert, er sei im voraus über den gegen Pearl Harbor geplanten Schlag unterrichtet gewesen; wahrscheinlicher ist, daß seine Entsendung der japanischen Gepflogenheit entsprach, in Zeiten schwerer Krisen die Verantwortung auf mehrere Persönlichkeiten zu verteilen.

Nomuras Wunsch, den Krieg zu vermeiden, war fraglos echt, wie aus seinem — vom Geheimdienst entzifferten — Telegramm vom 19. November hervorgeht: „Nachdem wir unsere Kräfte erst durch den mandschurischen Zwischenfall, dann unmittelbar anschließend durch die vier Jahre des chinesischen Zwischenfalls erschöpft haben, ist dies kaum der rechte Zeitpunkt für das Abenteuer eines weiteren langwierigen Krieges großen Stils. Ich glaube, es wäre besser, einen vorläufigen ‚Waffenstillstand' im Geiste des ‚Gib und Nimm' zu schließen, und zwar als Vorspiel eines späteren umfassenderen Abkommens[13]." Tokio bot Nomura und Kurusu noch eine Verschiebung des Stichtages auf den 29. November an. Das Telegramm, das natürlich ebenfalls von den amerikanischen Stellen mitgelesen wurde, endete mit den ominösen Worten: „Dieses Mal bedeutet es, daß der Stichtag auf keinen Fall geändert werden kann. Danach werden die Dinge automatisch ihren Lauf nehmen."

Der Hintergrund dieser Andeutung war, daß am 25. November ein japanisches Geschwader unter Admiral Isoruku Yamamoto nach Pearl Harbor auslaufen sollte. Daher war also zuerst der 25. November genannt worden, während die Hinausschiebung offenbar darauf zurückging, daß die Schiffe vor irgendeiner Kriegshandlung noch rechtzeitig zurückbeordert werden konnten, falls während ihrer Fahrt nach Hawai ein Übereinkommen erzielt würde.

Die japanische Regierung hatte für die Besprechungen zwei Pläne ausgearbeitet, von denen der zweite, der Hull am 20. November von Nomura und Kurusu überreicht wurde, die äußersten Konzessionen enthielt: „Japan und die Vereinigten Staaten werden keinen Vorstoß mit bewaffneten Kräften in irgendein Gebiet Südostasiens und des südwestlichen Pazifiks unternehmen. Japan wird seine Truppen aus Indochina zurückziehen, wenn der Friede zwischen Japan und China wiederhergestellt oder ein gerechter Friede im Pazifik geschaffen ist. Japan und die Vereinigten Staaten werden

[13] Pearl Harbor, Intercepted Japanese Diplomatic Messages. Joint Congressional Committee, Exhibit I, p. 158.

zusammenarbeiten, um die Waren und die Rohstoffe in Niederländisch-Ostindien zu erwerben, deren beide Länder bedürfen. Japan und die Vereinigten Staaten werden ihre Handelsbeziehungen wieder auf den Stand vor der Sperrung der japanischen Guthaben in Amerika bringen, und die Vereinigten Staaten werden Japan eine bestimmte Menge Öl liefern. Die Vereinigten Staaten werden nichts unternehmen, was die Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Japan und China beeinträchtigen könnte."

Hull hatte für diese Vorschläge nichts übrig. Er hielt das Angebot einer Zurücknahme der Truppen aus Indochina nicht für eine ausreichende Gegenleistung für eine Aufhebung der amerikanischen Blockade. Er erwog allerdings ernstlich einen Gegenvorschlag, der auf einen dreimonatigen modus vivendi abzielte: es war das einzige Entgegenkommen, das sich die amerikanische Regierung während der langen Verhandlungen mit Japan 1941 ausgedacht zu haben scheint — und dieses Entgegenkommen wurde nicht ausgeführt. Eine undatierte handschriftliche Aufzeichnung Roosevelts scheint den Keim der modus-vivendi-Idee enthalten zu haben: „US: Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen . . . Etwas Öl und Reis jetzt, später mehr. Japan: keine weiteren Truppenentsendungen — US werden Japan mit China in Kontakt bringen, aber nicht an ihren Besprechungen teilnehmen."

Schatzkanzler Morgenthau, der seine Finger gern in jeden diplomatischen Kuchen hineinsteckte, ließ im Finanzministerium einen ins einzelne gehenden Plan für einen vorläufigen wirtschaftlichen Waffenstillstand ausarbeiten. Einige Bestimmungen dieses Entwurfs wurden später in einen Plan eingefügt, der schließlich nach Überarbeitung durch das State Department von Hull gutgeheißen wurde. Er sah vor, daß Amerika und Japan sich gegenseitig zusichern sollten, keine aggressiven Schritte im Pazifik zu unternehmen, daß die Japaner sich aus Südindochina zurückziehen und ihre Kräfte in Nordindochina auf 25 000 Mann verringern sollten. Dafür sollte die Blockade gelockert, der japanische Export ganz und für den Import beschränkte Mengen von Baumwolle, Öl, Lebensmitteln und Medikamenten freigegeben werden. Niemand kann sagen, ob der Einfluß der gemäßigten Elemente in Japan stark genug gewesen wäre, um gestützt auf diese begrenzten amerikanischen Zugeständnisse den geplanten Angriff aufzuhalten. Aber die Frage ist müßig; denn das Angebot wurde überhaupt nicht gemacht. Hull ließ es unter dem Druck Chinas und Englands fallen.

Eden und Churchill, Tschiang Kai-schek und sein Schwager T. V. Soong sowie Owen Lattimore, der amerikanische Berater Tschiang

Kai-scheks[14], sie alle waren eifrig tätig, um diesen Versuch eines Friedensschrittes zu vereiteln. Der modus vivendi war sehr vorsichtig skizziert worden, ohne mehr als ein Mindestmaß von Zugeständnissen zu bieten. Aber Eden sprach sich in einem Telegramm vom 25. November für schroffere Forderungen aus: Die Japaner müßten sich vollständig aus Indochina zurückziehen und ihre militärischen Aktionen in China ganz einstellen. Lattimore berichtete aus Tschungking, daß irgendein amerikanisch-japanischer modus vivendi für den chinesischen Glauben an Amerika verhängnisvoll sein würde. Tschiang Kai-schek bezweifelte es — jedenfalls nach Lattimores Darstellung —, ob er weiter Herr der Lage bleiben könne, „wenn das Vertrauen des chinesischen Volkes zu Amerika durch Berichte untergraben wird, daß Japan sich durch einen diplomatischen Sieg seiner militärischen Niederlage entzieht."

Der Gedanke, Japan gewärtige eine militärische Niederlage auf Grund irgendeiner früheren, jetzigen oder künftigen Aktion Chinas war unrealistisch, um nicht zu sagen lächerlich. Aber in der erhitzten Atmosphäre jener Zeit war er gute Propaganda. Hull erklärte später, „Tschiang Kai-schek habe zahlreiche hysterische Telegramme an Kabinettsmitglieder und hohe Regierungsbeamte außerhalb des State Department geschickt".

Schließlich schaltete sich auch Churchill mit einer persönlichen Botschaft an Roosevelt ein, die am 26. November eintraf: „Natürlich ist die ganze Sache Ihre Angelegenheit, und wir wünschen sicher keinen zusätzlichen Krieg. Aber ein Punkt beunruhigt uns: Wie steht es mit Tschiang? Ist er nicht auf etwas schmale Rationen gesetzt? Unsere Sorge gilt China. Bricht es zusammen, so wird unsere gemeinsame Gefahr enorm wachsen. Wir sind sicher, daß die amerikanische Rücksicht auf die chinesische Sache Ihr Handeln bestimmen wird. Nach unserer Meinung sind die Japaner alles andere als selbstsicher."

Unter diesem Trommelfeuer der Kritik von außen schwand Hulls Impuls zu einem „Waffenstillstands"-Angebot dahin. „Hull sagte

[14] Owen Lattimore, Professor an der John-Hopkins-Universität, hatte sich durch Arbeiten über fernöstliche Probleme einen Namen gemacht. Er hat eine wesentliche und bis heute trotz zahlreicher Untersuchungen ungeklärte Rolle als Befürworter eines Druckes auf Tschiang Kai-schek zugunsten einer Verständigung mit Mao Tse-tung und als Propagandist der chinesischen Kommunisten gespielt, so daß auch die Motive seines damaligen Eintretens gegen eine Verständigung zwischen Tschiang Kai-schek und den Japanern suspekt sind. Siehe dazu insbesondere das Kapitel „Der Fall Owen Lattimore" in „Drama China" von Freda Utley (München, Pohl & Co., 1951), deutsche Ausgabe von The China Story (Chicago, Regnery, 1951), S. 169 ff. E. H.

mir heute früh am Telefon", schreibt Stimson unter dem 26. November in seinem Tagebuch, „daß er sich entschlossen habe, die von Knox und mir akzeptierten Vorschläge nicht an die Japaner weiterzugeben, sondern die ganze Sache über den Haufen zu werfen und den Japanern zu sagen, er habe keinerlei Vorschläge zu machen."

Am Vortage hatte im Weißen Haus eine wichtige Beratung mit Roosevelt stattgefunden, bei der Hull, Stimson, Knox, Marshall und Stark zugegen waren. In welchem Geist, das zeigt Stimsons Tagebucheintrag: „Die Frage war, wie wir die Japaner dahin manövrieren sollten, den ersten Schuß abzugeben, ohne daß wir selbst zu große Gefahr liefen."

Dieser Satz bietet vielleicht den Schlüssel zu dem Geheimnis, warum nicht nur der modus vivendi-Vorschlag aufgegeben, sondern auch nicht einmal die normalen Vorsichtsmaßnahmen in Pearl Harbor ergriffen wurden. Außenminister Hull wirkte jedenfalls beträchtlich an der Erreichung des von Stimson angedeuteten Zieles mit, als er nach Preisgabe seines Kompromißvorschlages den japanischen Botschaftern am 26. November ein Zehnpunkte-Memorandum übergab, das praktisch auf die Forderung einer „bedingungslosen Kapitulation" hinauslief. Japan, so stand darin, sollte seine Truppen nicht nur aus Indochina, sondern auch aus China zurückziehen. Es sollte die Regierung Wang Tsching-wei fallen lassen und fortan die Nationalregierung unterstützen. Weiter wurde ein Nichtangriffspakt aller vornehmlich am Pazifik interessierten Mächte vorgeschlagen. Nur unter diesen Bedingungen, die von Japan die Preisgabe alles dessen verlangten, was es während der vergangenen zehn Jahre auf dem asiatischen Festland gewonnen hatte, würden die Vereinigten Staaten einer Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zustimmen. Nachdem Botschafter Kurusu diese Vorschläge gelesen hatte, bemerkte er, die Regierung in Tokio werde nach ihrem Empfang wahrscheinlich zurücktreten.

In technischem Sinne bedeuteten Hulls Zehn Punkte kein „Ultimatum", denn es war ja keine Frist gesetzt und nicht gesagt, daß für Gegenvorschläge kein Raum sein würde. Berücksichtigt man aber die Umstände der Überreichung und ihren völlig kompromißlosen Charakter, so kann man dem Urteil des zur Untersuchung Pearl Harbors eingesetzten Army Board nur zustimmen, wenn es Hulls Schriftstück als „das Dokument" bezeichnet, „das den Knopf niederdrückte, der den Krieg auslöste".

Japan war bereits vier Monate zuvor dem stärksten, hart an den Rand des Krieges heranführenden Druck durch Verhängung der Wirtschaftsblockade ausgesetzt worden. Die Weigerung, diese

Blockade aufzuheben oder auch nur zu lockern, falls Japan nicht bedingungslos in allen strittigen Punkten kapituliere, mußte Krieg bedeuten. Das scheint auch Hull klar gewesen zu sein, denn er sagte Stimson am 27. November, er habe „die ganze Sache abgebrochen“. „Ich habe jetzt nichts mehr damit zu tun“, fuhr der Außenminister fort, „und die Sache ist in Ihren Händen und in denen von Knox — der Armee und der Marine.“ Es dürfte schwer sein, diese offenherzige Erklärung Hulls mit seiner späteren Behauptung in Einklang zu bringen: „Wir arbeiteten während der nächsten zwei Wochen — nach dem 22. November — verzweifelt und kämpften bis zum Letzten für Frieden und mindestens um Zeitgewinn[15].“

Der japanische Angriff auf Pearl Harbor war eine verheerende militärische Überraschung, aber es gab kein Element einer politischen Überraschung, beziehungsweise es hätte jedenfalls keines geben sollen. Nach dem 26. November hatten der Präsident, der Außenminister und die Wehrmachtschef jeden Grund, eine feindselige Aktion Japans irgendwo und jeden Augenblick zu erwarten. Abgesehen vom praktischen Abbruch der Verhandlungen hatten auch in den abgefangenen japanischen Telegrammen wiederholt Hinweise auf eine bevorstehende Aktion gestanden, und einige davon deuteten sogar sehr klar auf Pearl Harbor als mögliches Ziel. So hieß es in einer Mitteilung an japanische Agenten in Honolulu vom 29. November, dem „Stichtag“, von dem an „die Dinge automatisch ablaufen“ würden: „Wir haben Ihre Berichte über Schiffsbewegungen erhalten. Künftig sollen Sie auch berichten, wenn keine Bewegungen erfolgen.“ Noch deutlicher war ein Funkspruch vom 2. Dezember: „Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation ist es von äußerster Wichtigkeit, ob und welche Schlachtschiffe, Kreuzer und Flugzeugträger sich im Hafen befinden. Bemühen Sie sich bis zum äußersten, mir darüber Tag für Tag Meldungen zu schicken. Funken Sie auf jeden Fall, ob Beobachtungsballons über Pearl Harbor vorhanden sind oder nicht, beziehungsweise ob irgendwelche Anzeichen für ein Auflassen sprechen. Berichten Sie auch, ob die Kriegsschiffe mit Minenschutznetzen versehen sind[16].“

[15] Hull hat allerdings in seinen Erinnerungen abgestritten, daß er die von Stimson wiedergegebene Äußerung gemacht habe. Für Stimsons Darstellung spricht aber nicht nur die wirkliche Lage im November 1941, sondern auch die Tatsache, daß er den Satz Hulls am gleichen Tage niederschrieb, während Hull seine Erinnerungen erst nach Jahren zu Papier brachte und sicher ein Interesse daran hatte, sein Verhalten als so friedfertig wie möglich hinzustellen. W. H. Ch.

[16] George Morgenstern, Pearl Harbor (New York, Devin-Adair, 1947), p. 249

Dank der Entschlüsselung des japanischen Codes brauchte die amerikanische Regierung nicht lange auf eine authentische japanische Reaktion auf Hulls Zehn Punkte zu warten. Außenminister Togo teilte Nomuru und Kurusu am 28. November mit, die „Kaiserliche Regierung könne die unerwarteten, demütigenden und bedauerlichen amerikanischen Vorschläge keinesfalls als Ausgangspunkt für Verhandlungen benützen, so daß die Verhandlungen mit einem Bericht über die Auffassung der Kaiserlichen Regierung, den ich Ihnen in zwei oder drei Tagen zusenden werde, de facto abgebrochen sind. Das ist unvermeidlich. Ich wünsche jedoch nicht, daß Sie dies auch zum Ausdruck bringen. Sagen Sie den Amerikanern nur, daß Sie auf weitere Instruktionen warten."

Aus dieser Weisung konnte man vernünftigerweise nur den Schluß ziehen, daß Japan im geheimen einen Schlag vorbereitete, der nach außen mit dem Vorwand weiterer Verhandlungen getarnt werden sollte, und der Verdacht war sehr naheliegend, daß Hawai das Ziel dieses Schlages sein würde. Es bestand kein Grund, japanische Bewegungen an anderer Stelle zu verbergen. Die Anwesenheit japanischer Truppen in Indochina war in den diplomatischen Verhandlungen erwähnt worden. Bereits am 28. November wußte man in Washington, daß eine japanische Flotte als Geleit für einen Transport von 25 000 Mann mit unbekanntem Bestimmungsort an der chinesischen Küste nach Süden unterwegs war. Lediglich das Hauptziel der bevorstehenden Offensive, Pearl Harbor, wo die großen Schlachtschiffe der Pazifikflotte vor Anker lagen und Hunderte von Flugzeugen zusammengezogen waren, wurde von japanischer Seite nicht erwähnt. Ein wachsamer Nachrichtendienst müßte aus dieser Tatsache allein Verdacht geschöpft haben, besonders im Hinblick auf die japanische Vorliebe für Geheimhaltung und Überraschung.

Die Nachrichten, die Washington General Short und Admiral Kimmel übermittelte, brachten den vollen Ernst der Lage nicht zum Ausdruck. Mit keinem Wort wurde angeregt, Pearl Harbor in Kriegszustand zu versetzen, oder gesagt, daß ein Angriff unmittelbar bevorstehen könne. Am 27. November drahtete Generalstabschef Marshall vielmehr an General Short: „Die Verhandlungen mit Japan scheinen praktisch beendet und die Möglichkeiten minimal zu sein, daß die japanische Regierung zurückkommt und sich zur Fortsetzung erbietet. Die künftigen Aktionen Japans können nicht vorausgesagt werden, aber feindselige Aktionen sind in jedem Moment möglich. Wenn die Feindseligkeiten nicht — wiederhole: nicht — vermieden werden können, so wünschen die Vereinigten Staaten, daß Japan den ersten Schritt tut. Diese Politik soll nicht —

wiederhole: nicht — dahin ausgelegt werden, als ob Sie auf ein Verhalten beschränkt sein sollten, das Ihre erfolgreiche Verteidigung der Philippinen gefährden könnte. Sie werden angewiesen, vor feindseligen Aktionen Japans die von Ihnen für notwendig erachteten Aufklärungs- und anderen Maßnahmen zu ergreifen, jedoch sollen diese Maßnahmen nicht — wiederhole: nicht — so ausgeführt werden, daß sie die Zivilbevölkerung alarmieren oder ihren Zweck erkennen lassen." Eine ähnliche, etwas präzisere Warnung erging von der Admiralität an Admiral Kimmel und Admiral Hart auf den Philippinen; darin wurde jedoch eine japanische Wasser-Land-Operation gegen die Philippinen, Thailand, die Halbinsel Kra oder vielleicht Borneo als wahrscheinlich bezeichnet, alles Punkte, die weit von Hawai entfernt waren, das selbst nicht genannt wurde.

Marshalls Botschaft an Short wurde vom Armeeuntersuchungsausschuß scharf kritisiert: „Wäre eine unverklausulierte klare Kriegsbotschaft ergangen oder Alarmstufe 1 angeordnet worden, so hätte Hawai bereit sein können, dem Angriff mit seinen Kräften zu begegnen. Was tatsächlich geschah, war das Ergebnis eines Versagens an beiden Enden, in Washington und Hawai, die deshalb auch beide verantwortlich sind."

Short erhielt nach der Botschaft vom 27. November keine weiteren Informationen, sondern nur drei Mitteilungen am gleichen und folgenden Tage, die sich mit der Gefahr durch Sabotageakte befaßten. Als General Short einige Jahre später vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses seine Sache vertreten konnte, legte er folgendes Zeugnis ab: „Ich empfing aus der Botschaft vom 27. November den Eindruck, daß die Vermeidung des Krieges das Hauptanliegen sei, und daß man im Kriegsministerium nichts mehr als einen internationalen Zwischenfall fürchte, der sich in Hawai ereignen könnte und von Washington als offene Kriegshandlung betrachtet werden müßte . . . Seit der Voralarmbotschaft vom 18. Juni 1940 wurde die Wahrscheinlichkeit eines Angriffes auf Hawai überhaupt nicht wieder erwähnt. Prüft man die verschiedenen Wahrscheinlichkeitsausarbeitungen des militärischen Nachrichtendienstes, so wird man einen Angriff auf Hawai an keiner Stelle erwähnt finden. Die Botschaft enthielt keine Weisung, auf einen Luftangriff oder einen kombinierten See- und Luftangriff vorbereitet zu sein. ‚Feindselige Aktionen in jedem Augenblick' bedeutete für mich in Bezug auf Hawai, daß im Kriegsministerium Sabotage vorausgesagt wurde, die auch eine Form ‚feindseliger Aktionen' ist."

Daß Short und Kimmel nicht aus eigener Initiative aktive Verteidigungsmaßnahmen ergriffen, ist verständlich, da sie ausdrücklich angewiesen waren, alles zu vermeiden, was feindlichen Agenten auffallen könnte. Erstaunlich ist nur das Verhalten Washingtons, die Befehlshaber an Ort und Stelle dauernd über den Ernst der Lage im unklaren zu lassen. Es ist um so erstaunlicher, weil guter Grund für die Annahme vorhanden ist, daß im Marineministerium am 4. Dezember eine klare japanische Ankündigung entziffert wurde: Falls der Krieg mit den Vereinigten Staaten beschlossen sei, so würde in den täglichen Nachrichtensendungen des Tokioter Rundfunks in japanischer Sprache das Wort „Ostwindregen" eingefügt werden. Nach dem Zeugnis von Kapitän zur See L. F. Safford, dem Chef des Radiodienstes im Büro des Marinenachrichtenwesens im Marineministerium, tauchte dieses entscheidende Wort in einer für London bestimmten japanischen Sendung auf und wurde in Washington am Morgen des 4. Dezember aufgefangen. Saffords Aussage wurde zunächst von Kapitänleutnant und späterem Kapitän zur See Alvin D. Kramer bestätigt, dem höchsten Sprachenoffizier im Marinegeheimdienst, Abteilung Nachrichtenwesen. Vor dem Kongreßuntersuchungsausschuß widerrief er aber seine Aussage und erklärte schließlich die ganze Geschichte von der Windbotschaft für eine Erfindung. Es liegen aber Anzeichen dafür vor, daß von hoher Stelle auf ihn ein starker Druck ausgeübt wurde, die Windbotschaft als unglaubwürdig hinzustellen. Kriegsminister Stimson, der den Army-Board-Bericht über Pearl Harbor zunächst unterdrückte, hat von sich aus drei Untersuchungen angeordnet, und als eine Marinekommission sich ebenfalls mit Pearl Harbor beschäftigte, ordnete Minister James Forrestal eine weitere Untersuchung unter Admiral H. K. Hewitt an. Die aktivste Rolle spielte dabei Kapitänleutnant John Sonnett. Dieser Sonnett nun, so hat Safford ausgesagt, „versuchte, mich zum Widerruf meiner Aussage über die ‚Windbotschaft' zu veranlassen und mir zu suggerieren, ich sei offenbar einer Halluzination zum Opfer gefallen[17]." Safford ließ sich aber nicht irremachen. Er erklärte, ihm sei der Argwohn gekommen, daß eine Verschwörung am Werke sei, als er in den Marineakten die Meldung über die Windbotschaft nicht wiederfinden konnte. Auf die Frage des Rechtsberaters des Komitees, warum er glaube, daß irgend jemand die Botschaft habe vernichten wollen, antwortete er: „Weil es die unbeachtet gebliebene Kriegswarnung war." Auf die

[17] Joint Congressional Committee Investigating Pearl Harbor, 2. II. 1946.

weitere Frage, wieso die Nachricht denn nicht sofort ausgewertet worden sei, erwiderte er: „Diese Frage hat mich seit Jahren gequält. Ich kann sie nicht beantworten[18]."

Eine weitere Frage, auf die es keine klare Antwort gibt, ist die merkwürdige Fehleinschätzung des endgültigen Startsignals: des Textes der japanischen Antwort auf die Hull-Note vom 26. November. Anscheinend hatten die Japaner die Absicht, diese Antwort dem State Department gleichzeitig mit dem Angriff auf Pearl Harbor zu übermitteln; sie wußten ja nicht, daß ihre Telegramme von den Regierungsstellen in Washington dechiffriert werden konnten. So lagen die ersten dreizehn der insgesamt vierzehn Teilstücke der japanischen Antwort Kapitänleutnant Kramer im Marineministerium am frühen Abend des 6. Dezember vor: eine ausgesprochen ablehnende und in grobem Ton abgefaßte Botschaft. Hulls Zehn Punkte, so hieß es in Teil XIII, übergehen die Opfer, die Japan in den vier Jahren des Chinazwischenfalls gebracht habe, bedrohen die Existenz des Kaiserreiches selbst und setzen seine Ehre und sein Ansehen herab. Die japanische Regierung bedaure daher, sie, als Ganzes betrachtet, nicht als Grundlage für Verhandlungen annehmen zu können. Kramer hielt diese Mitteilung für so bedeutsam, daß er sie dem Präsidenten selbst zur Kenntnis brachte. Roosevelt las sie an seinem Schreibtisch, während Hopkins im Zimmer auf und ab ging. Dann reichte Roosevelt Hopkins das Blatt und meinte: „Das bedeutet Krieg." Hopkins bemerkte, es sei doch zu schade, daß die Amerikaner nicht den ersten Schlag führen und einen japanischen Überraschungsangriff abwehren könnten. „Nein", erwiderte Roosevelt, „das können wir nicht. Wir sind eine Demokratie. Wir sind ein friedfertiges Volk mit einer guten Conduite . . ." So friedfertig, daß der Präsident lieber den nach Ort und Zeit so gut wie sicher bekannten Angriff auf Pearl Harbor geschehen ließ, nachdem er der Marine im Atlantik den Befehl erteilt hatte, wegen der bloßen Möglichkeit von U-Boot-Angriffen „auf Sicht zu schießen . . ."

Als General Marshall und Admiral Stark vom Kongreßausschuß gefragt wurden, was sie am Abend des 6. Dezember 1941 getan hätten, konnte keiner von beiden klare Angaben machen. Anscheinend hatte der Sekretär des Generalstabs, der damalige Oberst und spätere Generalleutnant W. Bedell Smith, nicht versucht, seinem Chef, General Marshall, der sich in seinen Räumen in Fort Myer

[18] Morgenstern, 1. c., p. 219. – Das Buch enthält eine vorzügliche Zusammenfassung der wichtigsten durch die Kongreßuntersuchung zu Tage geförderten Punkte. W. H. Ch.

befand, die bedeutsame Information, die sich aus der japanischen Note ergab, zur Kenntnis zu bringen.

Am nächsten Morgen lag noch mehr Beweismaterial dafür vor, daß der Kriegsausbruch unmittelbar bevorstehe. Das vierzehnte Teilstück der japanischen Antwort erklärte expressis verbis „die Erreichung eines Abkommens durch weitere Verhandlungen als unmöglich", und die Botschafter wurden angewiesen, diese Note am 7. Dezember 13 Uhr zu übergeben. Damit war also nicht nur das Datum, sondern die Stunde genannt, zu der man den Beginn der Feindseligkeiten erwarten mochte. Ein aufgeweckter Kopf hätte sich leicht ausrechnen können, daß 13 Uhr in Washington Morgengrauen in Honolulu bedeutet, mithin den wahrscheinlichsten Zeitpunkt für einen Luftangriff.

Bemühungen, General Marshall am Morgen des 7. Dezember zu erreichen, schlugen fehl. Der General machte seinen Morgenritt. Er kam erst um 11 Uhr ins Kriegsministerium — zwei Stunden vor der japanischen Stunde X. Als er den Sinn des letzten Abschnittes der japanischen Note erkannte, beschloß er, Short in Hawai und MacArthur auf den Philippinen folgende Warnung zu schicken: „Die Japaner werden um 13 Uhr hiesiger Zeit eine ultimative Note überreichen und haben Befehl erhalten, unverzüglich ihren Code zu vernichten. Was die vorgeschriebene Stunde bedeuten mag, wissen wir nicht, aber seien Sie entsprechend auf der Hut. Geben Sie die Mitteilung auch an die Marinebefehlsstelle weiter. Marshall." Der Generalstabschef hatte ein Funktelefongerät zu seiner Verfügung, das jedes Gespräch ins Unverständliche verzerrt, während der Empfänger es mit Hilfe eines Entzerrers klar aufnehmen kann. Marshall hätte also Short auf diese Weise in wenigen Minuten erreichen können. Um die lange Reihe rätselhafter Fehler Washingtons noch um einen dramatischen Mißgriff zu vermehren — wenn es ein Mißgriff war — entschied sich Marshall dafür, seine verspätete letzte Warnung auf dem umständlicheren und langsameren Kabelweg zu schicken. Sie ging bei Short ein, als der Angriff vorüber war.

Wieder erhebt sich die Frage, ob das Versäumnis, trotz aller den Washingtoner Behörden verfügbaren ominösen Informationen für Pearl Harbor den höchsten Alarm anzuordnen, nur das Ergebnis eines Mangels an Voraussicht und Vorstellungsvermögen war, oder ob nicht vielmehr ein heimlicher Zweck dahintersteckte, wie er in dem von Stimson ausgesprochenen Wunsch zum Ausdruck kommt, die Japaner so in die Enge zu treiben, daß sie den ersten Schuß abfeuerten. Wäre in Hawai etwas von Bereitschaft zu sehen gewesen, so hätte der Angriff, dessen Erfolg vom Über-

raschungsmoment abhing, abgeschlagen oder doch auf den Umfang eines Zwischenfalles begrenzt werden können.

Das vorliegende Beweismaterial ist nicht schlüssig; man kann die bekannten Tatsachen sowohl als Nachlässigkeit wie als Vorsatz interpretieren. Sicher ist nur, daß die Japaner, obwohl sie in den von ihnen als geheim angesehenen, in Wirklichkeit jedoch entschlüsselbaren Nachrichten wiederholt ihre Karten aufgedeckt hatten, eine volle Überraschung und einen vollständigen militärischen Sieg mit dem Angriff erzielten, der am Morgen des 7. Dezember über Pearl Harbor hereinbrach. 2 500 amerikanische Soldaten und Angehörige der Marine wurden getötet; 8 Schlachtschiffe, 3 Kreuzer und 3 Zerstörer wurden versenkt oder schwer beschädigt bei einem japanischen Verlust von 29 Flugzeugen, 5 Zwerg- und 1 normalen U-Boot.

Auf der japanischen Botschaft wurde die Note sehr langsam dechiffriert, so daß die Botschafter Hull erst um 14 Uhr aufsuchten. Zu dieser Zeit kannte der Außenminister nicht nur den Inhalt der Note, er war auch bereits von Roosevelt unterrichtet worden, daß nach noch unbestätigten Meldungen ein Angriff auf Pearl Harbor erfolgt war. Natürlich war der Empfang kurz und eisig. Nachdem Hull so getan hatte, als läse er die Note, schaute er Nomura streng an und sagte: „In allen meinen Unterredungen mit Ihnen während der letzten neun Monate habe ich niemals ein unwahres Wort gesprochen. Das bestätigen die Protokolle. In den fünfzig langen Jahren meines öffentlichen Dienstes habe ich niemals ein Dokument gesehen, das mehr mit schändlichen Fälschungen und Verdrehungen überladen gewesen wäre — schändlichen Fälschungen und Verdrehungen eines so ungeheuren Ausmaßes, daß ich bis heute nicht geglaubt habe, irgendeine Regierung auf diesem Planeten könne dazu fähig sein."

Vom japanischen Standpunkt aus war Pearl Harbor nach dem Wort Talleyrands über die Erschießung des Herzogs von Enghien „plus qu'un crime: c'est une faute". Es war ein schwerer Mißgriff, denn Japan stürzte sich damit in einen Krieg, der gegen einen in Technik und an industrieller Kapazität enorm überlegenen Gegner nicht gewonnen werden konnte, zumal dieser Gegner in seinen Rüstungszentren für japanische Angriffe unerreichbar war. Politisch hätten die Japaner klüger gehandelt, wenn sie an den Philippinen vorbei gegen die holländischen und englischen Besitzungen vorgegangen wären. Amerika würde wahrscheinlich in jedem Falle in den Krieg eingetreten sein, aber die öffentliche Meinung wäre geteilt gewesen! Die japanischen Generale und Admirale hatten aber nur gelernt, in strategischen Begriffen zu

denken, und die Aussicht, die amerikanische Pazifikflotte in einer überraschenden Blitzaktion lahm zu schlagen, war für sie eine unwiderstehliche Versuchung. Vielleicht wird eine spätere Untersuchung ergeben — oder den Verdacht widerlegen —, daß diese Aussicht ihnen absichtlich recht deutlich vor Augen geführt wurde.

Das Grundproblem des Krieges war der Zusammenprall der japanischen Bestrebungen auf dem asiatischen Festland mit Amerikas Entschlossenheit, die Sache Chinas zu seiner eigenen zu machen. Es liegt kein Beweis dafür vor, daß die japanischen Militärs auch nur in ihren wildesten Träumen an eine Invasion des amerikanischen Kontinents gedacht hätten. Auch die Philippinen hätten einen Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht gelohnt.

Roosevelt und Stimson, zwei Männer also, die es wissen mußten, bezeugen, daß der Krieg um Chinas willen geführt wurde. So sagte der Präsident auf einem Essen der Außenpolitischen Vereinigung im Jahre 1944: „Wir hätten einen Kompromiß mit Japan schließen, um einen Platz in einem von Japan beherrschten Asien schachern können, indem wir das Herzblut des chinesischen Volkes verkauften. Aber das zu tun, haben wir uns geweigert." „Hätten die Vereinigten Staaten", so schreibt Stimson in seinem Buch, „zu irgendeiner Zeit den Japanern freie Hand in China gelassen, es hätte keinen Krieg im Pazifik gegeben." Der Leser wird sich erinnern, daß die Japaner gar keine „freie Hand" in China gefordert hatten.

Die Verhängung der Handelsblockade gegen Japan im Juli 1941, die Nichtannahme des Vorschlages Konoyes für eine Begegnung mit Roosevelt, das Fallenlassen des Gedankens eines modus vivendi und Hulls kompromißlose Note vom 26. November: das sind alles Stufen, die zum Kriege führten. Diese Maßnahmen können allenfalls als Teil eines Kreuzzuges für China gerechtfertigt werden. Die Notwendigkeit und Weisheit dieses Kreuzzuges erscheinen freilich fragwürdig, um es milde zu sagen, wenn man an das wichtigste Ergebnis des Krieges im Fernen Osten denkt: das Erstehen eines kommunistischen und den Vereinigten Staaten feindseligen Chinas.

Trotz des Schocks einer schweren militärischen Niederlage begrüßten die führenden Persönlichkeiten der Regierung Roosevelt die Nachricht von Pearl Harbor mit Erleichterung, wenn nicht sogar mit Freude. Die Japaner hatten die Regierung aus der peinlichen Situation befreit, in der sie sich während der letzten Monate des Jahres 1941 befunden hatte.

Jeder Schritt, der — und auch das nur mit einem Höchstmaß von Unaufrichtigkeit — als „short of war" bezeichnet werden konnte,

war im Atlantik getan worden. Die Macht der Deutschen aber war ungebrochen. Churchill verlangte laut nach mehr Hilfe — und der Kongreß scheute vor Maßnahmen zurück, die weit weniger ernst waren als eine Kriegserklärung. Am 7. Dezember schrieb Stimson in sein Tagebuch: „Als die erste Meldung kam, daß die Japaner uns angegriffen hatten, war mein erstes Empfinden ein Gefühl der Erleichterung, daß die Unentschiedenheit vorüber und die Krise so eingetreten war, daß sie die ganze Bevölkerung einen würde." Roosevelt scheint dieses Gefühl der Erleichterung geteilt zu haben. Der Generalpostmeister Walker machte nach der Kabinettssitzung am Abend des 7. Dezember zu Mrs. Frances Perkins die Bemerkung: „Ich glaube, der Boß empfindet eine größere Erleichterung, als er seit Wochen gehabt hat." Eleanor Roosevelt schilderte den Pearl-Harbor-Tag in einem Artikel im New York Times Magazine vom 8. Oktober 1944 als „gleich den Entscheidungstagen, die später folgen sollten. Wir hockten vor dem Radio und warteten auf weitere Einzelheiten. Aber sie waren für uns nicht der Schock, wie für das ganze Land. Wir hatten etwas Derartiges seit langem erwartet."

Von Übersee wurde Roosevelt aus ganzem Herzen und laut Anerkennung für seine Geschicklichkeit gezollt, die Japaner „in die Position manövriert zu haben, den ersten Schuß abzufeuern". Begeistert rief Winston Churchill am 15. Februar 1942 im Unterhaus aus: „Wenn ich die Macht der Vereinigten Staaten und ihre ungeheuren Hilfsmittel überblicke und zusammenrechne und daran denke, daß sie jetzt mit uns darin sind, mit dem British Commonwealth of Nations, alle zusammen, wie lange es auch bis zu Sieg oder Tod dauern mag, dann glaube ich, es gibt keine andere Tatsache in der ganzen Welt, die damit zu vergleichen wäre. Das ist es, wovon ich geträumt, was ich erstrebt und wofür ich gearbeitet habe — jetzt ist es Wirklichkeit geworden."

Und Oliver Littleton, ein Mitglied des britischen Kriegskabinetts, sagte am 20. Juni 1944 vor der Amerikanischen Handelskammer in London: „Amerika hat Japan so weit provoziert, daß die Japaner gezwungen waren, Pearl Harbor anzugreifen. Es wäre eine Geschichtsklitterung zu sagen, daß Amerika in den Krieg hineingezwungen wurde[20]."

[20] Londoner Meldung der Associated Press, abgedruckt u. a. in Chicago Tribune, 21. 7. 1944.

DIE KOALITION DER GROSSEN DREI

Dem Angriff auf Pearl Harbor folgten die Kriegserklärungen Deutschlands, Italiens und der Achsensatelliten auf dem Fuß.

Die japanische Regierung forderte Deutschland und Italien am 3. Dezember auf, ihren Verpflichtungen aus dem Dreimächtevertrag nachzukommen. Hitler, der so viele Versprechen gebrochen hatte, mochte die Vertragstreue diesmal als Prestigefrage ansehen oder als Revanche für den unerklärten Seekrieg im Atlantik. Der italienische Außenminister Graf Ciano war klug genug, den bevorstehenden Angriff auf Pearl Harbor richtig einzuschätzen, nachdem der japanische Botschafter Mussolini über die Absicht seiner Regierung unterrichtet hatte. „Roosevelt hat mit seinem Manöver Erfolg gehabt", schrieb er am 3. Dezember in sein Tagebuch; „da er nicht sofort und direkt in den Krieg eintreten konnte, ist er auf einem Umweg eingetreten, indem er sich von Japan angreifen ließ[1]."

Ein Verzicht auf die Kriegserklärung wäre ein kluger Zug Hitlers gewesen. Die amerikanische öffentliche Meinung hätte dann einen starken Druck zugunsten einer Konzentrierung der Kriegführung auf den Pazifik ausgeübt. Die deutsche und italienische Kriegserklärung aber gaben der Regierung Roosevelt völlig freie Hand, die Hauptanstrengung – im Sinne der Anfang 1941 von amerikanischen und englischen Generalstabsoffizieren ausgearbeiteten Pläne – gegen Deutschland zu richten.

Die politische wie die militärische Führung dieses Weltkreuzzuges gegen die Achsenmächte lag in den Händen von drei Männern: Franklin Delano Roosevelt, Winston Spencer Churchill und Joseph Wissarionowitsch Dugaschwili, genannt Stalin. Man sprach zwar gern von einem „Volkskrieg"; in Wirklichkeit aber faßten die drei Führer der stärksten Mächte der Vereinten Nationen ihre Beschlüsse ganz im geheimen und unter möglichster Ausschaltung einer Kontrolle und eines Einflusses der Öffentlichkeit. Von den beiden Konferenzen der Großen Drei in Teheran und Jalta darf man in Abwandlung eines Churchillwortes wohl sagen, daß „selten so viel von so wenigen einer so großen Zahl von Menschen verheimlicht wurde".

Unter den Dreien war Stalin der am klarsten Denkende und der in seinen politischen Zielen Beständigste. Er hatte auch am meisten

[1] Galeazzo Ciano, Diario, Vol. II (Milano, Rizzoli, 1946), p. 93

Grund zur Genugtuung über das politische Bild der Welt, als die Feindseligkeiten endeten. Stalin verfolgte zwei Hauptziele: die Verwirklichung gewisser überkommener imperialistischer Ziele des zaristischen Rußland in Osteuropa und Ostasien und die Schaffung weltweiter Voraussetzungen für die kommunistische Revolution. Es ist ja nicht wahr, wie gelegentlich behauptet wird, daß Stalin lediglich am Schutze der national-russischen Interessen gelegen sei und daß der Traum einer Eroberung der Welt, einer kommunistischen Weltrevolution, mit Trotzkis Tod erloschen sei[2]. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Stalin und Trotzki in diesem Punkte bezogen sich lediglich auf den Zeitpunkt und die Taktik, nicht auf die große Strategie. Der doktrinär-marxistische Revolutionär Trotzki wünschte von Sowjetrußland als Basis aus die kommunistische Revolution überall in der Welt zu unterstützen. Er war überzeugt, daß die russische Revolution in sich zusammenfallen oder fehlschlagen würde, wenn sie nicht durch kommunistische Erhebungen in industriell fortgeschritteneren Ländern unterstützt und vorangetrieben würde. Der realistische, zynische und opportunistische Stalin dagegen hielt es für notwendig, zunächst einen mächtigen und wehrtüchtigen Staat in Rußland aufzubauen, bevor man sich auf ausländische Abenteuer einlassen könne. Daher sein beständiges Drängen auf ein rasendes Tempo bei der Entwicklung der Kriegsindustrie unter den Fünfjahresplänen — ohne Rücksicht auf den Preis an Menschenleben und Leiden des russischen Volkes. Ein derartiger Staat würde bei der ersten günstigen Gelegenheit den schwächeren Nachbarn Rußlands sowjetisch dirigierte politische und wirtschaftliche Veränderungen aufzwingen können. Gleichzeitig hielt Stalin die kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands straff am Zügel; er betrachtete sie als nützliche freiwillige Propaganda- und Spionagezentren in Friedenszeiten und als wertvolle Zentren der Sabotage und des Landesverrates, wenn der Tag der sowjetischen Eroberung anbrechen würde. Der Glaube an die Notwendigkeit der Weltrevolution wird in Stalins Schriften immer wieder unterstrichen, insbesondere in seinem Buch über den Leninismus[3]. Häufig bezeich-

[2] Der deutsche Leser sei an dieser Stelle daran erinnert, daß William H. Chamberlin von 1922—1934 als Korrespondent großer amerikanischer Zeitungen in Moskau die sowjetische Politik aus der Nähe studiert hat. E. H.

[3] „Der Sieg des Sozialismus in einem Lande ist kein Ziel an sich; er muß als Mittel zur Beschleunigung des proletarischen Sieges in jedem anderen Lande betrachtet werden; denn der Sieg der Revolution in einem Lande – gegenwärtig in Rußland – ist nicht nur das Ergebnis der ungleichen Entwicklung und des fortschreitenden Verfalls des Imperialismus; er ist ebenso der Anfang und die Fortsetzung der Weltrevolution."

net Stalin den Krieg auch als „Generator der Revolution". Gelegentlich kann der Sowjetdiktator freilich auch sehr friedfertig zu „bourgeoisen" Besuchern sprechen, aber derartige Äußerungen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Kommunismus und Kapitalismus werden in Rußland selbst niemals soweit verbreitet wie die mehr orthodoxen militanten Äußerungen.

Dieser Sohn eines trunksüchtigen Flickschusters in einer abgelegenen asiatischen Kleinstadt war so durchtrieben, listig und berechnend wie nur die klügsten Jünger Talleyrands und Metternichs. Er lieferte sein diplomatisches Meisterstück, als er durch seinen Pakt mit Hitler den Krieg begünstigte, von dem er sich fernhalten zu können hoffte. Dieser verlockende Traum, zuzusehen, wie die kapitalistische Welt sich selbst in Stücke reißen würde, und dann die Bruchstücke einzusammeln, wurde durch Hitlers Angriff zerstört. Die ersten Kriegsmonate waren durch schwere Niederlagen der Roten Armee gekennzeichnet, die ebenso politische wie militärische Niederlagen waren[4]. Es gab Zeiten, in denen Stalin wohl das Gefühl haben mußte, die Existenz seines Regimes hänge in der Schwebe. Aber selbst als die Deutschen Moskau bedrohten und ein Drittel des europäischen Rußland besetzt hatten, war der Sowjetdiktator eifrig darauf bedacht, die Beute aus seinem Pakt mit Hitler zu bewahren. Als der Strom des Krieges endgültig im Winter 1942-43 mit dem russischen Sieg in Stalingrad und der Vertreibung der Achsenmächte aus Nordafrika stehenblieb, konnte Stalin den Marsch auf sein Ziel wieder aufnehmen: Ausdehnung der sowjetischen und kommunistischen Macht in Europa und Asien. Auf diesem Marsch empfing er eine große und wahrscheinlich unerwartete Hilfe durch die beständig von Präsident Roosevelt und seinem einflußreichsten Vertreter und Berater, Harry Hopkins, befolgte Politik. Eine feste angelsächsische Front, wie Churchill sie wünschte, würde der sowjetischen Expansion gewisse Grenzen gesetzt haben. Aber eine solche Front sollte erst einige Jahre nach Kriegsende errichtet werden.

Churchill war der Vorkämpfer der nationalen und imperialen Interessen Großbritanniens. Er machte kein Hehl aus seinem Wunsch, das britische Empire unversehrt zu erhalten. „Ich bin

[4] Die angebliche Einigkeit der Sowjetvölker in der Unterstützung des Sowjetregimes war eine Fiktion. Die Soldaten liefen in solchen Massen über, daß man eher von Desertion als Niederlage sprechen kann. Ja, trotz der stupiden Nazigrausamkeiten in den besetzten Gebieten gelang es den Deutschen, später mehrere hunderttausend Sowjetbürger für ihre Armeen anzuwerben. W. H. Ch.

nicht Seiner Majestät Prime Minister geworden", sagte er einmal, „um bei der Liquidation des britischen Empire den Vorsitz zu führen." Churchills Energie, seine geistige Spannkraft und physische Ausdauer waren erstaunlich. Aber er befand sich in der schwierigen Position, zwischen zwei mächtigeren Bundesgenossen eingeklemmt zu sein. Die Sowjetunion konnte weit größere Truppenmassen ins Feld schicken; die Vereinigten Staaten besaßen viel größere Reserven an Menschen, weit umfangreichere natürliche Hilfsquellen und eine höhere industrielle Leistungsfähigkeit. Churchill hatte nicht nur mit dem historischen Gegensatz russischer und englischer Interessen auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten zu rechnen, sondern auch mit Roosevelts Kühle und Argwohn in bezug auf gewisse Probleme, zum Beispiel in der indischen Frage.

Eine teils militärische, teils politische englisch-amerikanische Meinungsverschiedenheit hinsichtlich Zeit, Ziel und Methode der Invasion Europas zog sich lange Zeit hin. Churchill erinnerte sich nur zu gut der schweren Blutverluste, die England im ersten Weltkrieg zu ertragen gehabt hatte. Er wünschte den Vorstoß über den Kanal, den die amerikanischen Militärs lieber schon 1942 oder 1943 gesehen hätten, aufzuschieben. Der englische Premier war auch ein zäher Fürsprecher einer Balkaninvasion, die nach amerikanisch-militärischer Meinung eine unerwünschte Ablenkung auf einen Nebenkriegsschauplatz bedeutete. Gerade dieser Disput hatte auch seine politische Seite. Eine erfolgreiche englisch-amerikanische Besetzung der Balkanländer hätte die politische Waage in diesem Teile der Welt zugunsten des Westens und zuungunsten Rußlands beschwert. Zur Erleichterung Stalins widersetzten sich Marshall, Eisenhower und andere amerikanische Generäle, die in rein militärischen Begriffen dachten, dem Plan Churchills, der das Ausmaß der sowjetischen Eroberungen begrenzt haben würde. Churchill wurde in seiner Kriegsdiplomatie dadurch behindert, daß Roosevelt einen größeren Argwohn gegen englische als gegen russische Nachkriegspläne hatte. Elliott Roosevelt ist nicht der tiefgründigste und sicher nicht der verläßlichste politische Reporter; aber seine Berichte über Gespräche mit seinem Vater während des Krieges in Zeiten der Entspannung sind nicht ohne Wert und deuten auf einen beständigen Argwohn gegenüber Churchills Plänen — ohne ein entsprechendes Mißtrauen gegenüber Stalin. So sagte der Präsident, als man die Atlantikcharter unterzeichnete, zu seinem Sohn: „Amerika will England in diesem Kriege nicht einfach helfen, daß es die Kolonialvölker vergewaltigen kann", und bei einer anderen Gelegenheit: „Großbritannien hat die Atlantikcharter un-

terschrieben. Ich hoffe, die Engländer sind sich darüber klar, daß die Vereinigten Staaten sie dazu bringen wollen, sich auch daran zu halten[5]." Es liegt aber kein Bericht vor, daß Roosevelt jemals die Absicht geäußert hätte, auch Stalin „dazu zu bringen", sich bei der Behandlung Polens, Finnlands und der baltischen Staaten an die Atlantikcharter zu halten. Nach der Teheraner Konferenz soll Roosevelt vielmehr die Politik der Vereinigten Staaten „heute und morgen" als die eines „Mittlers" zwischen Rußland und England beschrieben haben. Der „dickste Brocken" sei gewesen, es Stalin klarzumachen, daß „die Vereinigten Staaten und England keinen gemeinsamen Block gegen die Sowjetunion bildeten[6]." In seiner Vorliebe für den alten Satz „Teile und herrsche" konnte Stalin sich gewiß nichts Besseres wünschen.

Churchill seinerseits versuchte in Teheran, ein befriedigendes Sonderabkommen mit Stalin zu erreichen, indem er die Initiative zur Zerstückelung Polens ergriff. Um Polen „Ersatz" für das Gebiet zu verschaffen, das er Stalin auszuliefern wünschte, setzte der Prime Minister seinen ganzen Einfluß für den Plan der Austreibung von Millionen Deutscher aus Ostdeutschland ein. Er nannte das im Unterhaus am 15. Dezember 1944 die „befriedigendste und dauerhafteste Methode": „Man muß reinen Tisch machen, und die Aussicht auf das Herausreißen einer Bevölkerung kann mich nicht aufregen, nicht einmal, wenn es sich um so große Umsiedlungen handelt, die unter modernen Verhältnissen weit eher möglich sind, als je zuvor." So wurde eine der unmenschlichsten und politisch dümmsten Entscheidungen einer vorläufigen Friedensregelung, die Vertreibung von Millionen Deutscher aus einem seit Jahrhunderten deutschen Gebiet, im voraus von Churchill gebilligt. Der Verrat an Polen, die Einwiligung in die Schaffung eines fürchterlichen Flüchtlingsproblems in Deutschland, die Unterstützung Titos in Jugoslawien, waren Teilstücke des Versuchs, einen annehmbaren Handel mit Stalin abzuschließen. Eine Zeitlang glaubte Churchill auch, dabei Erfolg gehabt zu haben. Voller Zuversicht erklärte er am 27. Oktober 1944 im Unterhaus, daß „die englischen Beziehungen zu Sowjetrußland niemals enger, intimer und herzlicher als jetzt" gewesen seien, nachdem er sich bereits am 27. November 1942 in einer Rundfunkansprache zu der hoffnungsvollen Voraussage verstiegen hatte, es werde „am Ratstisch weit mehr Kameradschaftsgeist herrschen, als einst unter den Siegern von Versailles".

[5] Elliott Roosevelt, As He Saw It (New York, Duell, Sloan & Pearce, 1946), pp. 25, 122
[6] E. Roosevelt, l. c., p. 206

Nachdem der Schaden aber angerichtet, die falschen Beschlüsse gefaßt und das unehrenhafte Abweichen von den Grundsätzen der Atlantikcharter hingenommen worden waren, erlebte Winston Churchill eine sehr gründliche Sinneswandlung. Im Vorwort zum ersten Band seiner Kriegserinnerungen, der im März 1948 geschrieben wurde, kann man das schlagende Eingeständnis finden: „Die menschliche Tragödie erreicht ihren Höhepunkt in der Tatsache, daß wir nach all den Anstrengungen und Opfern, die Hunderte von Millionen Menschen für den Sieg der gerechten Sache brachten, noch immer weder Frieden noch Sicherheit gefunden haben, sondern von schlimmeren Gefahren bedroht werden als es die überwundenen gewesen sind.“ Churchill ragt als einer der Führer unter denen hervor, die England und Amerika zur Teilnahme am zweiten Kreuzzug aufgerufen haben, aber der schärfste Kritiker hätte kaum ein vernichtenderes Urteil über sein Ergebnis fällen können. Der englische Staatsmann war noch düsterer gestimmt, als er im Oktober 1948 vor der Konservativen Partei erklärte, daß „zwischen dem heutigen Europa und der völligen Unterwerfung unter die kommunistische Tyrannei nichts anderes steht als die Atombombe im Besitze der Amerikaner“.

Roosevelts Rolle im Kriege tritt wegen des gewaltigen Übergewichts der militärischen Macht Amerikas noch stärker hervor. Aber es gab keine politische Zielsetzung, die der Stimme Amerikas am Ratstisch eine der amerikanischen militärischen Macht entsprechende Autorität verliehen hätte. Roosevelt trägt die volle und ungeteilte Verantwortung für die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik während des Krieges. Außenminister war der schon betagte und kränkliche Cordell Hull, der krankheitshalber im November 1944 demissionieren mußte; er hat nicht einmal an den Konferenzen der Großen Drei in Teheran und Jalta teilgenommen und sein Einfluß auf das dortige Geschehen war gering, wenn man überhaupt von Einfluß sprechen kann. Hulls Nachfolger Edward R. Stettinius war sicher einer der naivsten und auf außenpolitischem Gebiet unerfahrensten Männer, die je das State Department geleitet haben. Er kenne nicht einmal den Unterschied zwischen der Ukraine und einer Balalaika, hat ein spöttisch-witziger Kollege einmal von ihm gesagt. Es bedurfte einer großen Schar von Helfern, um Stettinius auf der Gründungsversammlung der UNO in San Franzisco davon abzuhalten, alles zu verpfuschen und sein Land lächerlich zu machen.

Auch Hull war ein höchst mittelmäßiger Diplomat, dem es an eigener Kenntnis fremder Länder und Sprachen gebrach. Ein sehr

befähigter Berufsdiplomat, der unter ihm im Amt war, beklagte sich einmal, daß man unmöglich von Hull erreichen könne, dringlichste Entscheidungen in vernünftiger Zeit zu treffen oder seine Botschafter über die Entwicklung der Regierungspolitik entsprechend auf dem laufenden zu halten. Aber dafür konnte er Anekdoten und Geschichten aus seiner Jugend als Farmer und Holzfäller im gebirgigen Westtennessee erzählen. Als Mensch mochte er eine anziehende Persönlichkeit sein, aber als Leiter der Außenpolitik legte er allzu großen Wert auf pompöse Plattheiten, die auszusprechen er als eine besondere staatsmännische Leistung betrachtete, was eine Dame der Washingtoner Gesellschaft veranlaßte, ihm den aufschlußreichen Spitznamen „der hinterwäldlerische Polonius" zu geben.

Aber auch wenn Hull und Stettinius bessere Diplomaten gewesen wären, Roosevelt hätte sich in seiner Machtliebe und Neigung zu Geheimniskrämerei die Fäden der Außenpolitik nicht von ihnen aus der Hand nehmen lassen. Die Ziele seiner höchst persönlichen Politik lassen sich kurz in folgenden Stichworten zusammenfassen: Beschwichtigung Stalins um jeden Preis, vollständige militärische, politische und wirtschaftliche Zerschmetterung Deutschlands und Japans, Weiterbildung der als Vereinte Nationen bezeichneten militärischen Koalition in eine zur Wahrung des Friedens befähigte Weltvereinigung, „Neue Ordnung" kolonialer Verhältnisse mit Treuhänderschaft an Stelle der früheren imperialistischen Herrschaft (von der er selbst aber nur vage Vorstellungen hatte), Nachkriegsanstrengungen zur Unterstützung und zum Wiederaufbau der „friedliebenden Nationen[7]", das heißt der Koalition der Vereinten Nationen mit großzügigster Inanspruchnahme amerikanischer Fonds.

Bewunderer Roosevelts werden vielleicht bestreiten, daß „appeasement" das treffende Wort für seine Rußlandpolitik sei: aber es steht ausdrücklich in Artikeln von Forrest Davis in der Saturday Evening Post (13./20. Mai 1944), die der Präsident vor der Veröffentlichung gelesen und gebilligt hatte, und es kehrt sinngemäß in einem Artikel des früheren Botschafters in Moskau und Paris, William C. Bullitt, in Life (Herbst 1948) wieder. Darin wird beschrieben, wie Roosevelt, beraten von Harry Hopkins, hoffte, Stalin vom Imperialismus abzubringen und zu einer demokrati-

[7] Mit blutiger Ironie wurde in Jalta beschlossen, daß lediglich solche Nationen, die Deutschland bis zu einem bestimmten Stichtag den Krieg erklärt hatten, als „friedliebend" anzusehen und mithin in die UNO aufnahmefähig sein sollten. W. H. Ch.

schen Zusammenarbeit zu bekehren, indem er Stalin ohne Einschränkung alles gab, was er für die Fortsetzung des Krieges verlangte und auf jegliche Gegenleistung verzichtete. Der Botschafter berichtet, er habe einmal auf Wunsch Roosevelts eine Denkschrift ausgearbeitet, in der alles zusammengetragen war, was für den Fehlschlag einer solchen Politik sprach. Sie hätten dieses Memorandum drei Stunden lang diskutiert, und dann hätte Roosevelt gesagt: „Bill, ich bestreite die von Ihnen angeführten Tatsachen nicht. Sie stimmen. Ich bestreite auch die Logik Ihrer Beweisführung nicht. Ich habe aber so eine Ahnung, daß Stalin nicht so ein Typ ist. Harry (Hopkins) sagt, er sei es nicht, und er wolle nichts anderes als Sicherheit für sein Land. Wenn ich ihm alles gebe, was ich ihm geben kann und von ihm nichts dafür verlange, dann — noblesse oblige — glaube ich, daß er keine Annexionen versuchen, sondern mit mir für eine Welt der Demokratie und des Friedens arbeiten wird."

Also auf eine bloße „Ahnung" hin, die sich auf die Aussage eines Mannes stützte, der von russischer Geschichte und kommunistischer Philosophie noch weniger verstand als er selbst, schlug Roosevelt einen Kurs ein, der in einem politischen Bankrott enden mußte. Im Hinblick auf die durchtriebene Innenpolitik Roosevelts ist seine Naivität und ausgesprochene Unkenntnis der Sowjetpolitik und Sowjetwirtschaft wahrlich überraschend. Das politische System der Sowjets hatte sich in Richtung einer wachsend unbeschränkten Diktatur bewegt; die Sowjetwirtschaft war zu einem System isolationistischer Autarkie geworden. Aber Präsident Roosevelt bemerkte nach seiner Rückkehr aus Teheran frohgemut zu Mrs. Frances Perkins: „Ich glaube wirklich, die Russen werden in der Ablehnung von Einflußsphären und in der Verständigung über Freihäfen in der ganzen Welt mit mir am gleichen Strange ziehen. Ich meine Häfen, die von allen Alliierten zu jeder Zeit frei benutzt werden können. Ich glaube, das wird die Antwort sein[8]."

Roosevelt erfand seine Politik, Stalin durch „Charme" zu Wohlgeneigtheit und gutem Benehmen zu bringen, unter engster Mitarbeit von Harry Hopkins, der während des Krieges nach dem Präsidenten der mächtigste Mann in Amerika war. Hopkins, ein früherer Sozialfürsorger mit einer Neigung zu Nachtleben und Rennwetten, war nie so glücklich, als wenn er von anderer Leute Geld leben oder es ausgeben konnte. Als Leiter der Works Progress Administration und später als Verteiler der Pacht-Leih-Hilfe hatte

[8] Frances Perkins, The Roosevelt I Knew (New York, Viking Press, 1946), p. 86

er hinreichend Gelegenheit, diese Passion zu befriedigen; Harold Ickes und selbst sein Freund Sherwood haben ihm dies bescheinigt. Hopkins spielte schon unter den Mitarbeitern des New Deal eine prominente Rolle, aber erst während des Krieges stieg er als Chefberater des Präsidenten und als sein Vertrauter zu einer einzigartigen Machtstellung auf. Sein Einfluß auf Roosevelt war wohl noch größer als der von Oberst House auf Wilson, schon allein wegen Roosevelts Krankheit, die ihn von einem Gefährten abhängig machte, der ihm in Zeiten der Entspannung Gesellschaft leistete. Diese Aufgabe hatte vorher Roosevelts Sekretärin Marguerite Le Hand erfüllt; ihr körperlicher Zusammenbruch wurde nach Meinung einer anderen Persönlichkeit aus Roosevelts engerer Umgebung zum Anfang der Rolle Hopkins' als oberster Hofgünstling. Hopkins war zum Essen ins Weiße Haus eingeladen, wurde krank — er litt unter chronischen Magenbeschwerden — und blieb. Im Weißen Haus zu leben, war aber für Hopkins „ein Opfer", wie Mrs. Roosevelt einmal in ihrem Artikel „My Day" bemerkte. Wer auf der schwindelerregenden Höhe der Macht und Verantwortung steht wie ein Präsident der Vereinigten Staaten in Kriegszeiten, wird verständlicherweise das Bedürfnis nach Entspannung in vertrauter Gesellschaft haben. Hopkins war dafür der richtige Mann. Seine Ergebenheit gegenüber Roosevelt war grenzenlos. Er wurde zum anderen Selbst des Präsidenten und vermochte Roosevelts Reaktion auf eine bestimmte Situation vorwegzunehmen, bevor dieser sich noch geäußert hatte. Gerade weil er kein bestimmtes Amt hatte, konnte er dem Präsidenten eine Menge Verantwortung abnehmen. Wenn Hopkins auch einer höheren Bildung ermangelte, so besaß er doch einen von Natur scharfsinnigen und kraftvollen Geist. Churchill, der sich so gut darauf verstand, eine Schmeichelei in gefälliger Form vorzubringen, schlug für Hopkins humorvoll den Titel Lord Root of the Matter, Lord Gründlichkeit, vor. Auch General Marshall und der Chef des englisch-amerikanischen Generalstabs, Sir John Dill, haben Hopkins' Leistungen bei der Überwindung bürokratischer Schwierigkeiten und seine Fähigkeit, bei wichtigen Konferenzen das Wesentliche herauszuarbeiten, bezeugt. Hopkins schonte sich selbst nicht; er unternahm Reisen und setzte sich Anstrengungen aus, die eine starke Belastung für seine schwächliche Konstitution bedeuteten. Aber stärker als diese Verdienste wiegen doch Hopkins' Mängel in seiner sehr hohen und verantwortlichen Stellung. Von Außenpolitik verstand er überhaupt nichts; nicht einmal sein Lobredner und Biograph Sherwood kann bei ihm ernsthafte Kenntnisse in Geschichte, Politik und Diplomatie entdecken.

Hopkins war kein Kommunist und kein fellow-traveler. Vielleicht hatte er gar keine bestimmte Anschauung von Politik und Wirtschaft — abgesehen von dem zugleich naiven und zynischen Glauben, daß Franklin D. Roosevelt mit Hilfe eines großzügigen Aufwandes öffentlicher Gelder im Amt gehalten werden sollte. Wenn es nicht wahr ist, so ist das Wort gewiß gut erfunden, das man Hopkins zuschreibt: „Wir werden immer neue Steuern ausschreiben, immer mehr Geld ausgeben und immer aufs neue wählen." Daß dies seine Arbeitsmaxime war, kann kaum bezweifelt werden.

Weder Roosevelt noch Hopkins waren gründliche, nachdenkliche Naturen, aber beide müssen doch wenigstens gelegentlich über die Lage Amerikas in der Nachkriegswelt nachgedacht haben. Dabei war aber offenbar die Vorstellung eines Stalin, der wieder seinem alten Stil eines Angreifers und bösgläubigen Politikers und seinem oft verkündeten Glauben an die Weltrevolution nachlebt, offenbar zu peinlich, um klar und realistisch ins Auge gefaßt zu werden: sie wurde verdrängt. Es war ein Fall von Politik des geringsten Widerstandes. Im übrigen hatte die ganze Grundstimmung des zweiten Kreuzzuges, vor allem die hartnäckige Forderung einer vollständigen Zerschmetterung Deutschlands und Japans, ja nur einen Sinn, wenn man davon ausging, daß Stalin sich als ein im Herzen friedliebender Demokrat erweisen werde.

Da Hopkins von Außenpolitik nichts verstand, war er verblüffend leichtgläubig. Stalin konnte ihm die krassesten Unwahrheiten auftischen, ohne einen Widerspruch oder auch nur ein Erstaunen hervorzurufen, weil Hopkins von den einschlägigen historischen Tatsachen keine Ahnung hatte. So erzählte Stalin ihm bei seinem letzten Besuch in Moskau im Sommer 1945, daß die Deutschen im Verlaufe von 25 Jahren zweimal über Polen in Rußland eingefallen seien, und zwar seien sie dazu in der Lage gewesen, weil man „Polen immer als einen Teil des cordon sanitaire um Sowjetrußland angesehen habe[9]."

Wie jedes Schulkind weiß, bestand zur Zeit des ersten Weltkrieges kein unabhängiger Staat Polen; der größte Teil des polnisch besiedelten Gebietes war ein Teil des Zarenreiches. Bei der zweiten deutschen Invasion 1941 war Polens Unabhängigkeit — als Ergebnis des Stalin-Hitler-Paktes — erneut vernichtet. Hopkins scheint aber diese phantasievolle Geschichte eines feindseligen Polens ohne Gegenfrage akzeptiert zu haben. Stalin erklärte anschließend, „die Sowjetunion habe nicht die Absicht, sich in Polens innere Angelegenheiten einzumischen", das sagte er, wohlverstanden, nachdem

[9] Roosevelt und Hopkins, p. 740

den Polen eine Regierung „made in Moscow“ aufgezwungen war, nach der treulosen Verhaftung polnischer Untergrundführer durch russische Soldaten, nach der Durchsetzung der polnischen Armee und Polizei mit russischen „Beratern“, nach der mit rücksichtslosem Terror durchgeführten Ausrottung unabhängiger nationalistischer polnischer Bewegungen. Wieder hat Hopkins diese offenkundige Lüge ohne Widerrede geschluckt und wahrscheinlich hat er sogar daran geglaubt.

Welche Sorge die „Busenfreundschaft“ zwischen Hopkins und Stalin, wie Roosevelt sich 1943 einmal ausdrückte, dem Chef der amerikanischen Militärmission in Moskau, General John R. Deane, bereitete, kann man in seinem Buch „Ein seltsames Bündnis“ nachlesen. Obwohl Deane, Botschafter Harriman und General Marshall übereinstimmend der Auffassung waren, daß Lieferungen von bestimmten, auch in den Vereinigten Staaten knappen Materialien, wie zum Beispiel Dieselmotoren, nur auf Empfehlung der Militärmission erfolgen sollten, kabelte Hopkins an Harriman, daß die Hilfe für Rußland nicht beschränkt werden dürfe. Da die Russen aber alle näheren Unterlagen über ihren Bedarf und über die Verwendung des Materials verweigerten, so sehr sie auch darum gebeten wurden, „waren wir gleichzeitig die Gebenden und die Bittsteller. Das ist weder würdig noch gut für das amerikanische Ansehen[10].“

Das erste Treffen der Großen Drei fand vom 26. November bis 1. Dezember 1943 in dem damals von Russen und Engländern besetzten Teheran statt. Englisch-amerikanische, englisch-russische und amerikanisch-russische Fühlungnahmen waren vorangegangen. Churchill kam nach Pearl Harbor im Dezember 1941 nach Amerika, und die schon ein dreiviertel Jahr vor dem japanischen Angriff erzielte geheime und informelle englisch-amerikanische Verständigung nahm damals konkrete Formen an, indem der gemeinsame Generalstab — drei Amerikaner, drei Engländer — eingesetzt wurde. Der sowjetische Außenkommissar Molotow besuchte Washington im Juni 1942; sein Hauptanliegen war die Schaffung einer zweiten Front auf dem europäischen Kontinent. Darüber wurde ein zweideutiges Kommuniqué ausgegeben: man habe „in Bezug auf die dringende Aufgabe der Schaffung einer zweiten Front in Europa 1942 volle Übereinstimmung erzielt“. Das wurde dann von den Sowjets als Verpflichtung ausgelegt, obwohl die unzureichende ame-

[10] John R. Deane, Ein seltsames Bündnis (Wien, Verlag Neue Welt, o. J.), p. 81 ff. (Originalausgabe — The Strange Alliance — 1946, New York, bei Viking Press).

rikanische und englische Vorbereitung eine Landung großen Stils in Frankreich im Jahre 1942 zu einem äußerst riskanten Unternehmen gemacht haben würde.

Man überließ es Churchill, bei seinem Moskauer Besuch im August Stalin schonend mitzuteilen, daß es 1942 in Europa keine zweite Front geben werde. Stalin war so erbost, daß er ausfallend wurde: wenn die englische Infanterie nur die Deutschen so bekämpfen würde, wie die Russen es getan hätten, so würde sie sich nicht vor ihnen fürchten. Churchill parierte geschickt: er verzeihe diese Bemerkung nur „auf Grund der Tapferkeit der russischen Truppen".

Sowohl Stimson wie Marshall waren für eine Invasion an der Kanalfront im Jahre 1943, die damals unter dem Tarnnamen Bolero bearbeitet wurde. Aber Churchill, der von diesem Plan nie sehr begeistert gewesen war, gewann Roosevelts Zustimmung zur Landung in Nordafrika im November 1942 und für den Plan, die Operationen 1943 auf das Mittelmeer zu beschränken.

Roosevelt, Churchill, der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King und andere führende amerikanische, englische und kanadische Militärs und Zivilisten trafen sich im August 1943 in Quebec. Auch Stalin war eingeladen worden, hatte aber abgelehnt; es war das vierte Mal, daß er eine Aufforderung Roosevelts zu einer persönlichen Begegnung ausschlug. Der Sowjetdiktator war anscheinend im Sommer 1943 schlechter Laune; er rief seine relativ westlich eingestellten Botschafter Litwinow und Maiski aus Washington und London ab und ersetzte sie durch die weniger prominenten, weniger mitteilsamen und eher finsteren Gromyko und Gusev. Das Jahr 1943 war auch voller Gerüchte über geheime sowjetisch-deutsche Friedensbesprechungen. Der amerikanische Geheimdienst meldete Verhandlungen zwischen deutschen und sowjetischen Vertretern Ende Juni in der Nähe von Stockholm, die anscheinend daran scheiterten, daß die Deutschen nicht bereit waren, die Ukraine bedingungslos zu räumen. Weiter wurden durch einen Mittelsmann namens Clauss in Stockholm an einen Beamten des Berliner Ostministeriums, Dr. Peter Kleist, im Juni und September Anregungen von sowjetischer Seite zu einer Zusammenkunft des Dr. Kleist erst mit dem Leiter der Europaabteilung des Außenkommissariats, Alexandrow, und dann sogar mit Vizeaußenminister Dekanossow, dem früheren Sowjetbotschafter in Berlin, weitergegeben. Wie Dr. Kleist berichtet, sind diese Anregungen nicht, beziehungsweise erst als es zu spät war, aufgegriffen worden, wobei im Falle Alexandrow Hitlers Argwohn, er sei Jude — was er nicht war —, und im Falle

Dekanossow der Verdacht eine Rolle spielte, Stalin wolle durch solche Verhandlungen lediglich Roosevelt und Churchill erschrecken[11].

Der japanischen Regierung war viel an einem sowjetisch-deutschen Sonderfrieden gelegen, damit die volle Macht der Achse gegen Amerika und Großbritannien eingesetzt werden könnte. Goebbels notiert in seinem Tagebuch unter dem 22. April 1943, die Japaner hätten sich stets mächtig angestrengt, um den Konflikt zwischen dem Reich und der Sowjetunion so oder so zu beenden. „Wenn dies auf irgendeine Weise möglich wäre, so würde der Krieg ein völlig anderes Gesicht annehmen, aber ich glaube natürlich nicht daran, daß in absehbarer Zukunft eine solche Möglichkeit entstehen wird[12]." Goebbels' Skepsis war gerechtfertigt, aber die Angst vor einem deutsch-sowjetischen Separatfrieden, für den sich übrigens auch Mussolini nachdrücklich und noch am Tage seines Sturzes in einem Gespräch mit dem neuen japanischen Botschafter einsetzte, scheint auf die angelsächsische Diplomatie gegenüber Stalin einen lähmenden Einfluß ausgeübt zu haben. Diese Furcht wurde anscheinend durch Andeutungen bestärkt, die von sowjetischer Seite von Zeit zu Zeit mit bestimmter Absicht gemacht wurden. So hat der sowjetische Geschäftsträger Gromyko am 16. September 1943 Hull informiert, Rußland habe ein Friedensvermittlungsangebot Japans zurückgewiesen[13]. Diese Mitteilung konnte man als einen verhüllten Hinweis auf mögliche Folgen einer englisch-amerikanischen Weigerung deuten, Stalin in Osteuropa freie Hand zu geben. Aber mit sehr viel mehr Grund konnte man einen Druck dieser Art als bloßen Bluff auffassen. Stalin hatte bei einem Zerfall der Kriegskoalition weit mehr zu verlieren als die Vereinigten Staaten. Aber der Bluff blieb offensichtlich nicht ohne Wirkung.

Hopkins brachte nach Quebec ein merkwürdiges und bezeichnendes Dokument mit, das „Rußlands Lage" behandelte und einem „sehr hohen Militär der Vereinigten Staaten" zugeschrieben wurde; wenn es nicht von General Marshall selbst verfaßt war, wie einige meinen, so war es höchstwahrscheinlich doch von ihm gebilligt. Die wichtigsten Absätze dieses Memorandums lauten:

„Rußland wird nach dem Kriege in Europa eine beherrschende Stellung einnehmen. Nach Deutschlands Zusammenbruch gibt es in Europa keine Macht, die sich Rußlands gewaltiger militärischer Kraft entgegenstellen könnte. Zwar ist Großbritannien im Begriff,

[11] P. Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945 (Bonn, Athenäum-Verlag, 1950), p. 244 ff., 265 ff.
[12] The Goebbels Diaries (New York, Doubleday, 1948), p. 340
[13] Hull II, p. 1263 f.

im Mittelmeer eine Position gegenüber Rußland aufzubauen, die sich für das Gleichgewicht der Mächte in Europa als nützlich erweisen mag, aber auch hier ist es fraglich, ob England sich gegen Rußland behaupten kann, wenn es nicht von anderer Seite unterstützt wird.

Die Schlußfolgerungen aus diesen Gedankengängen liegen auf der Hand. Da Rußland im Kriege den entscheidenden Faktor darstellt, muß es jeglichen Beistand erhalten, und alles muß aufgeboten werden, es zum Freunde zu gewinnen. Da es nach der Niederlage der Achse ohne Frage die Vorherrschaft in Europa haben wird, ist die Entwicklung und Aufrechterhaltung der freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland nur um so wichtiger.

Schließlich ist der wichtigste Faktor, den die Vereinigten Staaten hinsichtlich Rußlands zu beachten haben, die Durchführung des Krieges im Pazifik. Wenn Rußland sich mit uns gegen Japan verbündet, kann der Krieg in kürzerer Zeit und mit geringeren Opfern an Menschenleben und Material beendet werden, als wenn das Umgekehrte der Fall wäre. Sollte Rußland gegenüber dem Krieg im Pazifik eine unfreundliche oder ablehnende Haltung einnehmen, dann werden die Schwierigkeiten ins Unabsehbare wachsen und die Operationen können in einem Fehlschlag enden[14]."

Die politische Naivität dieses Urteils eines „sehr hohen Militärs" verschlägt einem den Atem. Die Sowjetunion sollte nicht nur die Erlaubnis erhalten, sondern dazu angespornt werden, über Europa jene totalitäre Herrschaft aufzurichten, die zu verhindern Amerika Krieg gegen Hitler führte! Weiter sollten alle Anstrengungen gemacht werden, um die Sowjetunion als Verbündeten im Fernen Osten zu gewinnen, ohne daß auch nur flüchtig die Wahrscheinlichkeit in Betracht gezogen wurde, eine sowjetische Beherrschung Ostasiens könnte für die amerikanischen Interessen nicht weniger schädlich sein als eine japanische. Wer immer dieses Gutachten ausgearbeitet hat, das — nach den Worten Sherwoods — „deshalb von so großer Bedeutung war, weil es die Politik umriß, die für die Konferenzen von Teheran und später von Jalta maßgebend wurde", er hat seinem Lande einen sehr schlechten, Stalin aber einen sehr guten Dienst erwiesen.

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands und der Sowjetunion trafen sich zum ersten Male im Oktober 1943 in Moskau. Bis dahin war Hull ein „Bollwerk" gegen eine Beschwichtigungspolitik gewesen und hatte zum Beispiel im Frühjahr 1942 ein britisches Manöver durchkreuzt, die sowjetische Forderung auf Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten zu akzeptieren.

[14] Sherwood, l. c., p. 612. — Das Dokument ist vom 10. 8. 1943 datiert

Nun machten Stalin und Molotow ganz außerordentliche Versuche, Hull in Moskau zu versöhnen, und als die Konferenz vorüber war, hatte der ehrwürdige alte Herr aus Tennessee den Schluß gezogen, die Sowjetführer wären schließlich doch nette Kerls. Sollte er vor der Abreise nach Moskau die Absicht gehabt haben, in der Polenfrage auf der Grundlage der Atlantikcharter eine klare Stellungnahme zu erzwingen, so war jedenfalls nichts mehr davon übrig geblieben. Daß Hull sich so wenig — oder gar nicht — für die praktische Durchführung der moralischen Grundsätze einsetzte, die er so gern im Munde führte, mochte auch mit seiner inneren Unsicherheit zusammenhängen, die ihn für jede Kritik überempfindlich machte. Nun hatten aber einige Linksblätter Hull in einem heftigen Feldzug als „antisowjetischen Reaktionär" hingestellt, und um diese Kritik gründlich zu widerlegen, wollte er zeigen, wie gut er mit den Sowjetführern auskomme. Stalin und Molotow scheinen ihn sehr rasch sehr richtig eingeschätzt zu haben. Sie spendeten dem alten Herrn lauten Beifall, als er ein „Standgericht mit Trommelwirbel" für Hitler, Mussolini, Tojo und ihre Erzkomplizen verlangte und forderte, alle „Kriegsanstifter" müßten gehenkt werden.

Stalin erstaunte und beglückte Hull durch die Versicherung, daß die Sowjetunion sich nach dem gemeinsamen Siege über Deutschland an der Niederringung Japans beteiligen werde. Nachdem Stalin sich von Hull verabschiedet hatte, kam er noch einmal zurück, um ihm erneut die Hand zu schütteln, eine Geste, die auf den Außenminister der Vereinigten Staaten einen großen Eindruck machte. „Ich dachte bei mir", hat er rückblickend geschrieben, „daß jeder Amerikaner mit Stalins Persönlichkeit und Anziehungskraft wohl auch in meinem eigenen Lande eine hohe öffentliche Stellung erreichen würde[15]."

Hull wiederholte in Moskau, wenn auch in bescheidenerem Maße, das Verhalten Wilsons in Paris. Er war von der Idee besessen, daß eine schicklich mit moralischen Prinzipien ausgeschmückte Organisation der Vereinten Nationen der Schlüssel zum Weltfrieden sei. Aber wie Wilson seine Vierzehn Punkte einen nach dem anderen auf dem Altar der Völkerbundsatzung aufopferte, so „verschrotteten" Hull und Roosevelt die Atlantikcharter und die Vier Freiheiten, um Stalin für den Beitritt zu einer UNO zu gewinnen. Das eine Opfer war so vergeblich wie das andere. Amerika ist der Genfer Liga niemals beigetreten, und die

[15] Hull, l. c., p. 1311

UNO hat den Vereinigten Staaten nicht mehr Sicherheit verschafft, als ihre militärische und industrielle Macht sie ihr verleiht.

Hull war, wie er selbst berichtet, „richtig freudig erregt" durch die Unterzeichnung der Moskauer Viermächteerklärung über die Errichtung einer internationalen Organisation aller „friedliebenden Staaten", die doch nur in ganz allgemeinen Phrasen gehalten war und keinerlei Hinweis auf die Behandlung Polens enthielt, die gleichsam die Säureprobe auf die sowjetische Bereitwilligkeit zur Einhaltung der Grundsätze der Atlantikcharter war.

Die Moskauer Konferenz war gewissermaßen die Bühnenprobe für die erste Zusammenkunft der Großen Drei in Teheran. Bevor sie stattfand, hielten Roosevelt und Churchill in Kairo mit Tschiang Kai-schek eine Konferenz über Fernostfragen ab, auf der weder wichtige noch bindende militärische Beschlüsse gefaßt wurden. Die Forderung auf „bedingungslose Kapitulation" wurde auch Japan gegenüber bekräftigt, und die Kriegsziele im Osten wurden wie folgt formuliert: „Japan sollen alle Inseln im Pazifik weggenommen werden, die es seit Beginn des ersten Weltkrieges sich angeeignet oder besetzt hat. Alle Gebiete, die Japan den Chinesen gestohlen hat, wie die Mandschurei, Formosa und die Fischerinseln, sollen der chinesischen Republik zurückgegeben werden. Japan wird auch aus allen anderen Gebieten vertrieben werden, die es durch Gewalt und aus Habgier an sich gebracht hat. Die drei Großmächte sind im Gedanken an die Versklavung der Koreaner auch entschlossen, dafür zu sorgen, daß Korea zu gegebener Zeit frei und unabhängig werden soll."

Es ist nicht bekannt, wem der fragwürdige Ruhm gebührt, dieses Dokument moralisierender Selbstgerechtigkeit verfaßt zu haben, das zusammen mit dem Schlagwort von der „bedingungslosen Kapitulation" und dem Morgenthauplan zu den unglückseligsten Elaboraten der Kreuzzugsdiplomatie gehört. Nicht nur Japan, auch andere Mächte, haben Gebiete mit Methoden erworben, die man, ohne ungerecht zu sein, als gewalttätig, habgierig und selbst räuberisch bezeichnen kann. Die japanische Aggression ist wie die Aggression europäischer Staaten und der Vereinigten Staaten, die zum Aufbau der Kolonialreiche, beziehungsweise zum Erwerb eines zuvor zu Mexiko gehörenden großen Gebietes führten, moralisch abstoßend. Es steckt eine selbstgefällige Heuchelei darin, wenn man den Fall Japan als besonders verwerflich und strafwürdig herausgreift. Japans wachsende Bevölkerung von heute schon achtzig Millionen Menschen auf einem Gebiet zusammenzupressen, das kleiner ist als Kalifornien, und sie vom asiatischen Festland auszuschließen,

hat sich vom Standpunkt der amerikanischen und englischen Interessen nicht gerade glücklich ausgewirkt, vor allem, wenn man es im Lichte der Vorgänge in China betrachtet.

Von Kairo flog Roosevelt nach Teheran, wo sein ersehntes Treffen mit dem immer ausweichenden Stalin am 28. November stattfand. Roosevelt hatte wegen des schwierigen Anflugs über die umgebenden Berge und aus konstitutionellen Gründen — der Präsident muß innerhalb von zehn Tagen zu den vom Kongreß beschlossenen Gesetzen Stellung nehmen — nicht so weit reisen wollen. Aber Stalin lehnte selbst den Kompromißvorschlag Basra ab, und wie üblich gab Roosevelt nach. Die Sowjetregierung hat bemerkenswerter Weise niemals die Initiative zu einer Kriegskonferenz mit den Alliierten ergriffen. Stalin war sich des psychologischen Vorteils zu gut bewußt, in außenpolitischen Dingen der Umworbene, nicht der Werbende zu sein, und wenigstens ein Amerikaner, der aufrichtige und einsichtige General Deane war es auch: „Nichts hat mich während des ganzen Krieges mehr erbittert", schreibt er, „als zu beobachten, wie der Präsident der Vereinigten Staaten vom Rollstuhl ins Auto, ins Schiff, an die Küste, schließlich ins Flugzeug gehoben wurde, und die halbe Welt umfahren mußte, weil sich sonst keine Möglichkeit eines Zusammentreffens mit Joseph Wissarionowitsch Stalin bot[16]."

Aber wie ein Spieler war auch Roosevelt der Versuchung ausgesetzt, seinen Einsatz dauernd zu verdoppeln. Teheran und die dortigen Zugeständnisse waren die natürliche Frucht einer Politik beständiger Angebote an den Kreml; Jalta mit seinen noch größeren Zugeständnissen folgte als logische Konsequenz.

Nach seiner Ankunft in der iranischen Hauptstadt nahm Roosevelt Stalins Einladung an, aus der amerikanischen Botschaft in eine Villa umzuziehen, die im Sowjetbereich lag. Als Begründung diente ein just im rechten Moment aufgedeckter Anschlag gegen den Präsidenten, über den man freilich niemals irgendwelche Einzelheiten erfuhr. Das Dienstpersonal in der Villa bestand aus auffällig-unauffälligen Agenten des sowjetischen Geheimdienstes, die nun Roosevelt in jedem Augenblick „beschatten" konnten.

Der Präsident fand sich sehr schnell in seine Rolle des gebefreudigen Gastes hinein. Bereits in seinem ersten Gespräch mit Stalin schlug er vor, daß der Sowjetunion nach dem Kriege aus amerikanischen und englischen Beständen Schiffe überlassen werden sollten; Stalin hatte nichts dagegen. Sämtliche großen Probleme auf dieser Konferenz wurden nach Stalins Wünschen behandelt. In

[16] Deane, l. c., p. 154

seinem Widerstand gegen Churchills Plan englisch-amerikanischer Operationen auf dem Balkan fand er in den amerikanischen Militärs Verbündete. Der „Plan Overlord“, die Invasion Frankreichs, wurde endgültig für Frühjahr oder Frühsommer 1944 angesetzt. Scharf wies Stalin zurück, was er — irrtümlich — als einen Versuch verstanden hatte, die Frage der Unabhängigkeit der baltischen Staaten aufzuwerfen, und er erfuhr, daß Churchill bereit war, bei seinem Plan der Annexion fast halb Polens mitzuwirken, und daß Roosevelt keine Einwendungen dagegen erheben werde.

Immer in seiner Rolle als gütiger Spender schlug Roosevelt vor, daß die Sowjetunion Zugang zu Dairen, dem wichtigsten Hafen der Mandschurei, haben sollte. Stalin tat so, als hege er einige Zweifel, da die Chinesen Einwendungen erheben würden. Aber Roosevelt war ganz sicher, daß die Chinesen dem Plane zustimmen würden, aus Dairen unter internationaler Garantie einen Freihafen zu machen, wie es dann in Jalta bestätigt und im sowjetisch-chinesischen Vertrag vom August 1945 schriftlich fixiert wurde. Aber seitdem sind Jahre vergangen und Dairen ist noch immer unter sowjetischer Kontrolle und alles andere als ein „Freihafen“.

Für den durchtriebenen und verschlagenen Stalin muß es eine grimmige Genugtuung gewesen sein, Roosevelt zuzusehen, wie er ihn mit rüden Scherzen auf Kosten Churchills in gute Laune zu bringen suchte. Als Roosevelt merkte, daß sein „Charme“ Stalins Zurückhaltung nicht so rasch auftaute, wie er gehofft hatte, ließ der Präsident auf einer der Konferenzen dem Generalissimus durch den Dolmetscher plump-vertraulich zuflüstern: „Winston ist heute morgen launisch; er ist mit dem verkehrten Bein aufgestanden.“ Der Präsident fuhr fort, Churchill aufzuziehen: mit seinem Britentum, mit John Bull, seinen Zigarren und Gewohnheiten. Der Prime Minister machte ein finsteres Gesicht und Stalin brach in ein herzhaftes Gelächter aus. Da glaubte Roosevelt, der Tag sei gewonnen: so besessen war er von dem Gedanken, daß Diplomatie eine Angelegenheit enger persönlicher Beziehungen sei. Eine äußerst peinliche Szene spielte sich bei dem Bankett am 29. November, am Vorabend von Churchills 70. Geburtstag, ab, als Stalin an Stelle von Kontrollmaßnahmen gegen Deutschland vorschlug, man solle die 50 000 Offiziere und Techniker, auf denen die ganze Kraft der gewaltigen Heere Hitlers beruhe, „alle zu Hauf treiben und zusammenschießen“. „Ich war tief empört“, schreibt Churchill. „Lieber wäre es mir gewesen, gab ich zurück, wenn man mich hier auf der Stelle in den Garten hinausführte und erschösse, als daß ich die Ehre meines Landes und meine eigene durch eine derartige Gemeinheit befleckte.“ Statt Churchill beizupflichten,

versuchte Roosevelt die Sache zu verharmlosen und schlug als „Kompromiß“ die Erschießung von 49 000 Deutschen vor. Er ließ es sogar zu, daß sein Sohn Elliott aufstand und erklärte, mit Marschall Stalins Plan „von Herzen einverstanden“ zu sein. Auf diese „anmaßende Zudringlichkeit“ hin ging Churchill vom Tische weg. Auch heute, so schreibt er in seinen Erinnerungen, sei er noch nicht davon überzeugt, daß Stalin, wie er beim Versöhnungsversuch behauptete, nur „einen Scherz“ gemacht habe.

In etwas ernsteren Momenten in Teheran wurde auch Jugoslawiens Schicksal entschieden. General D. Michailowitsch und seine Tschetnizi wurden fallengelassen; alle Hilfe sollte fortan Tito und seinen kommunistischen Partisanen zuteil werden. Genau wie im Falle Polens, nur noch etwas hastiger, wandten sich die amerikanische und die englische Regierung von ihren Freunden ab, um ihre Feinde zu unterstützen. Die Hauptverantwortung an diesem schweren Fehler trägt Churchill. Für ihn war ausschlaggebend, daß Tito und seine Leute „mehr Deutsche umbringen“ könnten als die Tschetnizi; was nach dem Kriege in Jugoslawien sein werde, kümmerte ihn nicht, wie sich aus der zynischen Bemerkung gegenüber dem englischen Verbindungsoffizier General Fitzroy Maclean ergibt, der ihn auf den rein kommunistischen Charakter Titos und seiner Bewegung aufmerksam machte. „Haben Sie die Absicht, sich nach dem Kriege in Jugoslawien niederzulassen?“, fragte er den General, und als dieser verneinte, setzte er hinzu: „Ich auch nicht.“ Versuche König Peters und des Ministerpräsidenten der Exilregierung, Dr. Puritsch, sich der Entlassung General Michailowitschs zu widersetzen, der als Kriegsminister dem Kabinett angehörte, wurden von Churchill mit der Drohung beantwortet, er werde Michailowitsch öffentlich der „Zusammenarbeit mit dem Feind“ anklagen und den König und seine Regierung dementsprechend behandeln. Ein beschwörender Brief König Peters an Roosevelt, Jugoslawien nicht „zum Selbstmord“ zu zwingen, wurde mit einer Handbewegung beiseitegeschoben. Obwohl Puritsch noch gar nicht zurückgetreten war, verkündete Churchill am 24. Mai 1944, daß der Kroate Dr. Schubaschitsch zum Ministerpräsidenten ernannt sei. Von diesen unsauberen Machenschaften hat niemand einen Vorteil gehabt. Peter verlor seinen Thron, Schubaschitsch die Freiheit, und Churchill sollte bald erfahren, daß England den letzten Rest seines Einflusses in Jugoslawien eingebüßt hatte. Daß Tito sich später mit Stalin überwarf, geschah sicherlich nicht aus „Dankbarkeit“ für die Unterstützung von seiten des Westens während des Krieges, und noch heute wäre es sehr kühn, das im Innern nach wie vor kom-

munistisch-totalitär regierte Jugoslawien dem Westen zurechnen zu wollen[17].

In der Behandlung Jugoslawiens und Polens schuf Teheran das „Muster" auch der künftigen Beschwichtigungspolitik gegenüber Stalin, die für die chaotischen Verhältnisse im Nachkriegseuropa und für die kommunistische Eroberung Chinas verantwortlich ist. Aber Roosevelt scheint mindestens bis zu den allerletzten Tagen vor seinem Tode nicht begriffen zu haben, was für eine Niederlage er erlitten hatte. War es ihm nicht gelungen, Stalin zu einem herzhaften Gelächter zu bringen? War Stalin also nicht doch „zugänglich" — getatable — „ungeachtet seiner Art, mit dem Knüppel zu winken, und seiner zynischen Haltung in Angelegenheiten wie etwa den Rechten der kleinen Nationen", wie Sherwood Roosevelts eigenen Ausdruck kommentiert[18]? Kaum war der Präsident nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, so verkündete er über den Rundfunk, daß er „mit Marschall Stalin blendend ausgekommen" sei, und daß man mit ihm und dem russischen Volk sicher auch weiter „gut, ja sehr gut" auskommen werde. Täuschte er sich selbst, oder wollte er auch andere täuschen, wenn er im gleichen Atemzuge hinzufügte: „Die Doktrin, daß der Starke den Schwachen beherrschen soll, ist die Lehre unserer Feinde und wir verwerfen sie"? Das Teheraner Kommuniqué war jedenfalls auf den gleichen munteren Optimismus abgestimmt: „Am Ende dieser herzlichen Konferenz sehen wir mit Vertrauen dem Tage entgegen, an dem alle Völker der Welt ein freies, von Tyrannei unbeflecktes Leben nach ihren verschiedenen Wünschen und gemäß ihrem eigenen Gewissen führen werden."

Die Polen, Jugoslawen, Litauer, Letten und Esten und andere Völker Osteuropas mochten wohl, abgesehen von den kleinen Gruppen der Kommunisten und Kommunistenfreunde, ihre Zweifel an diesen strahlenden Zusicherungen haben. Aber hinter den sorgfältig bewachten Türen der Teheraner Konferenzsäle hörte niemand

[17] Jugoslawiens Tragödie ist ausführlich in dem Buch von Botschafter Konstantin Fotitsch, The War We Lost (New York, Viking Press, 1948) geschildert. Auch Hamilton Fish Armstrong, der einstige amerikanische Militärattaché in Belgrad (1918—19) und Herausgeber der Zeitschrift Foreign Affairs kritisiert in seinem Buch „Tito and Goliath" (New York, Macmillan, 1951) das englisch-amerikanische Vorgehen gegenüber Michailowitsch und König Peter. Aus dem Buch „Die geheime Front" von Walter Hagen (Wien, Nibelungen-Verlag, 1950), das die Tätigkeit des deutschen Geheimdienstes in Südosteuropa behandelt, erfährt man im übrigen, daß nicht nur die Tschetnizi Kontakt mit den Deutschen und besonders mit den Italienern hatten, sondern daß auch Tito im Auftrage Stalins durch Ent-

[18] l. c., p. 652

ihre Stimme, als die Großen Drei sich an dem Gefühl berauschten, Schiedsrichter der Welt zu sein.

Auch Hull, der anscheinend noch immer den zweimaligen warmen Händedruck Stalins verspürte, verstieg sich auf einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus am 18. November 1943 zu der fast schon erheiternden Voraussage, daß nach dem Inkrafttreten der Viermächteerklärung kein Bedarf für „Einflußsphären, Bündnisse, Kräftegleichgewicht und andere Sonderabmachungen einer unglücklichen Vergangenheit" bestehen werde. Sehr bald mußte er erfahren, daß Churchill höchst energisch die englischen Interessen durch ein Abkommen mit Stalin über die beiderseitigen Einflußsphären zu sichern suchte.

Lord Halifax, der englische Botschafter in Washington, sondierte am 20. Mai im State Department, wie sich die amerikanische Regierung zu einem Abkommen stellen würde, das Rußland den beherrschenden Einfluß in Rumänien, England den beherrschenden Einfluß in Griechenland zuspräche[19]. Hull äußerte sich kritisch. Daraufhin drahtete Churchill direkt an Roosevelt die dringende Bitte um Zustimmung. Die englische Regierung hatte ein solches Abkommen schon früher vorgeschlagen, die Sowjetregierung aber, die sich grundsätzlich einverstanden erklärt hatte, wollte vor der Unterschrift die Haltung der Vereinigten Staaten kennenlernen. Nach zwei weiteren, immer dringlicher gehaltenen Telegrammen von Churchill, das letzte mit dem Vorschlag, das geplante Abkommen zunächst nur für eine Probezeit von drei Monaten zu schließen, stimmte Roosevelt endlich zu, ohne Hull auch nur davon zu unterrichten.

Churchill und Eden haben dann bei ihrem Moskauer Aufenthalt im Oktober 1944 die Abmachungen erweitert. Die amerikanischen Botschafter in Moskau und Ankara berichteten dem State Department, England und Rußland hätten sich darauf geeinigt, ihren Einfluß prozentual abzugrenzen: 75 oder 80 Prozent für Rußland in Bulgarien, Ungarn und Rumänien und 50:50 in Jugoslawien[20].

sendung seines Generals Velebit Fühlung mit dem deutschen General in Zagreb, General Glaise-Horstenau, suchte, als die Kommunisten eine angelsächsische Landung an der Adriaküste befürchteten. Nur wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Jugoslawien ein „Krieg im Kriege" geführt wurde, und daß der Haß zwischen Serben und Kroaten, Kommunisten und Nichtkommunisten stärker war als der Haß gegen den äußeren Feind, wird man auch die Anschuldigungen der „collaboration" richtig beurteilen können: Michailowitsch war kein „Verräter" an der Sache Jugoslawiens und seiner Freiheit. W. H. Ch. – E. H.

[19] Hull, l. c. II, p. 1450

[20] Hull, l. c. II, p. 1458

Es ist aber nie ernstlich versucht worden, diese papierene Mathematik auf die Wirklichkeit zu übertragen; die Sowjets hatten in allen südosteuropäischen Ländern den absoluten Einfluß, bis Tito sich 1948 gegen Moskau auflehnte. Churchill, der in jenem August 1944 so optimistische Erklärungen über die englisch-sowjetischen Beziehungen abgegeben hatte, sollte bald lernen, daß Abkommen über eine „Einflußteilung“ in kommunistisch regierten Ländern nicht den geringsten Wert haben.

Das Gewicht der Sowjets nahm im Vergleich zu dem der beiden anderen Hauptalliierten im Verlaufe des Jahres 1944 beständig zu. Die deutsche Ostfront brach zusammen. Die Rote Armee stieß bis zur Weichsel vor, um dort absichtlich stehen zu bleiben, während die Deutschen den polnischen Aufstand in Warschau niederschlugen. Rumänien und Bulgarien folgten der Balkantradition, von der verlierenden auf die siegende Seite hinüberzuwechseln. Rumänien wurde rasch von der vorrückenden Roten Armee besetzt, und was in Bulgarien geschah, war charakteristisch für das schnelle Vorgehen und die Initiative der Sowjets, die so sehr von den langsamen und ungeschickten Methoden der Westmächte abstachen. Beauftragte der bulgarischen Regierung verhandelten mit amerikanischen und englischen Vertretern in Kairo im August und September 1944. Statt nun aber schnell einen Waffenstillstand abzuschließen und eine englisch-amerikanische Besatzungsarmee nach Bulgarien zu schicken, zog man die Besprechungen in Kairo, über die Moskau pflichteifrig mit allen Einzelheiten unterrichtet wurde, in die Länge. Die Beschränkung der Verhandlungen auf die Vereinigten Staaten und England war ganz natürlich, da Bulgarien sich ja mit der Sowjetunion nicht im Kriege befand. Da jagte die Sowjetregierung am 8. September eine Kriegserklärung nach Sofia und ließ ihr im Blitztempo die Besatzungstruppen auf dem Fuß folgen, wobei englisch-amerikanische Truppen ausgeschlossen wurden. Blutige „Säuberungen“, die in gewissen Zeitabständen bis heute fortgesetzt wurden, liquidierten nicht nur die bulgarischen Konservativen, sondern auch die Liberalen, Sozialisten und nichtlinientreuen Kommunisten, bis das Land dem Sowjetbereich fest eingegliedert war. Missionen der Westmächte hatten lange zu warten, bis ihnen die Einreise nach Bulgarien gestattet wurde, und dann wurden sie mit wohlüberlegter und betonter Unhöflichkeit behandelt.

Unterdes ergossen sich die Sowjetarmeen westwärts, nicht zuletzt dank der steigenden Versorgung mit amerikanischen Lastkraftwagen, Telefongerät, Konserven und anderem Pacht-Leihmaterial. Mord, Vergewaltigung und Plünderung kennzeichneten ihre Spur. Sie schnitten aus der Landkarte Europas ein mächtigeres

Reich für Stalin heraus, als je ein Zar es beherrscht hatte. Der rote Stern stieg flammend empor, als das zweite Treffen der Großen Drei – sehr passend – auf sowjetischem Boden im Krimkurort Jalta stattfand.

DAS MÜNCHEN GENANNT JALTA: KRIEGSENDE

Die zweite Konferenz der Großen Drei im Februar 1945 in Jalta stellte den Höhepunkt der diplomatisch-politischen Erfolge der Sowjets und dementsprechend den Tiefpunkt der amerikanischen Politik dar, die eine Politik des appeasement war. Die Konferenz fand unter Umständen statt, die für die Westmächte sehr ungünstig waren. Roosevelts geistige und physische Verfassung hatte Stimson bereits zur Zeit der Annahme des Morgenthauplanes beunruhigt; sie hatte sich unter den Anstrengungen der Wahlkampagne und der langen Reise in die Krim gewiß nicht verbessert. Es gibt bisher keine autoritative und unbeeinflußte Darstellung der Gesundheit des Präsidenten während des Krieges; aber es liegen eine Reihe verläßlicher Zeugnisse über eine ernste Verschlechterung besonders während seines letzten Lebensjahres vor, in dem gerade die allerwichtigsten Entscheidungen von moralischer und politischer Bedeutung getroffen werden mußten. Unter den Symptomen gesundheitlichen Verfalls sind die Anfälligkeit für Erkältungen, von denen er sich nur schwer erholte, die zunehmende Hagerkeit seiner Gesichtszüge, gelegentlicher Gedächtnisschwund und der Mangel an geistiger Konzentrationsfähigkeit zu nennen. Eine sehr hochgestellte Persönlichkeit, deren Namen auf Wunsch verschwiegen wird, schilderte Roosevelts Zustand auf den drei wichtigsten Konferenzen in folgenden Worten: „In Casablanca sah der Präsident erschöpft und müde aus, aber sein Geist war frisch. In Teheran gab es Anzeichen von Gedächtnisschwund. In Jalta konnte er weder folgerichtig denken, noch sich zusammenhängend ausdrücken.“ Ein Beamter, der während der letzten Lebensmonate häufig mit Roosevelt zu tun hatte, erzählte mir, daß er, mit einem Stoß von zehn oder zwölf Dokumenten bewaffnet, bestenfalls drei oder vier mit dem Präsidenten durchsprechen konnte. Dann habe sich Roosevelt ohne Rücksicht auf weitere Termine in Anekdoten oder irgendwelche unwesentlichen Dinge verloren. Die gleiche Erfahrung machte General Joseph Stilwell, als er Roosevelt nach den Konferenzen von Kairo und Teheran fragte, was er Tschiang Kai-

schek über die amerikanische Politik mitteilen solle. Die Antwort war ein weitschweifiger Monolog, der damit anfing, daß der Großvater des Präsidenten um 1830 in China ein paar Millionen Dollar „gemacht" habe. Sollte man jetzt nicht chinesisches Papiergeld auf dem Schwarzmarkt aufkaufen, um der Inflation Einhalt zu gebieten? Die gewünschte politische Instruktion bekam Stilwell nicht. Wäre Roosevelt imstande gewesen, etwas von seiner Macht an andere abzutreten, so hätten vielleicht einige der unglückseligen Konsequenzen seiner Behinderung abgewendet oder wenigstens abgemildert werden können. Aber Roosevelt klammerte sich an die Macht mit beiden Händen, die nicht mehr zu halten vermochten, was sie packten. Nach seinem Tode bedurfte es eines eingehenden Aktenstudiums und der Gedächtniserforschung der Beteiligten, um die Vorgänge zu rekonstruieren und herauszufinden, was der Präsident gebilligt hatte und was nicht.

Als Hull aus Gesundheitsgründen im November 1944 demissionierte, wurde Edward Stettinius sein Nachfolger. Seine Unwissenheit und Naivität in außenpolitischen Fragen wurde bald bei seinen Kollegen und den ausländischen Diplomaten sprichwörtlich. Er hätte sicher einen vorzüglichen Präsidenten bei feucht-fröhlichen Klubveranstaltungen abgegeben, aber zur Leitung der Außenpolitik, noch dazu in einer so kritischen Periode, war er nicht geeignet. Auf der Konferenz von Dumbarton Oaks, wo der erste Entwurf der UNO-Satzung ausgearbeitet wurde, machte er sich selbst dadurch lächerlich, daß er dem peinlich korrekten Sir Alexander Cadogan lärmend ein „Hei, Alex!" und dem mürrisch-langweiligen Andrei Gromyko ein „Heija, Andrei!" zurief. Die Ernennung von Stettinius, der Roosevelts gefährliche Illusion teilte, die Herstellung freundschaftlicher persönlicher Beziehungen sei gleichbedeutend mit diplomatischem Erfolg, war dem Einfluß von Hopkins zuzuschreiben. Nach einer kurzen Verfinsterung war sein Stern als Hoffavorit in der Zeit von Jalta wieder im Ansteigen. Dabei war Hopkins ein schwerkranker Mann, der den größten Teil der Konferenz im Bett verbringen mußte.

Roosevelt kam ohne eine vorbereitete Tagesordnung und ohne ein klares Programm nach Jalta, wenn man nicht seine Absicht, um jeden Preis mit Stalin „auszukommen", als Programm bezeichnen will. Das State Department hatte ihm natürlich die einschlägigen Unterlagen und Denkschriften übergeben, bevor er an Bord des schweren Kreuzers Quincy ging, der ihn nach Malta brachte. Aber diese Akten hatte er sich nicht einmal angesehen. Er litt an einer Erkältung, die auf die Stirnhöhle geschlagen war; James Byrnes,

der ihn auf der Reise begleitete, fand sein Aussehen „beunruhigend“[1].

Die Jalta-Konferenz dauerte vom 4. bis 11. Februar 1945. Hauptthemen waren Polen, die deutschen Grenzen, Reparationen, das Besatzungsregime für Deutschland, die Bedingungen der sowjetischen Beteiligung am Japankrieg und das Stimmrecht in der künftigen UNO. Um den Preis einiger, in der Praxis bald als wertlos erwiesener Versprechungen bekam Stalin in Polen, was er wünschte: eine Grenze, die fast die Hälfte Vorkriegspolens in die Sowjetunion einbezog, und die Preisgabe der polnischen Exilregierung in London durch Amerika und England. Roosevelt machte einen schüchternen Versuch, Lemberg (Lwow) und die umliegenden Ölfelder für Polen zu retten; Churchill appellierte an Stalins Großmut. Keiner von beiden hatte Erfolg.

In der deutschen Frage vertrat Churchill einen gemäßigten Standpunkt. Stalin empfahl eine Vorverlegung der polnischen Westgrenze bis an die Neiße, so daß weite deutsch besiedelte Gebiete unter polnische Herrschaft kommen würden. Churchill gab zu bedenken, daß die polnische Gans doch vielleicht an Verdauungsstörungen eingehen würde, wenn man sie zu sehr mit deutschem Futter nudelte. In einem Privatgespräch mit Byrnes bezifferte der Prime Minister die Zahl der bei einer solchen Grenzziehung heimatlos werdenden Deutschen auf neun Millionen und meinte, daß eine solche Zahl niemals absorbiert werden könne. Aber doch bildet die Neiße heute die polnisch-deutsche Grenze, obwohl im Kommuniqué von Jalta lediglich erklärt wird, „Polen müsse ansehnliche Gebietserweiterungen im Norden und Westen erhalten“. Übereinstimmung bestand, daß Deutschland in Einzelstaaten aufgelöst werden solle. Positive Beschlüsse wurden darüber aber nicht gefaßt, sondern die Angelegenheit wurde der amerikanisch-englisch-sowjetischen Beratenden Europakommission in London überwiesen, wo sie eines natürlichen Todes verstarb. Auf der Konferenz von Potsdam wurde die Zerstückelung Deutschlands nicht mehr diskutiert.

Die Sowjetvertreter in Jalta hatten umfassende und ziemlich präzise Vorstellungen von ihren Reparationswünschen: 80 Prozent der deutschen Schwerindustrie sollten abtransportiert und zehn Jahre lang Sachlieferungen geleistet werden. Churchill erinnerte an die nicht ermutigenden Erfahrungen, die man nach dem ersten Weltkrieg mit den Reparationen gemacht hatte, und sprach von dem „Gespenst eines völlig verhungerten Deutschland“. Iwan Maisky, der die Sowjetregierung in dieser Frage vertrat, schlug vor,

[1] James F. Byrnes, Speaking Frankly (New York, Harper, 1947), p. 22 f.

die Reparationen auf 20 Milliarden Dollar festzusetzen, wovon die Sowjetunion mindestens die Hälfte bekommen solle. Roosevelt hatte zu dieser Frage nichts anderes zu bemerken, als daß die Vereinigten Staaten kein Geld haben würden, um Lebensmittel, Kleidung und Baumaterial nach Deutschland zu schicken. Am Ende wurde beschlossen, die Einzelheiten einer Reparationskommission zu überlassen. Die Vereinigten Staaten haben aber kein Versprechen abgegeben, den Sowjetanspruch auf 10 Milliarden Dollar zu unterstützen, obwohl die Sowjetregierung, treu ihrer Gepflogenheit, nichts dadurch zu verlieren, daß es nicht verlangt wird, später versucht hat, ein solche Festlegung zu konstruieren.

Wenn man den Wert des Deutschland im Osten entrissenen Gebietes, die organisierten und nichtorganisierten Plünderungen großen Stils von seiten der Roten Armee und die sowjetische Wirtschaftspraxis in der Sowjetzone in Ansatz bringt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Deutschland wahrscheinlich Güter im Werte von weit über 10 Milliarden Dollar weggenommen worden sind. Das Reparationsprotokoll erwähnt auch den „Arbeitseinsatz" als mögliche Reparationsquelle. Roosevelt erklärte, die „Vereinigten Staaten könnten nicht wie die Sowjetunion Arbeitskräfte übernehmen". Damit wurde stillschweigend die Ausbeutung großen Stils von deutschen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeitern nach dem Kriege in England und Frankreich, nicht nur in Rußland, sanktioniert. Übrigens hatte auch der von Roosevelt und Churchill in Quebec gebilligte Morgenthauplan den „Einsatz von deutschen Zwangsarbeitern außerhalb Deutschlands" als eine Form von Reparationen empfohlen.

Verfahrensfragen innerhalb der UNO wurden ziemlich ausführlich erörtert. Die Berichte zeigen, daß Roosevelt und Churchill ebenso wenig geneigt waren wie Stalin, in ernsten Auseinandersetzungen, bei denen es um den Einsatz bewaffneter Kräfte gehen konnte, auf ein Vetorecht zu verzichten. Unentschieden blieb die Frage, ob dieses Veto auch in den Angelegenheiten anwendbar sein solle, in denen eine der Großmächte am Streit beteiligt ist. Die Sowjets waren dafür, die Westmächte dagegen. Schließlich gab Stalin bei Hopkins' Besuch in Moskau im Juni 1945 in diesem weniger wichtigen Punkte nach.

Die Sowjetregierung verlangte Roosevelts Zustimmung zu ihrem Vorschlag, daß Weißrußland und die Ukraine, zwei Teilrepubliken der UdSSR, eigene Stimmen in der UNO-Generalversammlung haben sollten. Als Byrnes davon hörte, erhob er nachdrücklich Einwendungen und erinnerte Roosevelt daran, daß die Opposition gegen Amerikas Eintritt in die Genfer Liga auch auf das Argument

gestützt wurde, England habe dort fünf Stimmen für Mutterland und Dominien. Daraufhin bat Roosevelt Stalin, er möge auch den Vereinigten Staaten drei Stimmen in der Generalversammlung zuerkennen, was er auch tat. Aber diese Kompensation wurde später nicht nachdrücklich verlangt und ist nicht verwirklicht worden. Nach Vernunft und Logik bestand kein Grund, der Ukraine und Weißrußland Sonderstimmen zu geben. Wäre die Sowjetunion eine lose Föderation unabhängiger Staaten gewesen, wie das British Commonwealth, so wäre jede der Teilrepubliken zu einer Stimme berechtigt gewesen. War sie aber ein zentralistischer Einheitsstaat, so hätte sie nur eine Stimme erhalten sollen. Wer auch nur eine elementare Kenntnis der sowjetischen politischen Wirklichkeit hat, konnte nicht zweifeln, daß die Sowjetunion in die zweite Kategorie gehört. Niemand ist überrascht, wenn Kanada, Südafrika, Australien oder Indien in bestimmten Fragen anders stimmen als England; es ist oft genug vorgekommen. Aber es ist unvorstellbar, daß die Ukraine oder Weißrußland sich in Gegensatz zu Moskau stellen, und tatsächlich gibt es bis heute auch nicht einen einzigen derartigen Fall.

Vor der Einsetzung der sogenannten Kleinen Vollversammlung der UNO waren die drei Stimmen für Moskau von relativ geringer Bedeutung. Anders lagen die Dinge, wie Byrnes später entdecken sollte, als in zähen Verhandlungen die Friedensverträge für Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland ausgearbeitet wurden; da war es ein Vorteil für die Sowjetunion, mit 3 der 21 Stimmen der Gründungsmitglieder auftreten zu können.

Mit welcher Verachtung die Sowjets die Rechte kleiner und schwacher Nationen behandelten, wurde in Jalta schon beim ersten Abendessen deutlich, als Wyschinskij erklärte, die Sowjetunion würde den kleinen Nationen niemals ein Urteil über die Maßnahmen der Großmächte zugestehen. Charles E. Bohlen, ein Rußlandexperte des State Department, der als politischer Berater an der Konferenz teilnahm, erwiderte, die Amerikaner würden wohl kaum einer solchen Rechtsverkürzung der kleinen Nationen zustimmen. Dann sollten „die Amerikaner lernen, ihren Führern zu gehorchen“, war Wyschinskijs Antwort[2].

Stalin hatte eine sehr geringe Meinung von Frankreich, weil es am Anfang des Krieges geschlagen worden war. Das kam deutlich in der Bemerkung zum Ausdruck, er könne nicht vergessen, daß Frankreich in diesem Kriege dem Feinde die Tore geöffnet habe. Was Stalin vergaß und woran ihn auch niemand erinnerte, war die be-

[2] Sherwood, l. c., p. 697

geisterte Zusammenarbeit der Sowjetregierung mit der Nazidiktatur während Frankreichs Kampf mit Deutschland, als nach jedem neuen Siege der Wehrmacht Glückwunschtelegramme aus Moskau abgingen. Mehr als andere Franzosen haben sicher die auf Stalins Geheiß agierenden französischen Kommunisten mitgeholfen, „dem Feinde die Tore zu öffnen".

Stalin ließ sich auch nur unter der Bedingung zur Einräumung einer französischen Besatzungszone herbei, daß sie von dem England und Amerika zugeteilten Gebiet abgetrennt würde, und es dauerte lange, bis er einwilligte, daß Frankreich einen Platz im Alliierten Kontrollrat haben solle.

Völlige Meinungsverschiedenheit bestand in der Frage des Iran, der seit 1942 gemeinsam von Rußland und England unter Bruch der Neutralität und nach Niederkämpfung eines — geringen — bewaffneten Widerstandes besetzt worden war. In Teheran hatte man sich darauf geeinigt, daß alle ausländischen Truppen sechs Monate nach Kriegsende aus Persien zurückgezogen werden sollten, aber die Sowjetregierung zeigte sich schon in Jalta störrisch in der Ausführung dieses Abkommens, was dann 1946 zu einer ernsten internationalen Krise führte. Einen Vorgeschmack der künftigen Verhandlungsmethoden Molotows gibt das Protokoll vom 10. Februar, das deshalb im Wortlaut wiedergegeben sei:

Mr. Eden fragte, ob Herr Molotow das britische Dokument über den Iran in Erwägung gezogen habe.

Mr. Molotow stellte fest, daß er dem, was er einige Tage vorher über dieses Thema gesagt, nichts hinzuzufügen habe.

Mr. Eden fragte, ob es nicht ratsam sei, ein Kommuniqué über den Iran herauszugeben.

Mr. Molotow behauptete, es sei nicht ratsam.

Mr. Stettinius drängte darauf, wenigstens zu erwähnen, daß das iranische Problem auf der Krimkonferenz besprochen und geklärt worden sei.

Mr. Molotow erklärte, er widerspreche diesem Vorschlag.

Mr. Eden schlug vor zu erklären, die Deklaration über den Iran sei auf dieser gegenwärtigen Sitzung noch einmal bestätigt und geprüft worden.

Mr. Molotow lehnte diesen Vorschlag ab[3].

Im Falle Jugoslawien lieferte das Abkommen von Jalta wie im Falle Polen einen Vorhang aus schönen Worten, hinter dem die Freunde des Westens rücksichtslos liquidiert wurden. Man einigte sich auf die Empfehlung, daß auf der Grundlage eines Überein-

[3] Sherwood, 1. c., p. 708 f

kommens zwischen Tito und Schubaschitsch, dem Ministerpräsidenten der Exilregierung, eine neue Regierung gebildet werden solle. Die „antifaschistische“ Volksbefreiungskammer, eine Organisation der überwiegend kommunistischen Anhänger Titos, sollte durch jene Abgeordnete der alten Skupschtina erweitert werden, die sich nicht „durch Zusammenarbeit mit dem Feind kompromittiert“ hätten. Die von dieser Kammer beschlossenen Gesetze sollten der Ratifizierung durch ein verfassungsgebendes Parlament unterliegen. Das nahm sich auf dem Papier nicht schlecht aus, praktisch bedeutete es, daß Schubaschitsch und Milan Grol als Außenminister und Stellvertretender Ministerpräsident der Regierung beitraten, sich aber nur mit Mühe und nur kurze Zeit im Amt halten konnten. Eine Grol nahestehende Zeitung wurde unterdrückt; er demissionierte im August 1945 unter bitteren Anklagen gegen das Regime, das die elementarsten politischen und Bürgerrechte verletzte. Schubaschitsch, der bald seinem Beispiel folgte, wurde unter Hausarrest gestellt. Die „neue Demokratie“, die dem alten Faschismus in Psychologie und Methode so ähnlich war, marschierte siegreich weiter.

In Jalta wurde aber auch noch ein anderes Land — China — auf dem Altar des appeasement geopfert. Stalin hatte Hull in Moskau und Roosevelt in Teheran gesagt, er werde nach dem Ende des Krieges mit Deutschland gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und England gegen Japan kämpfen. Als sich jetzt der militärische Zusammenbruch Deutschlands immer deutlicher abzeichnete, setzte der Sowjetdiktator einen Preis für sein Eingreifen im Fernen Osten fest, und dieser Preis war hoch. Er umfaßte Forderungen, deren Annahme die Vereinigten Staaten moralisch nicht rechtfertigen konnten. Aber die Großen Drei kamen überein, „daß die durch den heimtückischen Angriff Japans von 1904 verletzten früheren Rechte Rußlands wiederhergestellt werden sollen, und zwar sollen a) der Südteil Sachalins mit den umliegenden Inseln der Sowjetunion zurückgegeben, b) der Handelshafen Dairen unter Sicherstellung der überragenden Interessen der Sowjetunion in diesem Hafen internationalisiert und Port Arthur wieder als Marinestützpunkt an die Sowjetunion verpachtet und c) die ostchinesische und die südmandschurische Eisenbahn, die Dairens Hinterland erschließen, durch eine zu errichtende gemeinsame sowjetisch-chinesische Gesellschaft betrieben werden unter Maßgabe der Wahrung der überragenden Interessen der Sowjetunion und der Erhaltung voller chinesischer Souveränität über die Mandschurei.“

Die Kurileninseln, eine lange Kette unfruchtbarer vulkanischer Eilande, die sich nordöstlich der japanischen Hauptinseln in den

Nordpazifik verlängert, sollten der Sowjetunion übergeben werden. In der Äußeren Mongolei, einem riesigen, dünn besiedelten Trockengebiet, das die Sowjetunion sich ohne förmliche Annexion 1924 einverleibte, sollte der statuts quo beibehalten werden. Südsachalin, das bis 1905 zu Rußland gehört hatte, und die Kurilen konnten allenfalls als Kriegsbeute betrachtet werden, die, wenn auch unter Verletzung der Atlantikcharter, Japan weggenommen wurden. China hatte auch keine Aussicht, aus eigener Kraft die tatsächliche Herrschaft der Sowjets in der Äußeren Mongolei abzuschaffen. Aber die Zugeständnisse, die Roosevelt und Churchill Stalin in der Mandschurei machten, waren von verhängnisvoller Bedeutung für Chinas Unabhängigkeit und territoriale Integrität. Die Mandschurei war dank ihres natürlichen Reichtums an Kohle, Eisen, Sojabohnen und anderen Rohstoffen und dank der großen japanischen Anlagen von Kapital und technischem Wissen, die nach 1931 erheblich zunahmen, der industriell höchst entwickelte Teil Chinas. Einer starken fremden Macht die Kontrolle der Eisenbahnen zu übertragen, ihr ein überragendes Interesse am Haupthafen Dairen und einen Marinestützpunkt in Port Arthur einzuräumen, bedeutete die Aberkennung der chinesischen Souveränität in diesem Gebiet. Alles dieses vollzog sich nicht nur ohne Konsultation, sondern sogar ohne Unterrichtung Chinas. Später wurde die chinesische Regierung selbst daran gehindert, die sowjetischen Ansprüche auch nur zu diskutieren; denn auf Stalins Drängen war die Zustimmung zur Befriedigung seiner annexionistischen Gelüste schriftlich niedergelegt und mit der Zusicherung versehen worden: „Die Führer der drei Großmächte sind übereingekommen, daß diese Ansprüche der Sowjetunion nach der Niederlage Japans vorbehaltlos erfüllt werden sollen."

Nach der Meinung des früheren Botschafters William C. Bullitt „ist niemals ein unnötigeres, schändlicheres und stärker mit katastrophalen Möglichkeiten beladenes Dokument von einem Präsidenten der Vereinigten Staaten unterzeichnet worden[4]". So hart dieses Urteil klingt, es ist durch die weiteren Ereignisse bestätigt worden. Das sowjetische Eingreifen im Fernen Osten brachte den Vereinigten Staaten keinerlei militärischen Nutzen, da es erst wenige Tage vor der japanischen Kapitulation erfolgte. Politisch aber war dieses Eingreifen eine reine Katastrophe. Während der sowjetischen Besetzung der Mandschurei sind an industrieller Ausrüstung Güter im Werte von 2 Milliarden Dollar gestohlen und nach Rußland verfrachtet worden, womit die Aussicht auf eine industrielle Selbstgenügsamkeit Chinas in eine ferne Zukunft gerückt

[4] Life, 13. 10. 1947.

wurde. Sobald die Sowjettruppen einmarschierten, drangen wie auf Grund eines Geheimsignals auch die Truppen Mao Tse-tungs in dieses Gebiet ein. Der sowjetische Militärbefehlshaber war dabei geschickt genug, jede offensichtliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu vermeiden. Schließlich hatte die Sowjetregierung ja am 4. August 1945 mit der chinesischen Nationalregierung einen Freundschafts- und Bündnisvertrag geschlossen, in dem sie ihr als der „Zentralregierung Chinas" „moralischen Beistand und Unterstützung mit militärischer Ausrüstung und anderem Material" versprach. Der Pakt erwies sich natürlich als ebenso wertlos für den Partner wie die Nichtangriffspakte zwischen der Sowjetregierung und Polen, Finnland, Litauen, Lettland und Estland. Es liegt nicht der leiseste Beweis für eine „moralische" oder materielle Unterstützung der chinesischen Nationalregierung vor; wohl aber wurde die Mandschurei zum Arsenal der chinesischen Kommunisten, die sich hier mit den von den sowjetischen Besatzungstruppen liebenswürdig für sie gestapelten japanischen Waffen versehen konnten[5].

Die Sowjetkontrolle Dairens wurde benützt, um den nationalchinesischen Truppen die Benutzung dieses wichtigen Hafens zu verweigern. Die Mandschurei wurde die Basis, von der aus die chinesischen Kommunisten ihren Feldzug führen konnten, in dessen Verlauf sie fast ganz China überrannten[6].

Roosevelts Zugeständnisse in Jalta stellten eine Preisgabe der historischen Politik der Vereinigten Staaten im Fernen Osten dar, die stets den Standpunkt der Achtung der chinesischen Unabhängigkeit und der „Offenen Tür", das heißt gleicher Handelschancen für alle ausländischen Nationen vertreten hatten. In Jalta wurde den Methoden der „verschlossenen Tür", wie Stalin sie vom zaristischen

[5] Anfang 1946 haben allerdings in Moskau Verhandlungen zwischen Stalin und Tschiang Tsching-kuo, dem Sohn Tschiang Kai-scheks, stattgefunden, bei denen Stalin der Nationalregierung eine Zusammenarbeit vorschlug. Die chinesischen Kommunisten sollten angewiesen werden, sich Tschiang Kai-schek zu unterstellen und in eine Koalitionsregierung einzutreten, in der die Kuomintang ihr Übergewicht bewahren würde. Der Preis war, daß der amerikanische Einfluß und amerikanische Wirtschaftsinteressen aus der Mandschurei ausgeschlossen würden und daß Tschiang Kai-schek sich von den Vereinigten Staaten distanzieren solle. Diese Vorschläge wurden von Tschiang Kai-schek abgelehnt. (Freda Utley, Drama China, p. 70 ff.) E. H.

[6] Eine ausführliche, wohl dokumentierte Darstellung der verhängnisvollen Folgen Jaltas im Fernen Osten und der Chinapolitik Roosevelts und Trumans findet sich in dem eben erwähnten Buch von Freda Utley. Darin wird auch die Frage behandelt, ob und inwieweit die Fehlentscheidungen auf kommunistische Einflüsse im State Department zurückzuführen sind; das Ergebnis stimmt sehr nachdenklich. E. H.

Rußland übernommen hatte, zugestimmt. Die Zugeständnisse von Jalta waren aber auch ein Bruch der in Kairo eingegangenen feierlichen Verpflichtungen, die Mandschurei an China zurückzugeben. Wenn der Krieg von 1904 als ein „heimtückischer Angriff" bezeichnet wurde, so war dies eine glatte Umkehrung der Haltung, die Amerika unter Theodor Roosevelt während des Krieges selbst eingenommen hatte.

Ob man die Jalta-Abmachungen vom Standpunkt der Übereinstimmung mit den öffentlich verkündeten Kriegszielen oder der amerikanischen nationalen Interessen aus betrachtet, sie machen einen niederschmetternden Eindruck. Die Abtretung eines großen polnischen Gebietes an die Sowjetunion und deutschen Gebietes an Polen bildete eine offenkundige, flagrante Verletzung der Selbstbestimmungs-Klauseln der Atlantikcharter, die durch die abstoßende Heuchelei noch verschärft wurde, mit der im Kommuniqué wiederholt von der Einhaltung der Atlantikcharter die Rede ist. Zehn Millionen Osteuropäer wurden um ihre Hoffnung auf nationale Unabhängigkeit und persönliche Freiheit betrogen. Die Führer der Achsenmächte hätten den Zynismus Roosevelts und Churchills bei der Überantwortung Polens und Chinas an die Sowjetunion kaum übertreffen können. Die ungerechtfertigten Zugeständnisse an Stalin im Fernen Osten öffneten eine Pandorabüchse von Wirrnissen für die Vereinigten Staaten, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

In dem schmutzigen Handel von Jalta gibt es auch nicht einen lohnenden Beitrag zur Wiederherstellung Europas und seiner Stabilität — nur nackte, imperialistische Machtpolitik schlimmster Art. Der hier vorbereitete Rachefrieden, der Versailles noch übertraf, versprach wenig für den Wiederaufbau Europas. Nicht lange zuvor hatte Roosevelt noch scheinheilig erklärt, „das deutsche Volk wird nicht versklavt werden, denn die Vereinten Nationen betreiben keinen Sklavenhandel[7]". Aber in Jalta sanktionierte er den Einsatz deutscher Kriegsgefangener als Zwangsarbeiter: ein Rückfall in barbarischste Gepflogenheiten des Altertums.

Die Jalta-Abmachungen, die veröffentlichten und die geheimen, werden hauptsächlich mit zwei Argumenten verteidigt[8]: Es wird

[7] Dabei konnte Roosevelt kaum ohne Kenntnis der zahlreichen Sklavenarbeitslager in der Sowjetunion sein! W. H. Ch.

[8] Die drei Hauptquellen für die Geschichte der Konferenz von Jalta sind Speaking Frankly von Byrnes, das Buch von Sherwood und Roosevelt and the Russians von Stettinius. Sherwoods Darstellung ist die lebendigste, die von Stettinius geht am meisten in die Einzelheiten, alle drei Autoren nehmen der Konferenz gegenüber eine verteidigende und entschuldigende Haltung ein. W. H. Ch.

behauptet, daß militärische Notwendigkeiten den Präsidenten gezwungen hätten, Stalins Forderungen in Osteuropa und Ostasien nachzugeben, und daß die Quelle der Nachkriegsschwierigkeiten Europas und Asiens nicht in dem Abkommen von Jalta, sondern in der Nichteinhaltung dieser Abkommen durch die Sowjets liege. Weder der eine noch der andere Rechtfertigungsversuch hält einer gründlichen Prüfung stand. Amerika war im Februar 1945 dem Gipfel seiner militärischen Macht nahe. Die Atombombe sollte zwar erst in einigen Monaten einsatzfertig sein, aber die Vereinigten Staaten besaßen doch die mächtigste Flotte der Welt, die nach Quantität und Qualität bedeutendste Flugzeugproduktion und eine Armee, die zusammen mit den Engländern und anderen Verbündeten die Deutschen aus Nordafrika, Frankreich, Belgien und einem großen Teil Italiens vertrieben hatte. Die sowjetische Offensive an der Ostfront hing zu einem nicht geringen Teil von den amerikanischen Pacht-Leih-Lieferungen ab. Es gab also keinen triftigen Grund, sich Stalin mit einem Minderwertigkeitskomplex zu nähern oder einer „Regelung" in Polen zuzustimmen, mit der die Freunde des Westens in diesem Lande aufgeopfert und der Weg für die Errichtung eines sowjetischen Marionettenregimes gebahnt wurde. Sicher hätte Stalin ein solches Regime mit Gewalt einsetzen können, denn im Februar 1945 war nur die Rote Armee in der Lage, Polen zu besetzen. Es wäre aber ein großer Unterschied gewesen, ob ein Satellitenregime durch die brutale Gewalt der Roten Armee eingesetzt worden wäre, oder ob es durch Duldung und Zustimmung von seiten der Westmächte gestärkt wurde. Im ersteren Falle hätte es nicht einen Funken moralischer Autorität gehabt.

Gleich wenig Grund bestand, Stalins fernöstliche Forderungen zu erfüllen. Der Wunsch, die Sowjetunion in den Japankrieg hineinzuziehen, war vom Standpunkt des amerikanischen Interesses an einem wirklich unabhängigen China verhängnisvoll. Bestenfalls war Roosevelt das Opfer eines ungewöhnlich schlechten Nachrichtendienstes, der ihm meldete, daß die japanische Kwantung-Armee in der Mandschurei einen gewaltigen Kampfwert darstelle und zur Abwehr der für den Herbst geplanten Invasion Japans eingesetzt werden könne. Die Kwantung-Armee leistete aber den Sowjettruppen keinen ernsten Widerstand, und im übrigen hätten die Japaner auch gar nicht die Schiffe gehabt, um sie nach Japan zu transportieren.

Die Verteidiger Jaltas behaupten weiter, daß Japan im Februar 1945 noch den Anblick eines gewaltigen, ungeschlagenen Feindes geboten habe. Daher habe Roosevelt mit Recht einen Preis für ein sowjetisches Eingreifen gezahlt, um den Krieg schnell beenden und amerikanisches Leben sparen zu können. Wahr dagegen ist, daß

der japanische Widerstand gegen amerikanische Luft- und Seeangriffe auf die japanischen Küsten bereits kaum mehr nennenswert war. Amerikanische Kriegsschiffe konnten an der Küste entlang spazierenfahren und beschießen, was und wo sie wollten. Übrigens hat auch ein Luftwaffengeneral in Jalta einen Bericht über die kaum noch vorhandene japanische Widerstandsfähigkeit vorgelegt. Daß Roosevelt trotzdem die irreführende Auffassung akzeptierte, Japan besäße noch mächtige Land- und Seestreitkräfte, ist um so weniger gerechtfertigt, weil er zwei Tage vor der Abreise nach Jalta einen vierzig Seiten langen Bericht MacArthurs erhalten hatte, der fünf inoffizielle japanische Friedensangebote schilderte, die praktisch auf Annahme bedingungsloser Kapitulation hinausliefen, mit dem einzigen Vorbehalt, daß der Kaiser dem Lande erhalten bleiben müsse[9]. MacArthur empfahl Verhandlungen auf der Grundlage dieser Angebote. Aber Roosevelt schob den Vorschlag mit der Bemerkung einfach beiseite: „MacArthur ist unser größter General und unser schlechtester Politiker.“ Aber war der Präsident wirklich ein besserer Politiker, als er nach derartig klaren Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs Japans es für notwendig hielt, Stalin Geschenke darzubringen, damit er nur ja in den fernöstlichen Krieg eintrete? Dieses schwere Fehlurteil Roosevelts kann mit dem Nachlassen seiner geistigen und physischen Kräfte erklärt, aber wohl kaum entschuldigt werden.

Auch Kapitän zur See Ellis M. Zacharias, ein Marinesachverständiger für Japan, dessen Rundfunksendungen in fließendem Japanisch die Kapitulation beschleunigten, versichert, daß zur Zeit der Jalta-Konferenz Geheimdienstberichte über eine nahe bevorstehende

[9] Die übrigen Vorschläge der Japaner, bei denen es sich um verantwortliche Persönlichkeiten aus der Umgebung des Tenno handelte, lauteten: 1. Vollständige Kapitulation sämtlicher japanischen Streitkräfte; 2. Auslieferung aller Waffen mitsamt Munition; 3. Besetzung Japans und seiner Inselbesitzungen durch alliierte Truppen unter amerikanischem Befehl; 4. Verzicht auf die Mandschurei, Korea, Formosa und die während des Krieges besetzten Gebiete; 5. Verbot der Herstellung von Kriegsmaterial; 6. Auslieferung der von den Vereinigten Staaten als „Kriegsverbrecher“ bezeichneten Japaner; 7. unverzügliche Freilassung aller Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Japan und den japanisch besetzten Gebieten. – Die Geschichte der japanischen Friedensangebote erschien in Berichten Walter Trohans in der Chicago Tribune und dem Washington Times-Herald am 19. August 1945, nachdem sie bis dahin durch die Kriegszensur zurückgehalten worden waren. Mr. Trohan persönlich hat mir die Quelle seiner Information angegeben: es handelt sich um einen Mann untadeligen Rufs, der dem engsten Kreis der Berater Roosevelts während des Krieges angehörte. W. H. Ch. – Vgl. dazu auch F. Utley, l. c. p. 13, wo General Bonner Fellers als Gewährsmann für die gleiche Darstellung angegeben wird. E. H.

japanische Kapitulationsbereitschaft verfügbar waren. Einer dieser Berichte, der einem amerikanischen Abwehroffizier in einer neutralen Hauptstadt übermittelt worden war, sagte den Rücktritt des Ministerpräsidenten General Koiso voraus und nannte den friedensbereiten Admiral Suzuki als seinen Nachfolger. Der Admiral, so hieß es weiter, werde die Macht einem Mitglied des Kaiserhauses, Higaschi Kuni, übertragen, der über genügend Ansehen und Autorität verfüge, um, gedeckt durch einen kaiserlichen Befehl, die Kapitulation vorzunehmen. Dieser Bericht, der sich später als völlig zutreffend erwies, hätte nach Meinung von Kapitän Zacharias zu einer anderen Beurteilung des Krieges, anderen Beschlüssen in Jalta und zu einer Vermeidung der verlustreichen Landungen auf Iwo Jima und Okinawa führen können, wenn er Präsident Roosevelt und seinen militärischen Beratern vorgelegt worden wäre. Ebenso könnte man annehmen, daß ein Eingreifen der Sowjets und der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hätten abgewandt werden können, wenn den Japanern im Juni oder selbst noch Ende Juli 1945 klar mitgeteilt worden wäre, was unter „bedingungsloser Kapitulation" nach amerikanischer Auffassung zu verstehen sei[10]. Auf jeden Fall gab es eine aussichtsreiche Alternative zu der in ihren Ergebnissen so verhängnisvollen Politik, die Sowjetunion mit Geschenken und guten Worten in das fernöstliche Bild mithineinzubringen: einen schnellen Friedensschluß, bevor die Sowjetarmeen von der sowjetischen Westfront nach dem Osten verlegt werden konnten. Man darf mit gutem Grund annehmen, daß ein solcher Friede möglich gewesen wäre, wenn man den Japanern das Verbleiben des Kaisers und eine gewisse Berücksichtigung ihrer Handelsinteressen in der Mandschurei und in Korea zugesichert hätte.

Die Behauptung, daß die Abmachungen von Jalta „an sich" ausgezeichnet gewesen und daß also nur die Nichteinhaltung durch die Sowjetregierung zu beanstanden seien, ist nicht stichhaltig: durch Zuteilung polnischen Gebietes an die Sowjetunion und deutschen Gebietes an Polen — ohne Volksabstimmung — verletzten sie gröblich die Atlantikcharter und nicht nur sie, sondern durch Billigung von Sklavenarbeit unter dem Titel „Reparationen" auch die elementarsten Regeln der Menschlichkeit und einer gesitteten Kriegführung. Außerdem haben sie die ganze historische Grundlage der amerikanischen Fernostpolitik dadurch umgestoßen, daß sie Stalin praktisch einluden, die einstige Vormachtstellung Japans in der Mandschurei zu übernehmen. Es gab sicher keinen Grund zu gegenseitigen

[10] E. M. Zacharias, Secret Missions (New York, Putnam, 1946), pp. 335, 367 f

Glückwünschen und Selbstgefälligkeit auf seiten der Vertreter der Westmächte in Jalta. Aber die Menschen haben eine große Begabung zur Selbsttäuschung. Nicht nur Roosevelt und Hopkins haben Jalta in Begeisterung über diesen „Anbruch eines neuen Tages" verlassen, auch in den Vereinigten Staaten haben die Journalisten R. G. Swing, William L. Shirer, Verfasser des typischen Kriegspropagandabuches „Berlin-Diary", Senator Alben Barkley, der spätere Vizepräsident der Vereinigten Staaten, und andere im Chor ein Halleluja über diesen „Wendepunkt der menschlichen Geschichte" angestimmt. Wer kümmerte sich schon unter dem Eindruck dieser Erklärungen von maßgebender Seite um die Massenselbstmorde unbekannter polnischer Soldaten in Italien, die über den Verrat an ihrem Vaterlande verzweifelt waren?

Die Flitterwochenstimmung hielt aber nicht lange an. Die Tinte unter den Abmachungen von Jalta war kaum getrocknet, als sie bereits in zwei ernsten Fällen offenkundig gebrochen wurden: in Rumänien und in Polen. In Jalta war in aller Form festgelegt worden, daß die drei Großmächte „ihre Politik einer Unterstützung der von der Herrschaft Nazideutschlands befreiten Völker und der früheren Achsensatelliten koordinieren sollten, damit diese ihre dringlichen politischen und wirtschaftlichen Probleme mit demokratischen Mitteln lösen". Die drei Regierungen sollten „gemeinsam den Völkern dieser Staaten bei der Herstellung des inneren Friedens und der Errichtung provisorischer Regierungen helfen", und es sollten „unverzüglich Konsultationen über die Maßnahmen stattfinden, die zur Erfüllung der in dieser Erklärung niedergelegten gemeinsamen Verantwortlichkeiten erforderlich sind."

Der Kreml beschloß, sich auf eigene Faust der Regierung des Generals Radescu zu entledigen, die nach der Kehrtwendung Rumäniens gebildet worden war, und an ihre Stelle eine moskauhörige Regierung zu setzen. Ohne auf die wiederholten amerikanischen Vorschläge einer Dreimächteberatung über diese Frage einzugehen, entsandte die Sowjetregierung am 27. Februar 1945 den stellvertretenden Außenminister Andrew Wyschinskij nach Bukarest. Seine „Überredungskünste" reichten vom Türenzuknallen, so daß buchstäblich der Stuck von der Wand fiel, bis zur Drohung, Rumäniens Tage als unabhängiger Staat seien gezählt. Der junge König Michael gab nach, entließ Radescu und ernannte Petru Groza. Der Weg zur vollen kommunistischen Diktatur begann. Als der amerikanische Botschafter in Moskau, Averell Harriman, ein Dreimächtekomitee in Bukarest zur Durchführung der Jaltaer Beschlüsse vorschlug, lehnte Molotow sofort und rundweg ab. Das war typisch für die sowjetische Haltung nicht nur in Rumänien, sondern in

allen von der Roten Armee besetzten Ländern. So wurde in der gleichen Zeit die Schaffung einer neuen Regierung in Polen verzögert und hintertrieben, worüber an anderer Stelle noch ausführlich berichtet wird.

Gegen Ende März machte Churchill Roosevelt warnend auf den deutlichen Zusammenbruch des Jaltaer Polen-Abkommens aufmerksam. Zusammen mit seiner Antwort vom 27. März, auch er „beobachte mit Angst und Sorge die Entwicklung der sowjetischen Haltung seit Jalta", übersandte Roosevelt den Entwurf einer Botschaft, die er an Stalin zu schicken vorschlug. Das geschah am 1. April, und diese Botschaft war in schärferen Ausdrücken gehalten, als Roosevelt sie bisher gegenüber dem Sowjetdiktator gebraucht hatte. Vielleicht hatte er damals erkannt, daß persönlicher Charme und ein Vermeiden unangenehmer Gesprächsthemen kein unfehlbares Rezept für erfolgreiche Diplomatie sind. Er bedauere, so hieß es in dem Telegramm, „daß die von der Welt erwartete Durchführung der in Jalta erzielten Übereinkommen, insbesondere der Abmachungen über Polen, Fortschritte vermissen lasse". Der Präsident betonte, daß „jede Lösung, die auf eine kaum verhüllte Fortsetzung des gegenwärtigen Regimes (in Polen) hinauslaufe, völlig unannehmbar sei, und das amerikanische Volk veranlassen werde, das Jaltaer Übereinkommen als Fehlschlag zu betrachten". Roosevelt drängte darauf, daß amerikanischen und englischen Vertretern ein Besuch Polens gestattet werde. Warnend gab er zu bedenken, daß „alle Schwierigkeiten und Gefahren für die alliierte Einheit und in verschärfter Form auftreten werden", falls bei der Lösung der polnischen Frage keine erfolgreiche Zusammenarbeit zustandekäme. Der Präsident erwähnte auch Rumänien, und er ersuchte Stalin persönlich, den über die befreiten Gebiete geführten Notenwechsel zu überprüfen[11].

Stalins Antwort vom 7. April war völlig unbefriedigend. Er bestritt Roosevelts Auslegung der Jaltaer Abmachungen und lehnte eine Entsendung amerikanischer und englischer Beobachter nach Polen glatt ab – mit der Begründung, die Polen würden dies als beleidigend für ihre nationale Würde ansehen[12]. Offensichtlich empfand Stalin keine ähnlich zartsinnigen Bedenken, er könnte die polnische nationale Würde durch Besetzung der oberen Ränge der

[11] Byrnes, l. c., pp. 54, 54 f

[12] Mit der gleichen „Begründung" wurde einige Jahre später die Überprüfung gesamtdeutscher Wahlen durch eine UNO-Kommission als „beleidigend" für die sogenannte Deutsche Demokratische Republik abgelehnt. E. H.

polnischen Armee und Polizei mit russischen Agenten beleidigen, von denen einige nicht einmal Polnisch sprechen konnten.

Roosevelt und Churchill beschlossen, Stalin eine weitere gemeinsame Botschaft zu schicken; aber während sie ausgearbeitet wurde, starb Roosevelt. Die Meldung, daß 16 Führer der polnischen Untergrundbewegung heimtückisch verhaftet worden waren, konnte sein Vertrauen in Stalins Gutgläubigkeit und guten Willen kaum verstärkt haben, zumal dieses Vertrauen noch vor dem scharfen Notenwechsel über die Polenfrage durch einen anderen Zwischenfall erschüttert worden war.

Mitte März hatte in Bern eine Zusammenkunft amerikanischer, englischer und deutscher Militärs zur Vorbereitung der Kapitulation der von Feldmarschall Kesselring befehligten deutschen Armeen in Italien stattgefunden. Die Sowjetregierung war darüber unterrichtet worden und Molotow hatte den Wunsch ausgedrückt, auch Offiziere der Roten Armee zur Teilnahme an diesen Besprechungen zu entsenden. Die Generalstabschefs teilten ihm darauf mit, daß es sich in Bern lediglich darum handele, die Vorkehrungen für weitere Zusammenkünfte im Alliierten Hauptquartier in Caserta nahe Neapel zu treffen. Molotow erwiderte scharf, dann würden keine militärischen Vertreter entsandt werden, und „verlangte", daß die „Verhandlungen" in Bern aufhörten. Roosevelt persönlich versicherte Stalin, daß keine „Verhandlungen" stattgefunden hätten, und daß die Sowjetregierung vollständig über den weiteren Verlauf unterrichtet werden würde. Stalins Antwort ging Roosevelt sehr nahe, der in ihr einen beleidigenden Zweifel an seiner Bündnistreue erblickte. Stalin hatte nämlich erklärt, Roosevelt sei durch seine militärischen Berater falsch unterrichtet worden; der Nachrichtendienst der Roten Armee habe gemeldet, daß mit Kesselring ein Abkommen geschlossen sei, das der amerikanischen Armee die Front öffnen werde, wofür Deutschland leichtere Friedensbedingungen erhalten solle. Diese Unterstellungen sind jeder Spur von Wahrscheinlichkeit bar. Die amerikanische Politik gegenüber Deutschland war auf striktes Festhalten an der Formel der bedingungslosen Kapitulation gegründet und vermied jeden Schritt, der auch nur entfernt nach Sonderverhandlungen mit Deutschland ausgesehen hätte. Roosevelt war so tief verletzt, daß er daraufhin seiner „Empörung" über die „niederträchtig falschen Darstellungen der Informatoren Stalins" Ausdruck gab, die offenbar die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu zerstören wünschten. Heute wissen wir, daß Moskau es damals auf eine Verzögerung der deutschen Kapitulation anlegte, um den Partisanen Titos und vielleicht der bis Österreich vorgerückten

Roten Armee Gelegenheit zum Einbruch nach Italien zu geben, mit deren Hilfe die vorbereitete Ausrufung der Räterepublik hätte erfolgen sollen.

Die Reibungen in der polnischen und rumänischen Frage und die Zurückweisung der Anspielungen Stalins auf amerikanische Bösgläubigkeit wurden damals streng geheimgehalten. Heute sind die Vorgänge aktenkundig und widerlegen die Lieblingsthese der Sowjetfreunde, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu Roosevelts Lebzeiten stets glatt und freundschaftlich gewesen seien und sich erst nach seinem Tode verschlechtert hätten. In Wirklichkeit fühlte Roosevelt sich durch das, was er als Verrat an den Abmachungen von Jalta ansah, getroffen und beleidigt und hätte wahrscheinlich, wäre er am Leben geblieben, die amerikanische Politik schneller umgestellt, als Truman sich dazu in der Lage sah[13]. Was Roosevelt getan haben würde, kann man natürlich nur vermuten. Seinem Nachfolger, der auf dem Gebiet der Außenpolitik unkundig und unerfahren war, hinterließ er ein unglückseliges außenpolitisches Vermächtnis. Roosevelt hatte eine so persönliche Diplomatie geführt und sie selbst vor seinen nächsten Mitarbeitern so geheimgehalten, daß der neue Präsident längere Zeit keinen klaren Überblick über die ausländischen Regierungen gegenüber abgegebenen Zusicherungen und über die eingegangenen Verpflichtungen bekommen konnte.

Harry S. Truman war nicht zu Gunsten einer Beschwichtigungspolitik voreingenommen, noch hegte er sentimentale Sympathien für den Kommunismus, auch wenn er sich 1945 einmal beim Kommunistenblatt Daily Worker für einen Artikel bedankte. Nach und nach bootete er die radikalen New Dealer und fellow traveler aus der Regierung aus. Aber in den ersten Monaten seiner Amtszeit waren ihm die Hände gebunden, teils wegen seiner Unerfahrenheit, teils weil er nicht den Eindruck einer Abkehr von Roosevelts freundschaftlicher Politik erwecken wollte. Wären die strittigen Probleme der Öffentlichkeit unverblümt dargestellt worden, so würde die amerikanische öffentliche Meinung besser in der Lage gewesen sein, eine festere Haltung der Regierung gegenüber Moskau zu unterstützen. Aber es überwog die Tendenz, den äußeren Anschein der Harmonie nur ja nicht zu trüben. Nur einige wenige Eingeweihte wußten, in wie scharfem Ton Washington und London mit Moskau verkehrten.

[13] Zwei sehr bekannte amerikanische Journalisten, die getrennt Roosevelt während seiner letzten Wochen sahen, berichten übereinstimmend, daß er eine grundlegende Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion in Erwägung zog. W. H. Ch.

Nach Roosevelts Tod machte Churchill einen Versuch, Stalin durch einen persönlichen Appell zu gewinnen. Wie er selbst im Unterhaus am 10. Dezember 1948 bekanntgab, hatte er am 29. April 1945, also noch vor Ende des europäischen Krieges, einen Brief an Stalin geschrieben, den er darin mit „Mein Freund" anredete und in dem er ihn bat, „nicht die Meinungsverschiedenheiten zu unterschätzen, die sich über Fragen ergeben, die Sie vielleicht für unbedeutend halten, die aber für die Lebensauffassung der englischsprechenden Demokratien symbolisch sind". Wieder ging es um Polen. England, so schrieb Churchill, werde nicht für eine Rußland gegenüber unfreundliche polnische Regierung arbeiten und sie auch nicht dulden. Aber es könne auch keine polnische Regierung anerkennen, „die nicht wahrhaftig der Beschreibung in unserer gemeinsamen Erklärung von Jalta entspricht und auf die Rechte des Individuums Rücksicht nimmt, wie wir in der westlichen Welt diese Dinge verstehen". Prophetisch klingen die Worte, in denen Churchill warnend und besorgt eine Welt schildert, „in der Sie, die von Ihnen beherrschten Länder und die kommunistischen Parteien in vielen anderen Staaten alle auf der einen Seite aufgereiht sind, und jene, die sich den englischsprechenden Nationen anschließen, auf der anderen Seite. Es liegt klar zu Tage, daß ihr Streit die Welt in Stücke reißen würde, und wir alle, die führenden Männer beider Seiten, die irgend etwas damit zu tun hatten, müßten uns vor der Geschichte schämen."

Aber weder dieser Brief, noch Roosevelts frühere Note brachten Stalin auch nur um einen Zentimeter von seinem Großen Plan ab, soviel er nur konnte, von Europa zu erobern, indem er nicht freundlich gesinnte, sondern Vasallenregierungen einsetzte, die jeweils von ergebenen Dienern Moskaus geleitet wurden. In dem Wunsch, den Anschein der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten, ließen die amerikanische und englische Regierung wertvolle politische Gelegenheiten in den letzten Kriegswochen ungenützt vorübergehen. Es wäre klüger gewesen, sagte Churchill in der erwähnten Unterhausrede, die englischen Truppen in Berlin, die amerikanischen in Prag einziehen zu lassen, „was beides eine Frage von kaum mehr als ein paar Stunden war". Diese Bemerkung war nicht aus nachträglicher Einsicht geboren. Churchill hatte sich rechtzeitig für beides eingesetzt. Nach dem Rheinübergang bei Remagen und der Umklammerung des Ruhrgebietes im März 1945 arbeitete Eisenhower einen Plan für den letzten Schlag gegen den zusammenbrechenden deutschen Widerstand aus und teilte ihn auch Stalin mit. Der Generalissimus war zweifellos entzückt davon, denn Eisenhower überließ Berlin

den Russen und schlug einen Vormarsch durch Mitteldeutschland mit Flankenbewegungen nach Norden zur Abschneidung Dänemarks und nach Süden mit dem Ziel Österreich vor. Nach Eisenhowers Bericht[14] war Churchill beunruhigt und enttäuscht, weil der Plan keinen raschen Vorstoß der englischen Truppen unter Feldmarschall Montgomery nach Berlin vorsah. Nach seiner Meinung hatte Eisenhower auch seine Vollmachten zu direkten Mitteilungen an Stalin, die sich lediglich auf rein militärische Angelegenheiten bezogen, überschritten. Eisenhower war aber ganz ohne Arg auf dem Gebiet der hohen Politik. Wahrscheinlich wußte er nichts von dem ernsten Spalt, der sich seit Jalta aufgetan hatte. So antwortete er auf die ihm von General Marshall übermittelte Kritik Churchills unter völliger Außerachtlassung politischer Erwägungen: „Ich darf darauf hinweisen, daß Berlin selbst kein wichtiges Ziel mehr ist. Die Brauchbarkeit der Stadt für die Deutschen ist weitgehend zerstört, und selbst die deutsche Regierung bereitet sich zur Übersiedlung nach einem anderen Landesteil vor[15]. In seinen Erinnerungen geht Eisenhower davon aus, daß die Einnahme Berlins und jeder Vormarsch über die vereinbarte Demarkationslinie hinaus unwesentlich gewesen seien, da die englischen und amerikanischen Truppen ja doch hätten zurückgenommen werden müssen[16]. Rückblickend erklärt Eisenhower sich für überzeugt, daß die Westalliierten wahrscheinlich eine Vereinbarung über die Besetzung eines größeren Teiles von Deutschland hätten erzielen können. Trotz Eisenhowers Weigerung, nach Berlin vorzustoßen, und trotz seines Eingehens auf das dringende sowjetische Ersuchen, die amerikanischen Truppen vor Prag anzuhalten, standen die Westtruppen weit östlich der Demarkationslinie, als die Kämpfe mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai aufhörten. Ein beträchtlicher Teil Sachsens, Thüringens und Mecklenburgs wurde später geräumt und den Russen übergeben.

Eisenhowers Auffassung, die, soweit bekannt, vom Präsidenten, dem Kriegs- und Außenministerium geteilt wurde, daß die amerikanische Regierung sich auch in dem als nachteilig erwiesenen Punkt der Demarkationslinie an ihre Abmachungen halten sollte, wäre ganz vernünftig gewesen, hätte die Sowjetregierung ihrerseits ihre Verpflichtungen erfüllt. Da dies, wie gezeigt, nicht der Fall war, wären Washington und London vollauf berechtigt gewesen, Stalins Plänen entgegenzutreten. Berlin und Prag wären dafür ein unschätz-

[14] Crusade in Europe (Garden City, Doubleday, 1948), p. 399
[15] Eisenhower, l. c., p. 401
[16] Sherwood, l. c., p. 759 f. – General Deane und die große Mehrheit der Amerikaner, die amtlich mit den Sowjets zu tun hatten, waren freilich genau entgegengesetzter Meinung! W. H. Ch.

bares Unterpfand gewesen, wenn man schon nicht auf die deutschen Anregungen eingehen wollte, den Widerstand im Westen aufzugeben, um die Russen nicht weiter vorrücken zu lassen. Angenommen, amerikanische und englische Truppen hätten beide Städte und das dazwischenliegende deutsche und tschechoslowakische Gebiet besetzt; angenommen weiter, die amerikanische und englische Regierung hätten in einer gemeinsamen Note an den Kreml erklärt, daß diese Truppen erst zurückgezogen werden, wenn „freie und unbehinderte Wahlen" in Polen abgehalten und andere Verletzungen des Jaltaer Übereinkommens wiedergutgemacht worden wären: ist es unter solchen Annahmen nicht sehr unwahrscheinlich, daß Stalin einen neuen Krieg gegen die vergleichsweise frischen amerikanischen und englischen Armeen mit der enormen Produktionskraft Amerikas im Rücken riskiert haben würde? Er wäre gezwungen gewesen, zwischen einer Lockerung seines Zugriffs in Polen und dem Übergang des überwiegenden Teiles Deutschlands sowie der Hauptstadt der Tschechoslowakei unter westlichen Einfluß und westlicher Kontrolle zu wählen. Wofür immer er sich entschieden hätte, die Stellung des Westens wäre in dem bevorstehenden Kalten Krieg ungeheuer verstärkt gewesen.

Aber man ließ diese wertvolle Gelegenheit ungenützt vorüberstreichen, die noch dadurch vergrößert wurde, daß die Deutschen lieber vor den Westmächten als vor den Russen kapitulierten. Churchill hätte wohl die Voraussicht und die Kühnheit gehabt, hier zuzupacken; aber seine Stimme war nicht entscheidend. Die maßgebenden Männer saßen in Washington und waren noch immer die Gefangenen der verhängnisvollen Illusion, die Roosevelts Politik der Kriegszeit gegenüber Rußland beherrscht hatte. So konnte die Sowjetunion Deutschland bis zur Elbe und sogar weit darüber hinaus überrennen. Die Tschechoslowakei wurde für den kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 reif gemacht, für den Tod eines ernüchterten und enttäuschten Benesch und den — heute wohl erwiesenen — Mord an Jan Masaryk, nachdem beide ihr Äußerstes getan hatten, um mit dem Regime auszukommen.

Ein schwacher Versuch wurde unternommen, das amerikanisch besetzte Gebiet jenseits der Demarkationslinie als Druckmittel zur Erlangung befriedigender Bedingungen für die gemeinsame Besetzung des tief in der Sowjetzone liegenden Berlin zu benützen. Darüber fand am 14. und 16. Juni ein Telegrammwechsel zwischen Truman und Stalin statt. Die amerikanischen Truppen, erklärte Truman, würden auf die vereinbarte Linie zurückgenommen werden, sobald die Militärbefehlshaber ein Abkommen getroffen hätten, das den Westmächten einen Bahn-, Straßen- und Luftzugang nach

Berlin sichere. Es wurde auch am 29. Juni ein Übereinkommen erzielt, das aber, wie die Blockade der Westsektoren 1948/49 gezeigt hat, kaum als „befriedigend“ angesehen werden konnte. Darin waren Bestimmungen über einen Luftkorridor und für eine Bahn- und Straßenverbindung Magdeburg — Berlin enthalten, die den nichtrussischen Besatzungsmächten zur Verfügung gestellt werden sollten. Es war charakteristisch für Winants fahrige Verhandlungsmethode, daß er im Beratenden Europakomitee niemals die Frage eines Korridors unter westlicher militärischer Kontrolle zur Sicherung der Bahn- und Straßenverbindung mit Berlin aufwarf. Eisenhowers Stellvertreter, General Lucius D. Clay, versuchte, die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das endgültige militärische Abkommen durchzusetzen, was aber von Sowjetmarschall Shukow verweigert wurde. Daß später die kostspielige Luftbrücke organisiert werden mußte, um die Sowjetblockade wirkungslos zu machen, war ein Teil des Preises, der für dieses allzu weitgehende Vertrauen in die Gutartigkeit sowjetischer Absichten gezahlt werden mußte.

Stalin setzte seine Ansicht in jeder wichtigen europäischen Nachkriegsfrage durch — mit der einzigen Ausnahme Triests. Tito-Partisanen hatten sich zusammen mit einer neuseeländischen Einheit den Zugang zur Hafenstadt an der Adria erkämpft und versuchten, die ganze Stadt zu übernehmen. Das scheiterte am energischen Widerstand Feldmarschall Sir Harold Alexanders, der dabei von der englischen und amerikanischen Regierung gedeckt wurde. Tito mußte seine Verbände zurückziehen und Triest mit seiner ganz überwiegend italienischen Bevölkerung blieb ein Vorposten des Westens in einem Europa, das durch den immer undurchdringlicheren Eisernen Vorhang geschieden wurde.

Roosevelt war in seinen letzten Wochen sicherlich in seinen großen Erwartungen auf eine Mitarbeit Stalins erschüttert, wenn er nicht sogar davon geheilt war. Harry Hopkins aber scheint bis zum bitteren Ende an seiner naiven Selbsttäuschung festgehalten zu haben, wie sich aus seinem eigenen Zeugnis, einem im August 1945 kurz vor seinem Tode geschriebenen Memorandum ergibt: „Wir wissen oder glauben, daß Rußlands Interessen, soweit wir sie voraussehen können, außenpolitisch keinen Anlaß zu schwereren Differenzen bieten. Wir glauben, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung aufeinander angewiesen sind. Wir haben gefunden, daß mit den Russen, einzeln genommen, leicht auszukommen ist. Die Russen mögen die Amerikaner ohne Zweifel gern. Sie mögen die Vereinigten Staaten gern ... Die Sowjetunion ist ein Staat von rund 180 Millionen hartarbeitender Menschen, ein stolzes Volk.

Es ist nicht ein unzivilisiertes Volk. Es sind zähe, zielbewußte Menschen, die genau so denken wie du und ich[17]."

Nicht einmal der kleine Geschäftsführer irgendeiner Ortsgruppe des „Rates für amerikanisch-sowjetische Freundschaft" hätte wohl ein Urteil abgegeben, das sich durch einen ebenso traurigen Mangel an Intelligenz in der Vorausschau auf künftige Dinge auszeichnete. Und dieser Mann, Harry Hopkins, der von fremden Sprachen und Geschichte ebensowenig verstand wie von Staatswissenschaften und Volkswirtschaftslehre, war nach Roosevelt der Hauptarchitekt der amerikanischen Außenpolitik.

Es gab freilich auch erfahrene und gründlich ausgebildete Beamte des auswärtigen Dienstes, die einen realistischen Blick für die Lage hatten. Joseph Grew, Unterstaatssekretär des Außenministeriums während der ersten Monate 1945, legte seine Auffassung über die wachsende russische Gefahr in einem bemerkenswert hellsichtigen Memorandum nieder. Arthur Bliss Lane kämpfte tapfer und ausdauernd für Gerechtigkeit gegenüber den Polen. Loy Henderson und George Kennan ließen sich niemals von der allgemeinen Stimmung mitreißen, Stalin blind zu vertrauen und ihn um jeden Preis zu beschwichtigen. Unglücklicherweise wurden Urteile und Empfehlungen dieser gründlichen Sachkenner häufig einfach beiseitegeschoben. Roosevelt hielt sich lieber an die Meinung seiner Höflinge, unerfahrener Amateure, Dilettanten und Tagträumer, und es ist ja auch nicht schwierig, sich dem Wunschdenken zu ergeben, wenn man von der Sache selbst keine wirkliche Kenntnis hat.

Der Krieg endete mit der „bedingungslosen Kapitulation" der Achsenmächte. Aber die Verwirklichung dieses großspurigen Schlagwortes von Casablanca leitete nicht das Reich gesicherten Friedens, internationaler Gerechtigkeit und aller jener menschlichen Tugenden ein, die von den phantasiebegabten Predigern der Kriegsbeteiligung so zuversichtlich prophezeit worden waren. Was dem schlimmsten Kriege der Welt folgte, war die elendeste Unfähigkeit, den Frieden wiederherzustellen. Es gibt heute eine Reihe von Friedensverträgen, über denen allen aber der Schatten eines neuen Krieges hängt. Darin zeigt sich der große Fehlschlag des zweiten Kreuzzuges Amerikas.

[17] Sherwood, l. c., pp. 922 f.

WAHN UND WIRKLICHKEIT IN KRIEGSZEITEN

Man hätte annehmen sollen, daß eine wachsame öffentliche Meinung einige der in früheren Kapiteln beschriebenen moralischen Widersprüche und politischen Fehler erkannt und abgewandt haben würde. Gewiß, volle Redefreiheit gibt es in Kriegszeiten natürlich nicht, wie das schließlich erfolgreiche Kesseltreiben gegen Pater Coughlins Zeitschrift „Social Justice" und einige Gerichtsurteile wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit — insbesondere gegen Mitglieder einer trotzkistischen Gruppe in Minnesota und gegen ein paar obskure politische Analphabeten antisemitischer Oberservanz — zeigen. Aber alles in allem war der Diskussion während des Krieges doch ein ziemlich breiter Raum gelassen. Kritiker und Skeptiker wurden nicht so rücksichtslos behandelt wie im ersten Weltkrieg unter dem Spionagegesetz. Nicht die äußere Möglichkeit der Kritik fehlte, sondern den meisten Gestaltern der öffentlichen Meinung mangelte es an Vorstellungsvermögen und moralischem Mut, die bestehende Freiheit zu nutzen. Das intellektuelle Klima Kriegszeit-Amerikas war eine deprimierende Mischung von abgrundtiefer Sachunkenntnis, Naivität, Wunschdenken und hysterischer Erregbarkeit, und dieser Strom trieb, um ein anderes Bild zu gebrauchen, die Mühlen jener kleinen Gruppe von Menschen, die bewußt alle anderen Erwägungen ihrer Loyalität gegenüber dem Kreml unterordneten. Daß die Absichten der Sowjetregierung über jeden Zweifel und Tadel erhaben seien, daß die Demokratien Rußland in der Vergangenheit unrecht getan hätten, daß Sowjetkommunismus nur eine andere Form von Demokratie sei: diese und ähnliche Ideen wurden beständig und mit dem Segen von höchst respektabler Stelle vorgetragen. Sie wurden zur gängigen Münze einflußreicher Vortragsredner und Rundfunksprecher. Hohe Verwaltungsbeamte, Richter, Geistliche und andere angesehene Bürger reihten sich in die kommunistische Front ein. Annäherung an Rußland, ohne unpassende Fragen zu stellen, war die „Parteilinie" der Roosevelt-Regierung, und unter diesen Umständen konnten wichtige Regierungsstellen unschwer mit fanatischen Sowjetanhängern durchsetzt werden: sie wurden als Mitarbeiter im Weinberg freudig aufgenommen, wie es John Dos Passos so lebendig in seinem Roman *The Grand Design* geschildert hat, der auch für den Historiker eine wahre Fundgrube ist.

Zu dieser geistigen Haltung trug die Sympathie bei, deren sich die Rote Armee in ihrem Abwehrkampf gegen die „Wehrmacht"

erfreute. Aber der geistige Horizont und die Intensität dieser Haltung werden erst ganz verständlich, wenn man sich der kommunistischen Neigungen erinnert, die seit langem eine Art Berufskrankheit amerikanischer Intellektueller waren — nicht der Mehrheit natürlich, aber einer sehr aktiven und laut vernehmlichen Minderheit. Die gewaltig aufgebauschte Gefahr von seiten einer „Fünften Kolonne" Hitlers dagegen schrumpft bei näherem Zusehen auf die Namen von ein paar unbekannten Schreiern zusammen. Nazismus und Faschismus wurden von gebildeten Amerikanern prompt, kräftig und fast einhellig abgelehnt. Unglücklicherweise konnte man vom Kommunismus nicht das gleiche sagen. Seit ich 1934 Moskau mit einem, wie mir schien, natürlichen Widerwillen gegen das Sklavenarbeitssystem, die Liquidation der Kulaken, die von Menschen gemachte Hungersnot, das Spitzel- und Terrorregime verließ, war ich überrascht und bestürzt über die seltsame doppelte Moral in Fragen des Sowjetkommunismus und des Faschismus, wie man sie bei gewissen Amerikanern beobachten kann, die sich selbst für Liberale und Radikale halten. Nazistische und faschistische Untaten konnten in diesen Kreisen nicht kräftig genug verdammt werden; aber wenn es sich um sowjetische Grausamkeiten handelte, dann setzten sich diese amerikanischen Linkselemente einfach über die elementarsten moralischen Maßstäbe hinweg. Entweder ignorierten sie einfach die Tatsachen oder sie schluckten die dümmsten Propaganda-Entschuldigungen, die sie als erste lächerlich gemacht haben würden, wären sie von nazistischer oder faschistischer Seite vorgebracht worden. Die gleichen Leute, die vor Empörung bebten, wenn in den Vereinigten Staaten gelegentlich die Bürgerrechte verletzt wurden, sangen das Loblied eines Regimes, das überhaupt keine Bürgerrechte anerkennt.

Es gab Geistliche, die vor einem System in die Knie sanken, das den Atheismus zum Dogma erhebt und in Lehre, aber noch mehr in Praxis durch und durch unmoralisch ist. Künstler, Schriftsteller, Musiker und Schauspieler, deren Kenntnis der russischen Sprache und Geschichte, der kommunistischen Theorie und Praxis gewöhnlich sehr begrenzt war, um es freundlich auszudrücken, gewöhnten sich an, in Bausch und Bogen die Massentodesurteile sowjetischer politischer Tribunale zu billigen: „Ein Hurra für den Mörder![1]"

[1] Dieser treffende Ausdruck entstammt dem Buch *The Red Decade* von Eugene Lyons (Indianopolis, Bobbs 1941), das ein umfangreiches Beweismaterial über den kommunistischen Einfluß in Kreisen amerikanischer Intellektueller im Jahrzehnt vor dem Kriege vorlegt. W. H. Ch.

Gelegentlich passierten auch einige „Pannen", zum Beispiel mit dem von rund vierhundert mehr oder weniger bekannten Intellektuellen unterschriebenen „Offenen Brief", der einen Vergleich zwischen dem kommunistischen Rußland und dem nazistischen Deutschland als eine „ungeheure Fälschung" und Verleumdung des sowjetischen „Bollwerks gegen Krieg und Aggression" bezeichnete — knapp bevor Stalin beim Besuch Ribbentrops einen Trinkspruch auf das „Wohl des Führers" ausbrachte und seine Truppen nach Polen, Finnland und den baltischen Staaten marschieren ließ. Aber der in der Zeit nazistisch-sowjetischer Zusammenarbeit verlorengegangene Boden wurde rasch wiedergewonnen und noch ausgedehnt, als Hitler nach Rußland vorstieß. Menschen der verschiedensten Weltanschauung, von den in der Wolle gefärbten Kommunisten bis zum braven Spießbürger stimmten in das Loblied auf den tapferen Sowjetverbündeten ein, dessen guter Glaube und dessen gute Absichten über jeden Zweifel erhaben seien.

Ein führender Exponent der Lehre, „Rußland kann nichts Unrechtes tun", war Henry A. Wallace, Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Roosevelts dritter Amtszeit. In seinen hysterischen Reden und schwülstigen Schriften[2] kann man alle charakteristischen Illusionen des zweiten amerikanischen Kreuzzuges finden: die naive Versicherung, gegenwärtig kämpfe das absolute Gute gegen das absolute Böse, den zuversichtlichen Glauben, daß Sowjetimperialismus und Sowjetkommunismus nach dem Kriege keine Schwierigkeiten bereiten würden und daß ein „besseres Leben" des „kleinen Mannes" — aus einer Orgie der Zerstörung und Vernichtung! — geboren werde. „Satan ist auf die Welt losgelassen", donnerte Wallace in einer Rede vom 8. Mai 1942. „Er benützt die Führer der Nazirevolution, um den einfachen Mann der ganzen Welt in Sklaverei und Dunkel zurückzuführen. Wir aber werden den Pestfleck Europas, Hitler-Deutschland, säubern und mit ihm den Höllenschlund Asiens, Japan." Und am Ende dieser Rede verkündete er, das Ziel des Krieges sei, . . . jedem Menschen in der Welt das Anrecht auf einen täglichen Viertelliter Milch zu erkämpfen.

Wie ein neuer Peter von Amiens reiste Wallace mit dem Ruf „Dieu le veut" – Gott will es – durch die Welt. In Ostsibirien, wo sich die meisten Sklavenarbeitslager befinden, predigte er die

[2] Wallace hat nie die Urheberschaft der sogenannten Guru-Briefe bestritten, die in einer mystisch-kabbalistischen Sprache gehalten waren. Darin erschien Roosevelt als „der Flammende" und als der „Bewahrer des Heiligen Helms". Henry Morgenthau hat berichtet, daß auf Wallaces Veranlassung eine Pyramide auf die Dollarnoten gedruckt wurde, weil er in diesem Zeichen einen mystischen Wert erblickte. W. H. Ch.

Lehre vom freien Menschen auf freiem Boden; in Tschungking teilte er Tschiang Kai-schek etwas aus seinem Geheimwissen mit, und in Südamerika hielt er den erstaunten Staatsmännern Vorträge über die Notwendigkeit enger Beziehungen zur Sowjetunion und das Heraufziehen des Jahrhunderts des einfachen Mannes. Man braucht sich nicht zu wundern, daß ganze und halbe Kommunisten bereitwilligst in die von Wallace geleiteten Ämter wie das Amt für wirtschaftliche Kriegführung oder das Versorgungs-, Prioritäts- und Zuteilungsamt aufgenommen wurden; die „wenigen Kommunisten", die er je kennengelernt hätte, so versicherte er einmal, seien alle „sehr gute Amerikaner" gewesen[3].

Wenn Wallace ein großer Prophet der Kriegsära war, so darf man Wendell Willkie füglich unter die kleinen Propheten dieser Zeit rechnen. Fast so schnell, wie er um die Welt geflogen war, verfaßte dieser einstige republikanische Präsidentschaftskandidat ein Buch „One World", das neben einer Fülle von Gemeinplätzen auch die „Erkenntnisse" enthielt, die der Weltreisende unterwegs gesammelt hatte. Der Krieg, versicherte er, sei „nach den Worten Stalins ein Befreiungskrieg", und der Friede müsse „auf weltweiter Grundlage angelegt werden". Was Willkie und die anderen „Ein-Weltler" durch den künstlichen Nebel ihrer Plattheiten nicht erkennen konnten, war die fundamentale Spaltung der westlichen Zivilisation, die durch das Aufkommen des Totalitarismus nach dem ersten Weltkrieg verursacht war, mochten auch technisch die Bedingungen für eine Welteinheit heute größer sein.

Die primitiven Haßpredigten waren während des zweiten Kreuzzuges wohl nicht so häufig wie zur Zeit des ersten. Die Amerikaner schämten sich doch etwas, daß sie einst „Gott verdamme den Kaiser" gerufen, Beethoven geächtet und die „Hunnen" mit giftigen Reptilen verglichen hatten. Aufsätze wie der des Admirals W. Halsey in Collier's, in dem „mit einer Entschuldigung gegenüber den Affen" die Nazis als Affenrasse bezeichnet und der Krieg als Kampf zwischen „Menschen und Untermenschen um die Herrschaft der Erde" beschrieben wurde, bildeten eine Ausnahme. Aber

[3] Das Ergebnis der Chinareise Wallaces im Sommer 1944 war übrigens ein mit der „unschätzbaren Hilfe von Owen Lattimore" verfaßter Bericht, der dringend empfahl, in China keine Situation entstehen zu lassen, aus der sich ein Konflikt mit der Sowjetunion ergeben könne. (Freda Utley, Drama China, S. 112, 170, 190.) Harry S. Truman scheint Wallace besser erkannt zu haben als Roosevelt; jedenfalls wurden in der amerikanischen Presse Tagebuchnotizen des Präsidenten in einem im April 1952 veröffentlichten Buch auf Wallace bezogen, die einen Mr. X als „hundertprozentigen Pazifisten" bezeichnen und ihn „gefährlicher" nennen als „Fritz Kuhn mitsamt seinem Deutsch-amerikanischen Bund". E. H.

es gab doch eine Art intellektuellen Kriegsgewinnlertums, das nicht minder schädlich war als die finanzielle Spielart. Verfasser mittelmäßiger Kriminalromane und Literaturkritiker verwandelten sich über Nacht in „Autoritäten" deutscher und japanischer Geschichte, Politik, Wirtschaft und Psychologie. Exzentrische „Dichter", Möchtegernphilosophen, Moralisten und ehemalige Sportjournalisten, die nun alle Antworten auf die Fragen der europäischen Politik zu wissen vorgaben, sowie einige Professoren gehörten dazu. Wenn diese Gelehrten blinzelnd aus ihrem Elfenbeinturm des Spezialistentums heraustraten, erwiesen sie sich oft als die naivsten, leichtgläubigsten und wirrsten Kommentatoren der Welttragödie, die sich vor ihren Augen abspielte. In dem berühmten Nachtlokal New Yorks, dem Storch-Club, wurden Haßhymnen unter dem Knallen der Sektpfropfen angestimmt, und gewisse Leser der New York Herald Tribune, die weitab vom Schuß saßen, überboten sich in Briefen an den Herausgeber in Blutdurst und Rachegeschrei.

Die meist verbreitete Schwäche auch hochgebildeter Amerikaner, die Kriegsprobleme diskutierten, war indes nicht Rachsucht, sondern eher eine Art Wankelmut aus Oberflächlichkeit. Dutzende von Einzelpersönlichkeiten und viele kirchliche und Universitätsgruppen arbeiteten untadelige Pläne für einen „gerechten und dauerhaften Frieden" auf der Grundlage der Atlantikcharter aus. Aber als deren feierliche Versprechungen der Selbstbestimmung und der Gleichheit wirtschaftlicher Möglichkeiten offenkundig in der gröbsten Weise verletzt wurden, erhoben sich nur wenige schüchterne Stimmen des Protestes. Das Abkommen von Jalta, der Morgenthauplan und das Abkommen von Potsdam standen in glattem Widerspruch zur Atlantikcharter. Aber trotz aller gutgemeinten Bemühungen um die Grundlage eines „gerechten und dauerhaften Friedens" fanden sie in der Öffentlichkeit nur wenig Kritik. Der typische amerikanische Planer einer internationalen Nachkriegsordnung lebte in einer seltsamen Doppelwelt. Er erging sich in wohltönenden, wenn auch recht unbestimmten, idealistischen Phrasen und produzierte die schönsten Pläne für eine Verbesserung des Menschenloses, aber nur selten nahm er klar gegen die sehr bestimmten Pläne unterschiedsloser Rache und ungerechtfertigter Annexionen Stellung.

Während des Krieges wurden in Amerika erschütternd törichte und falsche Schilderungen Rußlands in Massen verbreitet, ganz abgesehen von der rein kommunistischen Propaganda. Ein Journalist, dessen Artikel gleichzeitig in einer großen Reihe von Zeitungen erschienen, gab zum Beispiel folgende Schilderung der

Jugend Stalins: „Er ist der Abkömmling eines von feudalistischen Machthabern regierten Stammes in einem abgelegenen Teil des Kaukasus . . . Während seiner Kindheit waren die Massen Großrußlands Leibeigene, die von ihren Herren geschlagen und von einem Großgrundbesitzer an den anderen verkauft werden konnten." Das ist, wie jedes Schulkind wissen sollte, reine Phantasie — schon deshalb, weil Joseph Dugaschwili erst 18 Jahre nach Aufhebung der Leibeigenschaft in der Stadt Gori geboren wurde. Der gleiche Journalist unterschrieb die Behauptung des englischen Informationsministers Brendan Bracken, „Sowjetrußland habe niemals sein Wort gebrochen", obwohl beide recht gut wußten, was zum Beispiel aus den Nichtangriffspakten mit Polen, Finnland und den baltischen Staaten geworden war. Auch Emil Ludwigs während des Krieges veröffentlichtes Buch *Stalin* ist ein Gemisch grotesker Irrtümer. So behauptet er, die Hälfte des anbaufähigen Bodens — „manche schätzen den Anteil auf 70 Prozent" — hätte vor 1917 ein paar hundert großen Herren, dem Zaren und der Kirche gehört, während der Rest auf 16 Millionen Bauernfamilien mit einem Durchschnittsbesitz von 6 bis 8 Morgen aufgeteilt gewesen sei. In Wirklichkeit zählte der Landadel mehr als 200 000 Menschen, denen aber 1914 weniger als ein Viertel des bäuerlichen Besitzes gehörte. Die durchschnittliche Größe der Bauernhöfe war 1905 auch nicht 6 bis 8, sondern 28 Morgen. Beispiele dieser Art könnten in beliebiger Zahl angeführt werden.

Abgesehen von dem amerikanischen Nationallaster, zu viel zu schnell zu schreiben, wirkte aber auch eine ganz bewußte Steuerung mit, um die amerikanische öffentliche Meinung in eine prosowjetische Richtung zu leiten. Ein Verleger schlug vor, sämtliche Bücher, die in irgendeiner Weise eine der verbündeten Nationen kritisierten, sollten aus dem Buchhandel und den Bibliotheken gezogen und vernichtet werden. Zum Glück wurde ein solcher Riesenscheiterhaufen, dessen Flammen die Nazi-Buchverbrennungen noch überstrahlt hätten, niemals entzündet. Aber es gab eine von niemand vorgeschriebene Zensur gegen Bücher, deren Inhalt vielleicht der Sowjetregierung nicht genehm gewesen wäre. Trotzkis Stalin-Biographie wurde nach Versendung der Besprechungsexemplare zurückgehalten. Die Gewerkschaften und andere kommunistisch beeinflußte Organisationen erhoben ein gewaltiges Geschrei gegen die Veröffentlichung des Romans *Das fünfte Siegel,* dessen Verfasser ein russischer Emigrant war. Bei dem *Report on the Russians* von William White, der zusammen mit dem damaligen Präsidenten der Amerikanischen Handelskammer, Eric Johnston, eine ausgedehnte Reise durch die Sowjetunion unternommen hatte,

genügten sachlich-kritische und dokumentarisch belegte Feststellungen über den Polizeiterror, den Einsatz von Sklavenarbeit und die Unterschiede der Lebenshaltung der hohen Funktionäre und der breiten Massen, um im Frühjahr 1945 eine hysterische Polemik zu entfesseln, obwohl White Stalin für einen großen Mann erklärte und die Roosevelt-Politik gegenüber der Sowjetunion bejahte.

Der „Fall White" bildet ein besonderes drastisches Beispiel für die geistige Hörigkeit vieler amerikanischer Intellektueller während des Krieges gegenüber einer fremden Macht, die noch dazu eine totalitäre Diktatur war. Eine Art „totalitärer Liberalismus" kam damals in Mode, dessen Hauptexponenten die Zeitschriften Nation und New Republic und das New Yorker Boulevardblatt PM (Post Meridiem) waren. Maßnahmen, die schändliche Verbrechen waren, wenn sie von Faschisten begangen wurden, waren Akte einer harten, aber notwendigen Selbstbehauptung, wenn sie sich in der Sowjetunion ereigneten. Der Traum dieser „totalitären Liberalen" war eine Verschmelzung von New Deal und Sowjetkommunismus, wie es in einem Artikel der New Republic zum Ausdruck kommt, der den „ewig Gestrigen" vorhielt, sie hätten sich selbst von den beiden großen Mittelpunkten dynamischer Energie abgeschlossen: der Roosevelt-Regierung und Rußland. Höchst eigenartig war auch das Verhalten der früher so angesehenen Zeitschrift Atlantic Monthly, die von Mitte 1942 bis Ende 1945 keinen Artikel veröffentlichte, der nicht die schärfste Sowjetzensur hätte passieren können. Nachdem die Zeitschrift, die sich sehr viel auf die amerikanische Tradition einer freien Diskussion zugutetat, Artikel über Polen aus der Feder von Anna Louise Strong, einer erklärten Kommunistin, gebracht hatte, lehnte sie den — angeforderten — Artikel des amerikanischen Polenkenners Raymond L. Buell mit der Begründung ab, er sei nicht „objektiv", was unausgesprochen besagte, daß Miß Strongs Artikel dieses Prädikat verdienten.

Der Film war ebenso wie beim ersten auch beim zweiten Kreuzzug ein machtvolles Mittel der aufs „Gemüt" berechneten Propaganda. In der Hollywooder Dutzendware traten Deutsche und Japaner als bösartige Schurken auf, während Rußland und die Russen in North Star und Song of Russia, um nur ein paar Filme dieser Art zu nennen, in so romantischen Farben geschildert wurden, daß man sie in Rußland selbst kaum hätte vorführen können: sie hätten ein zu lautes Gelächter hervorgerufen. Daß in dem nach Botschafter Davies gleichnamigem Buch gedrehten Film „Mission to Moscow" Paderewski als hoher polnischer Beamter auftrat, obwohl der berühmte Pianist sich zur Zeit der Filmhandlung bereits 15 Jahre aus der polnischen Politik zurückgezogen hatte, daß Ribbentrop

Moskau einige Jahre früher besuchte, als es tatsächlich der Fall war, sei nur nebenbei bemerkt. Nation fand jedoch die Kritik an diesen „dramatischen Freiheiten" fehl am Platze, weil der Film doch „durch die sympathische Darstellung unserer Sowjetverbündeten außerordentlich nützlich" gewesen sei. Mit anderen Worten: jede Lüge ist gut, wenn sie der guten Propagandasache dient.

Zwei Männer, die während des zweiten Kreuzzuges einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübten, waren Walter Lippmann, dessen politische Artikel außer in der New York Herald Tribune in einer großen Reihe anderer Zeitungen erschienen, und der viel gehörte Rundfunkkommentator Raymond Gram Swing. Keiner von beiden hat die moralische und politische Bedeutung des an Polen begangenen Treubruchs erkannt. Keiner von beiden fand ein Wort der dringend notwendigen Warnung vor den Amerika und seinen Interessen drohenden Gefahren eines unterschiedslosen Rachefriedens, und keiner von beiden hatte eine auch nur annähernd richtige Vorstellung der Nachkriegswelt. Statt die amerikanische öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Deiches gegen die Sturmflut der Sowjetexpansion vorzubereiten, sprach sich Lippmann 1944 für die Verewigung der Kriegskoalition aus: „Es ist leicht gesagt, aber es ist nicht wahr, daß die Alliierten von heute die Feinde von morgen sein können . . . Unser gegenwärtiges Bündnis gegen Deutschland ist keine zeitbedingte Erfindung; sie ist ein Bund von Nationen, die trotz mancher Auseinandersetzungen, manchen gegenseitigen Argwohns und selbst kurzer lokaler Kriege, man denke an den Krimkrieg, mehr als ein Jahrhundert lang natürliche Verbündete waren. Es ist kein zufälliges Zusammentreffen, daß England und Rußland seit dem Ansteigen der Angriffsabsichten des kaiserlichen Deutschland Verbündete waren, und daß die Vereinigten Staaten und Rußland, das zaristische und das sowjetische Rußland, stets in lebenswichtigen Dingen auf der gleichen Seite standen . . ." Das ist ein gutes Beispiel schlechter Beweisführung auf Grund mangelhafter Geschichtskenntnisse. Es stimmt nicht, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Rußland und China, wie Lippmann behauptet, sich gegenseitig seit mehr als einem Jahrhundert wie natürliche Verbündete benommen hätten. England geriet mehrfach mit China in Konflikt und wurde von den nationalbewußten Chinesen als Vorhut der westlich-imperialistischen Angreifer betrachtet. Rußland andrerseits stieß in der Mandschurei und Äußeren Mongolei auf chinesisches Gebiet vor. Auch war der Krimkrieg nichts anderes als die äußerste Form des feindseligen Mißtrauens, das die russisch-englischen Beziehungen vom Ende der napoleonischen Kriege bis zum Vorabend

des ersten Weltkrieges beherrschte; die englisch-sowjetischen Beziehungen aber waren niemals besonders herzlich. Auch die Vereinigten Staaten und Rußland haben sich nicht stets in wichtigen Fragen auf der gleichen Seite befunden. Die amerikanische Diplomatie und die amerikanischen Sympathien standen im russisch-japanischen Krieg auf seiten Japans, nicht Rußlands, und Amerika stieß wiederholt in der Frage der „Offenen Tür" in der Mandschurei mit Rußland zusammen.

Diese Geschichtsklitterung sollte die Schwäche der These verdekken — und sie war schwach, weil ein Grundprinzip politischer Beziehungen übersehen wurde, das so alt ist, wie die griechischen Stadtstaaten: Koalitionen werden gegen Stärke, nicht gegen Schwäche gebildet. Sobald Deutschland keine der Vereinten Nationen mehr bedrohte, war bei vernünftiger Überlegung eine Auflösung des einigenden Bandes zu erwarten. Außerdem war es äußerst kurzsichtig anzunehmen, das Verhalten der Sowjets würde nach Zerstörung aller Gegengewichte in Europa und Asien durch Vernichtung Deutschlands und Japans das gleiche sein wie während des Übergewichts der antikommunistischen Kräfte.

Raymond Gram Swing lebte in einem Wolkenkuckucksheim der Illusionen. Immer und immer wieder kehrte er zu dem Gedanken zurück, die Welt wäre in bester Ordnung, wenn nur die Amerikaner ihr Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Absichten überwinden würden. Wer ihn am Rundfunk sprechen hörte oder seine Artikel las, mußte den Eindruck bekommen, daß nicht die sowjetischen Angriffsakte und Bösgläubigkeit in Polen und anderswo die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen störten, sondern daß man dies in Amerika als das ansah, was es wirklich war. Nach der Methode Coué schaltete er unangenehme Dinge einfach dadurch aus, daß er so tat, als existierten sie nicht: ähnlich wie Palmström in dem bekannten Gedicht von Christian Morgenstern sich selbst einredet, sein Autounfall habe gar nicht stattgefunden, denn „nicht sein kann, was nicht sein darf." Swing nahm alles als bare Münze, was die Sowjets sagten, und ignorierte das überzeugende Beweismaterial ihrer Taten.

Der gleiche prosowjetische Einfluß, der sich in der öffentlichen Meinung geltend machte, war auch in der Tätigkeit verschiedener Kriegsbehörden festzustellen. Eine überraschend große Zahl ihrer Mitarbeiter teilten ihre Loyalität, wenn sie nicht gar dem Kreml allein galt. So war besonders das OWI (Office of War Information) mit fellow travelers durchsetzt, die häufig keine gebürtigen Amerikaner waren und deren politische Vergangenheit kommunistische Sympathien und Bindungen erkennen ließ. Der polnische Botschaf-

ter Jan Ciechanowski, der in seinem Buch die „prosowjetische Propaganda“ der für das besetzte Polen bestimmten Rundfunksendungen hervorhebt[4], beschwerte sich beim State Department darüber, worauf ihm erwidert wurde, das OWI unterstehe nicht dem Außenministerium. Die drei Leiter der Abteilung Polen setzten nach dem Kriege ihre Tätigkeit im Dienste der kommunistischen Regierung in Warschau fort. Ähnlich stand es mit den anderen Länderabteilungen; im jugoslawischen Büro wurde sehr bald ein Tito-Bild aufgehängt, und die Mitarbeiterin Anna Belle Bucar, die nach dem Kriege ihre amerikanische mit der sowjetischen Staatsbürgerschaft vertauschte, veröffentlichte ein pöbelhaftes Buch voller Angriffe auf das State Department und die amerikanische Botschaft in Moskau. Ich selbst wurde während des Krieges vom OWI zu Rundfunksendungen über die Erfolge der sowjetischen Industrialisierung aufgefordert; als ich darin auch auf den Preis dieser Experimente an Menschenleben und -leiden hinweisen wollte, wurde der Plan fallen gelassen. Die Konzentration von Sowjetfreunden in dieser Schlüsselbehörde kann nur auf eine grobe Nachlässigkeit der Personalabteilung zurückgeführt werden, wenn es sich nicht sogar um einen bestimmten Plan gehandelt hat.

Das OWI stand aber in seiner Art nicht einzig da. State Department, OSS (Office of Stragetic Services — Nachrichtendienst) und andere Behörden hatten ebenfalls ihre Quote an „bad security risks“, an Elementen, die ein Risiko für die Sicherheit des Landes darstellten. Schon vor dem Kriege konnten sich Sowjetagenten eine große Zahl Geheimakten aus dem State Department beschaffen: Whittaker Chambers, ein bekehrter kommunistischer Agent, hat es durch Mikrofilmaufnahmen solcher Dokumente bewiesen, die er zu seiner Sicherheit nach dem „Absprung“ in einem hohlen Kürbis auf seiner kleinen Farm versteckt hatte. Auf Grund der von Chambers — und anderen — beigebrachten Beweise wurde Alger Hiss wegen Meineids verurteilt, weil er abgestritten hatte, für die kommunistische Untergrundbewegung gearbeitet zu haben. Hiss, ein hoher Beamter des State Department, der Roosevelt nach Jalta begleitete und Sekretär der amerikanischen Delegation auf der Gründungsversammlung der UNO in San Franzisco war, hatte den größten Teil der von Chambers dem Gericht vorgelegten Geheimdokumente geliefert, darunter handschriftliche politische Berichte. Während Hiss leugnete und auch nach Antritt seiner fünfjährigen Gefängnisstrafe ein Wiederaufnahmeverfahren betreibt, hat Julian Henry Wadleigh, ebenfalls ein Angestellter des State Department,

[4] Defeat in Victory (Garden City, Doubleday, 1947), p. 130 f

im gleichen Prozeß seine Schuld gestanden. Dabei und vor dem Parlamentsausschuß für unamerikanische Betätigung wurden auch noch andere Beamte der Regierung Roosevelt als Quelle des kommunistischen Spionagerings genannt: einer von ihnen war Harry Dexter White, ein hoher Beamter des Finanzministeriums, der maßgebend am Entwurf des Morgenthauplanes mitgearbeitet hat. Er hat sich durch Selbstmord seinen Richtern entzogen. Wäre der Morgenthauplan zur Umwandlung Deutschlands in ein Acker- und Weideland so durchgeführt worden, wie er auf dem Papiere stand — und das hätte den Hungertod von Millionen Deutscher bedeutet —, es wäre ein politisches Gottesgeschenk für Stalin gewesen; denn aus lauter Verzweiflung hätte Deutschland sich dann wahrscheinlich dem Kommunismus in die Arme geworfen. Es ist also durchaus möglich, daß nicht nur der Wunsch, am deutschen Volk für die Naziverbrechen Rache zu nehmen, sondern auch andere Motive jenen Vernichtungsplan inspiriert haben.

Nur mit Bestürzung stellt man nachträglich fest, mit welcher Sorglosigkeit während des Krieges Personen auf wichtige Posten gesetzt wurden, deren zweifelhafte Loyalität bekannt war. So hatte sich der Marinenachrichtendienst zu Beginn des Krieges gegen eine Anstellung Nathan G. Silvermasters ausgesprochen, der aber trotzdem einen Vertrauensposten nach dem anderen bekam. Das State Department ist wiederholt vor Hiss gewarnt worden, nicht nur von Chambers, sondern auch vom damaligen Pariser Botschafter Bullitt, dem Ministerpräsident Daladier gesagt hatte, Hiss sei dem Deuxième Bureau als Sowjetagent bekannt. Ein besonders krasser Fall ist Vizepräsident Henry Wallace, dem von General Leslie Groves, dem Leiter des Manhattan-(Atom-)Projektes wichtige Informationen bewußt vorenthalten wurden, „weil wir keine unnötigen und erkennbaren Risiken eingehen wollten“, wie der General am 8. Dezember 1949 in einem Presseinterview erklärte. Seit den Tagen des Aaron Burr, der 1805 mit dem Vorwurf des Landesverrats von Hamilton zum Duell gefordert wurde, war dies das erste Mal, daß ein Vizepräsident der Vereinigten Staaten als „Gefahr für die Sicherheit des Landes“ angeprangert wurde.

Noch schwerwiegender war der Fall des Atomphysikers Dr. Klaus Fuchs, der als Sowjetspion entlarvt und überführt wurde. Der Chemiker Dr. Harry Gold aus Philadelphia, das Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg und andere wurden ebenfalls vor Gericht schuldig befunden, den Sowjets Geheimnisse der amerikanischen Atombombenherstellung ausgeliefert zu haben.

Ein starker Einfluß der fellow travelers machte sich auch bei der Führung der amerikanischen Fernostpolitik geltend. Das ist eine

Tatsache und zwar eine sehr bedeutsame Tatsache, die man nicht dadurch aus der Welt schafft, daß man Senator Joseph MacCarthy einige Übertreibungen nachweist, der als erster und am lautesten auf die kommunistische Infiltration im State Department aufmerksam gemacht hat.

Das Institut für pazifische Beziehungen, das während des Krieges einen offiziösen Charakter hatte, setzte sich gutachtlich und in seinen Publikationen für eine prosowjetische, der Kuomingtang feindliche und den chinesischen Kommunisten freundliche Politik ein. Eine der leitenden Persönlichkeiten und zeitweise Herausgeber der Zeitschrift Pacific Affairs war der schon genannte Professor Owen Lattimore, Stellvertretender Leiter des OWI, der geschickt und mit dem Anschein der Objektivität eines Gelehrten die chinesischen Kommunisten als „Fortschrittler" und „Demokraten", die Nationalregierung und ihre Anhänger als dekadent, reaktionär und verrottet hinstellte. Nachdrücklich setzte er sich für eine „Verständigung" und Koalition zwischen Tschiang Kai-schek und Mao Tse-tung ein, nachdem er als Berater Tschiang Kai-scheks 1941 dem State Department berichtet hatte, ein amerikanisches Eintreten für eine Verständigung zwischen Tschiang Kai-schek und dem projapanischen Wang Tsching-wei würde von den Chinesen als „nationale Beleidigung" empfunden. Eine Unterstützung Tschiang Kai-scheks müsse von seiner Koalitionsbereitschaft gegenüber Mao Tse-tung abhängig gemacht werden[5]. Ehemalige Kommunisten haben vor Gericht und vor Parlamentsausschüssen bezeugt, daß Lattimore, der offiziell nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war, intern zu Weisungen befugt war.

Das mag stimmen oder nicht; auffällig ist jedenfalls, daß zwischen den Empfehlungen Lattimores für die amerikanische Fernostpolitik und den Zielen des Kreml eine merkwürdige Parallele besteht[6]. Stalin selbst hätte kaum etwas anderes vorschlagen kön-

[5] Was etwa dem Vorschlag entsprechen würde, die Bundesregierung müsse sich mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht „verständigen", bevor das Besatzungsregime gelockert werden könne. E. H.

[6] Der Historiker Professor Peter Viereck, Verfasser des Buches „Conservatism Revisited", hat in seinem neuen Buch „Shame and Glory of the Intellectuals" (Beacon Press) eine sehr interessante Anweisung Lattimores aus dem Jahre 1938 an den damaligen Generalsekretär des Instituts für pazifische Beziehungen, E. C. Carter, wiedergegeben: „Es scheint mir, daß der beste Standort für das Institut, um Erfolge zu erringen, verschieden ist für die verschiedenen Länder. Für China wird es sich nach meinem Eindruck lohnen, hinter der offiziellen Position der chinesischen Kommunisten zurückzubleiben, und zwar weit genug, um nicht mit dem gleichen Etikett belegt zu werden, aber doch nicht so weit, daß nicht der Unterschied zu den aktiven chinesischen Liberalen auf-

nen als Lattimore in seinem im Herbst 1949 für das State Department ausgearbeiteten Memorandum: Zurückziehung aus Korea, Anerkennung der Chinesischen Volksrepublik und Aufnahme der Handelsbeziehungen, Verzicht darauf, Japan als potentiellen Verbündeten im Fernen Osten anzusehen und Vermeidung „örtlicher Verwicklungen", die in der Sowjetunion Mißstimmung hervorrufen könnten, womit wohl gemeint war, daß den antikommunistischen Kräften keine Unterstützung zuteil werden dürfe.

Lattimores Auffassungen übten einen beträchtlichen Einfluß auf die Fernostabteilung des State Department aus, besonders auf ihren früheren Chef John Vincent. Im Sommer 1945 wurden zwei kluge und erfahrene Berater in japanischen Fragen, der frühere Botschafter Joseph C. Grew und der frühere Botschaftsrat in Tokio, Eugene Dooman, ausgebootet; damit war das Feld frei für jene, die das nationalchinesische Regime Tschiang Kai-scheks als störend und belastend für China ansahen und in Japan gern Experimente wirtschaftlicher Vivisektion durchgeführt hätten. Das Ergebnis der amerikanischen Fernostpolitik in den ersten Nachkriegsjahren hat einen Tiefstand des Ansehens und des Einflusses der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt, bis es dann zur offenen Herausforderung durch den kommunistischen Einfall nach Südkorea kam.

Für die auf dem Gebiete der Fernostpolitik wirksamen Einflüsse ist außer der Tätigkeit des Instituts für pazifische Beziehungen vor allem der befremdliche Fall der Zeitschrift *Amerasia* bezeichnend. Am 7. Juni 1945 gab das FBI (Federal Bureau of Investigation) bekannt, daß in den Redaktionsräumen an die hundert Aktenhefter gefunden worden waren, die „streng geheime" und „ganz vertrauliche" Dokumente aus den Archiven des State Department, des

fällt . . . Was die Sowjetunion angeht, so sollen Sie ihre internationale Politik im allgemeinen decken, ohne aber ihre Schlagworte zu gebrauchen, und vor allem ohne den Russen oder sonst jemand den Eindruck der Hörigkeit zu machen . . ." Professor Viereck vergleicht das Institut mit einer Larve, deren weicher Leib von gewissen Wespen zur Eiablage benützt wird: gerade weil es nicht offen kommunistisch gewesen sei, sondern auch untadelige Gelehrte und konservative Bankiers zu seinen Mitgliedern zählte, habe es seinen Einfluß zugunsten des chinesischen Stalinismus um so besser geltend machen können. „Es mag sein, daß China auf jeden Fall von den roten Armeen und der roten Propaganda erobert worden wäre, auch wenn wir nicht die Mandschurei mit ihren japanischen Waffen weggegeben und in einem der Dringlichkeit der Gefahr entsprechenden Maße eingegriffen hätten. Es kann aber auch sein, daß die Irrtümer der Mao-Freunde im Institut für pazifische Beziehungen mithalfen, die Waagschale unserer Politik auf eine Weise zu senken, für die wir heute mit 100 000 Mann Verlusten in Korea büßen müssen." (Auszug, veröffentlicht in New York Herald Tribune, Europäische Ausgabe, 23. 4. 1952.) E. H.

Kriegs- und des Marineministeriums, des militärischen und des politischen Nachrichtendienstes enthielten. Unter den Verhafteten befanden sich der Marineleutnant Andrew Roth und die beiden Mitglieder der Fernostabteilung des State Department John S. Service und E. S. Larsen. Die gestohlenen Dokumente enthielten Standortmeldungen amerikanischer U-Boote im Pazifik und eine ganz vertrauliche Botschaft Roosevelts an Tschiang Kai-schek. Das FBI hat einen guten Ruf, erst dann Verhaftungen vorzunehmen, wenn wirklich handfestes Material vorliegt. Hier war nun der Beweis der Spionage eindeutig erbracht, aber der Staatsanwalt selbst tat alles, den Fall zu bagatellisieren, so daß der Hauptverantwortliche, der Schriftleiter von *Amerasia*, Philipp Jaffe, sich darauf herausreden konnte, er habe sich lediglich journalistisches „Hintergrundmaterial" beschaffen wollen. Er kam mit einer leichten Geldstrafe davon[7].

Wir wissen nicht und werden es vielleicht auch nie erfahren, wie groß der Anteil des Landesverrats neben Dummheit, Opportunismus, Fellow-traveler-Bewunderung für die Sowjetunion und Sachunkenntnis an der Gestaltung der amerikanischen Haltung und Betätigung während des Krieges gewesen ist. In Kanada konnte das Netzwerk der kommunistischen Spionage klar und scharf herauspräpariert werden, weil ein sowjetischer Chiffrierbeamter unter Gefahr für sein Leben den kanadischen Behörden die ihm bekannten Tatsachen, Zusammenhänge und Namen mitteilte. In den Vereinigten Staaten ist kein zweiter Igor Guzenko als Kronzeuge des Staates aufgetreten. Die Enthüllung über sowjetische Spionage und amerikanischen Verrat erfolgten zufällig und bruchstückhaft. Es läßt sich auch nicht immer leicht entscheiden, ob ein Mann das gefährlich schmale Niemandsland zwischen Begeisterung für den Kommunismus und Bereitwilligkeit zur Agententätigkeit im Dienste ausländischer Spionage hinter sich gelassen hat.

[7] Für weitere Einzelheiten sei auf das Buch von Freda Utley, *Drama China*, verwiesen, besonders auf S. 143–147. – Dieses Buch enthält auch eine Fülle dokumentarischen Materials über das Wirken Owen Lattimores und der in China tätigen amerikanischen Diplomaten, die der Verfasserin aus der Zeit ihres Aufenthaltes in Hankau und Tschungking persönlich bekannt sind. Durch Auslieferung der Mandschurei an die Sowjetunion in Jalta, durch das über Nationalchina gerade in der kritischsten Zeit des Bürgerkrieges verhängte Waffenembargo, durch die entgegen den amtlichen Behauptungen einer Milliardenhilfe in Wirklichkeit viel zu geringe und viel zu späte Unterstützung Nationalchinas und durch den dauernden Druck auf Tschiang Kai-Schek, mit den Kommunisten Waffenstillstand zu schließen und eine Koalition zu bilden, haben die Vereinigten Staaten nach Meinung der Verfasserin den Sieg der Kommunisten in China wenn nicht ermöglicht, so doch entscheidend gefördert. E. H.

Der parteipolitisch gleichbleibende Charakter unserer Regierung nach dem Tode Roosevelts hat diese Verdunkelung begünstigt. Bei den maßgebenden Stellen in Washington bestand keine besondere Neigung, wirklich gründliche Untersuchungen durchzuführen, die sich als gefährlich für den Charakter, mindestens aber für das Urteilsvermögen von Persönlichkeiten herausstellen konnten, die in der New-Deal- und der Kriegspolitik der Regierung Roosevelt an prominenter Stelle gestanden haben. Auf der Grundlage dessen aber, was als zweifelsfrei erwiesen gelten kann, darf gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten in keinem früheren Kriege so mit einer Durchsetzung der Behörden und einer Beeinflussung ihrer Politik im Interesse einer ausländischen Macht verseucht waren. Eine große Reihe von Faktoren wirkten zusammen, um dieses unerwünschte Ergebnis hervorzubringen. Da war die alte Berufskrankheit der Intellektuellen, die Gesinnung des fellow traveler. Da war der Kult des totalitären Liberalismus. Da war der Wahn, daß appeasement sich Stalin gegenüber bewähren würde, woran besonders und besonders unlogisch die fanatischsten Antihitlerkreuzzügler festhielten. Da war die bezeichnende und unglückliche Tatsache, daß kein wirklicher Kenner der Theorie und Praxis des Sowjetkommunismus sich eines besonderen Vertrauens oder Einflusses im Weißen Hause erfreute. Alles dieses zusammen schuf eine Atmosphäre, in der die öffentliche Meinung die verfehlte Regierungspolitik nicht wirksam bremsen konnten, und in der Sowjetagenten und Sowjetpropagandisten — Amerikaner und Ausländer — ein leichtes Arbeiten hatten.

POLEN: DER GROSSE TREUBRUCH

„Nicht das ist die Frage, ob Polens Ostgrenze nach Westen verschoben und ob es auf Kosten Deutschlands im Westen für das im Osten verlorene Gebiet entschädigt werden soll. Die Frage lautet: Soll Polen bestehen? Und dahinter steht die andere Frage: Soll Europa bestehen — das Europa, das wir gekannt haben und wieder zu erleben hoffen, das Europa, um dessen willen dieser Krieg geführt wird, ein Europa, das weder anarchisch noch versklavt, sondern ein ausgewogenes und integrales Ganzes ist . . . Das Europa, das soviel mehr ist als ein geographischer Begriff, sondern die gesicherte Heimstätte griechisch-römischen und christlichen Erbes. Das ist die Frage[1]".

[1] F. A. Voigt, Poland, in der englischen Zeitschrift The Nineteenth Century and After, Febr. 1944, p. 63.

Was wäre wohl geschehen, wenn die englische Regierung ihr Garantieangebot vom März 1939 mit der Erklärung begleitet hätte: „Ihr müßt begreifen, daß diese Garantie sich lediglich auf Deutschland bezieht. Wenn die Sowjetunion vorschlägt, fast die Hälfte Eures Gebietes wegzunehmen und dem Rest eine kommunistisch beherrschte Regierung aufzuzwingen, könntet Ihr nicht auf unsere Hilfe rechnen. Im Gegenteil, wir werden keine ernsthaften Anstrengungen machen, die Sowjetregierung an der Durchführung dieser Pläne zu hindern, sondern ihre Sache gegen Eure unterstützen".

Oder man stelle sich vor, daß ein aufrichtiger und weitblickender amerikanischer Diplomat der jugoslawischen Regierung die folgende prophetische Warnung hätte zukommen lassen, als Belgrad von der Roosevelt-Regierung zu einem ungleichen Kampf gegen Deutschland ermuntert und aufgestachelt wurde: „Ihr werdet alle Leiden einer fremden Besetzung erfahren. Euer Land wird durch einen grausamen Bürgerkrieg verwüstet werden. In diesem Krieg wird der in Moskau ausgebildete Kommunist Josip Broz Tito nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von Großbritannien und den Vereinigten Staaten unterstützt werden. Ihr und andere nichtkommunistische jugoslawische Patrioten werdet von Glück sagen können, wenn Ihr Euer Leben im Exil oder verborgen und versteckt in der Heimat fristen könnt."

Angenommen, eine maßgebende Stimme hätte das amerikanische Volk vor Pearl Harbor gewarnt: „Unsere Politik bedingungsloser Unterstützung Tschiang Kai-scheks in China wird zum Kriege mit Japan führen. Dieser Krieg wird ausgekämpft werden, bis Japan vollständig in Trümmer gelegt ist. Die sowjetische und kommunistische Aggression in China wird uns aber nicht bekümmern. Im Gegenteil, wir werden Stalin — auf Chinas Kosten — Geschenke bieten, um ihn zur Teilnahme an unserem großen Kreuzzug gegen Japan zu gewinnen. Das Ende wird sein, daß China dem Zugriff der chinesischen Kommunisten anheimfällt, die ergebene Schüler Moskaus und erbitterte Feinde der Vereinigten Staaten sind. Diese Kommunisten werden den amerikanischen Diplomaten Beleidigungen zufügen, wie man sie seit dem Boxeraufstand nicht erlebt hat."

Hätte unser Kreuzzug viel Sinn gehabt, wenn seine Konsequenzen in Osteuropa und Ostasien richtig vorausgesehen worden wären?

Der Treubruch gegenüber jenen Gruppen in Polen, Jugoslawien und China, die von Amerika und England Sympathie und Hilfe erwarteten, war auch vom nackten Interessenstandpunkt aus eine ungeheure Dummheit. Kann irgendein Amerikaner oder Engländer

rückblickend die Meinung vertreten, der gewaltige Einsatz von Gut und Blut sei durch das Auftreten eines in Moskau geschulten Klüngels als Herrscher Polens, Titos als Diktator Jugoslawiens und Mao Tse-tungs als kommunistischer Herr Chinas gerechtfertigt worden?

Der Treubruch gegenüber Polen war der rüdeste und flagranteste der drei, schon allein deshalb, weil Polen der Vorwand für den ganzen Kreuzzug war, und muß deshalb etwas ausführlicher dargestellt werden. Er ist das Symbol des Widerspruchs zwischen der Kreuzzugsidee der nationalen Selbstbestimmung und des Kampfes gegen „Aggression“ und dem wirklichen Geschehen.

Als Polen 1939/41 zwischen beiden Nachbarn aufgeteilt war, haben die nazistische und die sowjetische Diktatur sich gegenseitig in ihrem rücksichtslosen Kampf gegen das polnische Volk, besonders seine Intelligenz, überboten. Der planmäßigen Ausrottung der Juden durch die Nazis entsprach dabei auf sowjetischer Seite die Massendeportation von 1,2 Millionen Polen aus der Ukraine und Weißrußland, um den ethnischen Charakter dieser Gebiete zu verändern[2]. Es ist später gelegentlich behauptet worden, die Sowjets hätten ein gewisses Recht für ihren Anspruch auf das Gebiet östlich der sogenannten Curzon-Linie gehabt und zwar aus historischen und ethnischen Gründen. Diese Linie ist aber niemals als Grenze Polens gedacht gewesen. Sie war vom Obersten Alliierten Rat in Paris am 8. Dezember 1919 als Demarkationslinie festgesetzt worden, als die Rote Armee im Krieg gegen Polen das Übergewicht hatte. Die Sowjets selbst haben sich nie an diese Linie gehalten. Sie haben sie beim Vormarsch 1920 überschritten, waren aber andrerseits damals bereit, einem kommunistischen Polen eine weiter östlich verlaufende Grenze zu geben. Die im Vertrag von Riga im März 1921 festgesetzte Grenze entsprach etwa der bei der zweiten Teilung Polens 1791 errichteten Grenze. Nur etwa 150 000 Russen lebten westlich von ihr, während etwa 1,5 Millionen Polen zur Sowjetunion kamen. Daß die Bevölkerung Ostpolens sehr gemischt ist, wird nicht bestritten; aber das gilt auch für viele andere Gebiete der Sowjetunion, Ost- und Südosteuropas. Die beiden wichtigsten Städte Wilna und Lemberg waren nach Bevölkerung

[2] Die dabei begangenen Grausamkeiten und andere Einzelheiten des sowjetischen Terrorregimes in Ostpolen sind in folgenden Büchern beschrieben: Elma Dangerfield, *Behind the Urals* (British League for European Freedom), Ann Su Cardwell, *Poland and Russia* (Sheed, 1944), *The Dark Side of the Moon* (Scribner, 1947), und Jerzy Gliksman, *Tell the West* (New York, Gresham Press, 1948). W. H. Ch.

und Architektur polnisch; Lemberg hat nie zu Rußland gehört. Auch das „Sicherheitsargument“ hält der Prüfung nicht stand. Rußland ist zweimal von deutschen Truppen überrannt worden, als Ostpolen innerhalb seiner Grenzen lag, aber niemals, wenn dieses Gebiet im Besitze eines unabhängigen polnischen Staates war. Im übrigen hatte die Sowjetregierung die Grenzen von Riga in freien Verhandlungen akzeptiert und 1932 durch einen Nichtangriffs- und Neutralitätspakt bestätigt. Die Wegnahme Ostpolens unterscheidet sich also in nichts von den räuberischen Aggressionen, die einen globalen Kreuzzug gegen Hitler und die Japaner angeblich rechtfertigen sollten.

Hitlers Angriff auf Rußland leitete eine neue Phase der sowjetisch-polnischen Beziehungen ein. Stalin sah einen Vorteil darin, jetzt ein vorläufiges Übereinkommen mit der polnischen Exilregierung zu treffen, die in London saß und aus Vertretern der vier wichtigsten polnischen Parteien — Nationaldemokraten, Bauern, Sozialisten, Christliche Arbeiter — gebildet war. Ministerpräsident General Wladyslaw Sikorski war bereit, die schmerzliche Erfahrung mit der sowjetischen Besetzung Ostpolens im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Nazideutschland zu vergessen. Dem englisch-sowjetischen Abkommen vom 12. Juli 1941, in dem beide Mächte sich gegenseitig Unterstützung zusicherten und versprachen, keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen, folgte das sowjetisch-polnische Abkommen vom 30. Juli: Die Sowjetregierung erklärte die Bestimmungen des sowjetisch-deutschen Vertrages über die Teilung Polens als ungültig. Man sicherte sich gegenseitige Hilfe zu und kam überein, daß in der Sowjetunion ein polnisches Heer aufgestellt und daß die in Rußland verurteilten Polen begnadigt werden sollten. Allerdings versuchte Sikorski vergeblich, eine Anerkennung der polnischen Grenze von 1939 zu erreichen. Die englische Regierung, die auf die Polen einen Druck ausübte, trotzdem zu unterzeichnen, ließ durch Eden in einer Note vom 30. Juli erklären, daß „Seiner Majestät Regierung keine territorialen Änderungen anerkennt, die in Polen seit August 1939 vorgenommen wurden“.

Als Sikorski Anfang Dezember 1941 nach Moskau fuhr, schnitt Stalin die Frage der polnischen Ostgrenze an und erklärte, er werde sich mit „sehr geringfügigen“ Änderungen begnügen. Sikorski lehnte aber jede Diskussion über eine Grenzänderung ab, und Stalin ließ das Thema fallen. Gleichzeitig nahm die Sowjetregierung aber das Recht für sich in Anspruch, Ukrainer, Weißrussen und Juden in der „Westukraine“ und in „Westweißrußland“ zu rekru-

tieren[3]. Seine wahren Absichten enthüllte Stalin gegenüber Eden bei dessen Moskauer Besuch im Dezember 1941: er erklärte sich nur dann zum Abschluß eines englisch-sowjetischen Vertrages bereit, wenn London der Wiederherstellung der im sowjetisch-deutschen Vertrag vereinbarten Westgrenze zustimme. Das britische Kabinett war geneigt nachzugeben, änderte aber seinen Standpunkt, als die amerikanische Regierung mit einem der wenigen energischen Versuche einer Verteidigung der Atlantikcharter scharf dagegen Einspruch erhob. Das am 26. Mai 1942 auf 20 Jahre geschlossene englisch-sowjetische Bündnis enthält keine territorialen Festlegungen.

Aber die feste Haltung Washingtons, die implicite der späteren Kapitulation in Teheran und Jalta das Urteil spricht, blieb nicht lange fest, und zwar weil man — ohne wirklichen Grund — einen Separatfrieden Stalins mit Hitler fürchtete. Stalin bestärkte Amerika und England natürlich durch verschiedene Gesten in dieser Furcht und probierte gleichzeitig aus, wie weit er ihnen gegenüber gehen könne, indem er zum Beispiel zwei prominente polnisch-jüdische Sozialisten „wegen Zusammenarbeit mit den Nazis" (!) erschießen ließ. Die Reaktion in London und Washington war äußerst gering. Im Sommer 1942 ließ die Sowjetregierung die Büros der polnischen Hilfsorganisationen schließen, die sich um Unterstützung der nach der Sowjetunion deportierten Polen bemühten. Am 16. Januar 1943 wurde die gesamte Bevölkerung der „Westukraine" und „Westweißrußlands" zu sowjetischen Staatsbürgern erklärt, also auch soweit sie polnischer Abstammung war.

Der entscheidende Schlag wurde dann am 25. April 1943 geführt: Moskau brach die Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. Den Vorwand lieferte das Verbrechen von Katyn, die Ermordung von einigen tausend polnischen Offizieren. Genauer gesagt: die Tatsache, daß die polnische Exilregierung am 17. April — übereinstimmend mit dem deutschen Vorschlag, aber unabhängig davon — eine Untersuchung der Gräber durch das Internationale Rote Kreuz verlangt hatte. Das sei eine „Beleidigung der Sowjetunion". Fortan war der Weg frei für die Bildung einer Marionettenregierung aus kommunistischen Emigranten und polnischen Opportunisten.

Die von einem Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses im Frühjahr 1952 durchgeführten Untersuchungen des Falles Katyn haben die letzten Zweifel beseitigt, daß die polnischen Offiziere tatsächlich von den Sowjets ermordet wurden. Das Verhalten des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg in dieser Ange-

[3] Polish-Soviet Relations 1918—1943, herausgegeben von der Polnischen Botschaft in Washington, p. 165 f.

legenheit kann nur als unwürdig bezeichnet werden. Wenn es die ehrliche Absicht gehabt hätte, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ohne Ansehen der Nation zu sühnen, so hätte es auch den Fall Katyn behandeln müssen. Das wäre sehr leicht gewesen. Man hätte nur General Anders oder den Genfer Universitätsprofessor F. Naville als Zeugen zu laden brauchen. Dann wäre zur Sprache gekommen, daß die bei den Leichen gefundenen Briefe nicht 1941, sondern im Frühjahr 1940 aufhörten, daß keinerlei Spuren eines Kampfes zu entdecken waren, wie er sicher stattgefunden hätte, wenn das Gefangenenlager entsprechend der sowjetischen Behauptung den Deutschen in die Hände gefallen wäre. Man hätte erfahren, daß Stalin gegenüber Sikorski und General Anders vage Ausflüchte gebraucht hatte, als sie sich nach dem Schicksal ihrer von den Russen gefangenen Landsleute erkundigten. Während eines Gespräches mit Botschafter Kot am 14. November 1941 rief Stalin bei der Zentrale des NKWD an, um sich zu erkundigen: wie die Antwort gelautet hatte, war Kot nicht zweifelhaft, denn Stalin legte den Hörer auf und wechselte das Thema. Ich habe mit vielen Personen gesprochen, die erbitterte Feinde der Deutschen waren, aber nicht einer zweifelte daran, daß die Sowjets das Verbrechen von Katyn begangen hatten.

General Sikorski fand bei einem Flugzeugunglück im Juli 1943 den Tod; polnische Kreise vermuteten einen Anschlag. Sein Nachfolger wurde der Führer der Bauernpartei Stanislaw Mikolajczyk. Schon damals war auch Washington bereit, die territoriale Integrität und die nationale Unabhängigkeit Polens preiszugeben. Nach seinen Gesprächen mit Roosevelt, Harry Hopkins und Sumner Welles im Mai 1943 kam Eduard Benesch, der Führer der tschechoslowakischen Exilregierung zu dem Schluß, daß die amerikanische Regierung entschlossen war, den sowjetischen Standpunkt in der Polenfrage zu vertreten. „Ich war überzeugt", schrieb er damals, „daß die Erwartungen der Londoner Polen auf Unterstützung ihrer Ansprüche gegen die Sowjetunion von seiten der Vereinigten Staaten reines Wunschdenken waren[4]".

Nachdem Sumner Welles und der englische Botschafter Lord Halifax vergeblich versucht hatten, auf den polnischen Botschafter

[4] Benesch selbst gab sich deshalb die größte Mühe, einer künftigen neuen Tschechoslowakei die Stellung des ersten Satelliten der Sowjetunion zu sichern, und hätte doch aus Homer gelernt haben können, daß Polyphem den Odysseus nur mit der Gunst belohnen wollte, den Willfährigen als Letzten zu verspeisen – wie es sich dann, noch zu Lebzeiten Beneschs, im Falle der Tschechoslowakei ereignet hat. Ein Teil der Erinnerungen von Benesch wurde in der Zeitschrift Nation (17. 7. 1948) abgedruckt. W. H. Ch.

Ciechanowski im Sinne einer Nachgiebigkeit in der Grenzfrage einzuwirken, schlugen England und die Vereinigten Staaten in einer Note an Moskau vom 11. August 1943 eine Wiederaufnahme der sowjetisch-polnischen Beziehungen, eine Evakuierung der polnischen Flüchtlinge nach dem Nahen Osten und eine Optionsmöglichkeit der Polen für die sowjetische oder die polnische Staatsangehörigkeit vor. Erst am 27. September bequemte sich Moskau zu einer Antwort: es war eine noch dazu in beleidigender Form gehaltene Ablehnung, die, wie Botschafter Bliss Lane mir mitteilte, von Hull (Band II, S. 1271) nur verkürzt wiedergegeben ist. Eine spürbare Verlangsamung der Pacht-Leih-Lieferungen hätte wahrscheinlich mehr erreicht als höfliche Noten; aber eine solche Maßnahme wurde, wie Hull berichtet, überhaupt nicht erwogen. Je mehr Stalin die führenden Persönlichkeiten der Westmächte beleidigte, um so mehr versuchten sie, ihn zu besänftigen.

Bevor Hull zur Moskauer Außenministerkonferenz fuhr, hatte er den Polen die Versorgung der Untergrundarmee mit Munition und Proviant durch Fallschirmabwurf in Aussicht gestellt. Nach der Konferenz war davon nicht mehr die Rede. Stalin hätte es übelnehmen können.

Churchill hat im 5. Band seiner Kriegserinnerungen bestätigt, daß er auf der Konferenz von Teheran die Initiative ergriff, als es sich um die Zustimmung zu den sowjetischen Vorschlägen für die künftige Grenze Polens handelte. Nicht ohne Selbstgefälligkeit erzählt er die Geschichte seines „Streichhölzchenspiels", mit dem er — „Nimm von drei Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" — den Konferenzteilnehmern den „Ersatz" des von den Sowjets weggenommenen durch deutsches Gebiet demonstrierte. Daß ihm die Austreibung von Millionen Deutschen keine Gewissensbeschwerden bereitete, hatte er schon während des Krieges in der Unterhausrede vom 15. Dezember 1944 offen zum Ausdruck gebracht; später sind ihm offenbar Bedenken gekommen. Aus dieser Rede und anderen Zeugnissen geht auch deutlich die Rollenverteilung hervor: Churchill sprach das Verdammungsurteil über Polens territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit, Roosevelt war der Pontius Pilatus, der sich die Hände in Unschuld wusch. Er mußte so tun, weil er die Stimmen der Amerika-Polen für seine Wiederwahl brauchte.

Am 22. Januar 1944 schlugen Churchill und Eden der polnischen Exilregierung vor, sie solle der Curzon-Linie als Ostgrenze zustimmen. Dafür würde Polen Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien bis zur Oder bekommen. Die gesamte deutsche Bevölkerung würde aus diesen Gebieten vertrieben werden; die östlich der neuen Grenze

mit der UdSSR lebenden Polen sollten nach Polen zurückkehren. Die neue Grenze würde die amerikanisch-englisch-sowjetische Billigung haben. Ministerpräsident Mikolajczyk sah sich nicht in der Lage, diese Vorschläge anzunehmen. Es stand noch mehr als die Zerstückelung Polens auf dem Spiel. Aus der sowjetischen Antwort auf das Vermittlungsangebot der Vereinigten Staaten vom 19. Januar 1944 hatte er den Schluß gezogen, daß die für eine Wiederherstellung sowjetisch-polnischer Beziehungen geforderte Ausschliessung aller „profaschistisch-imperialistischen" Elemente aus der Exilregierung und die Aufnahme von „demokratischen Elementen" nichts anderes bedeutete, als das Ansinnen an Polen, ein sowjetischer Vasallenstaat zu werden. Nach der sowjetischen Terminologie sind alle, die für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, „profaschistische Imperialisten", und nur Kommunisten oder Opportunisten gelten als „demokratische Elemente". Mikolajczyk setzte seine Hoffnungen auf Amerika und wurde auch im Jahre 1944 von Roosevelt sehr gnädig empfangen. Der Präsident versprach, seinen Einfluß bei Stalin zugunsten des Verbleibens von Lemberg und der galizischen Ölfelder bei Polen geltend zu machen. Vielleicht könne auch Wilna gerettet werden.

Ende Juli stand die Rote Armee wenige Kilometer vor Warschau. Die polnische Untergrundarmee in der Stadt unter Befehl General T. Bor-Komorowskis fing am 30. Juli eine Moskauer Sendung in polnischer Sprache auf, die im Namen von Molotow und Edward Osubka-Morawski — einem führenden Mitglied des von Moskau organisierten sogenannten Nationalen Befreiungskomitees — zum Aufstand aufrief: „Polen! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen! Zu den Waffen! Macht aus jedem polnischen Haus eine Festung im Kampf gegen den Eindringling! Es ist keine Stunde zu verlieren[5]." Am nächsten Tage wurde auch in London der gleiche Appell registriert. Gleichzeitig wurde von London mitgeteilt, daß Mikolajczyk zu Stalin fahre. In der Annahme, daß die sowjetische militärische Hilfe sicher und das Signal zum Handeln gegeben sei, befahl Bor den Aufstand. Was folgte, war eine der heroischsten und tragischsten Episoden des Krieges. Zwei Monate dauerte der ungleiche Kampf, der Warschau in Trümmer legte, denn der sowjetische Vormarsch wurde plötzlich angehalten, und während der entscheidenden Kampftage lehnte die Sowjetregierung es sogar ab, englischen und amerikanischen Flugzeugen die Benutzung sowjetischer Flugplätze zu gestatten, die den Aufständischen Waffen und Munition bringen wollten. In einem Gespräch mit Botschafter

[5] Bor-Komorowski in Reader's Digest, Februar 1946.

Harriman am 14. August erklärte Molotow, der Aufstand sei ein „reines Abenteuer". Zwei Tage später gab er zwar zu, daß Stalin Mikolajczyk eine Unterstützung Warschaus versprochen habe, aber, so fügte er hinzu, die Sowjetregierung könne die Revolte nicht unterstützen, weil sie nach den ihr vorliegenden Nachrichten von „polnischen Gegnern der Sowjetunion" vorbereitet und geleitet sei[6].

Als der Aufstand schon fast vollständig niedergerungen war, erlaubte die Sowjetregierung amerikanischen Flugzeugen am 18. September einen Pendelflug und ließ auch durch Sowjetflugzeuge einige Vorräte abwerfen. Aber sie kamen zu spät, um noch Hilfe zu bringen. Indem die Sowjetregierung erst das Signal zum Aufstand gab und die Aufständischen dann im Stich ließ, hatte sie bewirkt, daß ein großer Teil der Untergrundarmee vernichtet wurde. Das lag in einer Linie mit den Deportationen von 1939/40, die das polnische Element östlich der Curzon-Linie verringern sollten, und mit dem Massaker von Katyn, das Polen des größten Teiles seines polnisch-patriotischen Offizierskorps beraubte.

Die Moskauer Verhandlungen zwischen Stalin und Mikolajczyk hatten zu keiner Einigung geführt. Nach London zurückgekehrt, machte Mikolajczyk mit Zustimmung seines Kabinetts Gegenvorschläge: gewisse Grenzänderungen im Osten, aber ohne Aufgabe Lembergs und Wilnas, Umbildung des Kabinetts, in dem die Kommunisten ebenso wie die vier anderen Parteien drei Vertreter haben sollten. Die englische Regierung stimmte diesen Vorschlägen zu, und im Oktober unternahmen Churchill und Eden zusammen mit Botschafter Harriman in Moskau einen letzten Versuch, Stalin und Mikolajczyk zu einem Übereinkommen zu bringen. Dabei mußte der polnische Ministerpräsident erfahren, wie wenig die Versprechungen bedeuteten, die Roosevelt ihm während seines Besuches in Washington gegeben hatte. Als er erklärte, Polen verdiene eine bessere Ostgrenze als die Curzon-Linie, schnitt ihm Molotow das Wort mit der Bemerkung ab: „Aber diese Dinge sind doch bereits in Teheran geregelt worden. Dort waren wir uns einig, daß die Curzon-Linie Polen teilen soll. Sie werden sich erinnern, daß auch Präsident Roosevelt dieser Lösung zustimmte und sich nachdrücklich für diese Linie einsetzte." Mikolajczyk sah Churchill und Harriman an: mußten sie diese Behauptung nicht dementieren? Aber der amerikanische Botschafter schwieg und hielt die Augen auf den Teppich gerichtet, während Churchill erklärte: „Ich bestätige das[7]."

[6] Weitere Einzelheiten sind in dem auf Dokumente des State Department gestützten und am 1. Juni 1945 vorgelegten Bericht des Botschafters A. B. Lane enthalten. W. H. Ch.

[7] Mikolajczyk, The Rape of Poland, p. 96 ff.

Später ist Churchill mit Mikolajczyk fast ebenso rücksichtslos verfahren wie Hitler mit Hacha am Vorabend des Einmarsches in Prag. Als Churchill dem polnischen Ministerpräsidenten versprach, er persönlich werde die Freiheit von russischer Einmischung in die inneren Verhältnisse Restpolens garantieren, da konnte selbst der geduldige und eher phlegmatische Mikolajczyk nicht mehr an sich halten. Dann wolle er lieber mit der Untergrundbewegung kämpfen und fallen, rief er, als „später vor den Augen des Botschafters Seiner britischen Majestät gehängt zu werden". Dieses Schicksal hat sich am Führer der bulgarischen Opposition, Nikola Petkoff, erfüllt, und Mikolajczyk entging ihm nur knapp durch eine rechtzeitige Flucht.

Einen neuen Appell Mikolajczyks vom 27. Oktober beantwortete Roosevelt erst nach den Wahlen, in denen er ein viertes Mal zum Präsidenten gewählt wurde. Er ging auf die wesentlichen Punkte nicht ein, sondern gab zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten gegen eine polnisch-sowjetisch-englische Verständigung über die Grenzänderungen keine Einwendungen erheben würden. Ein Angebot Harrimans, sich bei Stalin wenigstens für Lemberg einzusetzen, führte zu einer Spaltung innerhalb der polnischen Exilregierung, da einige Kabinettsmitglieder Mikolajczyk vorwarfen, den Rechtsstandpunkt preiszugeben. Kompromißlosigkeit konnte aber bedeuten, daß die Exilregierung sich selbst eine Rückkehr in die Heimat abschnitt.

Obwohl Roosevelt sich für eine Vertagung einsetzte, erkannte Stalin das polnische Nationale Befreiungskomitee am 5. Januar 1945 als provisorische Regierung Polens an und ging davon auch nicht mehr ab. Auf der Konferenz von Jalta wurden dann Stalins Forderungen erfüllt, was durch ein paar für die öffentliche Meinung in den Westländern bestimmte Phrasen nur notdürftig verhüllt wurde: „In Polen ist dank seiner vollständigen Befreiung durch die Rote Armee eine neue Lage geschaffen worden. Sie erfordert die Einsetzung einer polnischen provisorischen Regierung, die nur auf breiterer Grundlage aufgebaut werden kann, als es vor der jüngst erfolgten Befreiung Westpolens möglich war. Die provisorische Regierung, die jetzt in Polen amtet, soll also unter Einschluß demokratischer Führer aus Polen selbst und aus den Reihen der im Auslande lebenden Polen auf einer breiteren demokratischen Basis reorganisiert werden. Diese neue Regierung soll dann ‚Polnische provisorische Regierung der nationalen Einheit' heißen. Die Herren Molotow, Harriman und Sir A. Clark Kerr werden bevollmächtigt, als Kommission Beratungen über die Umbildung der gegenwärtigen Regierung im Sinne der oben dargelegten Leitsätze aufzunehmen,

und zwar zuerst in Moskau mit Mitgliedern der gegenwärtigen vorläufigen Regierung und anderen demokratischen Führern aus Polen und dann mit demokratischen polnischen Führern aus dem Auslande. Die Polnische provisorische Regierung der nationalen Einheit wird feierlich verpflichtet sein, sobald wie möglich freie und unbehinderte Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und geheimer Stimmabgabe durchzuführen. Bei diesen Wahlen werden alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Aufstellung von Kandidaten und zur Teilnahme haben. Wenn die Polnische provisorische Regierung der nationalen Einheit in Übereinstimmung mit dem oben Gesagten in gehöriger Form gebildet worden ist, werden die Regierung der UdSSR, die gegenwärtig diplomatische Beziehungen zur jetzigen provisorischen Regierung Polens unterhält, sowie die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen zur neuen Polnischen provisorischen Regierung der nationalen Einheit herstellen. Sie werden Botschafter austauschen, deren Berichte die genannten Regierungen über die Lage in Polen informieren werden. Die drei Regierungschefs halten dafür, daß die Ostgrenze Polens der Curzon-Linie folgen soll, mit Abweichungen in einigen Gegenden von 5—8 km zugunsten Polens. Sie anerkennen, daß Polen einen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Auffassung der neuen Polnischen provisorischen Regierung der nationalen Einheit zu gegebener Zeit über das Ausmaß dieses Zuwachses erkundet werden soll, und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens mithin bis zur Friedenskonferenz zu warten hat.

Gezeichnet: Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt, Joseph W. Stalin."

Bei diesem Übereinkommen, das die lebenswichtigsten Probleme der polnischen Zukunft behandelte, hatte auch nicht ein Pole ein Wort mitzureden. Die Großen Drei schnitten Polen auseinander, nahmen Gebiete weg, die historisch und ethnisch polnisch waren, teilten Gebiete zu, die historisch und ethnisch deutsch waren, ohne auch nur einen Vertreter des polnischen Volkes anzuhören. Kein besiegter Feind hätte eine verächtlichere Behandlung erfahren können. So wurde in Jalta das Drama von München mit verblüffender Treue noch einmal aufgeführt. Die Personen wechselten, aber die Appeasement-Atmosphäre war die gleiche. An Stelle der Tschechoslowakei stand Polen, Hitlers Rolle übernahm Stalin, Roosevelt und Churchill spielten die Rollen Chamberlains und Daladiers. Ein Unterschied aber bestand: die moralischen Verpflichtungen

Amerikas und Englands gegenüber Polen waren im Hinblick auf seine Kriegsleiden und die englische Garantie weit größer als es die britisch-französischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei gewesen waren.

Die Bestimmungen über „freie und unbehinderte Wahlen" nahmen sich auf dem Papier gut aus. Ihre Einhaltung zu gewährleisten, während die Rote Armee Polen besetzt und die sowjetische Geheimpolizei ihr Netz über das ganze Land ausgebreitet hatte, hätte die Anwesenheit zahlreicher amerikanischer und englischer Beobachter erfordert. Es wurde aber alles unternommen, um sie fernzuhalten, während das neue Regime seine Macht konsolidierte, weil ihre Anwesenheit, wie Molotow auf einer der ergebnislosen Konferenzen mit Kerr und Harriman erklärte, „den polnischen Nationalstolz verletzen könne". Molotow ließ sich nicht davon abbringen, daß die Moskauer Marionettenregierung nur durch solche Persönlichkeiten zu einer Regierung der nationalen Einheit umgebildet werden dürfe, die der von Moskau anerkannten provisorischen Regierung genehm seien. Was Moskau dabei unter „demokratischen Polen in Polen" verstand, wurde sehr schnell durch die Verhaftung von 16 prominenten Untergrundführern verdeutlicht, die sich auf Grund eines ehrenwörtlich verbürgten freien Geleits (und auf englischen Rat) bei den Sowjetbehörden gemeldet hatten. Als Molotow auf der Konferenz von San Franzisco beiläufig das gegen sie anhängig gemachte Verfahren wegen „Umtrieben im Rücken der Roten Armee" erwähnte, protestierte Eden in sanfter Form. Stettinius, der wahrscheinlich nicht wußte, worum es sich handelte, gab eine noch schwächere Erklärung ab. Als Hopkins nach Moskau geschickt wurde, um die Dinge zu applanieren, dachte er gar nicht daran, die amerikanische Anerkennung der neuen polnischen Regierung von der Freilassung dieser 16 Männer abhängig zu machen. Im Gegenteil, er ging noch über die Zugeständnisse von Jalta hinaus, indem er Stalin versicherte, die Vereinigten Staaten hätten „keine besonderen Interessen gegenüber Polen wahrzunehmen und keine besonderen Wünsche hinsichtlich der Regierungsform anzumelden". Sie hätten auch „kein Interesse daran, einen Angehörigen der jetzigen polnischen Exilregierung in der neuen provisorischen Regierung Polens zu sehen[8]."

Das Ergebnis war, daß Mikolajczyk und ein paar andere Exilpolen mit kleinen Posten in der neuen Regierung abgespeist wurden. Als man Hopkins deswegen Vorwürfe machte, erwiderte er leichthin: „Was ist denn schon dabei? Die Polen sind wie die Iren. Sie

[8] Sherwood, l. c., p. 739, 749.

sind nie und mit nichts zufrieden[9]." Die polnische Unabhängigkeit war hingemordet, und die Regierungen wünschten nur, die Leiche so schnell und unauffällig wie möglich zu verscharren. Am 5. Juli 1945 wurde der große Treubruch vollendet, indem die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Anerkennung der polnischen Regierung in London zurückzog und dafür Stalins Regime in Warschau anerkannte.

Was folgte, ist noch in frischer Erinnerung[10]. Nach Anerkennung der neuen Regierung noch vor Durchführung der Wahlen, bevor also diese Regierung ein Mandat des polnischen Volkes hatte, gab es kein Druckmittel mehr, um die Sowjets zur Einhaltung auch nur der bescheidenen Zusicherungen von Jalta zu zwingen.

Die führenden Persönlichkeiten des neuen Regimes, Bierut, Berman und Radkiewicz, waren im Vorkriegspolen unbekannt gewesen. Armee und Sicherheitspolizei wurden mit Russen durchsetzt; 1949 wurde Sowjetmarschall Konstantin Rokossowsky, der zwar polnischer Abstammung, aber bereits seit 30 Jahren Sowjetbürger war, zum Kriegsminister und Oberbefehlshaber ernannt.

Kurz vor den Wahlen sandte die amerikanische Regierung der sowjetischen und der englischen Regierung eine Note, die einer Bankrottansage des Jalta-Abkommens gleichkam: „Die von der polnischen Regierung zur Ausschaltung der (von Mikolajczyk geführten) Polnischen Bauernpartei vor den Wahlen angewandten Methoden umfassen politische Verhaftungen und Morde, zwangsweise Umschreibung der Bauernpartei-Mitglieder in die ‚Blockparteien', Entlassung von Bauernparteilern aus ihren Stellungen, Hausdurchsuchungen, Angriffe der Geheimpolizei und von Mitgliedern der Kommunistischen Partei auf Räume und Versammlungen der Bauernpartei, Beschränkungen, beziehungsweise in 28 Wahlkreisen Verbot ihrer Versammlungen, Unterdrückung der Parteipresse und Verhaftung der Schriftleiter der Gazeta Ludova."

Der Kreuzzug für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Polens, der mit einem lauten Schlag begann, endete mit einem jammervollen Gewinsel. Nach seiner Ankunft in Polen 1945 berichtete Botschafter Bliss Lane: „Trotz der Leiden, die Polen und besonders Warschau unter der Nazibesetzung zu erdulden hatten, haben viele Polen im Gespräch mit uns zugegeben, daß sie die Nazibesetzung ihrer jetzigen Last vorzögen[11]."

[9] Ciechanowski, l. c., p. 382 f.
[10] Einzelheiten finden sich bei A. Bliss Lane, I Saw Poland Betrayed (Indianopolis, Bobbs, 1948) und St. Mikolajczyk, The Rape of Poland.
[11] Bliss Lane, l. c., p. 160.

Nach den Scheinwahlen von 1947 wurde jede legale Opposition praktisch unterbunden. Mikolajczyk konnte mit Müh' und Not im Oktober entkommen. Polen wurde, soweit das Regime dieses Ziel erreichen konnte, ein antiwestliches Land. Seine Delegierten in der UNO stimmten, wie der Kreml es befahl. Die Regierung mußte ihren eigenen Wunsch widerrufen, sich am Marshallplan zu beteiligen. Menschen und Erzeugnisse Polens standen fortan Stalin zur Verfügung.

War dies alles unvermeidlich? Gehorchten Roosevelt und Churchill bei ihrer schrittweisen Preisgabe erst der polnischen territorialen Integrität, dann der polnischen Unabhängigkeit nur den Geboten einer unausweichlichen historischen Notwendigkeit? Die Verteidiger von Teheran und Jalta, insbesondere E. Stettinius, behaupten es, indem sie beide Konferenzen durch rein militärische Notwendigkeiten zu rechtfertigen suchen. Mir erscheint diese Beweisführung nicht überzeugend. Natürlich kannte Stalins Angriffslust keine Grenzen, solange er dabei die Unterstützung oder eine nur ganz schwache Opposition Washingtons und Londons fand. Aber nehmen wir einmal an, beide Regierungen hätten von Anfang an, gemäß der Atlantikcharter, klar und kompromißlos zu Polens Rechten gestanden, hätten genau formulierte Bürgschaften der Sowjetunion für den Verzicht auf die Beute aus dem Stalin-Hitler-Pakt verlangt, als die Sowjetunion 1941 unter starkem Druck stand, hätten nicht durch zweideutige Worte, sondern durch Taten, etwa durch Verlangsamung der Pacht-Leih-Lieferungen klargemacht, daß die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen in den Grenzen von 1939 ein unabdingbares Kriegsziel sei — wer will dann sagen, daß Stalin nicht diese Haltung respektiert und eine versöhnlichere Politik befolgt hätte? Daß er sich nicht doch mit einem polnischen Regime begnügt hätte, das zwar moskaufreundlich, aber nicht ein ergebener Vasall war? Hätte er es nicht getan und Polen militärisch überrannt, so wäre die Lage noch immer besser gewesen, wenn die Westmächte sich geweigert hätten, einem derartigen Vorgehen durch ihre Anerkennung einen Schein des Rechtes zu verleihen. Die positive Zusammenarbeit Amerikas und Englands mit der Sowjetunion durch Anerkennung einer rein sowjetischen Marionettenregierung hat wahrscheinlich das polnische Volk am stärksten demoralisiert.

Das gleiche Schema wurde mit kleinen Änderungen auf Jugoslawien und Albanien angewandt. Mit einer schier unglaublichen Blindheit halfen Roosevelt und Churchill selbst beim Aufbau des eurasiatischen Reiches Stalins mit, indem sie ihre osteuropäischen Freunde im Stich ließen, so wie Sinn und Zweck des Fernost-Krieges

verloren war, als Roosevelt in Jalta Stalin mit der Mandschurei den Schlüssel Chinas aushändigte.

Es ist nicht wahr, daß Roosevelt und Churchill keinen anderen Weg gehabt hätten, als Stalin durch Aufopferung Polens und in anderen Fragen zu „beschwichtigen“. Wäre diese Behauptung aber richtig — wie treten dann Nichtigkeit und Heuchelei des ganzen Kreuzzuges kraß und nackt hervor, der angeblich für Freiheit und internationale Gerechtigkeit geführt wurde!

Hat es sich wirklich gelohnt, einen verheerenden Krieg zu führen, damit Polen das Opfer nicht Hitlers, sondern Stalins wurde, daß statt eines deutschen ein sowjetisches Reich in Osteuropa entstand, daß wir im Fernen Osten nicht Japan, sondern Stalins Gefolgsmann Mao Tse-tung gegenüberstehen? Kriegs- und Nachkriegsstimmung haben diese Fragen unterdrückt. Aber der tragische, sachliche Bericht über das Geschehen in Polen, wie er hier gegeben wurde, zeigt doch wohl, daß es auf diese Fragen nur eine Antwort geben kann: Nein.

DEUTSCHLAND MUSS ZERSTÖRT WERDEN

Roosevelts Deutschlandpolitik kam vornehmlich in zwei Entscheidungen zum Ausdruck, die beide negativ, grausam und zerstörerisch waren: Das in Casablanca im Januar 1943 verkündete Schlagwort der „bedingungslosen Kapitulation“ und der Morgenthauplan, der in Quebec im September 1944 gutgeheißen wurde. Beide Entscheidungen waren Wasser auf die Nazi-Propagandamühlen. Beide hatten die Wirkung, den Krieg zu verlängern und den Wiederaufbau nach dem Kriege zu erschweren, weil sie die Deutschen zu einem Kampf bis zur Erschöpfung der letzten physischen Widerstandskräfte antrieben. Beide dienten Stalins Interessen, denn Zerstörung und Verzweiflung sind der Nährboden kommunistischer Propaganda.

Das schöpferische politische Denken des Präsidenten verlor nach der Ausarbeitung der Vier Freiheiten und der Atlantikcharter im Jahre 1941 seinen Glanz. Nur mit Bestürzung stellt man fest, wie armselig nach Inhalt und Originalität die Äußerungen sind, die er nach Amerikas Kriegseintritt über die Art des künftigen Friedens machte. Höchstwahrscheinlich ist dies zu einem Teil seiner Inanspruchnahme durch die militärischen Probleme des Krieges, zum anderen dem Nachlassen seiner geistigen und körperlichen Kräfte zuzuschreiben.

Eine negative, zerstörerische Haltung gegenüber Deutschland ergab sich — auch ohne bewußte Absicht — aus der Billigung oder Hinnahme der sowjetischen Pläne zur Beherrschung Europas. Beide Haltungen sind Seite und Kehrseite der gleichen Medaille. Wenn die Ausdehnung des Sowjetreiches in Europa und Asien weit über Rußlands eigentliche ethnographische Grenzen hinaus Grund zur Gleichgültigkeit oder gar Befriedigung hätte bieten können, dann und nur dann hätte eine Politik der Pulverisierung Deutschlands und Japans, die beide Länder in einen Zustand völliger wirtschaftlicher und militärischer Ohnmacht versetzte, als den nationalen Interessen Amerikas entsprechend gelten können. War aber eine unbegrenzte sowjetische Expansion nicht wünschenswert, so war die Aufrechterhaltung eines Gegengewichtes in Mitteleuropa und Ostasien eine gebieterische Notwendigkeit[1].

Zum erstenmal gebrauchte Roosevelt den Begriff der „bedingungslosen Kapitulation“ in der Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Casablanca am 23. Januar 1943. Er war offenkundig das Ergebnis rasch zusammengelesener Geschichtskenntnisse und einer sehr fragwürdigen politischen Strategie. General U. S. Grant wurde im Bürgerkriege im ganzen Lande dadurch berühmt, daß er 1862 vom Südstaaten-Befehlshaber, der Fort Donelson verteidigte, die „unverzügliche und bedingungslose Übergabe“ verlangte: aber das war eine rein örtliche militärische Operation. Roosevelt verknüpfte den Begriff irrtümlich mit General Lees Kapitulation bei Appomattox. Andererseits erinnerte er auch an Grants Bereitwilligkeit, den Offizieren der Südstaaten-Armee nach der Kapitulation ihre Pferde zu belassen. Als er jedoch seinen Entschluß in Casablanca bekanntgab, waren Lee und die Pferde vergessen.

Es ist keine Frage, daß Roosevelt der Urheber der Forderung auf „bedingungslose Kapitulation“ war. Nach dem Bericht seines Sohnes Elliott[2], der in Casablanca zugegen war, spach er die Worte zuerst bei einem Frühstück am 23. Januar. Harry Hopkins brachte sofort seine lebhafte Zustimmung zum Ausdruck. Churchill runzelte nach dieser Version die Stirn und dachte nach, um dann mit breitem Lachen auszurufen: „Vorzüglich! Ich kann geradezu sehen, wie Goebbels und die übrige Gesellschaft das Maul aufreißen wird.“ Roosevelt gab zu verstehen, daß Stalin sehr erfreut sein würde:

[1] Ein kluger und erfahrener Schweizer Beobachter machte einmal mir gegenüber die Bemerkung: „Ihr Amerikaner seid ein komisches Volk. Ihr wollt die Sowjetunion in Schach halten, nachdem Ihr systematisch Deutschland und Japan zerstört habt, die beiden Mächte also, die dies mit Erfolg hätten tun können.“ W. H. Ch.

[2] As He Saw It, p. 117 ff.

„Das ist natürlich gerade das Richtige für die Russen. Sie hätten sich nichts Besseres wünschen können. Bedingungslose Kapitulation: Onkel Joe hätte das höchst persönlich ausbrüten können[3]."

Der Satz kam während einer Debatte im Unterhaus am 21. Juli 1949 zur Sprache. Außenminister Ernest Bevin, der Mitglied des Kriegskabinettes gewesen war, führte die Schwierigkeiten der Besatzungspolitik in Deutschland auf dieses Schlagwort zurück: „Es begann mit der Erklärung über eine bedingungslose Kapitulation in Casablanca, wozu weder das englische noch irgendein anderes Kabinett ein Wort sagen zu können Gelegenheit gehabt hatte. Es wurde einfach so hingesagt, und zwar mitten im Kriege. Aber es hinterließ uns ein Deutschland ohne Gesetze, ohne Verfassung, ohne einen einzigen Verhandlungspartner, ohne eine einzige Behörde, um die Lage anzupacken, und wir mußten ohne irgendetwas ganz von unten her aufbauen[4]." Darauf gab Churchill folgende Erläuterung zu seiner Stellung in Casablanca: „Die Erklärung wurde von Präsident Roosevelt ohne Beratung mit mir abgegeben. Ich befand mich an Ort und Stelle und mußte ganz schnell überlegen, ob unsere Weltlage es rechtfertigen würde, daß ich sie nicht unterstützte . . . Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß möglicherweise das englische Kabinett, wenn es die Erklärung beraten hätte, eine gegenteilige Meinung geäußert haben würde. Aber im Rahmen eines großen Bündnisses und bei der Zusammenarbeit mit den großen, loyalen und mächtigen Freunden von jenseits des Ozeans hatten wir uns anzupassen." Später hat Churchill dann nach Einsichtnahme in die Berichte über die Konferenz von Casablanca diese erste Erklärung modifiziert. Die Worte „bedingungslose Kapitulation", so sagte er am 17. November 1949 im Unterhaus, seien „wahrscheinlich im zwanglosen Gespräch, ich glaube beim Essen", am 19. Januar 1943 gefallen. Churchill unterrichtete drahtlich das englische Kabinett über die Absicht, eine Forderung auf bedingungslose Kapitulation herauszugeben, die sich nicht aber auf Italien beziehen solle. Nach Churchills Angaben richtete sich die Antwort des Kabinettes, also auch Bevins, „nicht gegen eine bedingungslose Kapitulation", sondern nur gegen die Nichtanwendung der Forderung auf Italien. Der Begriff kommt im amtlichen Kommuniqué über die Konferenz von Casablanca nicht vor, und daß ausschließ-

[3] „Onkel Joe" war dagegen nach späteren Ereignissen zu urteilen sehr glücklich, daß die Forderung der bedingungslosen Kapitulation von den Westmächten ausging und nicht von ihm. W. H. Ch.

[4] Die Londoner Times vom 22. 7. 1949 enthält einen vollständigen Bericht der Debatte. W. H. Ch.

lich Roosevelt ihn bei einer Pressekonferenz benützte, weist auf seine Urheberschaft hin.

Roosevelt stellte den Satz als einen plötzlichen Einfall dar, wie Sherwood berichtet[5]. Es war nicht leicht gewesen, die beiden rivalisierenden französischen Führer de Gaulle und Giraud zu bewegen, sich in Casablanca die Hand zu geben und ein freundliches Gesicht dabei zu machen. Das ließ Roosevelt, wie er später erzählte, an die Schwierigkeit denken, eine Begegnung zwischen Grant und Lee zustande zu bringen, wobei ihm einfiel, daß Grant als der „Old Unconditional Surrender" bekannt war: das Schlagwort war geboren.

Man darf bezweifeln, daß es wirklich so ungeprobt über die Bühne ging, wie diese Version es hinstellen möchte. Ein während des Krieges in Washington beglaubigter ausländischer Diplomat hat mir mitgeteilt, Roosevelt habe den Satz an ihm schon einige Wochen vor der Casablanca-Konferenz ausprobiert. Offensichtlich war der Präsident auf seine Schöpfung enorm stolz. Er lehnte jede Einschränkung, Abschwächung oder auch nur Erläuterung dazu ab, obwohl General Eisenhower sich wiederholt um die Ermächtigung zu einer Botschaft an die Deutschen bemühte, die sie zur Waffenstreckung williger machen sollte[6], wie sich aus dem Buch seines Adjutanten Hauptmann Harry C. Butcher ergibt[7]: „Es haben Diskussionen mit Roosevelt über die Bedeutung des Wortes ‚bedingungslose Kapitulation' in seiner Anwendung auf Deutschland stattgefunden. Der Soldat weiß, daß zu jeder Kapitulation Bedingungen gehören. Es besteht der Eindruck, daß der Präsident und

[5] Roosevelt und Hopkins, p. 569 f., wo es u. a. heißt: „Aus irgendeinem Grunde liebte es Roosevelt, sich als einen recht frivolen Burschen auszugeben, der die Folgen zufälliger Bemerkungen nicht genügend bedenkt. Mit jener Erklärung, die andeutete, er habe in der Hitze des Augenblicks ein unbedachtes Wort sich entschlüpfen lassen, tat er sich selbst schweres Unrecht. Denn diese Ankündigung der bedingungslosen Kapitulation war mit sehr tiefer Absicht gesprochen. Ob sie klug war oder töricht, ob sie den Krieg verlängerte oder abkürzte – oder ob sie überhaupt keinen Einfluß auf die Dauer des Krieges hatte (was möglich scheint) –, sie gab jedenfalls der vorbedachten Politik Roosevelts den wahren Ausdruck, und er hat alle Zumutungen, die Ankündigung zurückzuziehen oder sie abzuschwächen, zurückgewiesen bis zu seinem Tode. Er hat sie in der Tat sehr oft wiederholt." W. H. Ch. – E. H.

[6] Eine gute Darstellung des unnachgiebigen Widerstandes Roosevelts in diesem Punkte findet sich in Persuade or Perish von Wallace Carroll (Boston, Houghton, 1948, pp. 307 ff.). Carroll gehörte zum Stabe des Kriegsinformationsamtes (OWI) und war deshalb ausführlich mit den Problemen der psychologischen Kriegführung befaßt. W. H. Ch.

[7] My Three Years with Eisenhower (Garden City, Doubleday, 1949), p. 443.

Churchill — die Wahrscheinlichkeit spricht mehr für Roosevelt — sich in Casablanca den berühmten Begriff Grants aneigneten, ohne sich die volle Auswirkung auf den Feind klarzumachen. Goebbels hat viel Kapital daraus geschlagen, um die Moral der deutschen Armee und des Volkes zu stärken. Unsere Psychologen meinen, wir wären klüger, wenn wir eine Stimmung zur Annahme einer Kapitulation in der deutschen Armee schafften, die einen Zusammenbruch des Widerstandes ähnlich dem in Tunis ermöglichen würde. Sie glauben, daß sich selbst ein deutscher Badoglio finden würde, wenn die richtige Stimmung im deutschen Generalstab geschaffen würde."

In einer Botschaft an das italienische Volk vom 16. Juli war in der Tat der Ausdruck „ehrenvolle Kapitulation" gebraucht worden. Aber man kehrte auch hier bald zur strikten Casablanca-Formel zurück[8].

Stalin schloß sich dem Schlagwort von der „bedingungslosen Kapitulation" nicht an. Der Sowjetdiktator verfolgte eine viel schlauere und intelligentere politische Strategie. Er gab 1943 zwei öffentliche Erklärungen ab, die leicht als Aufforderung an die Deutschen ausgelegt werden konnten, einen Sonderfrieden abzuschließen mit der Maßgabe, daß ihr nationaler Besitzstand und ihre Wehrmacht verschont bleiben würden. So sagte er am 23. Februar 1943: „Gelegentlich liest man in der Auslandspresse, die Ausrottung des deutschen Volkes und die Zerstörung des deutschen Staates seien das Ziel der Roten Armee. Das ist natürlich eine dumme Lüge und eine unsinnige Verleumdung der Roten Armee . . . Es wäre lächerlich, Hitlers Klüngel mit dem deutschen Volk und dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Geschichte lehrt, daß die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bestehen bleiben."

Diese Erklärung wurde nach der großen deutschen Niederlage bei Stalingrad abgegeben! Die deutschen Armeen standen zwar noch tief in Rußland, hatten den größten Teil der Ukraine und weite Gebiete Westrußlands besetzt, aber Deutschlands Aussicht auf einen Sieg im Osten war entschwunden.

[8] General J. F. C. Fuller hat sarkastisch die Bilanz der „bedingungslosen Kapitulation" in Italien mit folgenden Worten gezogen: „Die bedingungslose Kapitulation machte aus dem ‚weichen Unterleib', wie Churchill Italien genannt hatte, einen Krokodilsrücken. Sie verlängerte den Krieg, verwandelte Italien in ein Trümmerfeld und vergeudete das Leben von Tausenden amerikanischer und englischer Soldaten." Siehe The Second World War (London, Eyre, 1948), p. 265.

Ein weiteres Angebot machte Stalin am 6. November 1943, diesmal gegenüber jenen Elementen in der deutschen Wehrmacht, die zu einer Rebellion gegen die Nazi-Partei bereit sein mochten, als sich die Deutschen in vollem Rückzug befanden und bereits hinter den Dnjepr zurückgegangen waren: „Es ist nicht unser Ziel, Deutschland zu vernichten, denn das ist genau so unmöglich wie eine Vernichtung Rußlands. Aber der Hitler-Staat kann und soll zerstört werden. Es ist nicht unsere Absicht, jede militärische Organisation in Deutschland zu zerschlagen, denn jeder Gebildete weiß, daß dies nicht nur in bezug auf Deutschland ebenso unmöglich ist wie in bezug auf Rußland, sondern daß es auch vom Standpunkt des Siegers aus unstatthaft ist."

Das Nationalkomitee Freies Deutschland wurde im Juli 1943 in Moskau gebildet. Kriegsgefangene höhere deutsche Offiziere wurden zu Rundfunkbotschaften an die deutsche Armee und das deutsche Volk veranlaßt, ohne zu kommunistischer Propaganda genötigt zu werden. Sie appellierten an die Deutschen, im Interesse der nationalen Selbsterhaltung einen hoffnungslosen Krieg zu beenden.

Stalin erörterte auf der Konferenz von Teheran die Zweckmäßigkeit der Formel von der bedingungslosen Kapitulation: er habe den Eindruck, daß sie nur dazu diene, das deutsche Volk zusammenzuschließen. Nach seiner Meinung würde die Verkündung konkreter Bedingungen, so hart sie auch sein möchten, die deutsche Kapitulation beschleunigen[9]. Aber Roosevelt beharrte auf seinem Lieblingssatz mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache wert gewesen wäre. Seine Eitelkeit und sein Prestige waren zu tief damit verknüpft. Churchill sah in „bedingungsloser Kapitulation" ein Mittel zur Aufhebung unbequemer Beschränkungen in der Atlantikcharter; er sagte am 24. Mai 1944 im Unterhaus: „Soweit Deutschland und Japan betroffen sind, wird am Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation festgehalten werden, und dieser Grundsatz schaltet jede Gefahr aus, daß die Deutschen nach ihrer Niederlage so etwas wie Wilsons Vierzehn Punkte aufbringen und behaupten, daß sie auf dieser Grundlage kapitulierten . . . Irgendeine Garantie, daß keine Gebietsänderungen vorgenommen werden, falls die Durchführung solcher Gebietsänderungen den Frieden Europas sicherer und dauerhafter zu machen verspricht, kommt für Deutschland nicht in Frage." Offensichtlich kam es Churchill dabei nicht in den Sinn, daß nicht die Vierzehn Punkte der wirkliche Grund der Kritik gewesen waren, sondern die Tatsache, daß diese Punkte nicht ehrlich verwirklicht worden waren. Sicher kann man

[9] Roosevelt und Hopkins, p. 639.

die Meinung vertreten, daß der Hitlerwahn niemals vom deutschen Volk Besitz ergriffen hätte, wenn die 1919 in Paris versammelten Staatsmänner ebenso vernünftig und maßvoll gewesen wären wie ihre Vorgänger auf dem Wiener Kongreß ein Jahrhundert früher. Die Geschichte Europas wäre anders und unendlich glücklicher verlaufen.

Verschiedentlich haben sich Generale, die Experten der psychologischen Kriegführung und Engländer bemüht, eine Definition der „bedingungslosen Kapitulation" zu erlangen. Alle diese Versuche scheiterten am hartnäckigen Widerstand Roosevelts. Der amerikanische Vereinigte Generalstab setzte ein Komitee von Offizieren des Nachrichtendienstes zum Studium der Frage ein, das am 16. März 1944 die Abgabe einer amerikanisch-englisch-sowjetischen Erklärung empfahl, die den Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation bestätigen, aber seine Bedeutung klarstellen solle. Sie sollte die Absicht der Alliierten verkünden, einen künftigen deutschen Angriff zu verhindern, ohne dabei Deutschland als Nation auszulöschen. Kriegsverbrecher sollten bestraft, die große Masse der deutschen Bevölkerung aber nicht unterschiedslos als strafbar erklärt werden. Es sollte gesagt werden, daß Deutschlands Mitarbeit am künftigen Frieden erforderlich sein würde.

Roosevelts Antwort vom 1. April war ein kompromißloses Nein. Er wollte nicht aussprechen, daß die Alliierten keine Absicht zur Vernichtung der deutschen Nation hätten. „Solange in Deutschland das Wort ‚Reich' als Ausdruck der nationalen Einheit besteht", erklärte er, „wird es stets mit der gegenwärtigen Form der nationalen Einheit verknüpft sein. Wenn wir das zugeben, so müssen wir das Wort Reich und alles, was es heute bedeutet, zu eliminieren suchen[10]."

Der englische General Fuller, der sich als Pionier der Panzerwaffe im ersten Weltkrieg hervortat und ein beißend scharfer Kritiker der Fehlschläge und Konsequenzen der amerikanischen und englischen Kriegspolitik des zweiten Weltkrieges wurde, hat über Roosevelts Lieblingsidee — nahezu die einzige Idee, die nach Amerikas Kriegseintritt seinem Kopfe entsprang — das folgende Urteil gefällt[11]:

„Diese beiden Worte — bedingungslose Kapitulation — sollten wie ein fauliges Gewebe um Amerikas und Englands Hals hängen . . . War der Sieg nämlich errungen, so würde das Kräftegleichgewicht innerhalb Europas und zwischen den europäischen Nationen

[10] W. Carroll, l. c., p. 320.
[11] Fuller, l. c., p. 258 f.

unwiderruflich vernichtet sein. Rußland würde als die größte Militärmacht in Europa übrigbleiben und mithin Europa beherrschen. Anders ausgedrückt: der Friede, den diese Worte voraussagten, war der Ersatz der Nazi-Tyrannei durch einen noch barbarischeren Despotismus."

Ein erfahrener englischer Staatsmann, Lord Hankey, hat sein Urteil über das Schlagwort der bedingungslosen Kapitulation und sein Gegenstück, die Kriegsverbrecherprozesse, in folgenden Worten zusammengefaßt[12]: „Es machte den Krieg noch erbitterter und den Kampf bis zum Ende unvermeidlich; es verschloß jeder Möglichkeit die Tür, daß eine der beiden Seiten Bedingungen anbot oder Verhandlungen einleitete. Es erfüllte Deutsche und Japaner mit dem Mute der Verzweiflung, stärkte Hitlers Stellung als Deutschlands ‚einzige Hoffnung', half Goebbels in seiner Propaganda. Zwangsläufig mußten die Landung in der Normandie und der entsetzlich aufreibende und zerstörerische Vormarsch durch Nordfrankreich, Belgien, Luxemburg, Holland und Deutschland folgen. Die Verlängerung des Krieges ermöglichte es Stalin, ganz Osteuropa zu besetzen, den Eisernen Vorhang herabzulassen und so mit einem Schlage ein großes Stück seiner offen einbekannten Absichten gegen den sogenannten Kapitalismus zu verwirklichen, zu dem er auch die Sozialdemokratie rechnet. Mit der Ausschaltung aller tüchtigen Verwaltungsbeamten und Regierungsstellen in Deutschland und Japan machte diese Politik den Abschluß eines Vertrages nach dem Kriege unmöglich, verzögerte Gesundung und Wiederaufbau, und zwar nicht nur in Deutschland und Japan, sondern in der ganzen Welt. Vielleicht stellt sich auch noch heraus, daß sie unsere künftigen Beziehungen zu den einstigen Feindländern vergiftet hat. Nicht nur die Feindländer, sondern nahezu alle Länder wurden durch diese Politik zum Weißbluten gebracht, was uns alle — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — verarmt und in schrecklicher Bedrängnis zurückgelassen hat. Um das Unglück vollzumachen, hat diese dem Geiste der Bergpredigt so entgegengesetzte Politik auch noch die moralische Position der Alliierten geschwächt."

Es ist in der Tat schwierig, auch nur ein einziges wünschenswertes Kriegs- oder Friedensziel zu erkennen, das durch die Casablanca-Formel gefördert worden wäre, aber es ist leicht, verschiedene traurige Nebenprodukte dieses erbärmlichen Ersatzes für eine intelligente politische Kriegführung aufzuzählen. Erstens wurde die diplomatische Stellung der Westmächte gegenüber der Sowjetunion ernstlich verschlechtert. Stalin selbst schloß sich erst in einer späteren

[12] Politics, Trials and Errors (Chicago, Regnery, 1950), p. 125 f.

Phase des Krieges dem Satz von der „bedingungslosen Kapitulation" an. 1943 tat er sicherlich alles, was in seinem Vermögen stand, um die deutschen militärischen Führer zur Meuterei und zum Abschluß eines Sonderfriedens zu veranlassen. Amerika und England haben es nicht der diplomatischen Geschicklichkeit oder List Roosevelts zu danken, wenn ihnen die politische Katastrophe eines sowjetisch-deutschen Sonderfriedens erspart blieb. Stalin würde zweifellos auch dem westlichen Druck hinsichtlich Polens und anderer Streitfragen zugänglicher gewesen sein, falls man ihm den Eindruck vermittelt hätte, daß ein Verhandlungsfriede zwischen den Westmächten und einem nichtnazistischen Deutschland im Bereich des Möglichen läge. Zum anderen hat das Schlagwort den Krieg verlängert und ihn blutiger und kostspieliger gemacht, indem es der Nazipropaganda das machtvolle Angstmotiv lieferte. Zehntausende amerikanischer und englischer Soldaten wurden auf dem Altar dieser hoffärtigen Phrase hingeopfert. „Bedingungslose Kapitulation" behinderte auch in schrecklicher Weise den Abschluß des Krieges mit Japan; denn zwei höchst unerwünschte Entwicklungen — die sowjetische Besetzung der Mandschurei und der Abwurf der Atombombe — wären so gut wie sicher zu vermeiden gewesen, wenn jener Begriff wenigstens vernünftig erläutert worden wäre. Drittens mußte das Schlagwort die Deutschen psychologisch fester an das Naziregime binden. Nach offizieller Washingtoner These der Kriegszeit waren fast alle Deutschen nazistisch infiziert und damit straffällig. Man wollte die Existenz einer Untergrundbewegung nicht wahrhaben, die tatsächlich einen breiten Querschnitt durch alle Schichten darstellte, weil sie aus politischen und moralischen Gründen Ermutigung verdient hätte, die ihr aber weder von Washington noch von London zuteil wurde.

Die Untergrundopposition, die sich um Generaloberst a. D. Ludwig Beck, Oberbürgermeister a. D. F. Goerdeler, Botschafter a. D. U. von Hassell und den früheren preußischen Finanzminister J. Popitz, um Graf Hellmuth von Moltke und seinen Kreisauer Kreis, um Professor Huber und die Geschwister Scholl scharte — um wenigstens einige der führenden Persönlichkeiten zu nennen —, war keine Massenbewegung, konnte es auch unter einem Regime nicht sein, das seine Spitzel überall hatte und den einzelnen durch Terror zwang, seinen Nachbarn anzugeben. Aber sie war mehr als ein Klüngel weniger Personen ohne politische Bedeutung: sie hatte Mitglieder und Gesinnungsfreunde auf hohen militärischen und politischen Posten, so vor allem in der Abwehr, deren Chef, Admiral Canaris, ihr nahestand, und deren Chef des Stabes, Generalmajor Hans Oster, eines ihrer aktivsten Mitglieder war.

Und nicht nur das; obwohl das Naziregime jede offene politische Opposition unterdrückt hatte, gab es tätige und geheime Gesinnungsfreunde aller Widerstandsbewegungen unter den früheren Mitgliedern der demokratischen politischen Parteien und Gewerkschaften und unter den enttäuschten Konservativen. Ein Komplott der Befehlshaber der Wehrmacht am Vorabend des Münchner Abkommens vom September 1938 schlug fehl: den Verschwörern wurde der Boden unter den Füßen weggezogen, als die Westmächte Hitlers Forderung nachgaben[13].

Ein jüngerer Offizier, Fabian von Schlabrendorff, im Zivilberuf Rechtsanwalt, placierte im Februar 1943 eine als Kognakflasche getarnte Bombe in Hitlers Flugzeug an der Ostfront. Auch dieser Anschlag mißlang, weil der Zünder versagte[14].

Einige Angehörige der Untergrundbewegung verfügten über einen hinreichenden Einfluß, um sich einen Paß für Auslandsreisen beschaffen zu können. Bei diesen Reisen versuchten sie, Verbindung zu amtlichen Kreisen herzustellen und so Existenz und Ziele der Antinazibewegung bekanntzumachen. Herr Adam von Trott zu Solz, ein Diplomat, der zum Kreisauer Kreis gehörte, sprach im Herbst 1939 mit hohen Beamten des State Department und regte an, die Vereinigten Staaten sollten den Gedanken einer fairen, friedlichen Regelung mit einem die Nazis ablösenden Regime moralisch unterstützen und dabei Deutschland die Grenzen von 1933 zusichern. Zunächst war Roosevelt an den Informationen über das Bestehen einer Antinaziuntergrundbewegung interessiert. Später aber sprach er sich gegen eine weitere Fühlungnahme aus. Herr von Trott wurde sogar des Nazismus bezichtigt. Er kehrte über Japan nach Deutschland zurück und arbeitete weiter am Sturze Hitlers, bis er nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und hingerichtet wurde[15].

Man wollte die Existenz einer antinazistischen Bewegung in Deutschland einfach nicht zur Kenntnis nehmen, geschweige denn mit ihr etwas zu tun haben. Diese Haltung wird auch durch einen weiteren Vorgang beleuchtet, der sich nach Amerikas Kriegseintritt

[13] Vergleiche dazu Erich Kordt, Nicht aus den Akten (Stuttgart, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, 1950), vor allem die Schilderung der vergeblichen Bemühungen, die Engländer zur Unnachgiebigkeit zu bewegen, p. 240 ff. E. H.

[14] Dr. von Schlabrendorff hat die Einzelheiten in seinem Buch „Offiziere gegen Hitler" (Europa-Verlag, Zürich 1950) geschildert. Vergleiche dazu auch F. Utley, Kostspielige Rache (H. H. Nölke-Verlag, Hamburg 1950), p. 278. E. H.

[15] Nähere Angaben über die Tätigkeit von Trotts in Amerika finden sich in einem Aufsatz von A. E. Maley in Human Events, 27. 2. 1946. W. H. Ch.

ereignete. Louis P. Lochner, der Leiter des Berliner Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press, war im November 1941 zu einer geheimen Zusammenkunft der Opposition in Berlin mitgenommen worden. Unter den Anwesenden waren Vertreter der alten Gewerkschaften, der Bekenntniskirche, der politischen Parteien, wie sie in der Weimarer Republik bestanden hatten, und der Armee, und alle waren der Meinung, daß Amerika bald in den Krieg eintreten werde. Lochner wurde gebeten, nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten an Präsident Roosevelt heranzutreten, ihn über das Bestehen einer Untergrundbewegung zu unterrichten und von ihm in Erfahrung zu bringen, was für ein politisches Regime in Deutschland nach Hitlers Sturz annehmbar sein würde. Man gab Lochner einen Code, dessen er sich bei der Übermittlung von Nachrichten aus Amerika nach Deutschland bedienen sollte. Als Lochner nach zeitweiliger Internierung in Deutschland die Vereinigten Staaten erreichte, unternahm er mehrere erfolglose Versuche, den Präsidenten zu sehen. Schließlich legte er den Zweck seines Ansuchens schriftlich dar. Darauf erging vom Sekretariat des Präsidenten eine ablehnende Antwort mit dem guten Rat, von seinem Ersuchen abzustehen, weil es „große Verlegenheit bereite[16]".

Nach den bisher verfügbaren Unterlagen ist es nicht leicht zu bestimmen, welche einzelnen Persönlichkeiten hauptsächlich dafür verantwortlich waren, daß beständig alle Gelegenheiten übersehen wurden, einen Keil zwischen Naziregime und Volk zu treiben. Daß Finanzminister Henry Morgenthau, der sich gern in Angelegenheiten außerhalb seines Geschäftsbereiches einmischte, einen höchst verhängnisvollen Einfluß ausübte, ergibt sich klar aus dem Plan, der seinen Namen trägt und den er mit größtem Nachdruck zu fördern suchte. Auch die deutschen politischen Emigranten in den Vereinigten Staaten haben hier eine Rolle gespielt, wobei man drei Hauptgruppen unterscheiden muß. Da gab es Konservative, Liberale und Sozialdemokraten, die den Nazismus haßten, aber Deutschland nach dem Krieg als unabhängiges Land innerhalb vernünftiger Landesgrenzen und wirtschaftlich lebensfähig zu sehen wünschten[17]. Die zweite Gruppe bildeten die von Haß und Ver-

[16] Siehe Hans Rothfels, The German Opposition to Hitler (Chicago, Regnery, 1948), p. 140. W. H. Ch.

[17] Als Vertreter dieser Gruppe kann man Hubertus Prinz zu Löwenstein, Reichskanzler a. D. Heinrich Brüning und den früheren Altonaer Oberbürgermeister und jetzigen Regierenden Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, nennen, die nach dem Kriege dem Ruf der Heimat gefolgt, oder aus eigenem Antrieb in ein damals recht ungastliches Deutschland zurückgekehrt sind. E. H.

nichtungswillen erfüllten Individuen, die unterschiedslos am ganzen deutschen Volk für die ihren Freunden und Verwandten vom Dritten Reich zugefügten Leiden Rache zu nehmen suchten. Und dann gab es Kommunisten und kommunistische Mitläufer.

Das größte Mitgefühl und Gehör fanden in Washington während des Krieges die Emigranten der beiden letzten Kategorien. Man braucht sich ja nur der, milde gesagt, außerordentlich laxen Haltung des Kriegsinformationsamtes (OWI) gegenüber kommunistischer Infiltration zu erinnern, um in dem Argwohn bestärkt zu werden, daß ein Gerhard Eisler, der später als führender kommunistischer Agent in Amerika entlarvt wurde, ohne weiteres mit der Propaganda für Deutschland hätte betraut werden können, wenn er sich um einen solchen Posten beworben hätte.

Unter den verschiedenen Versuchen antinazistischer Deutscher, Kontakte mit dem Ausland herzustellen[18], sei die Begegnung zwischen dem Bischof von Chichester und den beiden deutschen Pastoren Hans Schönfelder und Dietrich Bonhoeffer in Stockholm im Mai 1942 erwähnt. Bonhoeffer gab seiner Abneigung gegen Hitler besonders heftig Ausdruck. Auf einer geheimen kirchlichen Versammlung in Genf 1941 hatte er gesagt: „Ich bete für die Niederlage meiner Nation. Nur in der Niederlage können wir die fürchterlichen Verbrechen sühnen, die wir gegenüber Europa und der Welt begangen haben.“ Bonhoeffer wurde kurz vor Kriegsende in einem KZ ermordet. Als die beiden Geistlichen mit dem englischen Bischof in Stockholm zusammenkamen, drängten sie auf eine Beantwortung der Frage, die für die schon tätigen und die noch abwartenden Gegner des Hitlerregimes lebenswichtig war: Würde sich die Haltung der Alliierten gegenüber einem von Hitler gereinigten Deutschland von der Haltung gegenüber Nazideutschland unterscheiden? Sie baten um eine öffentliche, offizielle Äußerung oder um eine private Erklärung gegenüber einem autorisierten Vertreter der Untergrundbewegung. Der Bischof legte Außenminister Anthony Eden eine Aufzeichnung über seine Stockholmer Unterredungen vor und erhielt am 17. Juli die Antwort, daß nichts unternommen werden könne[19].

Zwei Gründe könnten für Vorsicht im Umgang mit der deutschen Opposition angeführt werden: Solange Hitler den Krieg zu ge-

[18] Auch Botschafter a. D. von Hassell ist 1940 in der Schweiz mehrmals mit einem ungenannten Vertreter von Lord Halifax, dem englischen Außenminister, zusammengekommen. Siehe „Vom anderen Deutschland“ (Atlantis-Verlag, Zürich-Freiburg i. B., 1946), p. 126 ff. W. H. Ch. – E. H.

[19] Siehe The Background of the Hitler Plot aus der Feder des Bischofs von Chichester in The Contemporary Revue, Sept. 1945, pp. 203–208. W. H. Ch.

winnen schien, bestand, wenn überhaupt, nur eine geringe Aussicht auf einen Sturz seines Regimes. Zum anderen mochte die Stärke der Untergrundbewegung als zweifelhaft und unsicher erscheinen. Das erste Argument verlor seine Gültigkeit, nachdem sich das Kriegsschicksal mit der Niederlage von Stalingrad — nach Meinung einiger deutscher Militärs bereits 1941 mit dem Rückschlag vor Moskau — mit der Vernichtung des Afrika-Korps und der erfolgreichen Landung in Nordafrika gewendet hatte. Nach diesen Ereignissen waren sich alle intelligenten Deutschen, soweit sie nicht fanatische Nazis waren, darüber im klaren, daß der Krieg verloren war, auch wenn die deutsche Armee noch weit von den Grenzen tief in Feindesland stand. Pessimismus und Defaitismus überwogen besonders bei den höheren militärischen Stellen, woraus sich auch erklärt, daß soviele namhafte Generale in Deutschland und an der Westfront an der Verschwörung des 20. Juli teilnahmen.

Sicherlich sprachen die stärksten militärischen und politischen Gründe für eine Ermutigung der antihitlerischen Kräfte durch Zusicherung eines konstruktiven Friedens nach den Richtlinien der Vier Freiheiten und der Atlantikcharter. Aber die lückenlose Mauer der Verneinung, die durch die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" aufgerichtet worden war, blockierte 1943/44 jede wirksame politische Kriegführung, als für sie Erfolgsaussichten bestanden.

Damit kein Zweifel besteht: die Regierung der Vereinigten Staaten war über das Bestehen und die Stärke der deutschen Untergrundbewegung voll unterrichtet. Der deutsche Vizekonsul in Zürich, Hans-Bernhard Gisevius, einer ihrer Angehörigen, stand mit Allen W. Dulles, dem Leiter des Nachrichtendienstes (OSS-Office of Strategic Services) in der Schweiz in enger Verbindung. Dulles war im voraus über das Komplott des 20. Juli informiert. Er legte der amerikanischen Regierung dringend die Veröffentlichung einer Erklärung nahe, die das deutsche Volk zum Sturz des Hitlerregimes drängen sollte. Aber, wie er selbst sagt[20], „nichts dergleichen geschah". Ja, es hatte manchmal den Anschein, so berichtet er an anderer Stelle, „daß die maßgebenden Politiker in Amerika und England die militärische Aufgabe so schwierig wie möglich machten, indem sie alle Deutschen zu einem Widerstand bis zum bitteren Ende zusammenschweißten".

Obwohl eine Ermutigung von seiten des Westens völlig fehlte, unternahm die deutsche Untergrundbewegung ihren letzten verzweifelten Versuch am 20. Juli 1944. Er schlug fehl, und nur we-

[20] A. W. Dulles, Germany's Underground (New York, Macmillan, 1947), pp. 141, 173.

nige Mitverschworene entkamen der blutigen Rache der Gestapo. Beck erschoß sich, Goerdeler wurde verraten, verhaftet und hingerichtet; von Kluge nahm Gift, Rommel beging Selbstmord auf Befehl. Moltke und Yorck, Leuschner und Leber, die radikal gesinnten Adeligen und die großzügigen Sozialisten, und Ulrich von Hassell, den seine Tagebuchaufzeichnungen als einen glänzenden Vertreter alter europäischer Kultur- und Umgangsformen erkennen lassen, sie alle kamen um — zusammen mit Tausenden, die mit Recht oder Unrecht der Beteiligung an der Verschwörung verdächtigt wurden. Sie waren Märtyrer der Freiheit. Graf Moltke schrieb kurz vor seiner Hinrichtung an seine Gattin[21]: „Ich stand vor Freisler[22] nicht als Protestant, nicht als Großgrundbesitzer, nicht als Adliger, nicht als Preuße, nicht einmal als Deutscher . . . Nein, ich stand da als Christ und sonst nichts." Yorck von Wartenberg wandte sich in seinem Testament „gegen den totalitären Anspruch des Staates gegenüber dem Individuum, der es zwingt, seinen moralischen und religiösen Verpflichtungen gegenüber Gott untreu zu werden."

Das Bestreben einer kleinen Gruppe idealistischer Deutscher, ihr Land von der Hitler-Tyrannei zu befreien, begegnete in den Vereinigten Staaten nur geringem Verständnis und noch geringerer Sympathie. Typisch war der Kommentar der New York Herald Tribune vom 9. August: „Das amerikanische Volk als ganzes wird kein Bedauern verspüren, daß die Bombe Hitler aufsparte, damit er seine Generale liquidieren konnte." Man hat in Amerika niemals richtig begriffen, daß der Hitlerismus sich aus Wurzeln entwickelt hatte, die von denen des „preußischen Militarismus", dem Sündenbock der Propaganda des ersten Weltkrieges, völlig verschieden waren. Die gefährlichen Kräfte des Nazismus lagen in seinem demagogischen Charakter, in seiner Wirkung auf die Massen. Hitlerismus: das war wirklich der tollgewordene „einfache Mann" von Henry Wallace. Es war plebejische Demokratie ohne einen Ausgleich von Kräften und Gegenkräften, die zu totalitären Formen erstarrt war. Seine Methoden und ihre Anwendung waren denen des sowjetischen Kommunismus sehr ähnlich. Joseph Goebbels, das Sprachrohr des Naziregimes, goß die ganze Schale seines Zornes über monarchische und aristokratische Traditionen aus, nicht anders als Trotzki oder Lenin es getan hatten. Hitler selbst haßte und verachtete den deutschen Offizier alten Stils und die Aristokratie, die an Idealen und Lebensgrundsätzen festhielten, die der Nazidoktrin völlig fremd waren.

[21] Rothfels, l. c., p. 127.
[22] Dr. jur. Roland Freisler, Staatssekretär im preußischen Innenministerium und 1944 Präsident des „Volksgerichtshofes". W. H. Ch.

Eine Zeitlang gab es freilich eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Nazis und den konservativen deutschen Nationalisten; aber das war stets ein unbehagliches Bündnis. Zahlenmäßig war der Anteil der Angehörigen der zivilen und der militärischen Oberschicht der Kaiserzeit unter den Opfern an der Verschwörung gegen Hitler sehr hoch.

Eine Ermutigung von seiten des Westens in Form öffentlicher oder privater konkreter Zusicherungen, daß ein nichtnazistisches Deutschland einen maßvollen Frieden zu erwarten habe, hätte die schwankenden Elemente an hohen Stellen beeinflussen und die Waage zugunsten der Verschwörung des 20. Juli beschweren können. Aber die deutsche Untergrundbewegung, die zur Sühne für die Blutschuld des Naziregimes in Verbundenheit mit den zivilisierten Kräften des Westens bereit war, empfing aus Amerika und England nichts als das Schlagwort von der „bedingungslosen Kapitulation", den Morgenthauplan und die unterschiedslose Bombardierung deutscher Städte.

Bombenangriffe auf das Straßen- und Bahntransportwesen und Kriegsindustrien waren eine unentbehrliche und wertvolle Hilfe zur Erreichung des militärischen Sieges. Aber das gilt nicht für die Massenzerstörung von Wohnvierteln. Allen W. Dulles, dem während des Krieges detaillierte Berichte aus Deutschland zur Verfügung standen, kommt[23] zu folgendem Schluß: „Die Massenbombardierung von Städten, von der hauptsächlich nichtmilitärische Ziele betroffen wurden, hat nach meiner Meinung wenig zu einer Abkürzung des Krieges beigetragen. Im ersten Weltkrieg hat eine enttäuschte, aber nicht bombardierte deutsche Bevölkerung die Unvermeidlichkeit der Niederlage erkannt und zur Beschleunigung der Kapitulation mitgeholfen. Im zweiten Weltkrieg wandten sich die Ausgebombten an den Staat für Schutzräume, Ernährung und Abtransport aus den zerstörten Bezirken. Diese Männer und Frauen waren — wenn überhaupt zu irgend etwas — mehr bereit als zuvor, für den Staat zu arbeiten und ihn zu unterstützen, da sie abhängig, obdachlos und von allem entblößt waren."

Die auf Zerstörung gerichtete Haltung gegenüber Deutschland fand ihren Höhepunkt in dem mit allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan wirtschaftlicher Vernichtung, dessen Pate und Fürsprecher Finanzminister Henry Morgenthau jr. war. Roosevelt hatte sich nur flüchtige Gedanken über die Nachkriegsbehandlung Deutschlands gemacht. Bevor Cordell Hull 1943 nach Moskau fuhr, kam Roose-

[23] Dulles, l. c., pp. 168 f. Die trotzige Auflehnung gegen die Unmenschlichkeit dieser Angriffe kam hinzu. — E. H.

velt im Verlauf einer Diskussion mit Hull, Admiral Leahy und einigen Experten des State Department auf die Frage zu sprechen[24]. Der Präsident begünstigte eine Teilung Deutschlands in drei oder vier selbständige Staaten. Jegliche militärische Betätigung sollte verboten und Ostpreußen von Deutschland abgetrennt werden. Reparationen sollten in Form von Arbeitsleistung und Demontage eingetrieben werden.

Hull widersetzte sich einer Teilung. Zunächst schnitt Roosevelt alle Einwendungen mit der Bemerkung ab, er habe Deutschland bereist und dort studiert und glaube, daß er mehr über dieses Land wisse als irgendeiner der Anwesenden. Später revidierte er dieses selbstherrliche Urteil und bemerkte mit einer bei ihm sehr ungewöhnlichen Selbstbescheidung, seine Bekanntschaft mit Deutschland läge ja viele Jahre zurück und er wisse vielleicht doch nicht soviel davon, wie er geglaubt habe.

Die Abteilung für Gebietsfragen im State Department hatte einen Plan für die Nachkriegsbehandlung Deutschlands ausgearbeitet. Darin war die Abtretung Ostpreußens und Oberschlesiens an Polen enthalten, was zwar auch ethnisch ungerechtfertigt, aber beträchtlich maßvoller war als die dann tatsächlich vorgenommene Amputation. Der Plan des State Department sah weiter eine Entnazifizierung in vernünftigen Grenzen und Reparationen aus der laufenden Produktion vor. Die Armee hatte einen Standardplan für die militärische Besetzung ausgearbeitet. Diesen Plan hat Hull auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgetragen und die Russen haben ihm im wesentlichen zugestimmt. Roosevelt dagegen hat in Teheran ein sehr viel drastischeres Verfahren vorgeschlagen. Statt drei sollten fünf autonome Staaten geschaffen werden: ein verkleinertes Preußen, Hannover und Nordwestdeutschland, Sachsen „und das Gebiet von Leipzig“ (als ob Leipzig nicht seit der Wettinischen Teilung von 1485 zu Sachsen gehört hätte!), Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und das Gebiet „südlich des Rheins“ (sollte damit . . . die Schweiz gemeint gewesen sein?), Bayern, Baden und Württemberg, Hamburg, der Kaiser-Wilhelm-Kanal, das Ruhr- und Saargebiet sollten der Kontrolle der Vereinten Nationen unterstellt werden. Churchill sprach von einer „Trennung Preußens vom übrigen Deutschland“ und einer Vereinigung der süddeutschen Staaten mit einer Donau-Konföderation. Stalin verhielt sich beiden Vorschlägen gegenüber lauwarm, ließ aber eine gewisse Vorliebe für den Roosevelt-Plan erkennen. Ein positiver Entschluß wurde nicht gefaßt; die Angelegenheit wurde der Beratenden Europa-

[24] The Memoirs of Cordell Hull, pp. 1265

Kommission überwiesen. Die Zerstückelung Deutschlands kam auch in Jalta wieder zur Sprache und wurde wiederum der Kommission zugeschoben, wo diese Pläne dann begraben wurden. Nach dem endgültigen Beschluß sollte Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit verwaltet, aber in vier Besatzungszonen zerlegt werden.

Morgenthau fing 1944 an, eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der amerikanischen Deutschlandpolitik zu spielen. Er war ein alter Freund Roosevelts und neigte stets zu einer sehr weitgespannten Auffassung seiner eigenen Funktionen als Finanzminister, wie sich dies aus seiner Beschreibung der Lage von 1940 in Collier's (11. X. 1947) ergibt: „Da das State Department den Methoden einer altmodischen Diplomatie verhaftet, das Kriegsministerium durch Meinungsverschiedenheiten demoralisiert war, wurde Roosevelt gezwungen, dem Finanzministerium einen beträchtlichen Anteil zu überlassen, um sein gegen den Angreifer gerichtetes Programm auszuführen."

Hull betrachtete Morgenthau als einen Dorn in seinem Auge, wie dies aus folgender Stelle in seinen Erinnerungen[25] hervorgeht: „In seinem über Hitlers Aufstieg und seine Judenverfolgungen erregten Gefühl suchte Morgenthau häufig den Präsidenten zu veranlassen, dem State Department vorzugreifen oder gegen besseres Urteil zu handeln. Gelegentlich führte er selbst Verhandlungen mit fremden Regierungen, die Sache des State Department waren . . . Morgenthaus Einmischung führte zeitweilig gewisse Teile der Öffentlichkeit irre und behinderte ernstlich eine geordnete Führung unserer Außenpolitik."

Als Beispiele einer ressortfremden Betätigung erwähnt Hull Morgenthaus Bemühungen, die Ein- und Ausfuhrkontrolle vom State Department ans Schatzamt übertragen zu lassen, seinen Entwurf zu einem Abkommen mit Japan vom November 1941, die von Hull mit Mühe vereitelte Absicht einer Sperre der argentinischen Guthaben in den Vereinigten Staaten und sein Verlangen, einen eigenen Vertreter nach Dumbarton Oaks zur Konferenz der Vereinten Nationen zu entsenden. Nach den Angaben von Hull haben Morgenthau und Innenminister Ickes versucht, einen Beamten des State Department zu diffamieren, indem sie ihn — ohne irgendeinen Beweis — als „Faschisten" hinstellten[26]. Morgenthau fuhr 1944

[25] Hull, l. c., I p. 207 f.

[26] Das war ein Lieblingssport linksgerichteter Elemente innerhalb und außerhalb der Regierung während der Kriegsjahre. W. H. Ch. — Ickes war der Mann, an dessen Einspruch die von Roosevelt grundsätzlich gebilligte Belieferung der Zeppelin-Gesellschaft mit Helium scheiterte, das die Katastrophe des Hindenburg unmöglich gemacht hätte. E. H.

nach England, wo er sich die größte Mühe gab, Parteigänger einer rücksichtslosen Rachepolitik gegen Deutschland zu werben. Mehrere britische Staatsmänner verhielten sich aber skeptisch, als er ihnen — nach seinen eigenen Worten — vorschlug, „wir könnten Deutschland in eine Anzahl kleiner Agrarprovinzen aufteilen, jegliche grössere industrielle Betätigung unterbinden und die Bevölkerung in Kleinbauern verwandeln." Er behauptet allerdings, Anthony Eden habe „bei einem sehr angenehmen Frühstück auf seinem Landsitz unterstrichen, daß ein sanfter Friede lediglich russischen Argwohn hervorrufen würde."

Morgenthau berichtete einiges über seine Europa-Odyssee in einer Artikelserie, die im Winter 1947/48 in der New York Post erschien. Er zitiert darin General Eisenhover, der „die gesamte deutsche Bevölkerung" als „einem synthetischen Wahn verfallen" charakterisiert habe[27]. In seinem Buch „Kreuzzug in Europa" bestätigt Eisenhower die Tatsache des Buches Morgenthaus, erwähnt jedoch lediglich eine allgemeine Diskussion über die Zukunft Deutschlands. Der Oberbefehlshaber war zwar dafür, daß prominente Nazis, gewisse Industrielle und Mitglieder des Generalstabs vor Gericht gestellt und bestraft werden sollten, widersetzte sich aber nach seiner eigenen Darstellung „dem törichten und verbrecherischen Plan", die Ruhrgruben unter Wasser zu setzen, was zu Morgenthaus Lieblingsgedanken gehörte.

Glaubwürdigen Berichten zufolge regte sich Morgenthau (oder einer seiner Begleiter) während dieser Reise sehr über ein Armeehandbuch auf, das normale, zivilisierte Besatzungsmethoden vorschrieb. Morgenthau machte Roosevelt darauf aufmerksam; offenbar veranlaßte er ihn, sich seiner Empörung anzuschließen.

Nachdem Morgenthau in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, bildete er — wer ihn dazu ermächtigte, ist nicht klar — aus Harry Dexter White, John Pehle und Ansel Luxford einen Schatzamtsausschuß, der einen Wirtschaftsplan für Deutschland entwerfen sollte. Das war der Ausgangspunkt des berüchtigten Morgenthauplanes. Die Federführung lag bei White, aber Morgenthau konnte dank seinem Zugang zum Präsidenten seine Annahme durchsetzen.

Gelegentlich wird behauptet, der Morgenthauplan wäre übertrieben oder falsch dargestellt worden. Aber diese Ausrede eines

[27] Wenn Morgenthaus Erinnerung zutrifft, scheint Eisenhower zu bereitwillig alles geglaubt zu haben, was er in Kriegszeitschriften las. Eine pseudowissenschaftliche Beurteilung des ganzen deutschen Volkes, es leide an kollektiver Paranoia, war eine Zeitlang ein populäres Leitartikelthema. W. H. Ch.

Mißverständnisses ist nicht stichhaltig, denn Morgenthau selbst hat den vollen Text in einem Buch veröffentlicht, das ausführliche Angaben über das Warum und Wie seiner Anwendung enthält[28]. Die wichtigsten Bestimmungen des Planes waren: Deutschland sollte Ostpreußen und Schlesien bis westlich Liegnitz verlieren. Frankreich sollte das Saargebiet und einen beträchtlichen Teil des linksrheinischen Gebietes mit den Städten Mainz und Trier erhalten. Das übrige Deutschland sollte in nord- und süddeutsche Staaten und eine Internationale Zone aufgegliedert werden. Diese Internationale Zone bis hinunter nach Frankfurt sollte das Ruhrgebiet, den Niederrhein und einen Küstenstreifen an der Nord- und Ostsee mit den Städten Wilhelmshaven, Bremen und Kiel umfassen. Der darauf bezügliche Abschnitt enthält folgenden Kernsatz: „In einer kurzen Zeitspanne, möglichst nicht länger als sechs Monate nach Abschluß der Feindseligkeiten, sollen alle nicht durch militärische Aktionen zerstörten Fabrikanlagen und industriellen Einrichtungen völlig demontiert und als Wiedergutmachung in die alliierten Länder verfrachtet sein. Aus den Bergwerken soll die gesamte Ausrüstung weggeschafft und die Bergwerke selbst sollen aufgelassen werden."

Wiedergutmachung und Reparationen sollten nach dem Morgenthauplan Demontagen und Abtransport der Maschinen, „deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands" und „die Beschlagnahme aller deutschen Auslandsguthaben gleich welcher Art" umfassen. Die Alliierte Militärregierung sollte „keinerlei Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft treffen mit Ausnahme des für militärische Operationen Unerläßlichen. Die Verantwortung für den Unterhalt der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung haben die Deutschen zu tragen und zwar im Rahmen der unter den gegebenen Umständen verfügbaren Möglichkeiten". Der Außenhandel sollte kontrolliert, die Einfuhr von Kapitalgütern eng begrenzt werden, um die Errichtung von Schlüsselindustrien in den neuen deutschen Staaten zu verhindern.

Schließlich enthielt der Plan noch einen sehr interessanten Punkt. Wäre danach verfahren worden, so würden Amerika und England von jedem Anteil an der Besetzung Deutschlands ausgeschlossen gewesen sein, was nichts anderes als eine Sowjetherrschaft in Deutschland bedeutet hätte. Dieser Vorschlag lautet wörtlich: „Die primäre Verantwortung für die Überwachung Deutschlands und für die Zivilverwaltung in Deutschland soll von den militärischen

[28] Germany is Our Problem (New York, Harper, 1945); der vollständige Text des Morgenthauplanes ist auf den ersten vier Seiten dieses Buches abgedruckt. W. H. Ch.

Kräften der kontinentalen Nachbarn Deutschlands übernommen werden. Im einzelnen sollen sie russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, dänische und belgische Soldaten umfassen. Diesem Programm zufolge könnten die amerikanischen Truppen innerhalb einer relativ kurzen Zeit zurückgezogen werden."

Was lag diesem Vorschlag zugrunde, der die Vereinigten Staaten zur Niederlage im Kalten Krieg verdammt haben würde? Verfolgte Harry Dexter White einen weiterreichenden Zweck, der Mann, den Whittaker Chambers und Elizabeth Bentley als Informationsquelle sowjetisch-kommunistischer Spionageringe genannt haben? Oder handelte es sich lediglich um einen Ausfluß blinder Rachsucht, die weder die im Hintergrund lauernde sowjetische Gefahr noch den fürchterlichen Schlag für die nationalen Interessen Amerikas erkennen ließ, den eine Sowjetherrschaft über Deutschland bedeutet hätte?

Morgenthau hatte offensichtlich das Gefühl, daß die amerikanischen Soldaten für die von ihm gewünschte Form der Überwachung Deutschlands nicht rücksichtslos genug sein würden. Deshalb betonte er ausdrücklich, es sei „keine Ehrminderung für den amerikanischen Soldaten, wenn man ihn als zu unerfahren in den Methoden internationalen Brigantentums betrachtet, um als Wächter in der deutschen Besserungsanstalt zu dienen. Die unglücklichen Geschicke Europas dagegen haben die europäischen Soldaten eine grausame und bittere Ausbildung erfahren lassen, die sie zu einer besonders wirksamen Überwachung Deutschlands befähigt."

Als der Schatzkanzler einsehen mußte, daß sein Vorschlag einer Zerstörung der Ruhrbergwerke zu weit ging, um Aussicht auf Annahme zu haben, arbeitete er einen Ersatzplan aus: alle Deutschen sollten aus dem Ruhrgebiet evakuiert und ihr Platz von „französischen, belgischen, holländischen und anderen Arbeitern" eingenommen werden[29]. Wohin die Deutschen gehen könnten oder sollten, wurde nicht angegeben.

Ohne Übertreibung darf gesagt werden, daß der Morgenthauplan, wenn er mit aller Schärfe angewandt worden wäre, unterschiedslos das Todesurteil für Millionen Deutsche bedeutet hätte. Das Gebiet, in dem Bergbau und die gesamte Schwerindustrie verboten sein sollten, ist eines der städtereichsten und dichtest besiedelten in Europa. Unmöglich hätte man Millionen von Städtern, die daran gewöhnt waren, ihren Lebensunterhalt in Fabriken, Büros und Läden zu verdienen, in selbstversorgende Bauern verwandeln kön-

[29] Morgenthau, l. c., p. 23.

nen, selbst wenn der dazu nötige Grund und Boden vorhanden gewesen wäre.

Hier lag deshalb auch die eigentliche Schwäche des Planes, wenn er als ernsthafter Vorschlag für eine wirtschaftliche Reorganisation und nicht als ein Anschlag zur Umwandlung ganz Deutschlands in ein einziges Konzentrationslager diskutiert werden sollte. Der offen eingestandene Zweck des Morgenthauplanes war es, aus Deutschland ein überwiegend agrarisches und Weideland zu machen. Aber im dicht besiedelten, industrialisierten Deutschland gab es dafür keine ungenützten Bodenreserven, um so weniger, als Teile der stärker landwirtschaftlichen Gebiete an Polen übertragen und alle Deutschen von dort vertrieben wurden.

Der Morgenthauplan war ein propagandistisches Gottesgeschenk für die Nazis, denn er lieferte ihnen das denkbar stärkste Argument, um alle Deutschen zur Fortsetzung des Kampfes zu überreden. Nach Hitlers Sturz war er ein Geschenk an die Kommunisten und wäre für sie von noch größerem Wert gewesen, wäre er nicht durch die Massenschändungen im Verlauf der sowjetischen Invasion übertrumpft worden.

Wie hatte es zu diesem phantastischen Plan kommen können? Ein Kabinettsausschuß wurde aus Hull, Stimson und Morgenthau zur Beratung der Nachkriegsbehandlung Deutschlands gebildet. Morgenthau nahm unter den Dreien die extremste Stellung ein, Stimson war der gemäßigtste und Hull, der zu Beginn eine mittlere Stellung bezog, stimmte später mehr mit Stimson überein. Roosevelt selbst setzte sich für scharfe Strafmaßnahmen ein. Aus einem Erlaß an Stimson vom 26. August 1944 tönt das Echo der Klagen Morgenthaus über das Handbuch mit den Richtlinien für die Angehörigen der Militärregierung: „Es ist äußerst wichtig, daß sich jedermann in Deutschland klarmacht: Deutschland ist diesmal eine besiegte Nation. Die Deutschen brauchen meinetwegen nicht ausgehungert zu werden, aber wenn sie, um ein Beispiel anzuführen, zusätzliche Nahrungsmittel zu den vorhandenen benötigen, um Leib und Seele zusammenzuhalten, so sollen sie dreimal täglich mit Suppe aus amerikanischen Feldküchen gefüttert werden."

In den ersten Septembertagen trugen die drei Minister dem Präsidenten ihre Sache vor, dessen körperliche und geistige Verfassung zu wachsender Besorgnis Anlaß gab. Stimson war, wie er berichtet, „nicht glücklich über die leibliche und seelische Verfassung des Präsidenten". Am 11. September nach Roosevelts Abreise zur Konferenz mit Churchill in Quebec trug er in sein Tagebuch ein[30]: „Ich bin über den Gesundheitszustand des Präsidenten sehr

[30] On Active Service, p. 575.

beunruhigt. Er war am Samstag (9. IX.) offenkundig nicht der alte. Er war erkältet und scheint übermüdet. Ich habe rechte Befürchtungen, wie diese anstrengende Konferenz auf ihn wirken wird. Ich bin besonders beunruhigt . . ., daß er dort hinaufreist, ohne irgendwie wirklich für die Lösung der (in Quebec) zu diskutierenden grundlegenden Probleme der Behandlung Deutschlands vorbereitet zu sein."

Stimsons Sorge war wohlbegründet. Roosevelt war nach Quebec abgefahren, ohne sich auf irgendeinen Beschluß festgelegt zu haben. Aber Morgenthau kam seinen Widersachern zuvor: er fuhr mit nach Quebec, während sie in Washington blieben. Hull und Stimson erlebten einen der ernstesten Schocks ihrer ganzen Laufbahn, als sie das folgende, am 15. September von Roosevelt und Churchill gezeichnete Memorandum erhielten: „Auf einer Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Prime Minister über die besten Methoden zur Verhinderung einer neuen Aufrüstung Deutschlands wurde die künftige Verfügung über Ruhr- und Saargebiet als ein wesentliches Element betrachtet. Wie leicht die metallurgische, chemische und elektrische Industrie Deutschlands von Friedens- auf Kriegszwecke umgestellt werden kann, haben wir durch eigene bittere Erfahrung feststellen können. Es muß auch daran erinnert werden, daß die Deutschen große Teile der Industrien Rußlands und anderer benachbarter Alliierter verwüstet haben; es entspricht nur der Gerechtigkeit, daß diese verstümmelten Länder das Recht erhalten, die zur Wiedergutmachung der erlittenen Verluste benötigten Maschinen (in Deutschland) abzubauen. Die entsprechenden Anlagen im Ruhr- und Saargebiet wären deshalb notwendigerweise außer Betrieb zu setzen und zu schließen. Man hielt es deshalb für erforderlich, diese beiden Gebiete einer Körperschaft unter der Weltorganisation zu unterstellen, die eine Demontage dieser Industrien zu beaufsichtigen und dafür zu sorgen hat, daß sie nicht unter irgendeinem Vorwand neu aufgebaut werden. Dieses Programm zur Ausschaltung der für eine Kriegführung wichtigen Industrien an der Ruhr und im Saargebiet zielt auf eine Umwandlung Deutschlands in ein vorwiegend landwirtschaftliches und Weideland ab. Der Prime Minister und der Präsident stimmten hinsichtlich dieses Programmes überein."

Warum Churchill dieses Dokument signierte und damit die Kernpunkte des Morgenthauplanes sanktionierte, ist nicht völlig klar, denn sowohl in Teheran wie in Jalta hatte er in der deutschen Frage eine gemäßigtere Haltung eingenommen als Roosevelt oder Stalin. Eine Erklärung könnte sein, daß er durch das vom amerikanischen Schatzamt vorgebrachte Argument verlockt wurde, die Zerstörung

der Ruhrindustrie würde einen gefährlichen Konkurrenten Englands beseitigen. Aber es gab einen noch näherliegenden Beweggrund. Gleichzeitig mit dem Kommuniqué, das den zerstörerischen Geist des Morgenthauplanes guthieß, wurde ein bezeichnendes Abkommen über den Status des Leih- und Pachtsystems nach der Niederlage Deutschlands und vor der Kapitulation Japans getroffen. Man kam überein, daß England in dieser Zwischenperiode Pacht- und Leihmunition im Werte von 3,5 Milliarden Dollar und zivile Versorgungsgüter im Betrage von 3 Milliarden Dollar erhalten sollte.

Churchill war in steigendem Maße über die düsteren wirtschaftlichen Zukunftsaussichten Englands nach Kriegsende beunruhigt. Morgenthau hatte die Hand am Beutel. Der englische Prime Minister mag gedacht haben, wenn Paris Heinrich IV. eine Messe wert war, so sei auch eine Unterstützung mit 6,5 Milliarden Dollar die Unterschrift unter einen Plan wert, der so ausschweifend war, daß er vielleicht niemals verwirklicht werden würde.

Hull und Stimson rafften nach der Niederlage ihre Kräfte von neuem zusammen. Der Kriegsminister machte Roosevelt bei einem Frühstück das Problem in einer Weise klar, wie es nur wenige dem Präsidenten gegenüber gewagt haben würden, der jeden Widerspruch höchst ungnädig aufnahm. Roosevelt wand und krümmte sich in der ihm typischen Weise, bestritt, daß er Deutschland in ein Weideland umwandeln wolle, und behauptete, er habe lediglich einen Teil der Erträge der Ruhr für England retten wollen, das „pleite" sei. Stimson nagelte ihn aber fest, indem er den Text des in seinem und Churchills Namen ausgegebenen Kommuniqués vorlas. Als der Kriegsminister an die Stelle über die „Umwandlung Deutschlands in ein vorwiegend agrarisches und Weideland" kam, war Roosevelt sprachlos: „Er war aufrichtig erschüttert", schreibt Stimson (S. 581), „und sagte, er habe keine Ahnung, wie er dies habe unterzeichnen können: offensichtlich habe er es ohne viel Nachdenken getan." und solche Menschen regierten die Welt.

Es gibt wohl kaum ein vernichtenderes Eingeständnis geistiger Unzulänglichkeit oder völliger Unverantwortlichkeit. Hier handelte es sich um eine Entscheidung von größter Bedeutung, die das Leben und den Lebensunterhalt von Millionen Menschen betraf, die dazu bestimmt war, den Lauf der europäischen Geschichte zu gestalten — und der Präsident der Vereinigten Staaten konnte sich nicht erinnern, wie und warum er sie getroffen hatte oder auch nur, daß er sie überhaupt getroffen hatte.

Einer der engsten Mitarbeiter Stimsons, der spätere amerikanische Oberkommissar in Deutschland, John J. McCloy, verfaßte eine

gründliche und wohlbegründete Kritik des Morgenthauplanes: „Er würde ein Verbrechen ganz der gleichen Art sein, wie die Deutschen selbst es gegen ihre Opfer zu begehen hofften: er würde ein Verbrechen gegen die Kultur selbst sein ... Ein derartiges Vorgehen müßte natürlicher- und notwendigerweise eine chaotische Umwälzung im Leben der betroffenen Menschen nach sich ziehen, die unvermeidlich die tiefsten Haßgefühle und Erbitterung gegenüber den Behörden hervorbringen würde, die ihnen eine derartige revolutionäre Veränderung aufzwingen. In Anbetracht der Tatsache, daß ihre gegenwärtige vergrößerte Bevölkerung sich unter völlig andersartigen geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelt hat, würde dieses Vorgehen zweifellos schreckliche physische Leiden verursachen, viele praktisch dem Hunger und Tod überliefern und andere zur Abwanderung oder einem sonstigen Wechsel ihres Lebens bringen."

Unter Bezugnahme auf den Hinweis des Finanzministeriums, daß England von der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz profitieren werde, bemerkte McCloy trocken: „Die völlige Ausschaltung eines Konkurrenten, der auch ein potentieller Käufer ist, bedeutet wohl kaum eine befriedigende Lösung eines Handelsproblems."

Trotz allem war aber der Druck von seiten des Weißen Hauses zugunsten einer rächenden Behandlung Deutschlands so stark, daß McCloy mit Zustimmung Stimsons die außerordentlich harten Richtlinien JCS 1067 ausarbeitete[31]. Sie wiesen den amerikanischen Militärgouverneur an, „keine Schritte zu unternehmen a) zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands oder b) zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft." Diese Formulierung ist fast wörtlich dem Originaltext des Morgenthauplanes entnommen.

Agenten des Schatzamtes, die entschlossen waren, das letzte Pfund Fleisch zu erpressen, überschwemmten Deutschland in den ersten Besatzungsjahren, quälten und belästigten die Beamten der Militärregierung, die eine konstruktive Politik durchzuführen suchten. Einige Angehörige der Morgenthau-Richtung, von denen man als den „Chaos-Boys" sprach, durchsetzten die Militärregierung.

Ein fanatisch linksgerichtetes Blatt in New York gebrauchte die gröbsten Schimpfworte, wenn auch nur ganz bescheidene Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse in Deutschland getroffen wurden. Eingeklemmt zwischen schroffen und unbarmherzigen Befehlen und der Angst, in diesem und ande-

[31] Als Stimson JCS 1067 zwei Jahre später wieder las, fand er es ein „peinlich negatives Dokument"; siehe On Active Service, p. 582.

ren Blättern als „Fürsprecher eines sanften Friedens" gebrandmarkt zu werden, neigten die Verwaltungsbeamten in Deutschland dazu, sich durch eine möglichst negative Haltung zu sichern.

Deutschland und Europa blieb die Heimsuchung der vollen politischen Grausamkeit und des wirtschaftlichen Wahnsinns des Morgenthauplanes erspart. Aber sein böser Geist lebte weiter, auch nachdem der Plan selbst formell aufgehoben war, und fügte den politischen und wirtschaftlichen Interessen Amerikas in Deutschland gewaltigen Schaden zu. Ein älterer amerikanischer Staatsmann von großer Erfahrung hat es bei einer Gelegenheit vorausgesagt: „Der Unterschied zwischen einer Verwaltung Deutschlands gemäß dem Alten Testament oder gemäß dem Neuen Testament beläuft sich auf rund eine Milliarde Dollar im Jahr für den amerikanischen Steuerzahler[32]."

KEIN KRIEG, ABER AUCH KEIN FRIEDEN

Sieben Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten wurde zwar der Friedensvertrag mit Japan in Kraft gesetzt, der freilich auch nur ein Teilfriedensvertrag ist, da die Unterschrift der Sowjetunion fehlt, aber ein Friedensvertrag mit Deutschland ist noch nicht einmal in Sicht, obwohl die Westmächte den Kriegszustand für beendet erklärt haben. Der Wiener Kongreß hat im großen und ganzen einen guten Frieden ausgearbeitet, weil er sich in erstaunlichem Maße von Vergeltungsabsichten für Napoleons Angriffskriege fernhielt. Trotz aller seiner Fehler hat er Europa ein Jahrhundert lang die Katastrophe eines Krieges aller Großmächte erspart. Versailles schuf einen schlechten Frieden, aber doch wenigstens irgendeine Regelung. Potsdam aber, wo in gewissem Sinne die Vorfriedenskonferenz des zweiten Weltkrieges abgehalten wurde, und andere

[32] An dieser Stelle muß dankbar des Buches von Freda Utley, *The High Cost of Vengeance* (Chicago, Regnery, 1949; deutsche Ausgabe „Kostspielige Rache", Hamburg, H. H. Nölke, 1950) gedacht werden: der Verfasserin gebührt das Verdienst, als eine der ersten die amerikanische Öffentlichkeit auf den Wahnsinn des Morgenthauplanes und der von ihm inspirierten Besatzungspolitik hingewiesen zu haben zu einer Zeit, als sie für diese Darstellung ihrer persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen keinen anderen Lohn als die Zustimmung weniger aufrichtiger und ehrlicher Menschen und die Verunglimpfung von seiten der „großen Presse" zu erwarten hatte. Freda Utley hat mehr dazu beigetragen, den Deutschen praktische amerikanische Demokratie zu zeigen als die ganze „Reeducation" der ersten Besatzungsjahre. E. H.

Zusammenkünfte von Vertretern der Westmächte und der Sowjetunion haben nur eine Fortsetzung des Krieges auf anderer Grundlage bewirkt. Sie führten nicht zum Frieden.

Vergleicht man die Potsdamer Bestimmungen mit den nach anderen großen Kriegen abgeschlossenen Verträgen, so ist das Urteil „der Welt schlechtester Friede" nicht übertrieben. Von der ersten bis zur letzten Zeile war Potsdam eine krasse, zynische und flagrante Verletzung der in der Atlantikcharter verkündeten Kriegsziele der Vereinten Nationen.

Die ersten drei Punkte der Atlantikcharter sichern allen Völkern in ebenso schwungvollen wie positiven Begriffen das Recht der Selbstbestimmung zu. Das Abkommen von Potsdam aber unterstellte das von neuneinhalb Millionen Menschen besiedelte Gebiet östlich der Oder und Neiße und damit ein Viertel der deutschen Ackerfläche sowjetisch-polnischer Herrschaft. Eine Volksabstimmung hätte nicht einmal eine nennenswerte Minderheit für Polen ergeben.

Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945, das letzte Treffen der „Großen Drei" — Truman mit Außenminister Byrnes, Stalin mit Molotow, erst Churchill mit Eden, dann Attlee mit Bevin — akzeptierte die sowjetische Annexion Königsbergs und eines angrenzenden Teiles Ostpreußens, indem die Vereinigten Staaten und England sich in diesem Punkte im voraus für die „künftige Friedenskonferenz" festlegten. Die Zuteilung ostdeutschen Gebietes an Polen erfolgte nicht in so dezidierter Form: „Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens soll bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben sein." Eine Vorgabe zugunsten Polens lag aber in dem Übereinkommen, daß dieses Gebiet polnischer Verwaltung unterstellt werden und nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone gelten sollte. Dabei wurde — „nach Prüfung aller Aspekte dieser Frage" (!) — erklärt, daß die Umsiedlung „der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen Deutschen" durchgeführt werden müsse. Man sei aber übereingekommen, „daß diese Umsiedlung geordnet und in menschlicher Weise stattfinden soll". Hinter dem vorgetäuschten Wohlwollen dieses Satzes verbarg sich die Westmächte-Sanktionierung einer der barbarischsten Aktionen der europäischen Geschichte: der Austreibung von rund 14 Millionen Deutschen oder Menschen deutscher Abstammung aus ihrer Heimat mit dem Verlust fast ihrer gesamten Habe. Es handelte sich um die 9,5 Millionen Einwohner der ostdeutschen Provinzen, um 1,1 Millionen aus Danzig, dem Korridor und anderen Teilen Polens, um 3 Millionen Sudetendeutsche, die seit Jahrhunderten

innerhalb des seit 1919 tschechoslowakischen Staatsgebietes lebten, und um rund 450 000 Volksdeutsche aus Ungarn.

Man konnte auch nicht gut ohne Heuchelei von einer „geordneten und menschlichen" Durchführung der Umsiedlung sprechen. Selbst unter den günstigsten und ganz „normalen" Verhältnissen hätte die Austreibung einer so großen Zahl von Menschen aus ihrer Heimat und ihre Ansiedlung an anderer Stelle ungeheure Härten und Leiden mit sich gebracht. Die Verhältnisse in Nachkriegsdeutschland waren aber höchst ungünstig und unnormal. Für ein dichtbesiedeltes, verwüstetes und von Bombenschäden heimgesuchtes Land, das noch dazu in vier Besatzungszonen aufgespalten wurde, war es physisch unmöglich, eine derartige Masse entwurzelter und vermögensloser Menschen wirtschaftlich zu absorbieren. Die Austreibung vollzog sich in der Mehrzahl der Fälle mit einer unterschiedslosen Brutalität. Als ich 1946 in München war, bekam ich von Angehörigen des Deutschen Roten Kreuzes — die sich dabei wegen des strikten Verbotes der Besatzungsmächte, irgendeine der Vereinten Nationen zu kritisieren, fast wie Verschwörer vorkamen — ein dickes Aktenstück mit eidesstattlichen Erklärungen Sudetendeutscher: sie erzählten eine herzzerreißende Geschichte von Folter, Vergewaltigungen, Konzentrationslagern und Hungerrationen, die sich kaum von den Grausamkeiten unterschied, die während des Krieges den Nazis zur Last gelegt worden waren. Viele sind bei dieser Behandlung elend zugrundegegangen; wer sich ohne Heim, Eigentum und Unterhaltsmittel als Bettler und Flüchtling in Deutschland wiederfand, konnte von Glück sagen. In den polnisch verwalteten Gebieten war es nicht anders. Sicher, die Nazis hatten in Polen und in der Tschechoslowakei abscheuliche Greueltaten begangen; aber die Austreibung erfolgte ohne jeden Unterschied und war nicht etwa auf aktive Nazis oder Personen beschränkt, die sich persönlich Willkür und Grausamkeiten hatten zuschulden kommen lassen. Von ihr wurden sogar Sudetendeutsche betroffen, die in ihrem Widerstand gegen die Nazis Leben und Freiheit riskiert hatten.

Es gibt in den Friedensschlüssen nach den großen europäischen Kriegen keine Parallele zu dieser rücksichtslos-grausamen Massenaustreibung. Nach allen Schrecken und Greueln des Dreißigjährigen Krieges wurde im Westfälischen Frieden von 1648 kein Katholik gezwungen, einen protestantischen Staat zu verlassen, und ebenso kein Protestant in katholischen Staaten; die Auswanderung war ihnen aber freigestellt und sie konnten ihr Eigentum mit sich nehmen. Gewisse Bestimmungen des Wiener Kongresses von 1815 entsprechen nicht den modernen Ideen der Selbstbestimmung, aber

auch hier findet man keinen Fall des Massenraubs oder der Vertreibung von Millionen von Haus und Hof. Der Versailler Vertrag ist in vieler Hinsicht zu kritisieren, doch nicht einmal er ordnete Massendeportationen an. Eine Anzahl Deutscher wurde gezwungen, Elsaß-Lothringen und das Polen zugeteilte Gebiet zu verlassen. Aber der Druck war nicht so stark und die Zahl der Betroffenen war wesentlich kleiner. In den übrigen Grenzgebieten fanden Volksabstimmungen statt.

Eine Zählung der Vertriebenen ergab 1946 rund 10 Millionen – 3 Millionen in der englischen, etwas weniger als 3 Millionen in der amerikanischen, rund 4 Millionen in der sowjetischen und ganze 50 000 in der französischen Zone. Wo waren die fehlenden 4 Millionen geblieben? Selbst wenn man die Zahl derjenigen mit 2 Millionen ansetzt, die als Facharbeiter zurückgehalten oder auf Grund ihrer Abstammung verschont wurden, und wenn man die Kriegsgefangenen berücksichtigt, bleiben etwa 2 Millionen Menschen, die bei dieser Zwangsvölkerwanderung ums Leben kamen. Viele wurden buchstäblich hingeschlachtet; noch mehr starben durch Hunger, Kälte und Seuchen[1].

In Potsdam war verkündet worden, es sei „nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven". Wenn diese Absicht wirklich nicht bestand, so merkte man in den ersten Besatzungsjahren nicht viel davon. In der Vergangenheit hatten Kulturstaaten die Kriegsgefangenen nach Beendigung der Feindseligkeiten entlassen, so schnell es die Umstände erlaubten. Die Gerechtigkeits-Kreuzzügler des zweiten Weltkrieges handelten anders. Mehrere Jahre nach der Kapitulation wurden 600 000 bis 700 000 deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter in Frankreich, etwa 400 000 in England und sehr viel mehr, vielleicht 2 bis 3 Millionen, in Rußland zurückgehalten. Die Vereinigten Staaten ver-

[1] Eine der besten und mit zahlreichen amtlichen Ziffern belegte Darstellung des Flüchtlingsproblems findet sich im Deutschland-Jahrbuch 1949 von Dr. Klaus Mehnert und Dr. Heinrich Schulte (West-Verlag, Essen, 1950). Amerikanische Veröffentlichungen haben sich – mit rühmlicher Ausnahme des Buches „Kostspielige Rache" von Freda Utley und wenigen anderen – mit dieser Frage nicht befaßt. Aus Unkenntnis oder als Folge bewußter Täuschung setzen selbst gebildete Amerikaner noch heute die Vertriebenen mit den „Displaced Persons" in Deutschland gleich – Juden, Fremdarbeitern und solchen Ausländern, die nicht in ihre kommunistisch gewordene Heimat zurückkehren wollten. Dabei entsteht dann leicht die Auffassung, das Vertriebenenproblem sei doch gelöst, da ja die DPs von der UNRRA und anderen Hilfsorganisationen unterstützt und zu einem großen Teil in eine neue Heimat gebracht wurden. Die vertriebenen Deutschen waren übrigens ausdrücklich von der UNRRA-Hilfe ausgeschlossen. W. H. Ch. – E. H.

zichteten auf eine derartige Ausbeutung, aber sie lieferten einen Teil der Insassen amerikanischer Kriegsgefangenenläger und den größten Teil der nach der Invasion in Europa gefangenen deutschen Soldaten an England und Frankreich aus. Die Behandlung war in England, wo man doch einige Zweifel an der Ethik des ganzen Verfahrens hatte, und wo kritische Stimmen in der Presse und vor allem in den Leserbriefen zum Ausdruck kamen, im großen und ganzen gut. In Frankreich war sie lange Zeit sehr schlecht, in Rußland, das niemals die Rotkreuzbestimmungen anerkannt hat, unmenschlich. Die meisten italienischen Kriegsgefangenen starben vor Hunger und Kälte. Viele deutsche Kriegsgefangene wurden erst entlassen, wenn sie arbeitsunfähig geworden waren.

Zwangsarbeit bleibt Zwangsarbeit, unter welchen Bedingungen auch immer sie zu leisten ist. Die deutschen Kriegsgefangenen, die von ihren Familien getrennt leben und jahrelang nach Kriegsende in fremden Ländern arbeiten mußten, büßten nicht etwa Strafurteile als Kriegsverbrecher ab. Es wurden auch keine Unterschiede zwischen Nazis und Nichtnazis gemacht. Die Überlebenden der Legionen Napoleons wurden nach der Niederlage Frankreichs nicht zur Zwangsarbeit gepreßt. Um für diese Ausbeutung großen Stils einen Präzedenzfall zu finden, muß man bis ins Altertum zurückgehen, als Sklaverei das übliche Schicksal der Besiegten war. Mit den Vier Freiheiten und der Atlantikcharter hat das Ganze jedenfalls nichts gemein.

Potsdam schuf durch Verstümmelung und Beschränkung der Wirtschaft des besiegten Landes noch einen weiteren sehr unerwünschten Präzedenzfall. Nachdem ein Viertel des deutschen Ackerbodens weggenommen und 10 Millionen Flüchtlinge in das verkleinerte Deutschland hineingepreßt waren, konnte Deutschland nur bei einer großzügigen Entwicklung von Industrie und Außenhandel hoffen, seine Bevölkerung wenigstens bei einem bescheidenen Lebensstandard zu erhalten. In Potsdam wurde aber nicht nur die Herstellung von Waffen, unmittelbarem und mittelbarem Kriegsmaterial verboten, es wurde auch ausdrücklich festgelegt, daß „die für die erlaubte Produktion nicht benötigte Produktionskapazität in Übereinstimmung mit den Reparationsplänen abtransportiert oder zerstört werden soll". Damit wurde im Geiste des Morgenthauplanes die Demontage zahlreicher nichtmilitärischer Betriebe autorisiert.

Neben der Potsdamer Erklärung und dem Industrieplan von 1946, der unter anderem die deutsche Stahlproduktion auf 5,8 Millionen t begrenzte — kaum mehr als die Belgiens mit einem Sechstel der Bevölkerung Westdeutschlands —, ist als drittes Grunddokument der amerikanischen Besatzungspolitik der ersten Jahre die berüch-

tigte Besatzungsdirektive JCS 1067 vom 26. April 1945 zu erwähnen, die das „fraternization"-Verbot und die Anweisung an den Militärbefehlshaber enthielt, nichts zu unternehmen, „was der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands oder zur Aufrechterhaltung und Stärkung der deutschen Wirtschaft dienen könnte". Der deutsche Verbrauch sollte auf „ein Minimum" begrenzt und „Überschüsse" (sic!) der deutschen Wirtschaft sollten den Besatzungstruppen, alliierten Kriegsgefangenen und DPs zugeführt und für Reparationszwecke verwandt werden.

Schon allein wegen seines Reparationsplanes und der Beschränkung der deutschen Wirtschaft verdient Potsdam die Bezeichnung „Europas schlechtester Friede", gemessen an den Bestimmungen von Wien 1815 und des Frankfurter Friedens von 1871. Roosevelt und Churchill versuchten zwar, aus den Irrtümern der Reparationspolitik von Versailles etwas zu lernen, aber Reparationen durch Demontagen und Zwangsarbeit waren wirtschaftlich ebenso unvernünftig und moralisch noch schlimmer[2].

Außenminister Byrnes nennt in seinem Buch vier Punkte, in denen die amerikanische Delegation in Potsdam ein Übereinkommen zu erzielen wünschte. Es waren 1. ein Plan und Verfahren für die frühestmögliche Ausarbeitung des Friedensvertrages; 2. die politischen und wirtschaftlichen Prinzipien der Besatzungspolitik in Deutschland; 3. Pläne zur Durchführung der Jalta-Abmachungen im befreiten Europa und 4. eine neue Behandlung des Reparationsproblems[3]. In keinem dieser Punkte wurde ein Erfolg erzielt. Mit den Jahren hat sich der Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den Westmächten immer mehr verschärft; häufig gab es auch amerikanisch-französische Auseinandersetzungen, bei denen England meist eine Mittlerstellung einnahm. So ist bis heute keine allgemein annehmbare Grundlage für einen Frieden mit Deutschland gefunden worden.

Nach der Darstellung von Byrnes hat die amerikanische Delegation energisch den Standpunkt vertreten, daß die Frage der polnischen Westgrenze noch offen sei; auch Bevin hat diese neue Grenze scharf kritisiert. Selbst Stalin erklärte: „Die Frage der (pol-

[2] Obwohl die Politik von Potsdam noch lange nachgewirkt hat und bis in die Zeit der Verhandlungen über den deutschen Wehrbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und damit der Nordatlantikpaktgemeinschaft „Rückfälle" in den Morgenthaugeist vorgekommen sind, kann diese Periode heute als abgeschlossen gelten. Eine ausführliche Darstellung an dieser Stelle erübrigt sich auch, nachdem Freda Utley in „Kostspielige Rache" diese Dinge eingehend geschildert hat. E. H.

[3] Speaking Frankly, pp. 67–87.

nischen) Westgrenze ist noch offen und die Sowjetunion ist nicht gebunden[4]." Durch die Zustimmung zur Massenaustreibung der Deutschen und manche andere Maßnahmen haben England und Amerika aber ihre Position selbst geschwächt und es Stalin erleichtert, die polnische Westgrenze als festgelegt zu bezeichnen, wie es ausdrücklich in der Sowjetnote an die drei Westmächte vom 9. April 1952 und in einer offiziellen Mitteilung an die Warschauer Regierung vom 25. April geschieht.

Es ist schwer zu begreifen, es sei denn als neuen Beweis für die Fähigkeit der Menschen zur Selbsttäuschung, daß Byrnes abschliessend die Potsdamer Konferenz als einen „Erfolg" hinstellen konnte: „Wir glaubten fest daran, daß die erzielten Abmachungen eine Grundlage für eine baldige Wiederherstellung der Stabilität Europas abgeben würden"[5]. Sehr viel vernünftiger und weitsichtiger äußerte sich schon damals der Londoner Economist in einem Leitartikel: „Die Potsdamer Erklärung wird keine zehn Jahre Bestand haben, und wenn sie zusammenbricht, wird die Zivilisation auf des Messers Schneide zwischen internationaler Anarchie und der Atombombe balancieren . . . Die Erklärung enthält auch nicht eine konstruktive Idee, nicht einen hoffnungsvollen Ausblick für die Nachkriegswelt. Am Ende eines mächtigen Krieges zur Niederringung des Hitlerismus machen die Alliierten einen Hitler-Frieden. Das ist der richtige Maßstab ihres Versagens."

Papst Pius XII. hat sich bei der Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium 1946 ähnlich geäußert: „Dieses eine steht zweifelsfrei fest: Die Früchte und Auswirkungen des Sieges waren bisher nicht nur für die Besiegten unbeschreiblich bitter, sie haben sich auch für die Sieger als eine Quelle unsagbarer Angst und Gefahren erwiesen." Auch Lord Beveridge ging nach einem Besuch in Deutschland 1946 mit Potsdam scharf ins Gericht: „Die Taten der Alliierten während der letzten 15 Monate machen die Atlantikcharter zur Heuchelei."

Wie passend ist dieses Wort für alle die erhabenen moralischen Glaubensartikel des zweiten Kreuzzuges! Denn mit einer Ausnahme — der barbarischen Wahnsinnstat der Ausrottung einiger Millionen europäischer Juden — ist jedes von den Nazis begangene Kriegsverbrechen irgendwie auch von einem oder mehreren Staaten der Antiachsenkriegskoalition begangen worden. Sieger und Besiegte haben sich für schwere Vergehen gegen Völkerrecht und Menschlichkeit zu verantworten. Zwangsweise Annexion fremden Gebietes?

[4] Byrnes, l. c., p. 80.
[5] Byrnes, l. c., p. 87.

War die willkürliche Abtretung von 270 000 qkm historisch-polnischen Gebietes mit den polnischen Städten Wilna und Lemberg an die Sowjetunion keine zwangsweise Annexion? Was anderes als nackte Gewalt kann für die Abtretung der alten deutschen Städte Königsberg, Danzig, Stettin und Breslau und von 178 000 qkm ethnisch deutschen Gebietes an die Sowjetunion und Polen angeführt werden? Oder für die Annexion der baltischen Staaten, für die Wegnahme eines Zehntels von Finnland, wo die Bewohner fast bis zum letzten Mann lieber Haus und Hof verließen als unter Sowjetherrschaft zu leben? Oder für den Raub der Bukowina und Karpatho-Ukraine, die nie zu Rußland gehört haben?

Deportationen und Massenaussiedlungen, um deutschen Siedlern Platz zu schaffen? Es ist ein altes und wahres Wort, daß zweimal Unrecht nicht einmal Recht ergibt. Das Schicksal der 14 Millionen menschlicher Wesen, die aus ihrer Heimat in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Polen und anderen Ländern vertrieben wurden, war nicht glücklicher als das der Polen, die vor den Deutschen weichen mußten.

Aushebung zur Zwangsarbeit? Von den Nazis begangen, wurde dies als ein so schweres Verbrechen betrachtet, daß der Leiter des Arbeitseinsatzes, Fritz Sauckel, dafür gehängt wurde, und viele andere Deutsche wurden unter der Anklage der Mitschuld eingesperrt. Aber wurde irgend jemand in Rußland oder in Frankreich oder in England dafür bestraft, daß deutsche Kriegsgefangene lange nach Beendigung der Feindseligkeiten als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden?

Plünderungen und Vergewaltigungen? Was sich beim Einmarsch der Roten Armee in Berlin, Wien, Budapest und anderen Städten abspielte, hat in der Kriegsgeschichte Europas nicht seinesgleichen. Solche Spuren, wie Stalins Truppen sie hinterließen, konnten nur mit dem Mongoleneinfall im 13. Jahrhundert verglichen werden. Aber damals gab es keine Haager Landkriegsordnung Auch das Verhalten der französischen und, wenn auch in geringerem Maße, der amerikanischen und englischen Truppen ließ vielfach zu wünschen übrig, wenn auch der Diebstahl der hessischen Kronjuwelen durch einen Offizier des Weiblichen Hilfskorps ein Einzelfall dieser fragwürdigen „Umerziehung“ der Deutschen zu den demokratischen Tugenden blieb. Die Hungerrationen, die man den Deutschen bis 1948 zugestand — und wieder war die französische Zone am schlechtesten dran — waren nur zu einem Teil durch den Weltmangel an Nahrungsmitteln und Schiffsraum bedingt. Krankheiten und Elend, Korruption, an der sich die Besatzungstruppen aktiv beteiligten, waren die Folge.

Völkermord wird gewöhnlich als ein typisches und besonderes Naziverbrechen angesehen. Aber die Sterblichkeit im amerikanischen Sektor Berlins im ersten Vierteljahr 1947 war mit 28,5 je Tausend fast dreimal so hoch wie die Geburtsrate von 10,7 je Tausend[6]. Dabei war der amerikanische Sektor noch keineswegs das schlimmste Besatzungsgebiet.

Natürlich ist es schwierig, eine klare Linie zwischen den Folgen eines verlorenen Krieges und einer rachsüchtigen, zerstörerischen Besatzungspolitik zu ziehen. Auch wenn die Potsdamer Beschlüsse weiser und menschlicher gewesen wären, hätte das ganze deutsche Volk, hätten Nazis und Nichtnazis, Schuldige und Unschuldige einen hohen Preis für Hitlers Verbrechen zahlen müssen. Hätte Deutschland aber unter einer eigenen Regierung den Kampf mit Not und Ruinen selbst mit seinen eigenen Kräften aufnehmen können, so wäre damit keine moralische Verantwortung der Siegermächte verbunden gewesen. Aber als diese Mächte beschlossen, das gesamte deutsche Gebiet zu besetzen, die deutsche Souveränität abzuschaffen und jede Kleinigkeit des Lebens und vor allem der Wirtschaft in Deutschland regeln zu wollen, nahmen sie einen Anteil der Verantwortlichkeit für das erschütternde physische Elend und die soziale Demoralisierung auf sich, die erst Jahre nach der Beendigung der Feindseligkeiten und nur langsam verging. Der furchtbare Hunger in Hamburg zum Beispiel, den ich selbst beobachtete, kann nicht vom Verbot der deutschen Überseeschiffahrt getrennt werden, denn diese große Hafenstadt verdiente ihren Lebensunterhalt zu einem beträchtlichen Teil durch Schiffahrt und Schiffbau. Die hohe Sterblichkeitsrate in Berlin war mindestens zu einem Teil auf den Versuch zurückzuführen, die Stadt unter Kontrolle von vier beständig miteinander streitenden Mächten zu verwalten. Die negativen und häufig widerspruchsvollen Wirtschaftsverordnungen der verschiedenen Besatzungsbehörden haben sicher das Elend dadurch vergrößert, daß sie den Deutschen eine vernünftige Chance der Arbeit und des Verdienens verweigerten. Die Entnazifizierung und die Prozesse gegen die sogenannten Kriegsverbrecher waren zwei weitere Kennzeichen des Besatzungsregimes

[6] In New York betrug die Sterblichkeit 1946 10,1 ‰, die Geburtsrate 19,6 ‰. Weitere Einzelheiten sind in dem englisch und deutsch erschienenen Buch von Gustav Stolper „Deutsche Wirklichkeit“ enthalten. W. H. Ch. – F. Utley führt als alliierte „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ insbesondere noch die Vernichtungsangriffe auf Dresden und Würzburg an, die erfolgten, als die militärische Entscheidung längst gefallen war, und bei denen amerikanische Flieger die auf den Elbwiesen zusammengedrängten hilflosen Menschen im Tiefflug mit Bordwaffen beschossen. E. H.

in Deutschland, die in der Geschichte europäischer Friedensschlüsse ohne Beispiel sind[7]. Eine vernünftige Lösung des Entnazifizierungsproblems wäre gewesen, jene Mitglieder der NSDAP von öffentlichen Ämtern auszuschließen, die nach ihrem Rang in der Parteihierarchie als verantwortlich für politische Entscheidungen gelten konnten, und nur gegen diejenigen ein Verfahren zu eröffnen, die durch erwiesene Verbrechen persönlich belastet waren, die große Masse der nominellen Pgs aber in Ruhe zu lassen. Wenn es, wie schon Burke sagt, unmöglich ist, eine ganze Nation unter Anklage zu stellen, so ist es sicher nicht ratsam und politisch unzweckmäßig, eine so große Zahl von Einzelnen zu bestrafen und damit eine ganze Klasse erbitterter Parias zu schaffen. Aber genau darauf ging das amerikanische Entnazifizierungsverfahren aus, das unter Strafandrohung die Ausfüllung eines 131 Fragen umfassenden „Fragebogens" verlangte, der in bewußter oder unbewußter Nachahmung von Nazimethoden nach dem Prinzip der „Sippenhaftung" verfuhr und ausdrücklich verlangte, wozu nach amerikanischem Recht und Gesetz niemand gezwungen werden kann: sich selbst zu belasten[8]. Wenn das Netz so weit gespannt wurde, daß es unzählige Menschen einfing, deren einzige „Schuld" darin bestand, daß es ihnen an dem hohen moralischen Mut des Widerstandes gegen eine Diktatur gefehlt hatte oder daß sie nicht emigriert waren, so konnte das Ergebnis nur Sympathie für die „Betroffenen" sein.

Das gleiche gilt für die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse vor dem Internationalen Militärtribunal und vor amerikanischen Militärgerichten. Dabei wurden in der amerikanischen Zone über 1 500 Personen schuldig gesprochen und 444 zum Tode verurteilt. Die Zahl der Verfahren und Verurteilungen in der englischen Zone war geringer. Über die Vorgänge in der Sowjetzone liegen kaum amtliche Berichte vor; es besteht aber Grund zur Annahme, daß dort mehr Menschen zum Tode oder zu KZ-Haft verurteilt wurden, als in den anderen Zonen, während gleichzeitig mehr ehemalige Nazis rehabilitiert wurden, weil sie ohne Skrupel das Hakenkreuz mit Hammer und Sichel vertauschten, oder weil man sie mit Zuckerbrot und Peitsche dazu brachte.

Oberstbundesrichter Robert H. Jackson, der amerikanische Ankläger in Nürnberg, der frühere Kriegsminister Stimson und andere

[7] Wohl aber hat es, wie man in amerikanischen Geschichtsbüchern und in „Vom Winde verweht" von K. Mitchell nachlesen kann, in den Südstaaten nach dem Siege der Nordstaaten im Bürgerkrieg einen ähnlichen Vorgang gegeben. E. H.

[8] Der große Bucherfolg von „Der Fragebogen" von Ernst von Salomon (Hamburg, Rowohlt, 1951) war eine literarische „Quittung" auf das Verfahren, die sich die Amerikaner leicht hätten ersparen können. E. H.

haben die Kriegsverbrecherprozesse laut als eine Fortentwicklung des Völkerrechtes gepriesen. Es sieht nicht so aus, als würde sich eine unparteiische Geschichtsschreibung ihrem Urteil anschließen; denn weder die Grundlage — daß die Sieger Gewähr für eine unparteiische Rechtsfindung gegenüber dem Besiegten bieten — noch gewisse von der Anklage und bei der Erpressung von Aussagen angewandte Methoden entsprechen den festen Prinzipien westlicher Gerichtsbarkeit und internationalen Rechtes. Das ist inzwischen auch von hohen englischen Juristen wie Lord Hankey und Viscount Maugham festgestellt und in sorgsamer Analyse des Kriegsverbrecherbegriffes dargetan worden.

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß einige der in diesen Prozessen Angeklagten entsetzlicher Verbrechen schuldig waren und daß nur wenige auf Grund ihrer Persönlichkeit und Vorgeschichte Sympathie verdienen. Der eigentliche Einwand gegen die „Siegergerichtsbarkeit" ist nicht die Bestrafung von einigen tausend Deutschen, sondern die ernste Verletzung der Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens und der Moral:

1. Es wurde kein Versuch unternommen, den Grundsatz der gleichen Verantwortung vor dem Gesetz anzuwenden. Bestraft wurden nur Deutsche, und zwar in vielen Fällen für Handlungen, die auch von Soldaten und Zivilisten einer oder aller Siegermächte begangen wurden. Ein Gerichtshof und ein lynchender Pöbelhaufe unterscheiden sich aber gerade dadurch, daß ein Gericht Verbrechen ohne Ansehen der Person verfolgt.

2. Richter und Geschworene dürfen kein persönliches Interesse an den ihnen vorliegenden Fällen haben und nicht befangen sein. Mit diesem sehr wichtigen Grundsatz sind Prozesse des Siegers über besiegte Feinde nicht zu vereinbaren.

3. Dieser Mangel wurde dadurch verschärft, daß eine beträchtliche Anzahl von erst frisch eingebürgerten Amerikanern, die aus politischen oder rassischen Gründen aus Nazi-Deutschland emigriert waren, an den Untersuchungen, den Polizeimaßnahmen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung und den Prozessen selbst teilnahmen, wie zum Beispiel der ehemalige Oberregierungsrat des preußischen Innenministeriums Dr. Robert Kempner. Rachsucht war bei einigen von ihnen menschlich verständlich, aber sie hätte nicht durch amerikanische Gerichte befriedigt werden sollen.

4. Das Beweismaterial, auf das einige Urteile gestützt waren, konnte als erpreßt und erfoltert keinen Beweiswert haben.

5. Die Prozesse setzten gefährliche Präzedenzfälle der Verletzung wohlbekannter Grundsätze nationalen und internationalen Rechts. Dazu gehört, daß es keine ex-post-facto-Bestrafung geben soll —

„nulla poena sine lege" —, weiter, daß Angehörige des Militärstandes nicht für die Ausführung des „Befehls von oben" verantwortlich gemacht werden sollen. Nach Nürnberger Rechtsprechung kann jeder Offizier, der an der Ausarbeitung von Mobilmachungs- und Feldzugsplänen beteiligt ist, im Falle der Niederlage seines Landes als „Anstifter eines Angriffskrieges" angeklagt, verurteilt und hingerichtet werden.

6. Die Ächtung des Besiegten durch den Sieger erinnert an das römische Vorgehen, den gefangenen Anführer der Feinde im Triumphzug zur Schau zu stellen und dann umzubringen. Wenn die Kriegsverbrecherprozesse als „Abschreckungsmittel" gepriesen wurden, so ist es weit wahrscheinlicher, daß daraufhin künftige Kriege bis zum bitteren Ende gegenseitiger Ausrottung geführt werden. Es hat in der Geschichte nie einen Krieg gegeben, in dem der Sieger den Besiegten nicht als „schuldig" betrachtet hätte.

Einer der Nürnberger Anklagepunkte war Planung und Führung von Angriffskriegen. Es ist heute geschichtsnotorisch und es war Richtern und Anklägern in Nürnberg wohlbekannt, daß die Sowjetunion aktiv an Hitlers Plänen eines Angriffs und der Teilung Polens teilgenommen hat, um von den sowjetischen Angriffen auf die baltischen Staaten und Finnland gar nicht zu reden. Wenn die Bestrafung von Angriffskriegen der Zweck der Prozesse war, so hätten die Sowjetvertreter auf die Anklagebank und nicht an den Richtertisch gehört. Diese verschiedene Behandlung nazistischer und sowjetischer Aggression rechtfertig die Annahme, daß die Deutschen nicht für die Führung eines Angriffskrieges bestraft wurden, sondern weil sie dabei keinen Erfolg hatten.

Ein anderer Schandfleck des Nürnberger Verfahrens war, vom Standpunkt eines sauberen Gerichtsverfahrens aus gesehen, die voreilige Anklageerhebung gegen die Deutschen wegen der Katyn-Massaker und ihr beschämendes Fallenlassen sowie die seltsame Argumentation bei der Verurteilung von Großadmiral Dönitz. Das Gericht entschied, Dönitz sei nicht auf Grund eines Bruches des Völkerrechtes in der U-Boot-Kriegsführung verurteilt, denn amerikanische und englische Seeoffiziere hätten ebenso gehandelt wie die Deutschen; er wurde aber wegen anderer Vergehen zur Verantwortung gezogen. Dieses Prinzip, das an sich fragwürdig ist, wurde aber nicht konsequent angewandt. Wie schon gezeigt wurde, hatten ja nicht die Deutschen allein solche Verbrechen gegen Menschlichkeit und Völkerrecht begangen wie Anzettelung eines Angriffskrieges, gewaltsame Annexion fremden Gebietes, Massendeportationen, Ausbeutung von Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeit, Vergewaltigungen, Plünderungen und andere Übergriffe gegen die

Zivilbevölkerung. Jeder moralische Wert, den die Prozesse vielleicht hätten haben können, wurde durch die häufig zur Erpressung von Aussagen angewandten Methoden untergraben. Das gilt besonders für die sogenannten Malmédy-Prozesse, bei denen von einer Armee-Untersuchungskommission unter Leitung von Richter Gordon Simson vom Obersten Gericht in Texas unverzeihliche Methoden festgestellt wurden[9]. Sie erinnerten an die Gestapo und waren jedenfalls kein geeignetes Mittel der „reeducation". Was konnten die Deutschen anders daraus lernen, als daß die Nazis die Anwendung des Spruches „Wehe den Besiegten!" richtig vorausgesagt hatten?

Mit dem Inkrafttreten des Marshallplanes begann eine neue Aera. Es wäre aber klüger, menschlicher und nicht zuletzt wirtschaftlicher gewesen, nicht erst Zerstörungspläne aufzustellen und sie dann stückweise und langsam zu revidieren. Es ist zweifelhaft, ob es in der Geschichte andere Beispiele einer so großen Vergeudung gibt, wie es das Vorgehen der Amerikaner in Deutschland war, die erst Zerstörungen einleiteten oder ihnen zustimmten und schon bald danach Geld ausgaben, um die Konsequenzen dieser Maßnahmen abzuwenden. Die Kosten der Befriedigung eines blinden, unterschiedslosen Haßgefühles waren widersinnig hoch.

Die durch die Potsdamer Beschlüsse skizzierte Friedensregelung war brutal ungerecht und vom wirtschaftlichen Standpunkt höchst unklug. Sie machte zugleich den Eindruck äußerster Labilität. Wäre Europa der durch die Wirtschaftskrise 1929/33 hervorgerufenen politischen Unordnung entgangen, so hätte ein ordnender Ausgleich auf der Grundlage der bestehenden politischen Grenzen erfolgen können. Wie soll man aber an eine Stabilität der grotesken Grenzen in Osteuropa glauben, die in Teheran erörtert, in Jalta beschlossen und in Potsdam annähernd in Form gebracht wurden? Die Deutschen werden sich niemals mit dem Verlust so deutscher Städte wie Danzig und Königsberg, Breslau und Stettin aussöhnen. Das traurige Dasein von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen wird sie stets an die Verluste im Osten erinnern.

Ein Teil der in Deutschland festgestellten Mängel kehrt auch in der Friedensregelung für Österreich wieder. Die Behandlung des kleinen Österreich, das in vier Besatzungszonen aufgespalten wurde,

[9] Das Mitglied der Kommission, Richter L. van Roden, und Oberst W. M. Everett, haben in einer dem Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten eingereichten eidesstattlichen Erklärung sehr präzise Angaben über die Erpressung der Aussagen gemacht, die trotzdem die Grundlage der Verurteilungen bildeten. Eine ausführliche Darstellung findet sich in Freda Utley, Kostspielige Rache S. 216 ff. E. H.

war aber weniger rachsüchtig als die Deutschlands. Österreichs wirtschaftliche Lebensfähigkeit ist aber schwer behindert durch die Wegnahme der Zistersdorfer Ölquellen, die heute den Bedarf ganz Westdeutschlands zu mehr als einem Drittel decken könnten[10], der Donauschiffahrt und zahlreicher Fabriken, die mit einem Anspruch auf die „deutschen Guthaben" motiviert wurde, von denen nach einer Angabe Bundeskanzler Figls höchstens 15 Prozent deutsches Eigentum waren. Auch hier hätte der amerikanische Steuerzahler viel Geld sparen können, wenn diese dehnbaren sowjetischen Forderungen nie akzeptiert und wenn die Besetzung schnell beendet worden wäre. Aber trotz 287 Sitzungen der Außenministerstellvertreter ist der österreichische Staatsvertrag bis zum Sommer 1952 noch nicht unter Dach und Fach gebracht, der die Sowjetunion zwingen würde, ihre Besatzungstruppen und damit auch die zur Sicherung der Verbindungen mit Österreich in Ungarn und Rumänien stationierten Verbände zurückzuziehen. Da Moskau dazu nicht bereit ist, verhindert es den Abschluß des Staatsvertrages.

Die Versuche zu einem Frieden im Fernen Osten brachten ihre besonderen Enttäuschungen mit sich. China, um dessentwillen die Vereinigten Staaten ihren Kreuzzug in jenem Teil der Welt unternahmen, wurde kommunistisch und erlaubt sich Übergriffe und Beleidigungen gegenüber den diplomatischen Vertretern der Vereinigten Staaten, wie sie seit dem Boxeraufstand nicht vorgekommen waren. Selten ist die Vergeltung für eine kurzsichtige, ideologische und irrige Politik so rasch und so unbarmherzig erfolgt. Die Besatzungspolitik in Japan verlief allerdings glatter und mit besseren Ergebnissen als die Besetzung Deutschlands. Die Autorität General MacArthurs war praktisch nicht in Frage gestellt; er brauchte nicht wie General Clay in Deutschland mit der beständigen Feindseligkeit der Russen, häufigen Einsprüchen der Franzosen und gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Engländern zu rechnen[11]. Unglücklicherweise hat die amerikanische Politik

[10] Zusammen mit den auf Grund früherer österreichischer und deutscher Untersuchungen erschlossenen Feldern Matzen und Aderklaar beträgt die Förderung schätzungsweise 1,8 Mill. t, der Verbrauch Westdeutschlands beläuft sich auf rund 5 Mill. t. Österreich erhält von der Förderung seines eigenen Landes nur 40 %, muß also Erdöl importieren, statt einen Exporterlös zum Ausgleich seiner Handelsbilanz benutzen zu können. E. H.

[11] Molotow hatte am 11. 8. 1945 vorgeschlagen, General McArthur den Sowjetmarschall Wassilewskij gleichberechtigt an die Seite zu stellen. Botschafter Harriman sagte nein, und damit war diese Frage erledigt. W. H. Ch.

während der ersten Besatzungsjahre in Japan die in Deutschland begangenen Fehler, wenn auch in abgeschwächter Form, wiederholt.

Japan, das durch die eigene Landwirtschaft und Fischerei nur einen Teil seiner rasch wachsenden Bevölkerung ernähren kann, lebte vor dem Kriege von Lohnveredelung ausländischer Rohstoffe, vom Export billiger Konsumartikel, den Einnahmen aus seiner Schiffahrt und der Entwicklung der überseeischen Gebiete Korea, Formosa und Mandschurei. Nach dem Kriege strömten aus den Japan weggenommenen Gebieten sechs Millionen Menschen auf die bereits übervölkerten japanischen Inseln zurück. Nicht nur die Kriegsflotte, auch die Handelsflotte lag auf dem Grunde des Meeres, und die japanische Industrie war durch die Bombenangriffe schwer beschädigt. Selbst bei bescheidener wirtschaftlicher Einsicht hätte also von Anfang an klar sein müssen, daß Japan ohne Gefährdung der inneren Sicherheit keine „Überschüsse" für Reparationen aufbringen, und, um aus eigenen Mitteln leben zu können, Industrie, Schiffahrt und Außenhandel nicht nur wiederaufbauen, sondern über den Vorkriegsstand hinaus entwickeln mußte. Stattdessen wurden die am Kriege gegen Japan beteiligten Länder aufgefordert, Reparationsforderungen einzureichen, und Edwin W. Pauley, der schon als amerikanischer Reparationskommissar viel zur Schädigung der mitteleuropäischen Wirtschaft beigetragen hatte, wurde beauftragt, einen Wirtschaftsplan für Japan zu entwerfen. Dieser „Kleine Morgenthauplan" hätte zur völligen Zerrüttung der japanischen Wirtschaft nicht besser ausgedacht sein können: Begrenzung der Handelsflotte auf 1,5 Millionen BRT und der Schiffsgröße auf 5 000 BRT, Verbot des Anlaufens nichtasiatischer Häfen, Herabsetzung der Stahlkapazität von 8 auf 2,75 Millionen t, erhebliche Beschränkungen der übrigen Industrien aller Art, Demontage und Entflechtung der großen Konzerne. Mr. Pauley besaß keinerlei eigene Kenntnisse der japanischen Wirtschaftsverhältnisse. Es besteht Grund zur Annahme, daß er sich in seinen Entscheidungen durch gewisse linksgerichtete Japan-„Fachleute" beeinflussen ließ, die im wirtschaftlichen Ruin des Landes die notwendige und ihnen wünschenwerte Vorstufe eines kommunistischen Japan erblickten. Aus ähnlichen Erwägungen haben ja auch die Kommunisten und fellow-travelers den Morgenthauplan für Deutschland so begeistert begrüßt.

Zum Glück wurde der Pauley-Plan niemals völlig durchgeführt, weil sich die Beutejäger nicht über ihre einzelnen Anteile einigen konnten. Im Mai 1949 erklärten die Vereinigten Staaten in einer Note, daß sie für sich auf Reparationen verzichteten und daß es sich nicht darum handele, „Japans Friedensindustrie zu beschränken,

sondern zu beleben, damit sie der dringendsten Not der Bevölkerung abhelfen kann". Diese späte, aber nicht zu späte Rückkehr zu wirtschaftlicher Vernunft erfolgte im Zeichen der inzwischen völlig veränderten politischen Lage Ostasiens.

Bis Anfang 1950 bestand in gewissen Washingtoner Kreisen eine Richtung, die sich — im Sinne des zitierten Lattimore-Gutachtens — für Aufgabe Koreas und Japans einsetzte. Präsident Trumans Beschluß, der kommunistischen Aggression in Korea entgegenzutreten, mußte auch eine neue Politik gegenüber Japan zur Folge haben; es war die Politik, die General MacArthur schon seit längerer Zeit vertreten hatte. Bei Ausbruch des Koreakrieges mußten sämtliche in Japan stationierten amerikanischen Divisionen abgezogen und in großer Zahl japanische Arbeiter als Hilfskräfte eingesetzt werden. Dabei hat sich nicht ein Zwischenfall ereignet. Damals wurde Japan gestattet, eine „Nationale Polizeireserve" von zunächst 75 000 Mann aufzustellen, die heute auch offiziell als Kern einer neuen japanischen Armee bezeichnet wird.

Verhandlungen über einen japanischen Friedensvertrag begannen im November 1950, als die amerikanische Regierung den am Kriege gegen Japan beteiligten Nationen in einer Note die Grundzüge des geplanten Vertrages mitteilte. Es fand eine Besprechung zwischen dem amerikanischen Unterhändler John Foster Dulles und dem Sowjet-Delegierten bei der UNO, Jakob Malik, statt; die Sowjetregierung ist über den Verlauf der Verhandlungen mit den anderen Mächten genau informiert worden, doch wurde ihr kein Vetorecht eingeräumt. Schwierigkeiten, die insbesondere Australien — das „Frankreich" des Pazifiks — bereitete, weil es den Schrecken der Invasionsangst von 1942 noch nicht vergessen hatte, wurden durch einen amerikanisch-australisch-neuseeländischen Sicherheitspakt behoben, der den beiden Dominien militärische Garantien für den Fall eines japanischen Angriffs gibt. Japan andererseits mußte, wie die einen, durfte, wie die anderen sagen, einen Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten unterschreiben, der bis zum Aufbau einer eigenen japanischen Wehrmacht den Schutz Japans amerikanischen Truppen, Geschwadern und Luftwaffeneinheiten überträgt, die in Japan Garnisonsrecht genießen. Die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages, der am 8. September 1951 in San Franzisko von 48 Nationen unterzeichnet wurde, sind hart. Japan wird auf seine vier Hauptinseln beschränkt und muß auf alle seit der Besetzung Koreas Ende des 19. Jahrhunderts erworbenen Gebiete verzichten, also auf Korea selbst, Formosa, die einstigen deutschen Kolonien in der Südsee, die Mandschurei und die während des zweiten Weltkrieges eroberten

Inseln. In der Form von Treuhänder-Mandaten der UNO werden die Riukiu- und Bonin-Inseln — mit dem wichtigen Stützpunkt Okinawa — den Vereinigten Staaten übertragen. Reparationslasten werden Japan nicht auferlegt, nachdem es sich bereit erklärt hat, mit einzelnen Staaten, so besonders mit den Philippinen, darüber ein direktes Übereinkommen zu suchen. Die japanischen Auslandsguthaben werden als verfallen erklärt. Sämtliche Beschränkungen der japanischen Wirtschaft, auch der Rüstungsindustrie, werden aufgehoben.

Ein schwieriges Problem, das mehrere Reisen von John Foster Dulles nach London notwendig machte, bildete das japanisch-chinesische Verhältnis. Die damals regierende Labour-Party hätte gewünscht, daß Tokio angehalten werde, dem Beispiel der englischen Regierung zu folgen und diplomatische Beziehungen zur Chinesischen Volksrepublik aufzunehmen. Das lehnte Washington ab, und so einigte man sich darauf, im Friedensvertrag nur die Bezeichnung „China" zu gebrauchen und es den Japanern selbst zu überlassen, für welches der beiden Chinas sie sich entscheiden wollten. Am 28. April 1952, am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages, wurde auch ein Friedensvertrag zwischen Tokio und der nationalchinesischen Regierung Tschiang Kai-scheks auf Formosa unterzeichnet.

Der amerikanische Senat, der den Vertrag mit großer Mehrheit ratifizierte, fügte dem Beschluß darüber eine Klausel ein, derzufolge die Vereinigten Staaten nicht durch die in Jalta übernommenen Verpflichtungen gebunden sein sollten: damit wird die Anerkennung der sowjetischen Gebietshoheit über das von der Sowjetunion besetzte Südsachalin und über die Kurileninseln verweigert. Zugleich wird damit das Urteil über Jalta und die Politik, die dorthin geführt hatte, gesprochen. Es verdient angemerkt zu werden, daß in dem Senat, der diesen Beschluß faßte, die Demokraten, also die Parteifreunde des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, die Mehrheit hatten.

Ein Friedensvertrag ist noch kein Friede, und ganz besonders gilt dies vom japanischen Friedensvertrag, an dem die großen Mächte Asiens keinen Anteil haben. Zwar hat Indien am 28. April den Kriegszustand mit Japan als beendet erklärt, aber die Sowjetunion und die Chinesische Volksrepublik stehen dem Vertrag nicht nur fern, sondern ablehnend und feindselig gegenüber. Es ist deshalb verständlich, daß dieser Vertrag auch in Japan selbst ein unbehagliches Gefühl ausgelöst hat. Über Japan, das zum vorgeschobenen Verteidigungsposten der antikommunistischen Mächte geworden ist, steht die Drohung des sowjetisch-chinesischen Militär-

bündnisses vom Februar 1950. Aber da es für ein inmitten eines weltpolitischen Spannungsfeldes liegendes Land wie Japan keine „Neutralität" geben kann, da es sich entscheiden muß – schon um im Falle eines Angriffes auf Hilfe rechnen zu können –, haben sich die Regierung Joschida und die große Mehrheit des Parlamentes und des Oberhauses für Amerika und seine Freunde entschieden, die wenigstens die Gewähr bieten, daß Japan unter dem Tenno nach seinen eigenen Gesetzen und Traditionen leben darf, statt mit jeder Überlieferung brechen zu müssen, wie China es unter dem kommunistischen Regime nicht nur auf sozialem, sondern auch auf kulturellem und moralischem Gebiet gerade tut. Ministerpräsident Shigeru Joschida erklärte am 26. Januar 1952 im Parlament, daß drei Voraussetzungen gegeben sein müßten, um zu einem Friedensvertrag mit der Sowjetunion zu kommen:

1. die Auslieferung der mehr als 300 000 japanischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die noch heute von der Sowjetunion zurückgehalten werden;
2. die Rückgabe der Insel Shikotan und der Inselchen unmittelbar vor der Halbinsel Habomai (Hokkaido);
3. Einstellung der kommunistischen Propaganda in Japan sowie Lösung des Bündnisvertrages von 1950 zwischen der Sowjetunion und China.

Joschida betrachtet es offenbar als eine Selbstverständlichkeit, daß Moskau die Forderung aufgibt, Kaiser Hirohito müsse als „Kriegsverbrecher" vor ein Gericht gestellt werden, obwohl die Sowjetunion noch 1951 diese Forderung erhoben hatte.

Japan ist am 28. April 1952 wieder zur souveränen Nation erklärt und in die Gemeinschaft der freien Länder aufgenommen worden. Präsident Truman hat Japan am Tage des Austausches der Friedensurkunden als „Alliierten" willkommen geheißen. Das hätten die Prediger des Kreuzzuges im Fernen Osten sich kaum träumen lassen.

Die Abhängigkeit Chinas von Tokio wäre heute sicher nicht größer als seine jetzige Abhängigkeit von Moskau, wenn die Vereinigten Staaten im Sommer und Herbst 1941 auf die japanischen Verständigungsvorschläge des Fürsten Konoye eingegangen wären, und wenn die Chinesen sich heute frei äußern könnten, so würden sie es wohl bedauern, daß Tschiang Kai-schek sich einst – nicht zuletzt von den Amerikanern – überreden ließ, eine Einigung mit Wang Tsching-wei abzulehnen. Ein blutiger Krieg, unsägliches Leid, die Unterwerfung Chinas unter ein kommunistisches Regime und die völlige Verschiebung der Machtverhältnisse im Fernen Osten hätten vermieden werden können . . .

Die Nachkreuzzugszeit im Fernen Osten ist, wenn möglich, noch enttäuschender als in Europa; denn die dem Kreuzzug zugrunde liegende Annahme, daß die Großen Drei die Welt nach einheitlicher Zielsetzung regieren und in Ordnung halten könnten und wollten, hat sich als eine der katastrophalsten Fehlrechnungen der Geschichte erwiesen. Die Weltorganisation, die angeblich den Frieden und die Herrschaft von Recht und Gesetz sichern sollte, hat sich zu beidem unfähig gezeigt. Immer neue Streitigkeiten und Auseinandersetzungen in kleinen und großen Fragen haben aus den Vereinigten Nationen eine Organisation der uneinigen Nationen gemacht.

RÜCKBLICK AUF DEN ZWEITEN KREUZZUG

Amerikas zweiter Kreuzzug gehört heute der Geschichte an. War er ein Erfolg? Über 200 000 Amerikaner sind im Kampfe gefallen, fast 600 000 wurden verwundet. Wie üblich wurden auch nach diesem Kriege zahlreiche Verbrechen von denen begangen, die sich aus dem Soldatenleben nicht wieder in die bürgerliche Ordnung hineinfinden konnten. Amerikas Naturschätze an Holz, Öl, Eisenerz und anderen Metallen waren geplündert worden, und die Nation ging aus dem Kriege mit einer beunruhigenden und wahrscheinlich untilgbaren inneren Verschuldung von rund 250 Milliarden Dollar hervor, wie sie in der amerikanischen Geschichte noch niemals verzeichnet war.

Waren diese Verluste an Menschenleben und Material gerechtfertigt und unvermeidlich? Vom militärischen Standpunkt war der Kreuzzug freilich ein „Sieg". Die Achsenmächte und Japan wurden vollständig niedergeworfen und Amerikas Macht zu Lande, zur See und in der Luft sowie an industrieller und agrarischer Produktion waren ein unentbehrlicher Beitrag zu dieser Niederwerfung gewesen. Aber ein Krieg ist kein Sportwettkampf, der im Sieg seinen Sinn und sein Ende findet. Er kann nur als ein Mittel zur Erreichung wünschenswerter positiver Ziele oder zur Abwendung einer unerträglichen und eindeutigen Bedrohung der nationalen Sicherheit gerechtfertigt werden. Fragt man heute nach den Früchten des Sieges, so klingt die Antwort hohl und nicht überzeugend.

Wenn man zunächst die Kriegsergebnisse an den in der Atlantikcharter und den Vier Freiheiten verkündeten amerikanischen Kriegszielen mißt, so ist der Mißerfolg vollständig und unbestreit-

bar. Wilson versagte, als es galt, die vierzehn Punkte in den Friedensschlüssen nach dem ersten Weltkrieg durchzusetzen. Aber sein Mißerfolg erscheint noch wie ein glänzender Erfolg, überblickt man den gähnenden Abgrund zwischen den hehren Grundsätzen der Atlantikcharter und der Vier Freiheiten und der Wirklichkeit der Nachkriegswelt.

Nach dem ersten Weltkrieg gab es neben einigen willkürlichen und ungerechten territorialen Bestimmungen mehrere durchaus anständig durchgeführte Volksabstimmungen. Die nach dem zweiten Weltkrieg übliche Methode der Grenzänderung bestand darin, ganze Völkerschaften mit Sack und Pack hinauszuwerfen — und einem sehr kleinen Sack noch dazu.

Kein Krieg hat so viele Menschen getötet und ein solches Vermächtnis von elenden, entwurzelten und verzweifelten Menschen hinterlassen. Etwa 14 Millionen Deutsche wurden aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße, aus dem Sudetengebiet und deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa vertrieben. Millionen Polen im Gebiet östlich der Curzon-Linie wurden zwangsweise in andere Teile Polens, darunter in die von Deutschland gestohlenen Provinzen umgesiedelt. Mehrere hunterttausend Finnen flohen aus dem von der Sowjetunion in zwei Kriegen besetzten finnischen Gebiet. Mindestens eine Million Osteuropäer verschiedener Nationalität — Polen, Russen, Ukrainer, Jugoslawen, Litauer, Letten, Esten — zogen einem Leben unter Sowjetterror das Elend des Flüchtlingsdaseins vor[1].

Nicht einer der drastischen chirurgischen Eingriffe in den Gebietsstand Europas wurde unter Befragung des betroffenen Volkes ausgeführt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie sämtlich in einer anständig durchgeführten Volksabstimmung durch eine überwältigende Mehrheit abgelehnt worden wären. Welch ein Hohn war dies alles auf die feierlich verkündeten Grundsätze, daß kein Gebietszuwachs erstrebt, daß keine territorialen Änderungen ohne den frei zum Ausdruck gebrachten Wunsch der Bewohner stattfinden und daß alle Völker das Recht haben sollten, sich eine Regierungsform nach ihrem Willen zu geben.

Aber auch um die anderen Bestimmungen der Atlantikcharter ist es nicht besser bestellt. Die der deutschen und japanischen Industrie, dem Handel, der Schiffahrt und dem Schiffbau aufer-

[1] Einen erschütternden Bericht über die wahrhaftige Tragödie des kleinen tapferen Volkes der Esten gibt der aus Estland gebürtige Erwin Schott in dem Aufsatz „Das Schicksal eines kleinen Volkes — die Esten seit 1939" (Zeitschrift für Geopolitik, Jahrgang 1952, Heft IV, S. 202–213). E. H.

legten Beschränkungen können nicht mit dem Versprechen in Einklang gebracht werden, „dafür einzutreten, daß alle Staaten, große und kleine, Sieger und Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt haben sollen". Die fürchterlichen Kriegsverheerungen und rachsüchtige Maßnahmen nach Kriegsende haben sicher auch nicht dazu beigetragen, „allen Menschen verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten". Sieben Jahre nach dem Ende des zweiten Kreuzzuges leben keineswegs „alle Menschen in allen Ländern ein Leben in Freiheit von Furcht und Not".

In ihrem letzten Satz eröffnet die Atlantikcharter für die friedliebenden Völker den Ausblick „auf eine Erleichterung der erdrückenden Rüstungslasten". In Wirklichkeit sind sie heute noch weit drückender als sie es vor dem Kreuzzug waren, und die Völker müssen einen weit größeren Teil ihres Nationaleinkommens für Waffen ausgeben. Mit einem Wort: die Versprechungen der Charter haben sich als Phantome erwiesen.

Aber auch die Vier Freiheiten haben keine nennenswerte Rolle bei der Schaffung der Nachkriegswelt gespielt. Als Folge dieses Krieges ist die kommunistische Macht in Osteuropa und Ostasien gewaltig ausgedehnt worden. Will jemand behaupten, daß dies zu einer größeren „Freiheit der Rede und Äußerung, Freiheit der Religion, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht" beigetragen habe? Das Schicksal des Kardinals Mindszenty, der Erzbischöfe Stepinac und Beran, der führenden protestantischen Geistlichen in Ungarn und zahlreicher Priester, die in den Satellitenstaaten eingesperrt und ermordet worden sind, und die Verfolgung unabhängiger Politiker und nichtlinientreuer Kommunisten in diesen Staaten legt ein beredtes Zeugnis für das Gegenteil ab.

Nun könnte natürlich eingewandt werden, daß die Atlantikcharter und die Vier Freiheiten lediglich eine ganz unwesentliche Schaufensterdekoration waren, daß der Krieg überhaupt kein Kreuzzug, sondern eine Sache der Selbstverteidigung und des nationalen Überlebens war. Es gibt aber keinen Beweis, daß Deutschland oder Japan auch nur auf dem Papier Pläne für eine Invasion des amerikanischen Kontinents ausgearbeitet hätten. Weder zu Roosevelts Lebzeiten noch später sind greifbare Beweise für die alarmierenden Behauptungen des Präsidenten in seiner Rundfunkansprache vom 27. Mai 1941 beigebracht worden, daß Hitler vorhabe, die südamerikanischen Länder gleich den Balkanländern zu behandeln, und daß er „die Vereinigten Staaten von Amerika und das Dominion Kanada strangulieren" wolle. Man

darf überzeugt sein, daß die Sieger die deutschen Archive gründlich nach solchem Beweismaterial durchsucht haben!

Enorm übertrieben wurde auch die enge Zusammenarbeit zwischen den Achsenmächten. Gestützt auf Berichte des amerikanischen Geheimdienstes und auf die Befragung gefangener deutscher höherer Offiziere schreibt General George Marshall in seinem „Report on the Winning of the War in Europe and the Pacific“: „Es ist bisher kein Beweismaterial für einen strategischen Gesamtplan des deutschen Oberkommandos gefunden worden . . . Als Italien in den Krieg eintrat, bestanden Mussolinis strategische Ziele darin, sein Impero unter dem Schutz deutscher militärischer Erfolge zu erweitern. Keitel und Jodl stimmen darin überein, daß dieser Kriegseintritt unerwünscht war . . . Ebenso wenig gibt es Beweise für eine enge strategische Koordination zwischen Deutschland und Japan. Der deutsche Generalstab erkannte Japans Verpflichtungen aus dem Neutralitätspakt mit Rußland an, hoffte aber, daß die Japaner starke englische und amerikanische Kräfte im Fernen Osten binden würden. Solange nicht Beweise für das Gegenteil gefunden werden, muß man auch annehmen, daß Japan einseitig und nicht in Übereinstimmung mit einem einheitlich ausgearbeiteten strategischen Plan vorging . . . Nicht nur die europäischen Achsenpartner waren unfähig, ihre Pläne und Mittel aufeinander abzustimmen. Tatsächlich hat das Dreieck Berlin-Rom-Tokio lediglich auf dem Papier bestanden[2].

Natürlich blieb den Vereinigten Staaten nach Pearl Harbor und der deutschen und italienischen Kriegserklärung keine andere Wahl als der Kampf. Aber nach aller Wahrscheinlichkeit wäre Pearl Harbor niemals angegriffen worden, wenn die Vereinigten Staaten in ihrer Verteidigung der Sache Chinas weniger unnachgiebig gewesen wären. Und ob diese Unnachgiebigkeit gerechtfertigt war, ist im Lichte der späteren Ereignisse in China doch wohl höchst fraglich. Das diplomatische Vorspiel zu Pearl Harbor umfaßt auch die schicksalhaften amerikanischen Entscheidungen der Handelsblockade Japans im Juli 1941, des Nichteingehens auf die Angebote Fürst Konoyes und des völligen Verzichts auf konstruktive Vorschläge zur Abwendung des Krieges im kritischen Moment, an deren Stelle Hull am 26. November sein Ultimatum schickte. Der

[2] (New York, Simon & Shuster) pp. 1–3. – Die gesamte nach dem Krieg in Deutschland erschienene politische und militärische Literatur bestätigt diese Feststellungen General Marshalls, insbesondere auch das Buch des deutschen Militärattachés in Rom und deutschen Generals im Hauptquartier der italienischen Wehrmacht, Enno v. Rintelen, Mussolini als Bundesgenosse (Tübingen, Rainer-Wunderlich-Verlag, 1951). E. H.

Krieg mit Deutschland war ebenfalls weitgehend der Regierung Roosevelt zuzuschreiben, wie dies im einzelnen in früheren Kapiteln beschrieben worden ist.

Manchmal wird auch behauptet, die Vereinigten Staaten hätten sich mit Recht schrittweise in den unerklärten Krieg hineingeschlichen, weil ein deutscher und japanischer Sieg Sicherheit und Wohlstand der Vereinigten Staaten bedroht haben würde, selbst wenn keine Invasion des amerikanischen Kontinents geplant war. Dieses Argument ließe sich leichter vertreten, wäre der Krieg nicht als „Kreuzzug der freien Welt gegen eine Sklavenwelt", sondern als kaltblütiger Versuch zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung eines bestimmten Kräftegleichgewichts in Europa und Asien geführt worden. Hätte die amerikanische Vorkriegs- und Kriegspolitik dieses Ziel im Sinne gehabt, so wären einige der schwersten Fehler des zweiten Kreuzzuges vermieden worden. Hätte es als ein Kardinalprinzip unserer Politik gegolten, daß sowjetischer Totalitarismus moralisch ebenso anfechtbar, politisch und psychologisch noch gefährlicher war als die deutsche und japanische Form, so hätte Amerika sicher einen anderen Kurs eingeschlagen. Man hätte dann dem Gesichtspunkt mehr Interesse und Aufmerksamkeit geschenkt, den Senator Truman etwas plump mit der Bemerkung zum Ausdruck brachte, wir sollten Rußland unterstützen, wenn Deutschland am Siegen war und umgekehrt.

Das war das große Dilemma dieses Krieges, daß wir weder auf einen Sieg ohne Rußland rechnen, noch hoffen konnten, den Frieden mit Rußland zu gewinnen. Aber es gab doch wenigstens eine Teillösung für dieses Dilemma, die einer der fähigsten amerikanischen Diplomaten mir gegenüber so formulierte: „Wir hätten mit Deutschland und Japan Frieden schließen sollen, als sie zu schwach waren, um uns zu bedrohen, aber doch noch stark genug, um brauchbare Partner in einer Koalition gegen die Sowjetunion zu sein." Aber für einen solchen Realismus war in einer Kreuzzugsatmosphäre kein Raum. Das Ergebnis der amerikanischen Politik war ein gefährliches Machtvakuum in Europa und Asien, während die Sowjetunion in beiden Kontinenten zur einzigen Militärmacht wurde. Dann fingen die Vereinigten Staaten allzu spät an, Widerstand zu leisten, als die Sowjetführung genau so handelte, wie man es im Hinblick auf ihre frühere Politik und die Lehren von Lenin und Stalin hatte erwarten müssen. In den Worten eines sehr gewitzten und witzigen englischen Journalisten, den ich 1946 in Paris traf: „Sie wissen doch, wer in Wirklichkeit diesen Krieg gewonnen hat? Hitler — in der Person Stalins."

wie

Roosevelt hatte in seiner Rede vom 27. Mai 1941 erklärt: „Wir werden nur eine Welt akzeptieren, die der Freiheit von Not und der Freiheit von Terror geweiht ist." Der Krieg, in den er sein Land stetig und zielbewußt hineinsteuerte, sollte unter dieses Motto gestellt werden. Das Argument, „wir können in einer totalitären Welt nicht leben", beeindruckte auch viele Amerikaner, die nicht auf die Propaganda hereinfielen, daß die Deutschen, die nicht einmal den schmalen Ärmelkanal hatten überwinden können, plötzlich im Froschsprung über den Atlantik hinübersetzen und die Vereinigten Staaten überrennen würden.

Nicht nur in den Fiebertagen von 1940/41 erschien es so, auch in der heutigen kühleren Rückschau ist es klar, daß ein Europa beherrschendes Nazideutschland und ein seine Hegemonie in Asien ausdehnendes militärisches Japan unerfreuliche Nachbarn gewesen und der amerikanischen Lebensweise unangenehme Änderungen aufgezwungen haben würden. Man könnte ganz plausibel anführen, daß wir in einer solchen Welt eine schwere Rüstungslast als Dauerbürde hätten auf uns nehmen müssen, daß wir beständig vor subversiven Agenten hätten auf der Hut sein müssen und daß unser Handel sich nach uns fremden Vorbildern hätte richten müssen. Wir wären moralischer Korruption und einer Unterspülung unserer freiheitlichen Ideale ausgesetzt gewesen, weil das Schauspiel der das Recht niedertrampelnden bewaffneten Macht ansteckend gewesen wäre. Diese Gefahren des Totalitarismus waren real genug, aber es war ein verhängnisvoller Trugschluß, sich vorzustellen, daß diese Gefahr gebannt werden könnte, indem man Krieg führte und einen Frieden machte, der die Stärke eines anderen totalitären Staates, der Sowjetunion, enorm vergrößerte. Der entscheidende Fehler der amerikanischen Kreuzzugs-Interventionisten besteht darin, daß sie die aggressive und auflösende Rolle verkannten, die erwartungsgemäß die Sowjetunion in einem zusammengeschlagenen und in Trümmer gelegten Europa und Asien spielen würde. Wer geheim oder offen mit dem Kommunismus sympathisierte, handelte wenigstens logisch. Aber die Mehrheit irrte aus reiner Unwissenheit und Wunschdenken über Motive und Absichten der Sowjets. Sie machten sich eines so falschen Urteils und eines solchen Mangels an politischem Weitblick schuldig, daß dieser Fehler, gemessen an dem, was auf dem Spiele stand, schier unverzeihlich ist.

Gewiß hatten die Vereinigten Staaten nach Pearl Harbor und nach der deutschen Kriegserklärung ein Interesse an Erfolgen der Roten Armee. Aber das rechtfertigt doch nicht die Politik der in Teheran und Jalta befolgten einseitigen Beschwichtigung. Schaut

man bis auf die Zeit zurück, in der Amerika noch nicht durch Einbeziehung in den Konflikt diplomatisch gebunden war, so bestand sicher keine moralische oder politische Verpflichtung für die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte, die Sowjetunion gegen mögliche Angriffe von Deutschland und Japan zu verteidigen. Das aussichtsreichste Mittel zur Behandlung der totalitären Bedrohung wäre es für die Westmächte gewesen, in Osteuropa eine „Hände-weg"-Politik beibehalten zu haben. In diesem Falle hätte man erwarten können, daß die beiden totalitären Regime ihre Sache nach Herzenslust untereinander ausgekämpft haben würden. Aber wer sich für eine solche Politik eines elementaren gesunden Menschenverstandes einsetzte, wurde als Appeaser, Faschistenfreund und was nicht alles verleumdet. Die wiederholten Anzeichen, daß Hitlers Ambitionen auf dem Kontinent lagen, nicht in Übersee, daß er den Wunsch und die Absicht hatte, nach Osten und nicht nach dem Westen vorzustoßen, wurden übersehen.

Selbst nach Abschluß des „seltsamen Bündnisses", wie General Deane es genannt hat, gab es noch Bewegungsfreiheit. Wir hätten uns von Stalin ebenso distanzieren können, wie er es uns gegenüber tat. Es lagen genügend Beweise dafür vor, daß die Chancen eines vernünftigen Verhandlungsfriedens mit einer nichtnazistischen Regierung ein Eingehen auf die deutschen Sondierungen gerechtfertigt haben würden, aber die Formel von der „bedingungslosen Kapitulation" machte es unmöglich. Mit einem blinden Optimismus, der heute bestürzend und fantastisch erscheint, setzten die für die Führung der amerikanischen Außenpolitik verantwortlichen Männer alles auf die unwahrscheinliche Annahme, daß die Sowjetregierung in gutem Glauben in der Nachkriegswelt mit ihnen zusammenarbeiten würde. Der Krieg, hat Randolph Bourne in seiner Kritik des ersten Kreuzzuges einmal gesagt, ist wie ein wilder Elefant, der den Reiter dorthin trägt, wo er, nicht der Reiter, hin will.

Jetzt ist auch der zweite Kreuzzug beendet und sieben Jahre eines unbehaglichen Friedens liegen hinter uns. Das Schlagwort: „Wir kämpfen, damit wir nicht in einer totalitären Welt zu leben brauchen", steht in seiner ganzen tragischen Nichtigkeit vor uns. Ist nicht die Welt von heute jener sehr ähnlich, in der wir auch ohne Kreuzzug hätten leben müssen, wenn man Hitler hätte nach Osten marschieren, Deutschland Europa und Japan Ostasien beherrschen lassen? Wieder harrt die Welt mit ängstlicher Spannung, wo der nächste Schlag fallen mag. Der Unterschied ist, daß Moskau an die Stelle von Berlin und Tokio getreten ist. Es gibt jetzt ein

einziges Zentrum dynamischer Aggression anstatt zweien und dieses eine übertrifft an Machtkonzentration bei weitem die deutsche und japanische Macht zusammen. Und das ist schlimmer, nicht besser. Denn erstens hätte man auf Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte zwischen Deutschland und Japan rechnen können[3], die in Stalins zentralistischem Reich unwahrscheinlich sind. Zum anderen wird die Sowjetexpansion durch Propagandamöglichkeiten unterstützt, der Nazis und Japaner auch nicht entfernt etwas Gleichwertiges an die Seite zu stellen hatten.

Wie steht es mit jenen Idealen, die so oft von den Predigern des zweiten Kreuzzuges angeführt wurden — zum Beispiel mit dem „geordneten Verfahren in internationalen Beziehungen", um einen Ausdruck von Cordell Hull zu gebrauchen, oder mit internationalem Frieden und Sicherheit im allgemeinen? Müssen wir heute nicht mindestens die gleichen Rüstungsaufwendungen machen, wie sie — vielleicht — notwendig gewesen wären, wenn man sich nicht angestrengt hätte, die Macht Deutschlands und Japans zu zerstören? Geheimagenten ausländischer Mächte? Deutsche und japanische Agenten brauchen uns zwar keine Sorge mehr zu machen, aber die Aufdeckung eines gefährlich tüchtigen sowjetischen Spionageringes in Kanada, der Beweis, daß Sowjetagenten Zugang zu vertraulichen Dokumenten des State Department hatten, die stückweisen Enthüllungen über die Sowjetspionage in den Vereinigten Staaten während des Krieges und nach dem Kriege — alle diese Dinge zeigen, daß die gleiche Gefahr besteht, auch wenn sie aus einer anderen Quelle stammt. Moralische Korruption? Wir haben uns stillschweigend in einige der empörendsten Ungerechtigkeiten der Geschichte gefügt und haben sie manchmal sogar gefördert. Wenn wir allein durch die Existenz der bösen Züge des Nazisystems befleckt wurden, wie sind wir es dann nicht jetzt durch die weit verbreitete Anwendung einer sehr grausamen Form von Sklaverei in der Sowjetunion? Reglementierung des Außenhandels? Aber wieviel freien Handel gibt es denn in der Nachkriegswelt? Dieser Begriff ist durch eine Orgie von Devisenkontrollen, zweiseitigen Handelsabmachungen und anderen Methoden der Eindämmung und Ableitung des freien Stroms des internationalen Güteraustauschs so verdrängt worden, daß man ihn mühselig neu „entdecken" muß. Gerechtigkeit für die Unterdrückten? Fast jeder Tag bringt uns aus Ost- und Südosteuropa neue Meldungen, die

[3] Wer sich gewisser vertraulicher Äußerungen maßgebender Männer des Dritten Reiches erinnert, die sich entweder über die Japaner lustig machten oder ihre Kriegführung und Nachkriegsansprüche kritisierten, kann diese Vermutung nur bestätigen. E. H.

zeigen, wie sehr dieses Ideal in sein Gegenteil verkehrt wurde.

Die totalitären Regime, gegen die Amerika kämpfte, sind in der Tat vernichtet worden. Aber dafür ist eine neue und gefährlichere Bedrohung im Kampf um den Sieg selbst erstanden. Der Gedanke, wir könnten die totalitäre Bedrohung des Friedens und der Freiheit durch Erweiterung der Herrschaft von Hammer und Sichel ausschalten, hat sich als Humbug, Betrug und ein erbärmlicher Wahn erwiesen.

Blickt man noch einmal auf die diplomatische Geschichte des Krieges zurück, so kann man klar die zehn größeren Fehler herausarbeiten, die so viel zu der heutigen ungünstigen Position der Westmächte beitrugen:

1. Die Garantie Englands an Polen, es „im Falle jedweder die polnische Unabhängigkeit klar bedrohenden Aktion mit allen in seiner Macht stehenden Kräften zu unterstützen". Dieses am 31. März 1939 überstürzt gegebene Versprechen hat sich als unerfüllbar erwiesen. Es hat den Polen in ihrem ungleichen Kampf gegen die deutsche Invasion keinen Nutzen gebracht. Es wurde gegenüber Rußland als ungültig betrachtet, als die Sowjetunion nach Ostpolen einfiel und es in vollem Einverständnis mit Hitler besetzte. Das einzige, was diese schlecht beratene Garantie erreichte, war, Großbritannien und Frankreich — zur großen Genugtuung Stalins — mit Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, dessen Ziele die Westmächte nicht gewinnen konnten. Polen wurde auch nicht befreit, als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten und Hitler zerschmettert war; es wurde nur einer neuen, diesmal von Moskau organisierten und geleiteten Tyrannei unterworfen. Es gibt keinen Beweis, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Hitler den Westen angegriffen hätte, wäre er nicht über der Polenfrage herausgefordert worden. Die Garantie hat mehr als irgendeine andere Einzelhandlung die beste politische Chance verdorben, die der Westen 1939 besaß: die deutsche Expansion nach Osten abzuleiten und den Krieg vom Westen fernzuhalten.

2. Die Nichtannahme der Angebote Fürst Konoyes für eine Regelung der Differenzen im Fernen Osten auf dem Verhandlungswege von seiten der amerikanischen Regierung. Die Sinnlosigkeit des Kreuzzuges für China, auf den die amerikanische Regierung sich festlegte, wird beständig klarer.

3. Das Schlagwort der „bedingungslosen Kapitulation", mit dem Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca herausplatzte. Es war ein Gottesgeschenk für Goebbels und ein fürchterlicher Schlag für die Moral und die Erfolgsaussichten der antinazistischen Untergrundbewegung. Es hat die amerikanisch-englische Stellung gegenüber

Rußland geschwächt, da Stalin sich dieser Forderung nicht anschloß. Es hat den deutschen Widerstand gehärtet und verlängert.

4. Die Politik des „guten Auskommens mit Stalin“ auf der Grundlage des dauernden und vollständigen Nachgebens. Der Sowjetdiktator bekam alles, was er wünschte, angefangen von Waffen und Munition, und es wurde keine Gegenleistung von ihm verlangt, nicht einmal eine ehrbare Erfüllung der Atlantikcharter, zu deren Mitunterzeichnern er gehörte. Um den katastrophalen Bankrott dieser Politik zu erkennen, genügt ein Blick auf die geographische, politische und moralische Weltkarte von heute.

5. Das Unterlassen eines Vorstoßes nach dem Balkan, den Churchill wiederholt und dringend verlangte. Dieser Fehler war teils der Beschwichtigungspolitik gegenüber Stalin, teils dem begrenztmilitärischen Kriegskonzept zuzuschreiben, das die Gedankenwelt des amerikanischen Kriegsministeriums beherrschte.

6. Die öffentliche Billigung des widernatürlichen Morgenthauplanes für die wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands durch Roosevelt und Churchill im September 1944. Gewiß, der Plan wurde niemals in seiner ganzen Überspanntheit verwirklicht, aber von seinem rachsüchtig-destruktiven Geist ging doch genug in die Erklärung von Potsdam und in die ersten Anweisungen an die Militärregierungen über, um den amerikanischen nationalen Interessen und der Gesundung Europas großen Schaden zuzufügen.

7. Daß man auf Chinas Kosten Stalins Beteiligung am Fernostkrieg erkaufte und es Japan erst im allerletzten Moment klarmachte, „bedingungslose Kapitulation“ bedeute nicht die Absetzung des Kaisers (oder gar, wie Moskau es noch 1951 gefordert hat, eine Anklageerhebung gegen ihn als „Kriegsverbrecher“). Wären die russische Gefahr, die Unverläßlichkeit Chinas und die Wünschbarkeit einer Anwerbung Japans als eines nachgeordneten Verbündeten mit Verstand und richtig gewürdigt worden, so würde heute in Ostasien ein für die Vereinigten Staaten viel günstigeres Kräftegleichgewicht bestehen.

8. Die aus politischen Gründen begangene Unterlassung, die in den letzten Wochen des Europakrieges gebotenen militärischen Möglichkeiten auszunützen, insbesondere das Versäumnis einer Besetzung Berlins und Prags. Eng damit verbunden war der fehlerhafte Verzicht auf einen direkten Landkorridor nach Berlin bei den Verhandlungen über die künftige Besetzung Deutschlands.

9. Die unausrottbare Tendenz, den Rat von Sachkennern und Fachleuten zu mißachten und die amerikanische Politik auf „Ahnungen“ und „Gefühle“ zu gründen, die von Amateuren und Dilettanten eingegeben wurden. Hervorragende Beispiele für den

Mangel an Eignung zu hohen Posten waren Harry Hopkins als Rußland-Berater, Edward Stettinius als Außenminister, Henry Morgenthau als politischer Planer für Deutschland und Edwin Pauley als Reparationskommissar. Ein Parellelfall war die Laxheit, die es amerikanischen und ausländischen Kommunisten und Kommunistenfreunden erlaubte, sich in wichtige, insbesonders auch strategisch wichtige Ämter einzuschleichen.

10. Der mit viel übertriebenem Getue vorgenommene übereilte und voreilige Stapellauf der UNO. Dieser neuen Organisation wurde weder ein endgültiger Friedensvertrag übergeben, den sie aufrechterhalten sollte, noch die Macht, wirksam als Mittler oder Schiedsrichter in Auseinandersetzungen zwischen Großmächten aufzutreten.

Das waren eindeutige Fehler, die auch keine künftigen historischen Enthüllungen werden rechtfertigen oder wegerklären können. In diesen Fällen findet man die Antwort auf die Frage, warum im zweiten wie im ersten Kreuzzug einem vollständigen militärischen Sieg eine so vollständige politische Enttäuschung folgte. Der Gipfel der Ironie der Kriegsnachwehen ist aber wohl, daß die Vereinigten Staaten in wachsendem Maße vom guten Willen und der Mitarbeit der Völker abhängig werden, gegen die sie einen Krieg der fast völligen politischen und wirtschaftlichen Auslöschung geführt haben — der Deutschen und der Japaner — um so etwas wie ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa und Asien zu erhalten.

Die Hauptverantwortung für die Einbeziehung der Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg und für unsere Politik der Kriegszeit trägt Franklin Delano Roosevelt. Vielerlei Motive haben sein Handeln bestimmt — und vielleicht waren sie nicht einmal ihm selbst stets klar. Mrs. Perkins, die als Arbeitsminister dem Kabinett angehörte und Roosevelt persönlich befreundet war, schildert den Präsidenten als das „komplizierteste Menschenwesen, das ich je gekannt habe". Sicher war Roosevelt kein einfacher und offener Charakter. In einem Zeitalter, in dem Stalin, Hitler und Mussolini die Rolle des Volkstribunen, des Diktators spielten, der sich seiner Gewalt über die Menschen durch eine Mischung von Massenbegeisterung und Massenterror versichert, zeigte Roosevelt, daß man auch im Rahmen freier Institutionen eine große persönliche Macht erlangen kann. Seine Laufbahn nach seinem Einzug ins Weiße Haus stempelt ihn als Mann von ungeheurem Ehrgeiz und, wie Mrs. Perkins bemerkt, von einer beinahe „kindischen Eitelkeit".

Wahrscheinlich sind es drei Hauptmotive gewesen, die Roosevelt dazu trieben, das Räderwerk des zweiten amerikanischen Kreuz-

zuges in Gang zu setzen. Da war zuerst sein Ehrgeiz. Konnte es eine größere Versuchung geben, als Führer einer Kriegsweltkoalition, als höchster Weltschiedsrichter zu sein? Zum anderen sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt, Amerika auf irgendeine Weise aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Das dritte Motiv, das durch die beiden ersten beträchtlich bestärkt wurde, war seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer Aktion gegen die Achsenmächte[4].

Roosevelts erste Amtsperiode, die am Tiefpunkt einer ernsten Wirtschaftskrise begann, war ein glänzender politischer Erfolg. Er wurde 1936 mit einer gewaltigen Mehrheit wiedergewählt. Die letzten Jahre der zweiten Amtszeit waren aber von düsteren Wolken verhängt: die mannigfaltigen, dabei freilich oft einander aufhebenden Maßnahmen des New Deal hatten das Gespenst einer Arbeitslosigkeit großen Stils nicht zu bannen vermocht. 1939 gab es in den Vereinigten Staaten mindestens 10 Millionen Arbeitslose. Der Ausbruch des Krieges in Europa vollbrachte, was alle Experimente des New Deal nicht zustande gebracht hatten. Er ließ die Nachfrage nach amerikanischen Lebensmitteln, Waffen und Lieferungen aller Art so anschwellen, daß die Wirtschaft wieder auf vollen Touren lief und den Weg zur Vollbeschäftigung einschlug. Auf wirtschaftlichem Gebiet wiederholten sich die Erscheinungen des ersten Weltkrieges: hohe Gewinne, hohe Löhne, hohe Agrarpreise. Es wäre gewiß falsch, den amerikanischen Kriegseintritt 1917 auf rein wirtschaftliche Vorgänge und Beweggründe zurückführen zu wollen — es ist weder erwiesen, noch wahrscheinlich, daß Wilson direkt durch Bankiers oder Rüstungsfabrikanten beeinflußt wurde —, aber die lockenden Kriegsgewinne, die mehr oder weniger allen Klassen zugute kamen, übten einen verborgenen und bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Politik nach 1914. Er durchkreuzte die Vermittlungsversuche, die Oberst House als Wilsons vertrauter Abgesandter unternahm. Die englische und französische Regierung konnten darauf bauen, daß von seiten der von ihren Kriegsbestellungen abhängigen amerikanischen Wirtschaft, Unternehmern und Arbeitern keine ernsthaften Schritte zur Unterstützung der Protestnoten gegen die Rückwirkungen der über

[4] Vielleicht darf hier auch noch daran erinnert werden, daß Roosevelt im Alter von 39 Jahren die schwere Heimsuchung einer Erkrankung an spinaler Kinderlähmung erlebte, die seiner schon damals vielversprechenden Laufbahn ein Ende zu machen schien. Nur einer ungewöhnlichen Energie konnte es gelingen, trotz der zurückgebliebenen Lähmung beider Beine erneut einen Platz im öffentlichen Leben zu gewinnen. Diese Energie war auch ein Zeichen seines Ehrgeizes, der durch sie und ihre Erfolge noch mehr angestachelt und verstärkt wurde. E. H.

Deutschland verhängten beispiellosen Blockade unternommen werden würden. Diese Zusammenhänge hatte man nach dem Kriege auch erkannt und die schlechten Erfahrungen mit den Kriegsanleihen fanden schließlich im Neutralitätsgesetz ihren Niederschlag. Selbst Roosevelt nannte 1936 die Kriegsgewinne „Narrengold".

Trotzdem folgte die wirtschaftliche Entwicklung während des zweiten Weltkrieges weitgehend dem Schema von 1914/18, wie es in der Darstellung der Aushöhlung des Neutralitätsgesetzes und der Pacht-Leih-Hilfe geschildert worden ist. Man kann nicht daran zweifeln, daß die Opposition der Geschäftswelt und Arbeiterorganisationen gegen den Kriegseintritt durch die steigende Flut von Regierungsaufträgen geschwächt wurde. „Der Kunde hat immer recht", sagt ein amerikanisches Sprichwort, und unter dem Pacht-Leih-Gesetz und dem eigenen Rüstungsprogramm wurde die Regierung in Washington zum größten Kunden.

Sicher ist Roosevelt durch seinen Ehrgeiz in seiner interventionistischen Haltung bestärkt worden. Unverkennbar genoß er seine Rolle als einer der „Großen Drei", als führende Persönlichkeit internationaler Konferenzen, als Mittler zwischen Stalin und Churchill. Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Roosevelt als „Kriegsführer" und Abraham Lincoln, den der Schmerz über die tragischen Aspekte des Dramas, zu dessen Hauptakteur das Schicksal ihn bestimmt hatte, immer wieder niederbeugte. Er empfand ein tiefes, aufrichtiges und aus dem Herzen kommendes Mitleid mit den Gefallenen und Verwundeten beider Seiten. Bei Roosevelt sucht man vergeblich nach ähnlichen Äußerungen; er hat keine von Versöhnlichkeit und Demut erfüllte Rede gehalten wie Lincoln bei der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen der Schlacht von Gettysburg (1863). Roosevelts Art sich zu geben, war selbstbewußt und eingebildet; er liebte es, flott, keck und manchmal sogar frivol aufzutreten. In ihm steckte ein Stück Schauspieler. Hatte er eine — eigene oder geborgte — brillante Formulierung vorgetragen, so glaubte er sein Werk getan. Wie ein solcher Satz dann in die Tat umzusetzen sei, bekümmerte ihn wenig. Und das gilt auch von der Atlantikcharter und den Vier Freiheiten.

Wann faßte Roosevelt den Beschluß zum Kriegseintritt? Eine erste kriegerische Äußerung enthält die Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937, für deren Kernsätze Innenminister Harold Ickes ein „Urheberrecht" geltend machte. Dieser sehr ungünstig aufgenommenen Rede folgte aber keine unmittelbare Aktion. Oberstbundesrichter Felix Frankfurter, der in Regierungskreisen über viele Beziehungen und großen Einfluß verfügte, hat in einer Gedächtnisrede auf Roosevelt das Datum auf Frühjahr 1940 angesetzt: der Prä-

sident sei spätestens nach dem Bericht von Sumner Welles über seine Europareise (März 1940) zur Überzeugung gekommen, daß „die vollständige Niederlage des Nazismus für die Erhaltung unserer Institutionen lebenswichtig sei". Eine Äußerung von Staatspräsident Eduard Benesch legt aber die Vermutung nahe, daß Roosevelt in Wirklichkeit bereits vor Ausbruch des Krieges an eine Beteiligung der Vereinigten Staaten dachte. Benesch, der in einem Gespräch mit dem Präsidenten am 29. Mai 1939 den Kriegsausbruch „für jeden Tag nach dem 15. Juli" voraussagte und fragte, was die Vereinigten Staaten in diesem Falle tun würden, berichtet, Roosevelt habe ihm geantwortet: „Sie müssen am Kriege teilnehmen, weil Europa allein Adolf Hitler nicht besiegen kann[5]." Admiral James O. Richardson hat als Oberbefehlshaber der Pazifikflotte am 8. Oktober 1940 Roosevelt in einem längeren Gespräch auch gefragt, ob die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden. Er hat darüber vor dem Kongreßausschuß zur Untersuchung von Pearl Harbor ausgesagt: „Roosevelt erwiderte, daß wir nicht in den Krieg eintreten würden, wenn die Japaner Thailand oder die Halbinsel Kra oder Niederländisch-Ostindien angreifen würden. Selbst wenn sie die Philippinen angriffen, zweifle er an einem Kriegseintritt. Aber die Japaner würden nicht immer Fehler vermeiden können. Wenn also der Krieg andauere und das Operationsgebiet sich ausdehne, so würden sie früher oder später einen Fehler begehen und wir würden in den Krieg eintreten[6]." Davis und Lindley, die Autoren des Buches *How War Came*, nehmen an, daß die Bemerkung von Unterstaatssekretär A. A. Berle, Roosevelt solle der Führer der freien Welt gegen Hitler werden, sein Denken beinflußt hat[7].

Aus diesem Beweismosaik geht immerhin soviel hervor, daß der Gedanke an Krieg Roosevelt stets nahelag, auch wenn und während er dem amerikanischen Volk versicherte: „Eure Regierung wird nicht in den Krieg eintreten." 1941 hat er dann das Land heimlich und verstohlen in einen Zustand des unerklärten Seekrieges im Atlantik versetzt und Admiral Stark beauftragt, der Kriegsmarine zu befehlen, deutsche U-Boote und Kriegsschiffe „auf Sicht" zu beschießen. Das war am 8. Oktober, zwei Monate vor der Kriegserklärung Hitlers[8]. Im Lichte dieser und mancher anderen bekannten Tatsachen kann man sich kaum dem Schluß entziehen,

[5] Meldung aus Prag in der New York Herald Tribune vom 4. 1. 1948.

[6] Report of the Congressional Joint Committee, Part I, p. 266.

[7] L. c., p. 65.

[8] Im Verlauf der Pearl-Harbor-Untersuchung hat Admiral Stark erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich damals „technisch oder völkerrechtlich" nicht im Kriege befanden, „denn wir hatten nicht das Recht

daß die Regierung Roosevelt den Krieg suchte und erstrebte, der mit Pearl Harbor begann. Die Schritte, die den bewaffneten Konflikt unvermeidlich machten, wurden Monate vorher unternommen.

Einige Verteidiger Roosevelts behaupten, er habe, falls man von einem Betrug reden könne, das amerikanische Volk zu seinem eigenen Besten getäuscht. Aber das Argument, der Zweck heilige das Mittel, setzt doch voraus, daß der Zweck auch erreicht wird. Ob es nun das Ziel des zweiten amerikanischen Kreuzzuges war, die nationale Sicherheit zu schützen, oder die Vier Freiheiten „überall in der Welt" zu verwirklichen, es ist ganz gewiß nicht erreicht worden.

Amerikas zweiter Kreuzzug war das Ergebnis von Wahnvorstellungen, die heute bereits bankrott sind. Es war eine Wahnvorstellung, daß den Vereinigten Staaten zu irgendeiner Zeit eine deutsche Invasion drohte. Es war eine Wahnvorstellung, daß Hitler auf die Zerstörung des englischen Empire ausging, das er im Gegenteil bewunderte und erhalten wollte. Es war eine Wahnvorstellung, daß China fähig sei, eine starke, freundlich gesinnte, westlichorientierte Macht im Fernen Osten zu werden. Es war eine Wahnvorstellung, daß eine starke Sowjetunion in einem geschwächten und verarmten Eurasien eine Kraft des Friedens, der Versöhnung, Stabilität und internationalen Zusammenarbeit sein werde. Es war eine Illusion, daß die Gefahr des Totalitarismus und das mit ihm verbundene Böse beseitigt werden könnten, indem man der einen Form des Totalitarismus bedingungslose Unterstützung gegen die andere gab. Es war eine Illusion, daß eine Verbindung von Appeasement und persönlichem Charme Eroberungs- und Weltherrschaftspläne wegtauen könnten, die in der russischen Geschichte und kommunistischen Weltanschauung tief verwurzelt sind.

Die Frucht aber, die aus einer Saat von Illusionen wächst, ist stets bitter.

Den Bankrott der illusionären Kampfziele unseres zweiten Kreuzzuges zu erkennen, ist ein wesentlicher Schritt zur Wiedergutmachung der Folgen dieser Wahnvorstellungen. Die amerikanische Außenpolitik kann natürlich nicht stillstehen. Die Amerikaner können nicht ihre Hände in hoffnungsloser Enttäuschung wringen. Auf jede Forderung der Geschichte gibt es auch eine Antwort. Das große Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist klar: sie hat eine weltweite Zusammenarbeit der antikommunistischen Nationen herbeizuführen und ein solches Maß von Einigkeit zu schaffen, daß

kriegführender Mächte. Tatsächlich aber war es Krieg gegen jedes deutsche Schiff." Er betonte, daß er den Schießbefehl auf Weisung des Präsidenten erlassen hatte. W. H. Ch.

die daraus resultierende Macht einen Angriff auf die von der Sowjetunion bedrohten Länder verhindert oder diesen Angriff bricht, falls er doch erfolgt. Das ist in der Welt von heute kein ideologisches Unternehmen, kein dritter Kreuzzug. Was hier gefordert wird, ist lebenswichtig für die Sicherheit Amerikas und Amerika ist bei diesem Unternehmen der natürliche Führer.

Unglücklicherweise ist die Erkenntnis der Kriegsillusionen Amerikas keineswegs Allgemeingut. Noch schlimmer ist, daß ein neuer und nicht minder verderblicher Trugschluß die Grundlage unserer Friedenspolitik bildet. Das State Department, der Quai d'Orsay und das Foreign Office scheinen zu glauben, daß Deutschland und Japan auf unbegrenzte Zeit im Zustand einer Souveränität zweiter Klasse gehalten werden könnten. Man sieht die ungeheure Bedeutung des Zeitfaktors nicht oder will sie nicht sehen. Kein Aktenstück oder Bericht läßt erkennen, daß Roosevelt, Churchill und ihre Berater sich jemals die Frage vorgelegt haben, ob es vernünftig, ja, ob es überhaupt möglich ist, ein großes, intelligentes, wirtschaftstüchtiges europäisches Volk mit langer Geschichte wie die Deutschen auf unbegrenzte Zeit unter Besetzung zu halten, ohne sie zu demoralisieren. Hier wirkt die gleiche Anlage, die es den alliierten Staatsmännern nicht als angebracht erscheinen ließ, die Konsequenzen des Versailler Friedens anzuerkennen. Unter den wachsamen Augen der Besatzungsbehörden mag sich das Leben in Deutschland immer mehr normalisieren, mögen seine Führer das Unvermeidbare akzeptieren und einen aufrichtigen Wunsch zur Zusammenarbeit zeigen. Aber weder eine deutsche Regierung noch die Besatzungsmächte können, wie gut auch immer ihre Absichten sein mögen, die irrationalen und zerstörerischen Leidenschaften kontrollieren, die sich in der Tiefe der Nationen entwickeln, solange sie nicht frei sind[9].

Gewiß, der Druck der Fremdherrschaft wird in Deutschland und Japan ständig gemildert, wenn auch nur zögernd und stückweise. Der Schumanplan vom Mai 1950 für eine europäische Montan-Union bot zweifellos große konstruktive Möglichkeiten, aber ausgerechnet im gleichen Moment wurden die Deutschen gezwungen, hilflos der französischen Ausbeutung der Saar zuzusehen[10]. Trotzdem wurden die französischen Vorschläge in Bonn begrüßt und man ging darüber hinweg, daß auf der Londoner Außenministerkonferenz, auf der Robert Schuman seinen sensationellen Vorschlag machte, Deutschland nicht vertreten war, obwohl doch für

[9] Diese Sätze, die 1950 geschrieben wurden, sind heute so richtig wie damals – trotz Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts. E. H.

[10] Kurz vor seinem Inkrafttreten wiederholt sich das gleiche. E. H.

Deutschland lebenswichtige Fragen auf der Tagesordnung standen. Unter einer Fremdherrschaft werden sich derartige Dinge immer von neuem wiederholen. Wenn man eines Mannes Kopf unter Wasser hält, so bedeutet es für ihn keinen Unterschied, ob sein Kopf drei Zoll oder drei Meter unter Wasser ist.

Das Gedächtnis des Unterdrückten arbeitet anders als das des Unterdrückers. Die unsichtbare Schuld, die auf dem Konto der Sieger seit dem Sommer 1945 aufgelaufen ist, wird uns in jener Schicksalsstunde präsentiert werden, in der die Mitarbeit unserer früheren Feinde von entscheidender Bedeutung sein wird — es sei denn, wir sind mutig und einsichtig genug, die positiven Schritte zu tun, die das Gebot der Stunde sind. Die Deutschen und die Japaner müssen ohne weitere Verzögerung befreit werden, in Übereinstimmung mit den Prinzipien, die sie zu lehren wir uns vorgenommen haben.

Der Gedanke eines Vereinten Westeuropas, das seine Streitigkeiten der Geschichte überliefert und zum Widerstand gegen die sowjetische Aggression befähigt ist, bleibt solange wesenlos, wie er nicht Deutschland als aktiven und völlig gleichberechtigten Teilnehmer an den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungen umschließt. Nur auf diese Weise kann die Loyalität der Deutschen so stark werden, daß sie jede Probe besteht, die Moskau sich ausdenken mag.

Es ist Zeit, hohe Zeit für eine positive und schöpferische Staatskunst. Wir können niemals auf eine überlegene Stärke rechnen, solange wir negative politische Maßnahmen unterstützen, mit denen sich das ungeheure Potential unserer früheren Feinde als Bastion gegen den imperialistischen Sowjetkommunismus nicht erschließen läßt — eines Japan und Deutschland. Aber eines Deutschland und Japan, deren Kräfte nicht durch Unterdrückung und Enttäuschung verbraucht und erschöpft, wenn nicht gar aktiv gegen uns gewandt sind. Der sicherste Weg, den Kalten Krieg zu gewinnen, führt über einen dauerhaften Frieden mit Deutschland und Japan, der auf gegenseitiger Achtung und beiderseitigem Interesse aufgebaut ist.

NACHWORT

Der Wert dieses Buches liegt nicht nur in der Fülle des hier zum erstenmal oder doch zum erstenmal in diesem Zusammenhang ausgebreiteten dokumentarischen Materials. *America's Second Crusade* von William H. Chamberlin ist vor allem ein Beispiel für den Freimut eines unabhängigen Geistes und seine Veröffentlichung in den Vereinigten Staaten ein Beweis dafür, daß „Freiheit der Meinung" kein leerer Begriff ist. So ist es im besten Sinne ein Beispiel amerikanischer Lebensweise und Demokratie. Zugleich erlangt es eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Verfasser dieser in aller Sachlichkeit vernichtenden Kritik an der Politik Franklin Delano Roosevelts selbst ein Amerikaner ist: darin liegt die Rechtfertigung einer deutschen Übersetzung, wenn es ihrer bedarf.

Der deutsche Leser wird gut tun, den gleichen Freimut auch bei der Beurteilung der deutschen Politik aufzubringen: daß andere große Fehler, ja, auch schwere Verbrechen begingen, rechtfertigt nicht die Verbrechen und Fehler, die auf unserer Seite begangen wurden.

William H. Chamberlin kennt Deutschland und kennt die Sowjetunion aus eigener Anschauung. Er hat, abgesehen von kürzeren Aufenthalten, einmal ein ganzes Jahr in Deutschland zugebracht, nachdem er von 1922 bis 1934 in Moskau als Auslandskorrespondent des Christian Science Monitor, einer der angesehensten amerikanischen Zeitungen, tätig war. Vier Jahre hat er im Fernen Osten — Japan, China, Mandschurei, Philippinen, Siam, Malaja, zugebracht. Während des letzten Vorkriegsjahres war er in Frankreich. Der heute 55jährige, dessen weltweite Erfahrungen und gründlichen historischen Kenntnisse ihn in die erste Reihe der amerikanischen Publizisten stellen, ist Mitherausgeber der Zeitschrift The New Leader und Leitartikler des Wall Street Journal. *America's Second Crusade* ist sein zwölftes Buch.

Mit Zustimmung des Verfassers sind einzelne Teile, die dem amerikanischen Leser ausführlich dargestellt werden mußten, beim deutschen Leser aber als bekannt vorauszusetzen waren, „kondensiert“ worden. Wo die seit dem Erscheinen der amerikanischen Auflage eingetretenen neuen Ereignisse es notwendig erscheinen ließen, sind sie im Text oder in Anmerkungen berücksichtigt worden. Nicht in einem einzigen Falle haben diese Vorgänge oder Tatsachen im Gegensatz zur Darstellung und dem Urteil des Verfassers gestanden. Sie haben vielmehr, ebenso wie auch die neuere Literatur, bestätigt, was William H. Chamberlin geschrieben hat.

Der Übersetzer fühlt sich dem Verfasser in der grundsätzlichen Beurteilung, durch den gleichen Beruf und eine ähnliche Berufslaufbahn verbunden. Er hat dieses Buch mit Freude übersetzt, was, wie er hofft, zum Gelingen der Übertragung ins Deutsche beigetragen hat.

Egon Heymann

Hamburg-Blankenese, den 21. Juli 1952

NAMENVERZEICHNIS

(Roosevelt und Hitler sind nicht aufgeführt, da sie in dem Werk durchgehend behandelt werden.)